

BETEILIGUNGS BERICHT 2015



KOBLENZ
VERBINDET.

Herausgeber:

Stadt Koblenz

Stadtwerke Koblenz GmbH
Telefon: 0261/911630
swk@stadtwerke-koblenz.de

Herstellung:

Druckerei der Stadt Koblenz

Vorwort



**Der Koblenzer Oberbürgermeister
Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig**

*Sehr verehrte Leserin,
sehr verehrter Leser,*

*mit dem Beteiligungsbericht 2015 legt die
Stadt Koblenz den nunmehr siebzehnten
Beteiligungsbericht vor.*

*Neben der Erfüllung der gesetzlichen
Berichtspflicht möchten wir damit die
wirtschaftlichen Betätigungen und
Beteiligungen der Stadt Koblenz
transparent machen.*

*Den Ratsmitgliedern und der
Verwaltungsführung, sowie den
interessierten Bürgerinnen und Bürgern
soll der Bericht als einheitliche
Informationsbasis dienen.*

*Seit 2010 werden auch die mittelbaren Beteiligungen, an denen die Stadt Koblenz
eine Beteiligung von über 5 % hält, mit aufgeführt.*

*Auf Basis der geprüften Jahresabschlüsse 2014 gibt der Beteiligungsbericht Einblick
in die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung der Beteiligungen und gewährt,
soweit möglich, einen Ausblick auf das Geschäftsjahr 2015.*

*Die vielfältigen Aufgaben im Bereich der Energie- und Wasserversorgung, der
Abwasser- und Abfallentsorgung und des öffentlichen Personennahverkehrs, sowie
des Wohnungs-, Kultur- und Gesundheitswesens wurden auf Eigenbetriebe und
Unternehmen der privatrechtlichen Form übertragen, da sie so meist kostengünstiger
und effizienter wahrgenommen werden können.*

*Dabei muss jedoch neben der Eigenverantwortlichkeit der Geschäftsführungen und
Unternehmensgremien der nötige Einfluss durch die kommunalen
Entscheidungsorgane gewahrt werden.*

*Das Geschäftsjahr 2014 war vor allem durch Veränderungen im Bereich der
Energieversorgung, des Personennahverkehrs sowie des Gesundheitswesens
gekennzeichnet.*

*So wurden die Energieversorgung Mittelrhein GmbH (EVM) und die Koblenzer
Elektrizitätswerke und Verkehrs Aktiengesellschaft (KEVAG) verschmolzen und in
evm AG umbenannt.*

*Im Gesundheitswesen kam es in 2014 zur Verschmelzung des
Gemeinschaftsklinikums Kemperhof Koblenz - St. Elisabeth Mayen gGmbH und der
Stiftungsklinikum Mittelrhein GmbH. Die Gesellschaft wurde sodann in
Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein gGmbH umfirmiert.*

Besonderer Dank für die konstruktive Zusammenarbeit gilt den Geschäftsführern, den Vorständen und Werkleitern, den Mitgliedern der Aufsichtsräte, Gesellschafterversammlungen und Werkausschüsse sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Beteiligungs-unternehmen und Eigenbetriebe.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Joachim Hofmann-Göttig', followed by a closing parenthesis symbol ')'. The signature is fluid and cursive.

*Joachim Hofmann-Göttig
Koblenz, im Juni 2015*

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Allgemeines	
1. Gesetzliche Grundlagen	3
2. Gegenstand des Beteiligungsberichtes	3
3. Struktur der Darstellung	4
II. Darstellung der einzelnen Unternehmensbeteiligungen	
1. Beteiligungen der Stadt Koblenz an Unternehmen in privater Rechtsform	
<u>Eigengesellschaften</u>	
- Koblenzer Entsorgungs- und Verwaltungsgesellschaft mbH	9
- Koblenzer Wohnungsbaugesellschaft mbH	15
- Wirtschaftsförderungsgesellschaft Koblenz mbH	33
- Sporthalle Oberwerth GmbH	41
- Stadtwerke Koblenz GmbH	49
<u>Beteiligungsunternehmen</u>	
- Bundesgartenschau Koblenz 2011 GmbH i. L.	57
- Energieversorgung Mittelrhein AG	67
- EKO2 GmbH	83
- Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein gGmbH	87
- Koblenz Stadtmarketing GmbH	101
- Romantischer Rhein Tourismus GmbH	107
- Technologiezentrum Koblenz GmbH	113
- Verkehrsverbund Rhein-Mosel GmbH	123
2. Mittelbare Beteiligungen der Stadt Koblenz an Unternehmen in privater Rechtsform (Holding-Gesellschaft: Stadtwerke Koblenz GmbH)	
- Ehrenbreitsteiner Schrägaufzug GmbH	135
- Flugplatz Koblenz-Winningen GmbH	141
- Güterverkehrszentrum Entwicklungsgesellschaft Koblenz mbH i. L.	147
- Kraftwagen-Verkehr Koblenz GmbH	149
- Vereinigte Wasserwerke Mittelrhein GmbH	157
- Wasserwerk Koblenz/Weißenthurm GmbH	165
- Windpark Westerwald GmbH	171
3. Mittelbare Beteiligungen der Stadt Koblenz an Unternehmen in privater Rechtsform über 5 % (Holding-Gesellschaft: Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein gGmbH)	
- Diakonisches Bildungszentrum Mittelrhein-Mosel gGmbH	179
- Gesundheitszentrum zum Heiligen Geist Boppard GmbH	185

- GK Service GmbH	193
- GZ-Service am Evangelischen Stift Koblenz GmbH	199
- Medizinisches Versorgungszentrum Mittelrhein GmbH	205

4. Mittelbare Beteiligungen der Stadt Koblenz an Unternehmen in privater Rechtsform über 5 % (Holding-Gesellschaft: evm AG)

- BEE Bioenergieerzeugung Koblenz GmbH	211
- Energiebeteiligungsgesellschaft Mittelrhein mbH	219
- Energiegesellschaft Görgeshausen mbH	225
- Energienetze Mittelrhein GmbH	231
- evm Netz GmbH	241
- evm Verkehrs GmbH	249
- Gasversorgung Westerwald GmbH	257
- KEVAG Telekom GmbH	263
- Naturstrom Rheinland-Pfalz GmbH	271
- Propan Rheingaz GmbH/Propan Rheingaz GmbH & Co.KG	277
- Rhein-Ahr-Energie GmbH & Co. KG	289
- Rhein-Ahr-Energie Verwaltungs GmbH	295
- Solarenergie Mastershausen Projekt GmbH & Co. KG	301
- Solarenergie Mastershausen Verwaltungs GmbH	307

5. Eigenbetriebe

- Grünflächen- und Bestattungswesen	311
- Kommunaler Servicebetrieb Koblenz	313
- Koblenz-Touristik	315
- Kommunales Gebietsrechenzentrum	319
- Stadtentwässerung Koblenz	323

6. Zweckverbände

- Abfallzweckverband Rhein-Mosel-Eifel	325
- Abwasserzweckverband A61/GVZ Koblenz	327
- Zweckverband Industriepark A61/GVZ Koblenz	329
- Zweckverband SPNV Rheinland-Pfalz Nord	331
- Zweckverband Tierkörperbeseitigung in Rheinland-Pfalz, im Saarland, im Rheingau-Taunus-Kreis und dem Landkreis Limburg/Weilburg i. L.	333
(ab 2015: Altlastenzweckverband Tierische Nebenprodukte und Zweckverband Tierische Nebenprodukte Südwest)	
- Zweckverband Welterbe Oberes Mittelrheintal	335
- ZIDKOR	337
- Planungsgemeinschaft Mittelrhein-Westerwaldkreis	339

7. Übersicht der städtischen Beteiligungen

1. Gesetzliche Grundlagen

Durch die Novellierung der Gemeindeordnung vom 02.04.98 wurde die Stadt Koblenz gemäß § 90 Abs. 2 GemO verpflichtet, dem Stadtrat mit der Vorlage der Haushaltssatzung einen Beteiligungsbericht vorzulegen.

Der Bericht ist für

- *Beteiligungen an Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts, an denen die Gemeinde mit **mindestens 5 %** beteiligt ist (§ 90 Abs. 2 GemO)*

und

- *Eigenbetriebe und eigenbetriebsähnliche Einrichtungen (§ 86 Abs. 3 in Verbindung mit § 90 Abs. 2 GemO)*

zu erstellen.

Durch das Landesgesetz zur kommunalen Doppik ergaben sich Änderungen in § 90 Abs. 2 GemO.

Demnach ist der Beteiligungsbericht nach Einführung der Doppik als Anlage zum Jahresabschluss dem Stadtrat vorzulegen. Außerdem sind auch die **mittelbaren** Beteiligungen, an denen die Gemeinde mit mindestens 5 % beteiligt ist, einzubeziehen.

2. Gegenstand des Beteiligungsberichtes

In dem jährlich zu erstellenden Beteiligungsbericht sind gemäß der Gemeindeordnung im Einzelnen darzustellen:

- *Gegenstand des Unternehmens*
- *Beteiligungsverhältnisse*
- *Besetzung der Organe*
- *Beteiligungen des Unternehmens*
- *Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks*
- *Grundzüge des Geschäftsverlaufs*
- *Lage des Unternehmens*
- *Kapitalzuführung und Entnahmen*
- *Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft*
- *Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates bzw. vergleichbarer Organe*
- *das Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs. 1 GemO*

3. Struktur der Darstellung

Die Daten im Bericht beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2014.

Die nachfolgenden einzelnen Darstellungen der Unternehmensbeteiligungen der Stadt Koblenz enthalten:

Rechtsform, Gründung und Stammeinlage:
Beinhalten die Grunddaten des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens:
Darstellung des gemäß Gesellschaftsvertrages/Satzung festgelegten Unternehmensgegenstandes

Beteiligungsverhältnisse
Übersicht der Stammeinlagen

Besetzung der Organe
Übersicht der Mitglieder im Aufsichtsrat, der Gesellschafterversammlung und der Geschäftsführung/des Vorstandes nach Angaben des Unternehmens

Beteiligungen des Unternehmens
Darstellung, ob das Beteiligungsunternehmen der Stadt Koblenz eigene Beteiligungen an anderen Unternehmen hält und wenn ja, in welchem Umfang

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks
Dieser Abschnitt beinhaltet Aussagen zur Aufgabenerfüllung des Unternehmens, und ob der öffentliche Zweck das Unternehmen rechtfertigt.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs
Dargestellt werden die nach einem einheitlichen Schema gegliederten und berechneten Bilanzkennzahlen der Unternehmen.

1.) **Ertragslage**

a.) **Rentabilität**

Eigenkapitalrentabilität

Eigenkapitalrentabilität	=	$\frac{\text{Jahresergebnis nach Steuern} \times 100}{\text{Eigenkapital}}$
--------------------------	---	---

Die Eigenkapitalrentabilität gibt die Verzinsung des Eigenkapitals im Geschäftsjahr an.

Gesamtkapitalrentabilität

$$\text{Gesamtkapitalrent.} = \frac{\text{Jahresergebnis n. Steuern} + \text{Fremdkapitalzinsen} \times 100}{\text{Gesamtkapital}}$$

Die Gesamtkapitalrentabilität zeigt den prozentualen Anteil des Jahresüberschusses nach Steuern am Gesamtkapital. Auch die Fremdkapitalzinsen werden mit einbezogen.

Sie gibt an, in welcher Höhe sich das eingesetzte Gesamtkapital im Geschäftsjahr verzinst hat.

b.) Umsatz pro Mitarbeiter

$$\text{Umsatz pro Mitarbeiter} = \frac{\text{Umsatz}}{\text{Durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter}}$$

Gibt an wie viel Umsatz auf jeden einzelnen durchschnittlich beschäftigten Mitarbeiter entfällt.

2.) Vermögensaufbau

Anlagenintensität

$$\text{Anlagenintensität} = \frac{\text{Anlagevermögen} \times 100}{\text{Gesamtvermögen}}$$

Zum Anlagevermögen zählen Gegenstände, die dazu bestimmt sind, dem Geschäftsbetrieb dauerhaft zu dienen. Hierbei handelt es sich um immaterielle Vermögensgegenstände, Finanz- und Sachanlagen.

Anlagevermögen bindet langfristig Kapital und verursacht fixe Kosten, wie z. B. Abschreibungen.

Die Anlagenintensität ist ein Maßstab für die Anpassungsfähigkeit und Flexibilität des Unternehmens. Sie gibt über den Grad der Beweglichkeit des Unternehmens Auskunft.

Je geringer die Anlagenquote, desto flexibler kann sich das Unternehmen den veränderten Marktverhältnissen anpassen.

Intensität des Umlaufvermögens

$$\text{Intensität des Umlaufvermögens} = \frac{\text{Umlaufvermögen} \times 100}{\text{Gesamtvermögen}}$$

Das Umlaufvermögen setzt sich aus Vorräten, Forderungen und flüssigen Mitteln zusammen.

Eine ausgeprägte Umlaufintensität weist, durch die Verschiedenartigkeit der Branchen bedingt, entweder auf einen hohen Lagerbestand oder einen hohen Forderungsbestand bzw. liquide Mittel hin.

3.) Anlagenfinanzierung

Anlagendeckung I

$$\text{Anlagendeckung I} = \frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Anlagevermögen}}$$

Der Anlagendeckungsgrad I drückt aus, welcher Teil des Anlagevermögens durch Eigenkapital gedeckt ist. Langfristig gebundene Vermögenswerte sollten durch langfristiges Kapital finanziert werden.

Die Anlagendeckung ist als sehr gut zu beurteilen, wenn das Eigenkapital das Anlagevermögen zu 100 % deckt.

Anlagendeckung II

$$\text{Anlagendeckung II} = \frac{(\text{Eigenkapital} + \text{langfr. Fremdkapital}) \times 100}{\text{Anlagevermögen}}$$

Der Anlagendeckungsgrad II drückt aus, welcher Teil des Anlagevermögens durch Eigenkapital und langfristiges Fremdkapital gedeckt ist. Er berücksichtigt, dass für langfristige Investitionen neben dem Eigenkapital auch langfristiges Fremdkapital eingesetzt werden kann.

Die Anlagendeckung II sollte immer größer als 100 % sein, da das Anlagevermögen, das dem Unternehmen langfristig zur Verfügung stehen soll, auch langfristig finanziert werden sollte.

4.) Kapitalausstattung

Eigenkapitalquote

$$\text{Eigenkapitalquote} = \frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Gesamtkapital}}$$

Die Eigenkapitalquote stellt den Grad der finanziellen Unabhängigkeit dar. Sie wird von Banken oft zur Beurteilung der Kreditwürdigkeit herangezogen. Je höher der Eigenkapitalanteil am Gesamtkapital ist, desto kreditwürdiger und konkurrenzfähiger ist ein Unternehmen.

Fremdkapitalquote

$$\text{Fremdkapitalquote} = \frac{\text{Fremdkapital} \times 100}{\text{Gesamtkapital}}$$

Die Fremdkapitalquote stellt den Grad der Verschuldung dar. Zum Fremdkapital werden auch die Passiven Rechnungsabgrenzungsposten hinzugerechnet. Eigen- und Fremdkapitalquote ergeben zusammen 100 %.

5.) Liquidität

Liquiditätsgrad III

$$\text{Liquiditätsgrad III} = \frac{\text{Umlaufvermögen} \times 100}{\text{mittel- und kurzfr. Fremdkapital}}$$

Durch den Liquiditätsgrad wird die Zahlungsfähigkeit des Unternehmens beschrieben. Das Umlaufvermögen kann in der Regel mittelfristig liquidiert werden, um kurz- und mittelfristige Verbindlichkeiten zu begleichen.

Lage des Unternehmens

Abdruck des Lageberichtes der Geschäftsführung/des Vorstandes

Kapitalzuführungen und –entnahmen der letzten 3 Jahre

Veränderungen der Stammeinlage

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt Koblenz

Darstellung der Kapitalzuführungen und Entnahmen der letzten 3 Jahre, der Gewinnabführungen an bzw. des Verlustausgleichs durch die Stadt Koblenz, der Konzessionsabgaben und vom Unternehmen gezahlte Steuern an die Stadt Koblenz.

Die ausgewiesenen Steuern können Rückstellungen und Abrechnungen von Vorjahren enthalten.

Gesamtbezüge der Organe

Informiert wird über die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates und vergleichbarer Organe.

Auf die Angabe der Bezüge der Geschäftsführung/Vorstände wird aus Datenschutzgründen verzichtet.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs. 1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen.

Hier sollen unter dem Stichwort Subsidiarität Aussagen getroffen werden, ob der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen Anderen (Dritten) erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

Im Berichtsjahr 2010 wurde erstmals das Bilanzmodernisierungsgesetzes (BilMoG) angewendet.

Hinweise:

Für die Eigenbetriebe sind die Angaben im Bericht gemäß § 86 Abs. 3 GemO nur verkürzt dargestellt.

Auch die Zweckverbände werden in verkürzter Form dargestellt.

Die Gewährsträgerschaft für die Sparkasse Koblenz ist im Beteiligungsbericht nicht darzustellen, da es sich um keine Beteiligung im Sinne § 90 Abs. 2 GemO handelt.

Bei den Stellungnahmen zu „Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben“ und „Lage der Gesellschaft“ handelt es sich um die Lageberichte aus den Prüfberichten per 31.12.2014 der Gesellschaften.

Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2015

**Koblenzer Entsorgungs- und
Verwaltungsgesellschaft mbH**

Rechtsform

GmbH

Gegründet

Gesellschaftsvertrag vom 09. Juni 2004

Stammkapital am 31.12.2014

25.000,00 €

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Wertstoffeffassung/-verwertung sowie die Durchführung damit im Zusammenhang stehender Serviceleistungen in der Stadt Koblenz, die nicht von der Satzung über die Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen in der Stadt Koblenz (Abfallsatzung) sowie der Satzung der Stadt Koblenz über die Reinigung öffentlicher Straßen und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungssatzung) - in den jeweils geltenden Fassungen - erfasst werden.

Beteiligungsverhältnisse

Die Stadt Koblenz hat die Stammeinlage in voller Höhe übernommen.

Die Beteiligung dem Sondervermögen „Kommunaler Servicebetrieb Koblenz“ zugeordnet und wird in dessen Bilanz ausgewiesen.

Besetzung der Organe am 31.12.2014

Gesellschafterversammlung

*Bürgermeisterin Marie-Theres Hammes-Rosenstein
- Vorsitzende –*

Karl-Heinz Rosenbaum

Heinz Honsdorf (bis 26. Juni 2014)

Ernst Knopp (ab 27. Juni 2014)

Herbert Dott (ab 27. Juni 2014)

Gerhard Lehmkühler
 Hermann-Josef Schmitt (ab 27. Juni 2014)
 Uwe Diederichs-Seidel
 Monika Hömberger (bis 26. Juni 2014)
 Gundula Krebs (bis 26. Juni 2014)

Geschäftsführung

Edgar Mannheim

Beteiligungen des Unternehmens

Die Gesellschaft hält keine eigenen Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Die GmbH erbringt Service- und Verwertungsleistungen für in Koblenz ansässige Unternehmen.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz	2013	2014
A. Anlagevermögen	3,00	4,00
B. Umlaufvermögen	233.917,86	255.529,07
I. Vorräte	62.764,56	11.454,30
II. Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst.	85.018,34	105.692,64
Forderungen aus L u. L	70.367,68	81.836,49
Forderungen gegen. Gesellschafterin	4.284,66	23.572,15
Sonstige Vermögensgegenstände	10.366,00	284,00
III. Kassenbestand	86.134,96	138.382,13
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
Bilanzsumme	233.920,86	255.533,07
A. Eigenkapital	201.956,72	210.910,38
I. Gez. Kapital	25.000,00	25.000,00
II. Gewinnvortrag	166.949,14	176.956,72
III. Jahresüberschuss	10.007,58	8.953,66
B. Rückstellungen	9.200,00	11.272,00
1. Steuerrückstellungen	0	2.072,00
2. Sonstige Rückstellungen	9.200,00	9.200,00
C. Verbindlichkeiten	22.764,14	33.350,69
1. Verbindlichkeiten aus L.u.L.	22.764,14	33.350,69
2. Verbindlichkeiten gegen verbundene Unternehmen	0	0
3. Verbindlichkeiten gegen. Gesellschafterin	0,00	0,00
4. Sonstige Verbindlichkeiten	0,00	0,00
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
Bilanzsumme	233.920,86	255.533,07

Gewinn- und Verlustrechnung

GuV	2013	2014
Umsatzerlöse	636.496,41	643.017,60
sonstige Erträge	405.933,93	530.357,97
Gesamtleistung	1.042.430,34	1.173.375,57
Materialaufwand	436.750,80	473.699,71.
a) Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe.	53.952,99	62.764,56
b) Aufw. f. bez. Leistungen	382.797,81	410.935,15
Rohertrag	605.679,54	699.675,86
Personalaufwand	551.815,73	644.477,73
a) Löhne und Gehälter	443.663,13	521.643,12
b) Soziale Abgaben u. Aufwendungen	108.152,60	122.834,61
Abschreibungen	1.595,00	2.494,00
sonstige betr. Aufwendungen	38.223,79	40.210,32
Sonst. Zinsen u. ähnliche Erträge	280,47	316,64
Sonst. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00
Ergebnis. der gewöhnl. Geschäftstätigkeit	14.325,49	12.810,45
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	4.317,91	3.856,79
sonstige Steuern	0,00	0,00
Jahresüberschuss/	10.007,58	8.953,66

Bilanzkennzahlen

Ertragslage

<u>Rentabilität</u>		2013	2014
Eigenkapitalrentabilität	%	5,0	4,2
Gesamtrentabilität	%	4,3	3,5

		2013	2014
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	39,8	32,2

Vermögensaufbau

		2013	2014
Anlagenintensität	%	0,0	0,0
Intensität des Umlaufvermögens	%	100,0	100,0

Anlagenfinanzierung

		2013	2014
Anlagendeckung I	%	--	--
Anlagendeckung II	%	--	--

Kapitalausstattung

		2013	2014
Eigenkapitalquote	%	86,3	82,5
Fremdkapitalquote	%	13,7	17,5

Liquidität

		2013	2014
Liquiditätsgrad	%	731,8	572,6

Lage des Unternehmens

Geschäftsverlauf

Die Koblenzer Entsorgungs- und Verwaltungsgesellschaft mbH wurde am 01. Juli 2004 gegründet.

Das Stammkapital ist auf € 25.000,00 festgesetzt.

Die Gesellschafterversammlung tagte im Berichtsjahr am 21. Mai 2014 und 21. November 2014.

Ertragslage

Das Jahresergebnis beträgt nach Steuern T€ 9 (Ansatz Wirtschaftsplan T€ 3). Das Eigenkapital auf der Passivseite der Bilanz weist einen Betrag von T€ 211 mit einer Eigenkapitalquote von 82,5 % aus.

Finanz- und Vermögenslage

Die freien Finanzmittel erhöhten sich um T€ 52 auf T€ 138.

Im Berichtsjahr werden die Vermögenswerte im Anlagevermögen mit einem Erinnerungswert von € 4 bewertet, während beim Umlaufvermögen eine Erhöhung um T€ 22 auf T€ 256 zu verzeichnen ist.

Die Fremdmittel und Rückstellungen sind 2014 insgesamt um T€ 13 auf T€ 45 gestiegen.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag haben sich nicht ergeben.

Risikobericht

Wesentlichster Geschäftszweig der Koblenzer Entsorgungs- und Verwaltungsgesellschaft mbH (KEV) ist die Leistungserbringung im Rahmen der Erfassung von Leichtverpackungen (LVP) der Duales System Deutschland GmbH (DSD). Der derzeitige Leistungsvertrag mit DSD läuft vom 01.01.2015 bis 31.12.2017.

Im Rahmen der Mitbenutzung des eingerichteten Systems wurden vergleichbare Leistungsverträge mit weiteren in Rheinland-Pfalz festgestellten dualen Systemen (derzeit Belland Vision GmbH/ Pegnitz, ELS Dual/ Bonn, Interseroh Dienstleistungs GmbH/ Grasbrunn, Landbell AG/ Mainz, Reclay Vfw GmbH (für ehemalige Systeme Redual und Vfw) / Köln, RKD Recycling Kontor Dual GmbH & Co.KG/ Köln, Veolia Umweltservice Dual GmbH/ Dormagen und Zentek GmbH & Co.KG/ Köln) geschlossen.

Prognosebericht

Entsprechend dem Unternehmensgegenstand werden weiterhin Service- und Verwertungsleistungen angeboten.

Das Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen (Kreislaufwirtschaftsgesetz – KrWG) sieht spätestens ab dem 01. Januar 2015 die Getrenntsammlung von Papier-, Metall-, Kunststoff- und Glasabfällen vor, welches in der praktischen Umsetzung die Einführung einer „Wertstofftonne“ nach sich ziehen wird. Das Umweltministerium hat vor diesem Hintergrund zwischenzeitlich die „Eckpunkte für ein modernes Wertstoffgesetz“ als Ergebnis der politischen Einigung mit den Regierungsfractionen veröffentlicht. Die Vorlage eines Gesetzesentwurfs wird nun für das Ende der Sommerpause 2015 erwartet.

Forschung und Entwicklung

Über normale betriebliche Veränderungen hinaus werden keine Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten betrieben.

Zweigniederlassungen

Zweigniederlassungen – räumlich getrennte Einrichtungen mit personeller und organisatorischer Eigenständigkeit – sind nicht vorhanden.

Spezialgesetz; Angabepflicht gemäß EigAnVo

Gemäß § 26 Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung Rheinland-Pfalz ergeben sich folgende zusätzlichen Angabepflichten:

1. Änderungen im Bestand, Leistungsfähigkeit und Ausnutzungsgrad der wichtigsten Anlagen.

Entfällt

2. Stand der Anlagen im Bau und die geplanten Bauvorhaben.

Entfällt

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

Das Stammkapital in Höhe von 25.000,00 € wurde am 08. Juni 2004 auf das Girokonto der GmbH bei der Sparkasse Koblenz eingezahlt und entspricht dem im Gesellschaftervertrag vom 09. Juni 2004 festgesetzten Betrag.

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Gewerbesteuer 2014	1.837,00 €
Gewerbesteuer Vorjahre	-10,00 €
Verwaltungskosten	5.700,00 €
Mietanteil	5.600,00 €

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2014

Vergütung der Gesellschafterversammlung	300,00 €
---	----------

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen.

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Abs. 1 GemO.

Stadtverwaltung Koblenz Beteiligungsbericht 2015



Koblenzer Wohnungsbaugesellschaft mbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

11. April 1950, Gesellschaftsvertrag zuletzt geändert am 28.07.2014

Stammkapital am 31.12.2014

12.740.450,00 €

Gegenstand des Unternehmens

Zweck der Gesellschaft ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung weiter Bevölkerungskreise (gemeinnütziger Zweck).

Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen. Sie kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke erwerben, belasten, veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen. Die Gesellschaft ist berechtigt, andere Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen.

Die Gesellschaft darf auch sonstige Geschäfte betreiben, sofern diese dem Gesellschaftszweck (mittelbar oder unmittelbar) dienlich sind.

Die Preisbildung für die Überlassung von Mietwohnungen und die Veräußerung von Wohnungsbauten soll angemessen sein, d. h. eine Kostendeckung einschließlich angemessener Verzinsung des Eigenkapitals sowie die Bildung ausreichender Rücklagen unter Berücksichtigung einer Gesamrentabilität des Unternehmens ermöglichen.

Beteiligungsverhältnisse

Die Stadt Koblenz ist Alleingeschafterin.

Besetzung der Organe am 31.12.2014

Aufsichtsrat

Bürgermeisterin Marie-Theres Hammes-Rosenstein - Vorsitzende -
Heinz Honsdorf, bis 26.06.2014 -stellvertretender Vorsitzender-
Stephan Otto, ab 27.06.2014 –stellvertretender Vorsitzender-
Anita Weis, bis 26.06.2014
Hans-Peter Ackermann, bis 26.06.2014
Manfred Bastian, bis 26.06.2014
Eitel Bohn, bis 26.06.2014
Paul Henchel, bis 26.06.2014
Torsten Schupp, bis 26.06.2014
Vito Contento
Manfred Gniffke
Julia Maria Kübler, ab 27.06.2014
Andrea Mehlbreuer, ab 27.06.2014
Christian Altmaier, ab 27.06.2014
Peter Balmes, ab 27.06.2014
Heribert Heinrich, ab 27.06.2014
Stephan Wefelscheid, ab 27.06.2014
Ursula Hühnerfeld, ab 02.10.2014
Martin Prümm (beratendes Mitglied)

Geschäftsführung

Michael Siegel

Beteiligungen des Unternehmens

Die Koblenzer Wohnungsbaugesellschaft mbH hält Beteiligungen in Höhe von:

14.500,00 € an der BSB Bewirtschaftungs- und Service-Gesellschaft des
wohnungswirtschaftlichen Bildungszentrums Bochum-Springorum mbH,
Bochum

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Geschäftsmodell des Unternehmens

Die Koblenzer Wohnungsbaugesellschaft mbH verwaltet und bewirtschaftet insgesamt 3.304 Wohnungen sowie Gewerbe, Garagen und sonstige Liegenschaftseinheiten.

Das Stammkapital wird zu 100 % von der Stadt Koblenz gehalten. Neben den branchenüblichen Aufgaben der Miet- und Eigentumsverwaltung sind wir im Neubaubereich tätig.

Zudem engagieren wir uns in besonderen Projekten wie zum Beispiel dem Bund-Länder-Programm Soziale Stadt. Eine weitere Aufgabe ist die Sanierung und laufende Instandhaltung städtischer Schulen nebst dazugehörigen Sporthallen und Schwimmbädern.

Fortentwicklung des Objektbestandes und Immobilienservice

Wesentliche Aufgabe im Rahmen der Entwicklung unseres Wohnungsbestandes ist die Modernisierung und laufende Instandhaltung der Gebäude, Wohnungen und Außenanlagen. Daneben spielt auch der Neubau von öffentlich geförderten und frei finanzierten Objekten eine Rolle.

Wir berücksichtigen den demografischen Wandel, wobei wir zukünftig Wert legen auf die barrierefreie- bzw. arme Erschließung und möglichst universelle Nutzbarkeit unserer Objekte für alle Generationen. Derzeit sind 42 % der Mieter bereits älter als 60 Jahre.

Außerdem haben wir bereits Projekte des Generationen übergreifenden Wohnens und des Service-Wohnens erstellt. Wir streben an weitere Angebote zum kaufmännischen und technischen Immobilienmanagement für private und institutionelle Immobilieneigentümer zu entwickeln.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

1.1 Internationale und bundesweite Rahmenbedingungen

Politisch bemerkenswert war die Vereinnahmung der Halbinsel Krim durch Russland und die einsetzende Ukraine Krise, die bis jetzt andauert und für Teile der betroffenen Bevölkerung bisher schlimme Folgen für Leib und Leben gehabt hat. Die eingeleiteten Sanktionen der Europäischen Union gegen Russland, das von der EU als maßgeblich verantwortlich für die Krise gehalten wird, haben bisher nicht zu einer Verbesserung der Situation vor Ort geführt.

Neben diesen negativen politischen Entwicklungen hat auch der Terrorismus des Islamischen Staats in Syrien zu einer weiteren Destabilisierung der Lage im Nahen Osten geführt. Folge ist unter anderem eine zunehmende Zahl von Flüchtlingen, die auch als Asylsuchende verstärkt nach Deutschland kommen. Hieraus hat sich eine Diskussion hinsichtlich der menschenwürdigen Unterbringung dieser Menschen entsponnen.

Die politisch angespannte Lage wirkt sich auch auf die heimische Wirtschaft aus. Die Wirtschaftsinstitute haben bereits mehrmals in diesem Jahr das erwartete Wirtschaftswachstum nach unten korrigiert. Besonders die exportgetriebenen Wirtschaftsunternehmen sehen sich mit einer verschlechterten Auftragslage konfrontiert. Hinzu kommen nach Aussage verschiedener Wirtschaftsverbände die angeblich bereits psychologisch negativ wirkenden Gesetze der Bundesregierung, wie gesetzlicher Mindestlohn und Rente ab 63 Jahre für Beschäftigte mit mehr als 45 Jahren Beitragszahlung.

Im Gegensatz zu den übrigen Ländern der EU steht Deutschland hinsichtlich der wirtschaftlichen Situation weiterhin deutlich besser da. Während sich in Spanien und

Griechenland insbesondere die Situation bei jungen Arbeitslosen kaum entspannt hat, waren 2014 hierzulande 42,6 Millionen Bürger beschäftigt (+0,9% gegenüber Vorjahr). Damit erreichte die Zahl der Erwerbstätigen im achten Jahr in Folge einen neuen Höchststand. Allerdings weist das Statistische Bundesamt auch darauf hin, dass in Deutschland inzwischen rund 500.000 Rentner Leistungen der Grundsicherung beziehen. Die Gefahr der zunehmenden Altersarmut verschärft sich damit stetig. Die Erwerbslosenzahl betrug 2,1 Mio. Personen (nach international vergleichbarer Definition lt. Stat. Bundesamt). Damit lag die Quote auf dieser Berechnungsgrundlage im Dezember bei 4,7 %.

Um 1,5 % war das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) höher als im Vorjahr und lag damit über dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre von 1,2 %. Dies ergaben erste Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis). In den beiden vorangegangenen Jahren war das BIP sehr viel moderater gewachsen (2013 um 0,1 % und 2012 um 0,4 %). Offensichtlich konnte sich die deutsche Wirtschaft in einem schwierigen weltwirtschaftlichen Umfeld behaupten und dabei vor allem von einer starken Binnennachfrage profitieren.

Die Inflationsrate auf Basis der Verbraucherpreise lag nach Angabe des statistischen Bundesamtes um 0,9 % über dem Wert des Vorjahres. Damit blieb die Rate gemessen am Verbraucherindex auf dem derzeitigen Jahrestief. Dabei dämpfen seit über einem Jahr die günstigen Preise für Mineralölprodukte die Gesamtteuerung. Diesem Trend standen aber weiter die steigenden Strompreise gegenüber (+1,8 %). Der Strompreis hat sich inzwischen seit dem Jahr 2000 nahezu verdoppelt. Teilweise zahlen Mieter inzwischen mehr für Strom-, als für Heizkosten.

Die Teuerung der Dienstleistungen wurde maßgeblich durch die Preissteigerungen bei den Nettokaltmieten bestimmt (+ 1,6 %). Nach Angaben des Maklerverbandes IVD haben sich 2014 die Neuvertragsmieten mit +2,1 % weniger stark erhöht als im Vorjahr. 2013 betrug die Steigerung noch mehr als drei Prozent. Im Vergleich der Indexwerte der Verbraucherpreise für das Wohnen liegt die Teuerung bei den Nettokaltmieten seit 2000 mit +17 % sehr deutlich unter den übrigen Preisen, wie Strom (+99 %) und Gas, Heizöl sowie übrige Haushaltsenergie mit +112 %. Die Zinsentwicklung zwischen Ende 2013 und Ende 2014 war durchweg negativ. In allen Fristigkeitsbereichen gingen die Effektivzinssätze zurück.

Immobilienwirtschaftlich wurde die Diskussion über die zukünftigen Auswirkungen der Mietpreisbremse, die Absenkung und Befristung der Modernisierungumlage, die Verschärfungen der EnEV 2016 sowie die in einigen Bundesländern erhöhte Grunderwerbssteuer (NRW von 5 % auf 6,5 %) geführt. Hier bleiben die möglichen Auswirkungen auf Neubau und Investitionen in den Gebäudebestand durch die absehbar höheren Baukosten abzuwarten. Diese sind nach GdW-Angaben im Vergleich zum Jahr 2000 ohnehin bereits um rund 28,7 % gestiegen. Der Wunsch nach neuem bezahlbarem Wohnraum ist unter den gegebenen Rahmenbedingungen kaum zu erfüllen. Derzeit fehlen nach Angaben des Gesamtverbandes der Wohnungswirtschaft – GdW- bundesweit rund 500.000 Wohnungen. Erleichtert wurde die Finanzierung von Bauvorhaben jedoch durch die nach wie vor günstige Zinssituation, die durch die Leitzinssenkungen der EZB bisher manifestiert wurden.

Nach einer aktuellen Studie des Instituts „Empirica“ ist die Leerstandsquote seit nunmehr sieben Jahren rückläufig. Es standen bundesweit nur noch 653.000

Wohnungen leer. Dies waren 35.000 weniger als im Vorjahr. Während am Jahresende der marktaktive Leerstand in den westlichen Bundesländern bei lediglich 2,5 % lag, betrug er im Osten deutlich höhere 6,1 %.

Von den im Zeitraum von Januar bis November 2014 genehmigten Wohnungen waren 229.584 Neubauwohnungen. Das waren 4,3 % mehr als im Vorjahreszeitraum. Ausweislich der GdW-Jahresstatistik betragen die Nettokaltmieten im Bundesdurchschnitt im Berichtsjahr 2013 5,15 (+2,1 %) Euro/qm, in den alten Bundesländern 5,41 (+2,5 %) Euro/qm und in den neuen Bundesländern 4,85 (+1,9 %) Euro/qm.

1.2 Situation in Rheinland-Pfalz

Die politische Diskussion um Verkauf und Insolvenz der Projekte Nürburgring und Flughafen Zweibrücken war wohl einer der Gründe, dass die Landesregierung eine umfassende Kabinettsumbildung vorgenommen hat. Von dieser waren ausschließlich SPD-Minister betroffen. Es trat auch der bisher für den Wohnungsbau zuständige Finanzminister Dr. Carsten Kühl von seinem Posten zurück. Nachfolgerin wird Doris Ahnen, die bisher die Funktion der Bildungsministerin innehatte.

Bisher pflegte die Arbeitsgemeinschaft der rheinland-pfälzischen Wohnungsunternehmen, zu der auch wir gehören, einen ergebnisorientierten und von Sachlichkeit und Vertrauen geprägten Umgang mit dem für Wohnungsbau zuständigen Finanzministerium. Es bleibt zu hoffen, dass diese Art der Zusammenarbeit auch zukünftig Bestand haben wird.

Die Landesregierung hat ein Gutachten zur quantitativen und qualitativen Wohnraumnachfrage in Rheinland-Pfalz bis zum Jahr 2030 vom Institut Empirica in Berlin erstellen lassen. Dazu wurde auch die Koblenzer WohnBau von den Wissenschaftlern befragt. Hinsichtlich der zukünftig erforderlichen Wohnungsbaupolitik kommt das Gutachten zu dem Ergebnis, dass die demografische Spaltung des Landes eine differenzierte Politik erfordert.

Die Probleme des Wachstums und der Schrumpfung könnten nicht durch eine isolierte Wohnungspolitik behandelt werden. Insoweit sei eine abgestimmte Wohnungs-, Stadtentwicklungs- und Raumordnungspolitik im Land erforderlich. Dazu sei unter anderem nach Aussage der Verfasser eine Kooperation der Fachministerien (Finanz-, Innen-, Wirtschaftsministerium) notwendig.

Für Wachstumskerne in einer Schrumpfungsumgebung, zu denen laut Gutachten auch Koblenz gehört und bei denen Zuwanderung und Nachfrageanstieg nicht nachhaltig seien, empfiehlt das Gutachten auf eine rein quantitative Ausweitung des Wohnungsangebotes zu verzichten. Dagegen sei es sinnvoll, hochwertigen bzw. marktlückenschließenden Neubau zu realisieren. Dazu sei es erforderlich den Wohnungsbestand und die Stadtzentren zur Vorbereitung auf die Schrumpfung zu qualifizieren und aufzuwerten.

1.3 Rahmenbedingungen in der Stadt Koblenz und lokaler Wohnungsmarkt

Die Kommunalwahl 2014 führte neben einer neuen Zusammensetzung des Stadtrates, in dem nun mehrere zusätzliche Gruppierungen zu finden sind, auch zu einem auf 10 Mitglieder vergrößerten Aufsichtsrat unserer Gesellschaft. Dort sind 8 Mitglieder neu in dem Gremium vertreten. Unsere Aufsichtsratsvorsitzende und

Bürgermeisterin, Frau Hammes-Rosenstein, wurde im Dezember für eine weitere Amtsperiode mit großer Mehrheit des Stadtrates wieder gewählt.

Die Bevölkerung der Stadt stieg, auch beeinflusst durch die Auswirkungen der Zweitwohnungssteuer, im Dezember auf 110.677 Einwohner. Zuletzt gab es 1986 so viele Einwohner in Koblenz. Im Wohnungsneubau wurden 186 Wohnungen in den ersten drei Quartalen genehmigt – im Vorjahreszeitraum waren es lediglich 103 Neubauwohnungen.

Zudem wurde der Masterplan integrierte Stadtentwicklung fertiggestellt und im Rat verabschiedet – er enthält 524 Seiten mit Bestandsanalysen und Darstellungen von möglichen Entwicklungspotenzialen. Auch das kommunale Wohnraumversorgungskonzept wurde verabschiedet. Es soll mit seinen Ergebnissen und Handlungsvorschlägen in den Masterplan integrierte Stadtentwicklung eingebunden werden. Wir hoffen, dass der umfangreiche Erstellungsaufwand sich gelohnt hat und die Ergebnisse in zukünftige Planungen einfließen. Dabei müssen aus unserer Sicht die betroffenen Investorengruppen und Institutionen dauerhaft eingebunden werden.

Außerdem wurde der neue qualifizierte Mietspiegel vom Stadtrat verabschiedet. Die Ergebnisse basieren auf dem Versand von rund 15.000 Fragebögen an Mieter und Vermieter und der detaillierten Auswertung der eingegangenen Daten. Der Mietspiegel wird ab Januar 2015 wirksam werden. Im Durchschnitt ergibt sich eine Erhöhung der ortsüblichen Vergleichsmiete um 5,04 %, nach dem bei der letzten Fortschreibung bereits eine Steigerung um 4,1 % zu konstatieren war.

Die Stadt Koblenz und auch die Koblenzer WohnBau erhalten Fördermittel aus dem Förderprogramm „Soziale Stadt“. Diese sollen insbesondere in der Großsiedlung Neuendorf dazu dienen, eine verstärkte soziale Betreuung der Bewohner sicherzustellen und die Investitionen in Wohnumfeld- und städtebauliche Maßnahmen zu unterstützen. Den entsprechenden Förderbescheid dieses Gebiet übergab Innenminister Lewentz vor Ort an den Oberbürgermeister und die Geschäftsführung.

Die Stadt Koblenz beabsichtigt die Flächen der ehemaligen Fritsch-Kaserne zu einem attraktiven Wohnstandort zu entwickeln. Es kann dort ein Wohngebiet für bis zu 2000 – 3000 Personen entstehen. Bei passenden Rahmenbedingungen ist die WohnBau bereit sich an dem Projekt zu beteiligen.

Wie bundesweit festzustellen, wird auf Grund der zunehmenden weltweiten Krisensituationen der Wohnraum für Flüchtlinge knapp. Es wird derzeit auch in Koblenz eine intensive Diskussion über die sinnvollste Art der Unterbringung geführt, wobei die Standortfrage einer zentralen Unterkunft mit den Gebäuden des ehemaligen Betriebshofs der Stadt inzwischen geklärt ist. Die WohnBau hat bisher bereits mehr als 100 Menschen dieses Personenkreises in ihrem Wohnungsbestand dezentral in verschiedenen Stadtteilen untergebracht. Durch den inzwischen knappen Wohnungsmarkt gelangen wir hier mittlerweile an unsere Grenzen.

Nach Informationen der Stadt wird es trotz der intensiven Bemühungen der eingesetzten Haushaltsstrukturkommission nicht möglich sein, die Neuverschuldung so zu reduzieren, dass 2016 keine neuen Schulden mehr gemacht werden müssen. Gründe liegen in den weiter steigenden Sozialleistungen, die inzwischen mehr als

141 Mio. € betragen und den sinkenden Einnahmen aus der Gewerbesteuer. Nach einer aktuellen Studie des Beratungsunternehmens EY zählt Koblenz mit 3.772 € pro Einwohner zu den dreißig Großstädten in Deutschland mit der höchsten Verschuldung. Mainz (5.308 €/Einw.), Trier (6.031 €/Einw.) und Ludwigshafen (6.855 €/Einw.) verfügen allerdings in Rheinland-Pfalz über eine noch deutlich höhere Verschuldung.

Die Wirtschaftsauskunftei Creditreform weist vor Jahresschluss darauf hin, dass die Zahl der Menschen in Koblenz über 18 Jahren, die ihre finanziellen Verpflichtungen nicht mehr erfüllen können, deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegt. Die Quote liegt bei aktuell 12,68 % (Bund: 9,9 %). Besonders betroffen sind in Koblenz Bürger, die in den Stadtteilen Neuendorf und Wallersheim wohnen (Quote: 18,62 %). Dort hat unser Unternehmen große Wohnungsbestände und ist durch überdurchschnittliche Mietausfälle betroffen.

2. Geschäftsverlauf

2.1 Bauen und Modernisieren, Verkauf und Finanzierung

Die Förderzusage für unseren Neubau Lützel, In der Rothenlänge 15 erhielten wir persönlich durch Finanzminister Dr. Kühl und den Vorsitzenden der ISB Förderbank, Herrn Dexheimer, im April 2014. Den Förderbescheid für die „Soziale Stadt“-Maßnahmen in der Großsiedlung Neuendorf übergab uns Innenminister Lewentz im Beisein des Oberbürgermeisters Prof. Dr. Hofmann-Göttig im September 2014.

Rund 400 Besucher waren beim Sommerfest in der Großsiedlung Neuendorf dabei, das durch aktive Bewohner und der im Gebiet tätigen Institutionen (Jugendsozialarbeit, Caritasverband, McKiz, Spiel- und Lernstube sowie Polizeiinspektion 2) organisiert wurde.

Der besonders bei günstigen und kleinen Wohnungen verknappte Wohnungsmarkt führte im Laufe des Jahres zu weiter verbesserter Vermietung der Bestandsobjekte. Der Prüfungsausschuss unseres Aufsichtsrates besichtigte durchgeführte Wohnumfeld- und Baumaßnahmen im Stadtteil Goldgrube.

Die bereinigte Leerstandsquote (ohne bereits für 2015 abgeschlossene Mietverträge, dauerhaft nicht vermietbare und zum kurzfristigen Verkauf vorgesehene Wohnungen) lag im Jahresdurchschnitt mit 1,63 % deutlich unter dem Vorjahreswert (Vorjahr: 3,16 %). Die 317 Kündigungen (Vorjahr: 303) ergaben zum 31.12.2014 eine geringfügig höhere Quote von 10,03 % (Vorjahr: 9,45 %).

2.2 Modernisierung und Instandhaltung

1.061 T€ (Vorjahr: 1.124 T€) investierten wir 2014 in Modernisierungsmaßnahmen. 49 Wohneinheiten (Vorjahr: 54) wurden von Grund auf saniert. Für geplante und laufende Instandhaltungsmaßnahmen sind 2014 rund 3.691 T€ verausgabt worden. Dies sind 18,01 €/m² (Vorjahr: 18,45 €/m²). Insgesamt investierten wir 23,18 €/m² in unseren Wohnungsbestand (Vorjahr: 24,-- €/m²).

2.3 Verkauf von Wohneigentum

Im begrenzten Umfang werden Einfamilienhäuser und Eigentumswohnungen zur Eigentumbildung veräußert. Aus Gründen der Vorsicht werden im Wirtschaftsplan keine Verkaufserlöse berücksichtigt. Erträge aus der Verkaufstätigkeit dienen zur Verbesserung des Jahresergebnisses und zusätzlicher Investitionen in den

Gebäudebestand. 2014 verkauften wir 3 Eigentumswohnungen sowie 4 Reihenhäuser aus dem Anlagevermögen. Es ergab sich insgesamt ein Ertrag unter Abzug der Buchwerte von rund 362 T€ (Vorjahr: 102 T€). Die steigende Zahl von Eigentümern unterstützt die soziale Stabilisierung der betroffenen Quartiere.

2.4 Siedlungsgestaltung und Projektentwicklung

2.4.1 Städtebauliche Gestaltung des Siedlungsgebiets Koblenz- Lützel, In den Mittelweiden

Auf dem Abrissgrundstück „In der Rothenlänge“ in Lützel haben wir mit dem Neubau von 42 kleinen Ein- bzw. Zwei- Zimmerwohnungen begonnen. Diese werden frei finanziert und öffentlich gefördert erstellt. Damit erreichen wir ein breites Spektrum von Bewerbern. Die Wohnungen werden mit einem zentralen Aufzug sowie Laubengängen erschlossen und barrierefrei bzw. barrierearm ausgestaltet.

Es entstehen insgesamt 42 Wohnungen. Sie setzen sich aus 21 Einzimmerwohnungen mit 39 m² und 21 Zweizimmerwohnungen mit 56 m² zusammen. 12 der Wohnungen sind frei finanziert, 30 öffentlich gefördert. Inzwischen ist der Rohbau nahezu fertiggestellt. Bis Mitte kommenden Jahres rechnen wir mit der Bezugsfertigkeit.

Außerdem wurde der letzte Bauabschnitt der Fassadensanierungen des Gebäudebestandes in dieser Siedlung zum Abschluss gebracht. Diese Arbeiten betrafen die Häuser In der Wehring 17-23 sowie das Gebäude In den Mittelweiden 17/19. Auch die Außenanlagen wurden in diesem Zusammenhang den aktuellen Anforderungen angepasst.

Mit der Fertigstellung des Neubauvorhabens im kommenden Jahr werden wir damit die gesamte Siedlungsumgestaltung und Objektsanierung zum Abschluss gebracht haben. Ein unbebautes Restgrundstück ist noch verblieben. Hier ist eine ergänzende Bebauung möglich und angedacht.

2.4.2 Soziale Stadt Koblenz-Unterer Asterstein, Am Luisenturm, Grüner Weg

Der Beigeordnete sowie Finanz- und Sozialdezernent der Stadt Mainz, Kurt Merkator, besuchte mit Vertretern der Stadt und der Abteilung Sozialplanung der Wohn-Bau Mainz die Siedlung „Am Luisenturm“ der Koblenzer WohnBau. Die WohnBau präsentierte die im Rahmen des Programmes „Soziale Stadt“ umgebauten Gebäude und erfolgten Erschließungs- und Wohnumfeldmaßnahmen.

In den vergangenen mehr als zehn Jahren hat die WohnBau gemeinsam mit der Stadt Koblenz mit Hilfe von Fördermitteln der sozialen Stadt über 10 Mio. € in die Siedlung investiert. Dabei wurden Mehrfamilienhäuser entkernt und mit umfangreichen Grundrissveränderungen und Ergänzungen der Gebäudehülle den aktuellen Bedürfnissen der Bewohner angepasst.

Außerdem wurden bis dato allgemein genutzte Außenbereiche durch Wohnumfeld-Maßnahmen und Anbauten von Terrassen, Kellerersatzräumen, Carports und Müllboxen in privat zu nutzende Areale umgewidmet. Dies förderte besonders die Eigeninitiative der Mieter, die ihre Bereiche seitdem verantwortungsvoll nutzen und verschönern.

Da die WohnBau Mainz in ihrem Wohnungsbestand über eine ähnliche Siedlung mit überwiegend auch Mietern der Volksgruppe der Sinti und Roma verfügt, bestand großes Interesse Informationen über die baulichen und sozialen Aktivitäten vor Ort zu erhalten.

Inzwischen ist das mehrjährige Projekt abgeschlossen und befindet sich in der Abrechnungsphase.

2.4.3 Städtebauliche Aktivierung des 70er – Jahre Wohngebiets „Weiße Siedlung Neuendorf“

Im Rahmen eines Abstimmungsgesprächs zwischen Frau Ministerpräsidentin Dreyer, Herrn Innenminister Lewentz und Herrn Oberbürgermeister Dr. Hofmann-Göttig hat das Land unter anderem für unser Projekt zur Reaktivierung der Großsiedlung Neuendorf im Rahmen der sozialen Stadt eine 90 %-ige Förderung der städtebaulichen Maßnahmen in Aussicht gestellt.

Auf Wunsch des Innenministeriums wurde zeitnah eine Konkretisierung der Kosten- und Finanzierungsübersicht vorgenommen und das Projekt über die Gesamtlaufzeit aller Bauabschnitte dargestellt. Inzwischen wurden die entsprechenden Beschlüsse der städtischen Gremien gefasst. Nach erfolgtem offiziellem Förderantrag an das Land wurde durch Herrn Innenminister Lewentz Anfang September der erste Förderbescheid für den Zeitraum 2015-2017 übergeben.

Daneben wird für das Projekt Sanierung „Soziale Stadt Weiße Siedlung Neuendorf“ zwischen Stadt und WohnBau ein Kooperationsvertrag erarbeitet. Damit soll dem Vorhaben, welches auch Bereiche auf städtischem Grund, aber überwiegend auf dem Gelände der WohnBau betrifft, eine entsprechende Grundlage gegeben werden. Danach erfolgt die Ausschreibung der Leistungen des Quartiersmanagements durch die Verwaltung.

Die seitens der WohnBau voraussichtlich anfallenden Investitionen der nächsten 10 Jahre für Instandhaltung und Modernisierung wurden in der mehrjährigen Wirtschaftsplanung und Geldrechnung berücksichtigt.

2.4.4 Beispielhafte Projekte der Sanierung städtischer Schulen

An der Berufsbildenden Schule Technik wurde die bereits seit mehreren Jahren stattfindende Großsanierungsmaßnahme mit dem 1. Bauabschnitt der PCB-, Dach- und Fassadensanierung im Bauteil A fortgesetzt. Am Schulsportzentrum Karthause ist das Gebäude des Tribüneneinganges energetisch saniert worden. Neben dem Aufbringen eines Wärmedämmverbundsystems auf den Außenwandflächen sind die Tür- und Fensteranlagen erneuert worden.

Der 1. Bauabschnitt der energetischen Sanierung und der Überarbeitung der Betonfassaden an der Realschule Plus Karthause ist 2014 abgeschlossen worden. Der 2. Bauabschnitt folgt 2015. Die Fassaden-, Dach- und Brandschutzsanierung an der IGS Koblenz wurde 2013 begonnen, 2014 fortgeführt, und wird Mitte des Jahres 2015 fertiggestellt.

Nachdem das städtische zentrale Gebäudemanagement seine Tätigkeit aufgenommen hat und teilweise bereits Projekte der Schulsanierung durchführt, ist

beabsichtigt, dass die WohnBau die letzten eigenen Projekte bis zum 31.12.2016 abschließt.

Dazu ist ein Aufhebungsvertrag zur Beendigung der Schulsanierung zu diesem Stichtag mit der Stadt in Vorbereitung. Dieser wird abgeschlossen, wenn er inhaltlich mit der ADD Trier abgestimmt worden ist und Stadtrat sowie Aufsichtsrat der Koblenzer WohnBau diesem inhaltlich zugestimmt haben.

2.5 Verwalten, Kooperieren, Service

2.5.1 Bestandsbetreuung und Neuvermietung

Das Neuvermietungsteam hatte 2.024 Kundenkontakte (Vorjahr: 2.365) und 695 persönliche Besichtigungstermine (Vorjahr: 760) durchgeführt. 1.277 Anfragen (Vorjahr: 957) gingen über Anzeigen in den Internet-Immobilienbörsen ein. Insgesamt 1.874 Neukunden wurden kontaktiert und beraten (Vorjahr: 2.002).

314 Wohnungen haben wir neu vermietet (Vorjahr: 329). Die Fluktuationsquote lag bei rund 9,94 % (Vorjahr 10,26 %). 73 unserer Mieter konnten im Bestand eine passende neue Wohnung finden. Wir freuen uns sie als Kunden gehalten zu haben (Vorjahr: 72).

2.5.2 Forderungsmanagement

Mit Ratenzahlungsvereinbarungen und weiteren flexiblen Lösungen bei Mietrückständen haben das Forderungsmanagement Mietverhältnisse erhalten. Obdachlosigkeit konnte so vermieden werden. 159 fristlose Kündigungen (Vorjahr: 183), 66 Räumungsklagen (Vorjahr: 59) und 14 Zwangsräumungen (Vorjahr: 18) konnten wir trotzdem nicht vermeiden. 24 zur Räumung verurteilte Mieter (Vorjahr: 15) zogen vor dem Räumungstermin aus.

2.5.3 Wohnungsbauförderung

638 der 2.793 preisfreien Wohnungen überprüften wir mit Hilfe des aktuellen qualifizierten Mietspiegels und passten die Mieten entsprechend an. Die Mieterträge stiegen damit um rund 93 TEUR (Vorjahr: 151 T€). Diese zusätzlichen Erlöse erleichtern die notwendigen Gebäudeinvestitionen.

Die Förderung „allgemeines Belegungsrecht“ verbilligte 2014 für 10 Wohnungen (Vorjahr: 11) die Miete um 15 %. Wir nutzen zurzeit für 428 der freifinanzierten Wohnungen (Vorjahr: 487) diese Instrument. Daneben sind noch 512 (rd. 15,5 %) unserer Wohnungen öffentlich gefördert. Auf den I. Förderweg entfallen noch 357 Wohnungen und 155 Einheiten auf den III. Förderweg.

2.6 Personal

2.6.1 Betriebliches Gesundheits- und Sicherheitsmanagement

Ein Arbeitskreis, bestehend aus Führungskräften, Sicherheitsbeauftragten und Vertretern des Betriebsrates, berät sich in regelmäßigen Treffen mit Betriebsarzt und Sicherheitsfachkraft, um die Sicherheit und die Gesundheit am Arbeitsplatz nicht nur zu gewährleisten, sondern möglichst noch zu erhöhen. Besonders beschäftigte sich dieser Arbeitskreis mit den Gefährdungsbeurteilungen, die überarbeitet und teilweise neu erstellt wurden. Hier wurde deutlich, dass es wesentlich leichter ist, physikalische Gefährdungen zu benennen als psychische. Da psychische Gefährdung am Arbeitsplatz ein ernst zu nehmendes Thema ist, wird das Augenmerk künftig verstärkt auf psychischen Gefährdungen und Belastungen liegen.

Ziel des Gesundheits- und Sicherheitsausschusses ist, die gesamte Belegschaft für die Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz zu sensibilisieren, um Berufskrankheiten und Arbeitsunfälle auf möglichst geringem Niveau zu halten.

Themen, wie Flucht- und Rettungswege, Vorsorgeangebote und Gesundheitsförderung wurden diskutiert. Im Ergebnis wurde ein neuer Flucht- und Rettungswege-Plan erstellt. Neben den bereits seit Jahren durchgeführten Vorsorgeangeboten, gaben wir die Möglichkeit zur kostenfreien Grippe-Schutz-Impfung. Um die gesunde Ernährung anzuregen, bieten wir im Herbst und Winter wöchentlich frisches Obst für die Beschäftigten.

Wir freuen uns, dass wir bereits mit 2 Sicherheitsbeauftragten und 5 ErsthelferInnen aufgestellt sind, die uns somit im Gesundheitsmanagement unterstützen.

2.6.2 Personalbestand

Per 31.12.2014 arbeiteten bei der Koblenzer WohnBau insgesamt 49 hauptberufliche Mitarbeiter, 1 nebenberufliche Kraft und 2 Mitarbeiter im Rahmen der Personalüberlassung für das Sachgebiet der Schulsanierung.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz	2013	2014
A. Anlagevermögen	109.737.706,78	108.606.488,58
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	191.935,00	145.073,00
II. Sachanlagen	109.511.726,61	108.419.961,76
III. Finanzanlagen	34.045,17	41.453,82
B. Umlaufvermögen	43.558.342,96	31.735.889,45
I. zum Verkauf best. Grundstücke u. and. Vorräte	35.455.045,06	24.985.608,80
II. Forderungen und sonst. Vermögensgegenstände	592.645,29	605.523,85
III. Kassenbestand	7.510.652,61	6.144.756,80
C. Rechnungsabgrenzungsposten	2.233.542,36	71.675,85
Bilanzsumme	155.529.592,10	140.414.053,88
Treuhandvermögen	2.832.115,70	2.457.440,54
A. Eigenkapital	33.334.239,35	38.732.289,13
I. Gez. Kapital	12.740.450,00	12.740.450,00
II. Kapitalrücklage	7.309.812,20	7.309.812,20
III. Gewinnrücklage	12.991.474,01	18.231.400,00
IV. Bilanzgewinn	292.503,14	450.626,93
B. Rückstellungen	1.206.261,41	1.836.114,00
C. Verbindlichkeiten	120.121.469,09	99.131.299,80
D. Rechnungsabgrenzungsposten	867.622,25	714.350,95
Bilanzsumme	155.529.592,10	140.414.053,88
Treuhandverbindlichkeiten	2.832.115,70	2.457.440,54

Gewinn- und Verlustrechnung

GuV	2013	2014
Umsatzerlöse	23.109.868,70	38.019.378,74
a) aus der Hausbewirtschaftung	18.960.336,74	19.484.909,98
b) aus Betreuungstätigkeit	114.206,68	26.349,98
c) aus anderen Lieferungen und Leistungen	3.761.325,28	18.508.118,78
d.) aus Verkauf von Passivhaus	274.000,00	0,00
Erhöh. d. Best. an zum Verkauf best. Grundstücke	2.209.969,88	-8.492.955,58
Andere aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00
sonstige Erträge	985.079,71	1.072.621,67
Gesamtleistung	26.304.918,29	30.599.044,83
Aufwendungen für bezogene Leistungen	13.932.640,63	12.645.395,63
a) Aufwendungen für Hausbewirtschaftungen	8.692.735,76	8.283.417,19
b) Aufwendungen für andere Lief. und Leistungen	5.239.904,87	4.361.978,44
Rohertrag	12.372.276,66	17.953.649,20
Personalaufwand	2.561.596,17	2.672.613,27
a) Löhne und Gehälter	2.012.637,89	2.121.544,14
b) Soziale Abgaben u. Aufwendungen	548.958,28	551.069,13
Abschreibungen	3.588.641,73	3.987.665,57
sonstige betr. Aufwendungen	1.591.945,93	1.138.607,57
Erträge aus WP und Ausleihungen	787,90	513,39
Sonst. Zinsen u. ähnl. Erträge	44.905,83	39.200,97
Abschreibungen auf Finanzanlagen	0,00	0,00
Sonst. Zinsen u. ähnl. Aufwendungen	3.385.356,41	3.114.128,79
Erg. d. gewöhnl. Gesch.	1.290.431,15	7.080.348,36
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	99.696,54	1.272.038,38
sonstige Steuern	417.108,43	410.260,20
Jahresüberschuss/	773.626,18	5.398.049,78

Bilanzkennzahlen**Ertragslage**

Rentabilität		2013	2014
Eigenkapitalrentabilität	%	2,3	13,9
Gesamtrentabilität	%	2,7	6,1

		2013	2014
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	453,1	731,1

Vermögensaufbau

		2013	2014
Anlagenintensität	%	70,6	77,3
Intensität des Umlaufvermögens	%	29,4	22,7

Anlagenfinanzierung

		2013	2014
Anlagendeckung I	%	30,4	35,7
Anlagendeckung II	%	94,8	96,9

Kapitalausstattung

		2013	2014
Eigenkapitalquote	%	21,4	27,6
Fremdkapitalquote	%	78,6	72,4

Liquidität

		2013	2014
Liquiditätsgrad	%	89,0	90,3

Lage des Unternehmens**3. Wirtschaftliche Unternehmenslage****3.1 Ertragslage**

Die wirtschaftliche Lage der Koblenzer WohnBau ist weiter wesentlich durch das operative Geschäft der Liegenschaftsbetreuung und –vermietung geprägt. Hinzu kommen die Auswirkungen der Abrechnungen von Schulsanierungsmaßnahmen auf das Ergebnis. Die Erträge werden nachhaltig in erster Linie durch die Vermietung und Verpachtung der Wohngebäude und sonstigen Liegenschaftseinheiten generiert. Außerdem wird das Ergebnis ergänzt durch Honorare der Wohnungseigentums- und Pachtverwaltung sowie der Schulsanierung.

Das operative Geschäft ergab im abgelaufenen Geschäftsjahr ein positives Ergebnis von rund 5.398 T€ (Vorjahr 774 T€). Stark beeinflusst wurde das diesjährige Jahresergebnis durch die teilweise Abrechnung von Schulsanierungsmaßnahmen.

3.2 Finanzlage

Die Finanzlage der Koblenzer WohnBau ist durch die regelmäßigen Mieteinnahmen, die sich durch den stark reduzierten Leerstand verbessert haben, als stabil zu

bezeichnen. Verbindlichkeiten werden zeitnah beglichen. Die Eigenkapitalquote hat sich in den letzten Jahren auch durch kontinuierliche Zuführungen zu den Rücklagen verbessert.

Ziel des Finanzmanagements ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegenüber finanziellen Risiken jeder Art. Beim Management der Finanzdispositionen verfolgt die Gesellschaft weiterhin eine konservative Risikopolitik. Der Finanzmittelbestand am 31.12.2014 beläuft sich auf 6,1 Mio. € (Vorjahr 7,5 Mio. €). Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit beträgt 2,742 Mio. € (Vorjahr: 3,210 Mio. €).

3.3 Vermögenslage

Vom Gesamtvermögen der Gesellschaft mit 140,4 Mio. € (Vorjahr 155,5 Mio. €) entfallen 77,35 % auf das Anlagevermögen (Vorjahr 70,56 %) und 22,65 % auf das Umlaufvermögen und den Rechnungsabgrenzungsposten (Vorjahr 29,44 %).

Dauerhaft gebundene Vermögenswerte sind mit Eigen- und Fremdkapital branchenüblich langfristig finanziert.

4. Finanzielle Leistungsindikatoren

4.1 Eigenkapitalquote

Das Eigenkapital deckt unter Berücksichtigung der Maßnahmen in der Schulsanierung 27,58 % des Gesamtvermögens (Vorjahr 21,43 %).

Bereinigt um diese Beträge, die spätestens nach Ende der Schulsanierungslaufzeit und abschließender Abrechnung der Maßnahmen 2017 komplett aus der Bilanz entfallen, beträgt die Eigenkapitalquote 28,66 % (Vorjahr 26,79 %).

Dies ist im Wesentlichen der Zuführung zu den Rücklagen sowie der Reduzierung der Bilanzsumme durch Reduzierung der Leistungen aus der Schulsanierung geschuldet.

4.2 weitere Kennziffern

Im Vergleich zum Vorjahr haben sich weitere Kennziffern wie folgt entwickelt:

Kennziffer	2014	2013
Umsatz	38.019 TEUR	23.110 TEUR
Materialaufwandsquote	42,1 %	53,9 %
Personalaufwand pro Kopf	58 TEUR	54 TEUR
Investitionen	1.955 TEUR	1.465 TEUR
Umsatzrentabilität	14,2 %	3,3 %
Eigenkapitalrentabilität	13,9 %	2,3 %
Verschuldungsgrad	72,4 %	78,6 %
Anlagendeckungsgrad	35,7 %	30,4 %
Cash-Flow aus lfd. Geschäftst.	2.742 TEUR	3.210 TEUR

III. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung, insbesondere gravierende Risiken, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage maßgeblich negativ beeinflussen könnten, sind nach dem 31.12.2014 nicht bekannt geworden. Die Zahlungsbereitschaft der Gesellschaft ist gewährleistet.

IV. Prognosebericht

Von einer voraussichtlich weiter positiven Entwicklung des Unternehmens gehen wir aus. Die Prognose 2013 für das abgeschlossene Geschäftsjahr 2014 hinsichtlich einer erwarteten soliden Geschäftslage hat sich bestätigt und darüber hinaus hat sich das Geschäftsergebnis besser entwickelt als nach der Wirtschaftsplanung zu erwarten war.

Auch das aktuelle Geschäftsjahr und der Wirtschaftsplan lassen eine stabile Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft für das Jahr 2015 und das erste Quartal 2016 erwarten. Die ganzjährige Auswirkung der 2014 durchgeführten Mietanpassungen wird 2015 zu verbesserten Mieteinnahmen führen.

Das Risiko von leer- und rückstandsbedingten Mietausfällen besteht wegen des teilweise noch entspannten Wohnungsmarktes in problematischen Siedlungsbereichen und der angespannten finanziellen Lage vieler Mieterhaushalte weiterhin, hat sich jedoch auf Grund erhöhter Nachfrage am Wohnungsmarkt verbessert.

Die preisfreien Wohnungen werden gesetzeskonform an die ortsübliche Vergleichsmiete herangeführt. Ertragsverzichte werden möglichst abgebaut und für eine Stärkung des Leistungsbereiches Hausbewirtschaftung gesorgt. Insgesamt ist eine verbesserte Vermietungssituation und Wohnungsnachfrage zu vermerken, die zu gesteigertem Umsatz führt.

Die Koblenzer WohnBau betreibt ein Portfoliomanagement zur Optimierung ihres zukünftigen Wohnungsbestandes. Insbesondere in Anbetracht der demographischen Entwicklung hat die Gesellschaft ihren Wohnungsbestand durch Bestandsverkäufe und Abriss nicht sanierungswürdiger Bausubstanz begrenzt reduziert.

Durch den Einsatz zeitgemäßer Informationstechnologie und rationelle Arbeitsabläufe ist der reibungslose Geschäftsablauf im Geschäftsjahr 2015 weiterhin gewährleistet.

Wir erwarten 2015 ein dem Geschäftsjahr 2014 vergleichbares Ergebnis.

V. Chancen- und Risikobericht

1. Risikobericht

Wir beobachten die aktuellen Risiken am Immobilienmarkt reagieren auf negative Entwicklungen angemessen und zeitnah. Unser Risikomanagement erhält die Zahlungsfähigkeit und sichert das Eigenkapital. Dazu werden auch zukünftig wesentliche Teile von Jahresüberschüssen den Rücklagen zugeführt.

Risikoreiche Finanztransaktionen und Sicherungsgeschäfte tätigen wir nicht. Das Anlagevermögen ist branchenüblich langfristig finanziert. Überwiegend lange

Festschreibungen mit einer sinnvollen zeitlichen Streuung reduzieren die Zinsänderungsrisiken.

Unsicherheiten bestehen im Hinblick auf mögliche verschlechterte politische Rahmenbedingungen, Zinserhöhungen, insbesondere bei öffentlichen Mitteln. Die gesunkene Zahl potenzieller Kreditgeber erschwert unsere Arbeit bisher im Kerngeschäft nicht. Schwieriger ist es bei den städtisch verbürgten Darlehen im Rahmen der Schulsanierung, da sich die Anbieter solcher Darlehen zu großen Teilen zurückgezogen haben.

Veränderungen rechtlicher, wirtschaftlicher und steuerrechtlicher Rahmenbedingungen unter anderem aufgrund geänderter gesetzlicher Grundlagen, können Risiken für das Unternehmen bergen. Dies gilt insbesondere, wenn diese Änderungen Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt in Koblenz haben.

Dem Wegfall von kommunalen Aufträgen, auch aus der Schulsanierung bis Ende 2016, werden wir im Rahmen der zukünftigen Personalplanung begegnen.

2. Chancenbericht

Die Sanierung unserer Liegenschaften auf ein zeitgemäßes, nachhaltiges Niveau und die energetische Anpassung, bei der wir Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkte berücksichtigen, festigt unsere Position am Koblenzer Wohnungsmarkt. Dies und die steigende Nachfrage nach preisgünstigem Wohnraum führen zu einer verbesserten Vermietungssituation.

Den Neubau barrierearmen Wohnraums realisieren wir mit unserem Projekt in Koblenz-Lützel. Außerdem werden wir, wo erforderlich und technisch möglich, die Grundrisse großer, schwer zu vermarktender Wohnungen anpassen.

3. Gesamtaussage

Risiken sehen wir im Wesentlichen in den sich verschlechternden gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Immobilienwirtschaft, wie Mietpreisbremse, Reduzierung und Befristung der Modernisierungsumlage etc. Allerdings sehen wir uns auf Grund der kontinuierlichen Optimierung unseres Wohnungsbestandes und der weiteren Verknappung preiswerten Wohnraums, die bei uns nahezu zur Vollvermietung führt, gut aufgestellt. Die regelmäßigen Fortschreibungen des qualifizierten Mietspiegels führen zu erhöhten Mieteinnahmen. Darüber hinaus verbessern wir unsere Kapitalstruktur durch Rückführung von Darlehen und Prolongation zu verbesserten Konditionen.

Die Geschäftsführung stellt fest, dass aus jetziger Sicht und für die überschaubare Zukunft keine den Bestand des Unternehmens gefährdenden Risiken erkennbar sind.

VI. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten.

Umfangreiche Forderungen bestehen gegenüber den mehr als 3.200 Mietern. Diese werden im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten begetrieben, sofern

Zahlungsrückstände bestehen. Verbindlichkeiten werden innerhalb der vereinbarten Zahlungsfristen gezahlt.

Ziel des Finanz- und Risikomanagements ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen finanzielle Risiken jeder Art. Beim Management der Finanzdispositionen verfolgt die Gesellschaft eine konservative Risikopolitik.

Soweit wirtschaftlich vorteilhaft und unter Risikoaspekten vertretbar, werden seitens der Geschäftsleitung Darlehensaufnahmen bzw. Umschuldungen im Rahmen von Forwarddarlehen als Instrument der günstigen Kapitalbeschaffung in Niedrigzinsphasen genutzt.

Wir haben 2014 271 T€ Zinsen weniger verausgabt als im Vorjahr (108 T€). Der Zinsaufwand belastet das Ergebnis neben den ebenfalls hohen Abschreibungen auf das Anlagevermögen dennoch erheblich. Wir führen Kredite zurück, soweit unsere Liquidität dies erlaubt. 2014 waren dies 1.298 T€ (Vorjahr: 829 T€). Davon entfielen 70 T€ auf städtische Kredite.

Die Gesellschaft bedient sich ihrer Finanzinstrumente, um die Liquidität sicherzustellen und zur Optimierung des Zinsniveaus sowohl bei der Fremdfinanzierung als auch bei der Anlage. Sonstige Instrumente in diesem Sinne werden seitens der Gesellschaft nicht angewendet.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

Keine

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Grundsteuer:	408.808,88 €
Gewerbesteuererstattung Vorjahre:	- 6.776,00 €
Gewerbesteuervorauszahlungen 2014	140.037,00 €
Gewerbesteuerrückstellung 2014	774.560,00 €

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2014

Vergütung für Aufsichtsrat und Prüfungsausschuss 27.202,90 €

Die Gesellschafterversammlung erhält keine Bezüge.

Auf eine Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wird mit Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die nicht-wirtschaftliche Betätigung im Sinne des § 85 Absatz 3 Nr. 6 GemO, da die Gesellschaft überwiegend für das Wohnungs- und Siedlungswesen tätig ist.

**Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2015**



**Wirtschaftsförderungsgesellschaft
Koblenz mbH**

Rechtsform

GmbH

Gegründet

08. Oktober 1970; Gesellschaftsvertrag zuletzt geändert 24. Juli 2014

Stammkapital am 31.12.2014

2.154.072,70 €

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist, im Gebiet der Stadt Koblenz und im Gebiet des Zweckverbandes GVZ A61 Industriepark Koblenz:

- a) Erwerb, Verwaltung und Verwertung von Grundstücken, insbesondere zum Wiederaufbau und zur Sanierung und Erschließung von Baugelände,
- b) Planung und Ausführung entsprechender Baumaßnahmen,
- c) Betrieb anderer wirtschaftlicher Unternehmen der Stadt Koblenz im Sinne der Gemeindeordnung.

Beteiligungsverhältnisse

Die Stadt Koblenz ist Alleingesellschafterin.

Besetzung der Organe am 31.12.2014

Gesellschafterversammlung

Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig - Vorsitzender –

Hans-Peter Ackermann (bis Juni 2014)
Christian Altmaier
Bernd Coßmann (bis Juni 2014)
Edith Hoernchen
Claudia Probst
Dr. h. c. Friedhelm Pieper (bis Juni 2014)
Edgar Kühenthal (bis Juni 2014)
Gundula Krebs (bis Juni 2014)
Gerhard Voell (bis Juni 2014)
Leo Biewer (ab Juli 2014)
Monika Sauer (ab Juli 2014)
Manfred Bastian (ab Juli 2014)
Manfred Gniffke (ab Juli 2014)
Stephan Wefelscheid (ab Juli 2014)
Sylvia Enger (ab Juli 2014)
Fritz Naumann (ab Juli 2014)

Geschäftsführung:

Wolfgang Hoffmann (alleinvertretungsbefugt) bis 28.02.2014
Thomas Hammann (alleinvertretungsbefugt) ab 01.03.2014

Beteiligungen des Unternehmens

TZK TechnologieZentrum Koblenz GmbH: 100.000,00 €

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Grundlage des Unternehmens

Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Koblenz mbH betreibt sowohl eigene Stellplatzanlagen als auch solche Dritter im Auftrag. Außerdem vermietet unsere Gesellschaft eigene Immobilien und erwirbt, entwickelt und vermarktet Industrie- und Gewerbegrundstücke. Die Tätigkeit beschränkt sich dabei auf das Stadtgebiet Koblenz.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Zentralitätskennwerte für die Stadt Koblenz, sowohl für den Einzelhandel der Innenstadt als auch bei der Arbeitsplatzdichte, lagen stabil auf einem hohen Niveau. Der Konjunkturklimaindex der IHK Koblenz hat sich im Verlauf des Jahres 2014 nach zunächst hohen Werten im Herbst deutlich eingetrübt. Zum Jahresende schätzen die befragten Unternehmer die Lage dann jedoch wieder positiver ein. Hinsichtlich der Industrieunternehmen wird vor allem die weitere weltwirtschaftliche Entwicklung mit zunehmender Sorge betrachtet. Insgesamt sind die Investitionsabsichten der

Unternehmen laut Umfrage im Jahresverlauf jedoch leicht gestiegen. Die Nachfrage nach Wohnimmobilien in Koblenz hat, ausgehend von einem positiven Wanderungssaldo der Einwohner und steigender Mieten, zugenommen.

Geschäftsverlauf

Diese positiven Rahmenbedingungen äußerten sich u.a. in einer anhaltend hohen Nachfrage nach Stellplätzen in der Innenstadt und grundsätzlich guten Vermarktungschancen für Industriegrundstücke. Unsere Wohnimmobilien verzeichneten eine Vollvermietung. Zusammenfassend können wir auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr zurückblicken.

Die Umsatzerlöse haben sich zum Vorjahr um 7,1% auf 3.602 T€ erhöht.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit beläuft sich auf 1.861 T€ (+7,2%), nach Steuern beträgt das Ergebnis 1.268 T€ (+6,8%).

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz	2013	2014
A. Anlagevermögen	12.314.169,77	12.019.780,60
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.239.821,00	1.199.441,00
II. Sachanlagen	10.974.348,77	10.720.339,60
III. Finanzanlagen	100.000,00	100.000,00
B. Umlaufvermögen	3.545.615,08	4.655.280,29
I. Vorräte	928.364,57	977.616,07
II. Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst.	21.234,82	5.509,46
III. Kassenbestand	2.596.015,69	3.672.154,76
C. Rechnungsabgrenzungsposten	122.049,59	120.003,83
Bilanzsumme	15.981.834,44	16.795.064,72
A. Eigenkapital	7.638.307,81	8.556.115,56
I. Gez. Kapital	2.154.072,70	2.154.072,70
II. Kapitalrücklage	1.022.583,76	1.022.583,76
III. Gewinnrücklage	2.087.109,55	2.680.825,68
IV. Gewinnvortrag	1.187.109,55	1.430.825,67
V. Jahresüberschuss	1.187.432,25	1.267.807,75
B. Rückstellungen	197.370,00	258.790,00
C. Verbindlichkeiten	8.143.727,70	7.978.155,98
D. Rechnungsabgrenzungsposten	2.428,93	2.003,18
Bilanzsumme	15.981.834,44	16.795.064,72

Gewinn- und Verlustrechnung

GuV	2013	2014
Umsatzerlöse	3.364.986,62	3.602.478,71
sonstige Erträge	264.091,21	62.073,17
Gesamtleistung	3.629.077,83	3.664.551,88
Materialaufwand	511.108,86	501.028,06
a) Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe.	133.760,78	107.296,35
b) Aufw. f. bez. Leistungen	377.348,08	393.731,71
Rohertrag	3.117.968,97	3.163.523,82
Personalaufwand	117.476,65	136.848,23
a) Löhne und Gehälter	91.960,04	106.110,66
b) Soziale Abgaben u. Aufwendungen	25.516,61	30.737,57
Abschreibungen	466.737,51	461.326,42
sonstige betr. Aufwendungen	455.893,82	367.931,02
Sonst. Zinsen u. ähnliche Erträge	5.841,87	5.860,71
Sonst. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	346.906,94	342.586,50
Ergebnis. der gewönl. Geschäftstätigkeit	1.736.795,92	1.860.692,36
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	502.389,68	545.993,69
sonstige Steuern	46.973,99	46.890,92
Jahresüberschuss	1.187.432,25	1.267.807,75

Bilanzkennzahlen**Ertragslage**

<u>Rentabilität</u>		2013	2014
Eigenkapitalrentabilität	%	15,5	14,8
Gesamtrentabilität	%	9,6	9,5

		2013	2014
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	1.121,7	1.200,8

Vermögensaufbau

		2013	2014
Anlagenintensität	%	77,1	71,6
Intensität des Umlaufvermögens	%	22,9	28,4

Anlagenfinanzierung

		2013	2014
Anlagendeckung I	%	62,0	71,2
Anlagendeckung II	%	115,8	124,0

Kapitalausstattung

		2013	2014
Eigenkapitalquote	%	47,8	50,9
Fremdkapitalquote	%	52,2	49,1

Liquidität

		2013	2014
Liquiditätsgrad	%	212,9	252,0

Lage des Unternehmens**Lage****a) Ertragslage**

Die **Umsatzerlöse** aus dem Vermietungsgeschäft betragen 1.167 T€ und entsprechen den Planansätzen.

Die Umsätze aus der Bewirtschaftung eigener Stellplatzanlagen betragen 2.121 T€ und übertreffen Vorjahr (+13,0%) und Plan (+16,9%) deutlich.

In dem von unserer Gesellschaft gemieteten Parkhaus betrug der Umsatz 31 T€.

Die Entgelte aus der Bewirtschaftung von Stellplätzen Dritter beliefen sich auf 90 T€.

Im Jahr 2014 wurden keine gesellschaftseigenen Industriegrundstücke veräußert.

Die sonstigen betrieblichen Erträge belaufen sich auf 62 T€.

Insgesamt beliefen sich Umsatz und Erträge im Jahr 2014 auf 3.664 T€.

Bei den **Aufwendungen** betragen jene für Fremdleistungen (Aufwendungen für Roh-Hilfs- und Betriebsstoffe, für bezogene Leistungen sowie für den Betrieb der Stellplatzanlagen) 501 T€ und damit knapp unter Plan und Vorjahr.

Der Personalaufwand betrug 137 T€, was aufgrund des realisierten Tarifabschlusses knapp über dem Plan lag.

Für Instandhaltungen sind 226 T€ angefallen.

Die Abschreibungen betragen 461 T€.

Die sonstigen Aufwendungen beliefen sich auf 142 T€.

Für Steuern wurden 593 T€ aufgewendet.

b) Finanzlage

Das Finanzergebnis betrug 2014 -337 T€ gegenüber -341 T€ im Vorjahr; die Zinserträge lagen bei 6 T€, die Zinsaufwendungen betragen 343 T€.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Banken machen 45,9% der Bilanzsumme aus (49,8% im Vorjahr). Davon haben 82,3% eine Restlaufzeit von mehr als 5 Jahren. Der Wert unserer kurzfristigen Forderungen und Sichteinlagen betrug am Bilanzstichtag 3.678 T€, das entspricht 469% der Höhe der Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr, Rückstellungen und passive Rechnungsabgrenzungsposten. Insgesamt war die Liquidität stets ausreichend, so dass unsere Gesellschaft in 2014 jederzeit fristgerecht ihre Zahlungsverpflichtungen erfüllen konnte.

c) Vermögenslage

Unser Kapital gliedert sich zu 51% in Eigenkapital und 49% in Fremdkapital, im Vorjahr betrug das Verhältnis 48% bzw. 52%. Das Verhältnis von Eigenkapital und Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren zum betrieblichen Anlagevermögen (Anlagendeckungsgrad II) beträgt 124% (116% im Vorjahr). Die Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr betragen 523 T€ (453 T€ im Vorjahr), die Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von einem Jahr und mehr betragen 7.455 T€ (7.690 T€ im Vorjahr). Die Bilanzsumme beträgt 16.795.064,72 € (15.981.834,44 € im Vorjahr). Aufgrund unserer Erfahrungen und bestehender Controlling-Instrumentarien bewerten wir die Vermögenslage der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Koblenz mbH als stabil.

Leistungsindikatoren

Einige Leistungsindikatoren der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Koblenz mbH werden im Folgenden tabellarisch dargestellt:

	2014	2013
Ergebnis vor Steuern (T€)	1.861 T€	1.737 T€
EBIT (T€)	2.151 T€	2.031 T€
Investitionen	167 T€	85 T€
Eigenkapitalrendite / Gesamtkapitalrendite	14,8% / 9,5%	15,5% / 9,6%
Umsatzrendite / EBIT-Marge	35,2% / 59,7%	35,3% / 60,4%

Nachtragsbericht

Nachdem der Erwerb eines Gewerbegrundstücks im Dezember vertraglich beurkundet wurde, konnte der Kauf mit Zahlung des Kaufpreises im Januar 2015 letztlich vollzogen werden. Darüber hinaus sind nach dem 31.12.2014 keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten.

Prognose-, Risiko-, und Chancenbericht

Prognosebericht

Wir gehen von stabilen Erlösen aus.

Hinsichtlich der Aufwendungen planen wir mit höheren Ausgaben für Instandhaltung unserer Immobilien und steigenden Aufwendungen für die Vermarktung von Industriegrundstücken.

Im Jahr 2015 plant unsere Gesellschaft weitere Industriegrundstücke zur Vermarktung zu übernehmen. Ebenso ist der Erwerb eines Gewerbegrundstücks vorgesehen, für welches zugunsten der Stadt Koblenz ein Erbbaurecht bestellt werden soll. Der Wirtschaftsplan sieht außerdem den Erwerb einer Gewerbeimmobilie vor.

Unter Anwendung des Vorsichtsprinzips weist die Planung für 2015 ein Ergebnis vor Steuern von rd. 975 T€ aus.

Risikobericht

Die Übernahme weiterer Industriegrundstücke zur Vermarktung stellt ein gewisses Risiko dar, auch wenn die Konjunktur derzeit ein positives Investitionsklima und damit Vermarktungschancen aufweist.

Da die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Koblenz mbH kapitalintensiv wirtschaftet, stellt die langfristige Sicherung des Anlagevermögens einen besonderen Schwerpunkt in unserer mittel- und langfristigen Planung dar. Es existiert ein entsprechend ausgerichtetes Risikomanagement und Berichtswesen.

Aus der Finanzplanung ergeben sich keine Anzeichen, dass die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Koblenz mbH in absehbarer Zeit ihre Zahlungsverpflichtungen nicht erfüllen könnte.

Chancenbericht

Die Stellplatznachfrage in Koblenz schätzen wir als stabil auf hohem Niveau ein. Insbesondere im Bereich von Dauerstellplätzen in der Innenstadt erkennen wir Zeichen eines Nachfrageüberhangs.

Im Bereich der Verwaltungsimmobilien sind gegenüber dem Vorjahr keine nennenswerten Veränderungen zu erwarten. Unsere Mietwohnungen können aufgrund ihrer Lage von einem steigenden Mietniveau profitieren.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

keine

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Gewerbsteuer:	260.652,00 €
Gewerbsteuer VJ:	-3.250,00 €
Grundsteuer:	46.890,92 €
Ausschüttung	350.000,00 €

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2014

Vergütung und Sitzungsgelder Gesellschafterversammlung: 24.270,00 €
Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.

Auf eine Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wird mit Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Abs. 1 GemO.

Das Unternehmen hat Bestandsschutz.

Im Berichtsjahr gab es keinen Anlass die bisherige Bewertung zu ändern.

**Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2015**



Sporthalle Oberwerth GmbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

14. Januar 1993, Gesellschaftsvertrag zuletzt geändert am 16. Januar 2012

Stammkapital am 31.12.2014

51.129,19 €

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb der Sporthalle Oberwerth der Stadt Koblenz in Koblenz. Die Halle ist vorrangig zu sportlichen Zwecken zu nutzen.

Beteiligungsverhältnisse

Die Stadt Koblenz ist Alleingesellschafterin.

Besetzung der Organe am 31.12.2014

Aufsichtsrat:

Bürgermeisterin Marie-Theres Hammes-Rosenstein – Vorsitzende –
Bürgermeister Fred Pretz als Vertreter des SBR -stellvertretender Vorsitzender-
Gunter Fischer
Monika Sauer
Fritz Naumann
Wolfram Reinstädler (bis 04.11.2014)
Lothar Westram als Vertreter LSB
Nils Wiechmann

Stephan Wefelscheid (bis 04.11.2014)
Andreas Bilo
Stephan Otto (ab 04.11.2014)
Thorsten Schneider (ab 04.11.2014)

Gesellschafterversammlung:

Bürgermeisterin Marie-Theres Hammes-Rosenstein – Vorsitzende –
Andreas Biebricher
Anita Weis (bis 04.11.2014)
Angela Keul-Göbel (bis 04.11.2014)
Sylvia Enger (ab 04.11.2014)
Thomas Kirsch (ab 04.11.2014)

Gäste der Gesellschafterversammlung:

Lothar Westram, LSB
Hans D. Heusslein, SBR (bis 28.05.2014)
Martin Weinitschke, SBR (ab 28.05.2014)

Geschäftsführung:

Volker Herb (alleinvertretungsberichtet)
Rüdiger Sonntag (gesamtvertretungsberechtigt mit einem weiteren
Geschäftsführer)

Beteiligungen des Unternehmens

Die Gesellschaft hält keine eigenen Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Geschäfts- und Rahmenbedingungen:

Gemäß der Satzung der Sporthalle Oberwerth GmbH ist die Conlog Arena, vormals Sporthalle Oberwerth, im 23. Jahr ihres Bestehens wieder primär für sportliche Zwecke genutzt, zur Verfügung gestellt und vermietet worden.

Die Gesamtveranstaltungszahl entspricht nahezu dem Vorjahresumfang. Die Gesamtbesucherzahl ist gegenüber 2013 dagegen deutlich gestiegen.

Im Ranking der Veranstaltungen liegen die Sportveranstaltungen deutlich über der Anzahl der Konzerte und den sonstigen Veranstaltungen. Etwas weniger als die Hälfte der Sportveranstaltungen fallen dabei unter das Sportförderungsgesetz und sind somit ohne Mieteinnahmen.

Neben dem Veranstaltungsbereich wird die Halle täglich durch Trainings- und Lehrgangsmassnahmen der Vereine und Sportverbände genutzt. Die Vereine bzw.

Sportverbände nutzen die Arena im Berichtszeitraum für ihre Trainingsmaßnahmen deutlich öfters als im Vorjahr.

Während der Vereinssport deutlich zulegte, war die Hallennutzung in 2014 gegenüber dem Vorjahr durch den Schulsport, der Eliteschule Koblenz-Karthause sowie deren Hausaufgabenüberwachungsmaßnahmen in der Sportart Rhythmischen Sportgymnastik geringer. Auch die zusätzlichen, mietpflichtigen Arena- und Nebenraumbelagungen durch diverse andere und private Institutionen, war gegenüber 2013 leicht rückläufig.

Insgesamt ist die Arena weiterhin die Multifunktionshalle in Koblenz, die nahezu täglich belegt ist. Durch Veranstaltungen, Training, Lehrgangsmassnahmen und Seminarraumbelagungen wurde die Arena in 2014 insgesamt mit fast 132.000 Nutzern, Besucher, Sportler und Gäste deutlich besser frequentiert als in 2013 (110.000 Besucher, Nutzer, etc.)

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz	2013	2014
A. Anlagevermögen	55.592,00	58.190,00
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0,00
II. Sachanlagen	55.592,00	58.190,00
B. Umlaufvermögen	157.570,63	134.330,11
I. Vorräte	2.600,00	0,00
II. Forderungen u. sonst. Verm.	34.888,91	39.754,08
III. Kassenbestand	120.081,72	94.576,03
C. Rechnungsabgrenzungsposten	3.147,00	1.467,00
Bilanzsumme	216.309,63	193.987,11
A. Eigenkapital	89.215,56	94.378,20
I. Gez. Kapital	51.129,19	51.129,19
II. Gewinnvortrag	19.334,27	38.086,37
III. Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss	18.752,10	5.162,64
B. Sonderposten mit Rücklageanteil	0,00	0,00
C. Rückstellungen	74.420,00	60.490,00
D. Verbindlichkeiten	50.107,07	37.651,91
E. Rechnungsabgrenzungsposten	2.567,00	1.467,00
Bilanzsumme	216.309,63	193.987,11

Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung	2013	2014
Umsatzerlöse	354.201,11	403.508,28
Erhöhung / Verminderung Bestand Erzeugnisse	1.250,00	-2.600,00
sonstige Erträge	520.334,13	517.922,26
Gesamtleistung	875.785,24	918.830,54
Materialaufwand	57.392,84	70.491,36
a) Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	0,00	0,00
b) Aufwendungen für bez. Leistungen	57.392,84	70.491,36
Rohertrag	818.392,40	848.339,18
Personalaufwand	204.050,76	214.676,91
a) Löhne und Gehälter	158.463,37	166.820,90
b) Soziale Abgaben u. Aufwendungen	45.587,39	47.856,01
Abschreibungen	13.257,46	13.882,10
sonstige betr. Aufwendungen	578.422,17	612.056,73
Sonst. Zinsen u. ähnliche Erträge	0,00	0,00
Sonst. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	22.662,01	7.723,44
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	3.909,91	2.560,80
sonstige Steuern	0,00	0,00
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	18.752,10	5.162,64

Bilanzkennzahlen**Ertragslage**

Rentabilität		2013	2014
Eigenkapitalrentabilität	%	21,0	5,5
Gesamtrentabilität	%	8,7	2,7

		2013	2014
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	70,8	44,8

Vermögensaufbau

		2013	2014
Anlagenintensität	%	25,7	30,0
Intensität des Umlaufvermögens	%	74,3	70,0

Anlagenfinanzierung

		2013	2014
Anlagendeckung I	%	160,5	162,2
Anlagendeckung II	%	160,5	162,2

Kapitalausstattung

		2013	2014
Eigenkapitalquote	%	41,2	48,6
Fremdkapitalquote	%	58,8	51,4

Liquidität

		2013	2014
Liquiditätsgrad	%	126,5	136,3

Lage des Unternehmens**Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage:**

Aufgrund der Umstellung auf die E-Bilanz, müssen Aufwendungen und Erträge z.T. anderen Konten zugeteilt werden, als in den Jahren zuvor, sodass in der Folge die Vergleichbarkeit der Zahlen mit jenen des Vorjahres objektiv nicht ganz möglich ist. Das Geschäftsjahr der Sporthalle Oberwerth GmbH schließt mit einem Jahresüberschuss ab. Dieses positive Ergebnis setzt sich wie folgt zusammen.

Die Gesamterträge haben sich im Berichtszeitraum gegenüber dem Vorjahr deutlich erhöht. Dies ist im Wesentlichen auf die erfolgreiche Durchführung von Veranstaltungen zurückzuführen, ferner auf die erstmals generierten Parkentgelte aus der Betreibung des Oberwerthparkplatzes, auf die höhere Wertschöpfung aus dem Bereich Einnahmen bzgl. diversen sonstigen Veranstaltungen sowie auf die höheren Erlöse aus unentgeltlicher Vermietung von Betriebsvorrichtungen und Hallengebäude und letztendlich auf das weiterhin sparsame Haushalten in allen Aufwandsbereichen, zurückzuführen.

Als stabilisierender Faktor fungierten im Berichtsjahr auch wieder die unerlässlichen Zuschüsse der beiden Sportbünde und des Gesellschafters.

Trotz der angespannten Finanzlage der Gesellschaft, die sich insbesondere in der Sommermonaten zeigt, hat die Gesellschaft situationsbedingt im Bereich der Betriebs- und Büroausstattung investiert und konnte ferner auch die wichtigsten Reparaturen stets zeitnah umsetzen.

Die Bilanzsumme beträgt zum 31.12.2014 insgesamt € 193.987,11. Davon entfallen auf das Anlagevermögen € 58.190,00. Das Umlaufvermögen beläuft sich auf € 134.330,11. Das Eigenkapital der Gesellschaft beträgt am 31. Dezember 2014 € 94.378,20, die Eigenkapitalquote beläuft sich demnach auf 48,6%. Das Fremdkapital beträgt zum Bilanzstichtag € 98.141,91 und besteht u.a. aus Rückstellungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen. Die Anlagenintensität ist von 25,7% auf 30,0% gestiegen. Die konstant steigenden Aufwendungen bei den Fix-

Kosten und die dazu im Verhältnis stehenden, nur eingeschränkt generierbaren Erträge erlauben es der Gesellschaft erneut nicht, Rücklagen für größere, Investitionen zu tätigen.

Unter Berücksichtigung der eingeschränkten Vermarktungsmöglichkeiten, der eingeschränkten Arenanutzungsvielfalt und der Satzungsvorgaben ist der Zuschuss seitens des Gesellschafters und der beiden Sportbünde aktuell und zukünftig nach wie vor unerlässlich.

Die Gesellschaft war jederzeit in der Lage, ihren Zahlungsverpflichtungen, wenn auch mit zeitlichen Verzögerungen, nachzukommen.

Die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft ist insgesamt als stabil zu bezeichnen, die Abhängigkeit von Zuschüssen ist jedoch nach wie vor gegeben.

Nachtragsbericht:

Es sind keine besonderen Vorgänge zu verzeichnen, die nach Abschluss des Geschäftsjahres eingetreten sind.

Risikobericht:

Die finanzielle Entwicklung der Gesellschaft ist uneingeschränkt abhängig von den Veranstaltungen und den Zuschüssen

Trotz der zuvor bereits erwähnten Einschränkungen behauptet sich die Arena am Markt und versucht gemäß ihren Fähigkeiten und Fertigkeiten sich ihren Marktanteil zu erhalten.

Um an adäquate Veranstaltungen zu gelangen, kann die Hallen GmbH es sich nicht erlauben, sich ausschließlich nur auf das Vermietungsgeschäft zu konzentrieren. Veranstaltungen mit einem kalkulierbaren Risiko müssen um höhere Erträge generieren zu können ebenso umgesetzt werden. Dabei wird jede in Frage kommende Veranstaltung auf Mach- und Finanzierbarkeit von der Geschäftsführung im Vorfeld soweit es möglich ist überprüft, werden ggfs. mögliche Partner als Risikominderung mit in die Verantwortung genommen und in der Ticket-Verkaufszeit der Veranstaltung regelmäßig die Aus- und Einnahmen gegeneinander abgewogen.

Ein vierteljährliches Controlling und eine Liquiditätsprüfung durch die Geschäftsführung runden das Risikoerkennungssystem ab.

Die Gesellschaft steuerte 2014 folgende Finanzrisiken:

Insgesamt kann das Risiko, aufgrund einer regelmäßigen Risikovorsorge, als begrenzt angesehen werden.

Liquiditätsrisiken können entstehen, wenn die Gesellschaft nicht in der Lage sein sollte, die notwendigen Finanzmittel zu beschaffen, um Verpflichtungen einzuhalten, die sich im Zusammenhang mit Finanzinstrumenten ergeben. Die kontinuierliche Liquiditätsplanung und -steuerung stellt die jederzeitige Zahlungsfähigkeit sowie die finanzielle Flexibilität der Gesellschaft sicher. Nach wie vor geht mit der veranstaltungsarmen Zeit (Mitte Juni bis Mitte September) auch ein Liquiditätsengpass einher. Hier ist es besonders wichtig, auf die Zuschüsse des Gesellschafters und der beiden Sportbünde zurückgreifen zu können.

Dem zum Jahresende von der Hallen GmbH an die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Rheinland-Pfalz (ADD) gestellten Antrag, in der Hallen GmbH die Voraussetzungen schaffen zu dürfen zukünftig nach dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) bilanzieren zu dürfen, wurde von der ADD nicht entsprochen.

Der Gesellschafter hat zum Ende des Berichtsjahres beschlossen auf eigene Kosten in den kommenden, beiden Jahren das nach wie vor undichte Arenadach weiter zu

sanieren, die Deckentraglast zu verbessern und die alte Holzbanksitztribüne gegen eine moderne Sitzplatztribüne mit Rückenlehnen auszutauschen.

Als ausschließlich im Inland operierendes Unternehmen ist die Gesellschaft in der Regel keinen Währungsschwankungen ausgesetzt.

Prognosebericht:

Die Technik und die Infrastruktur der Arena müssen sich, um konkurrenzfähig bleiben zu können, dem konsequent fortschreitenden und modernisierenden Wandel der Veranstaltungen anpassen. Es ist somit absolut existenziell und notwendig gewesen, dass der Gesellschafter sich nun dazu entschlossen hat damit zu beginnen, mit Investitionen die Arena für die Zukunft zu modernisieren.

Diese Qualitätserhaltung und der notwendige Qualitätsausbau haben oberste Priorität, denn nur so kann die Arena nicht nur ein wichtiger Standortfaktor und Eventmotor für die Region Koblenz bleiben, sondern auch weiterhin das breite Spektrum von Ökonomie, Sport bis hin zur Kultur zur Zufriedenheit aller bedienen.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

keine

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Zuschuss der Stadt Koblenz:	2012	200.000,00 €
	2013	200.000,00 €
	2014	195.000,00 €
Grundsteuer		0,00 €
Gewinnabhängige Zusatzpacht an die Stadt (Rückstellung; Zahlung in 2015)		1.100,00 €

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2014

Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung erhalten keine Bezüge.

Auf eine Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wird mit Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die nicht wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Absatz 4 Nr. 2 GemO, da die Sporthalle satzungsmäßig überwiegend für sportliche Veranstaltungen genutzt wird

**Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2015**



Stadtwerke Koblenz GmbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

09. Januar 1969; Gesellschaftsvertrag zuletzt geändert am 30. Oktober 2014

Stammkapital am 31.12.2014

12.526.651,09 €

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist:

- a) die Versorgung der Bevölkerung mit Gas und Wasser,
- b) der Betrieb von Häfen und Bahnen,
- c) der Erwerb und/ oder die Errichtung, das Vorhalten und der Betrieb von Schwimmbädern für den Volks- und Breitensport sowie Saunabetrieben im Bereich der Stadt Koblenz sowie die Ausführung aller im Zusammenhang mit diesen Aufgaben stehenden Tätigkeiten und Dienstleistungen, wie beispielsweise die Bewirtung der Schwimmbadbesucher,
- d) der Betrieb anderer wirtschaftlicher Unternehmen der Stadt im Sinne der Gemeindeordnung,
- e) die Betriebsführung von Unternehmen der unter a) bis d) genannten Art.

Die Stadtwerke Koblenz GmbH hat zwei Betriebsabteilungen:

- Beteiligungen
- Hafen- und Bahnbetrieb.

Beteiligungsverhältnisse

Die Stadt Koblenz ist Alleingesellschafterin.

Besetzung der Organe am 31.12.2014

Gesellschafterversammlung

Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig – Vorsitzender-

bis 26.06.2014

Hans-Peter Ackermann
Christian Altmaier
Walter Baum
Manfred Diehl
Dr. Michael Gross
Birgit Hoernchen
Gerhard Lehmkuhler
Fritz Naumann
Wolfram Reinstädler
Karl-Heinz Rosenbaum
Monika Sauer

seit 27.06.2014

Hans-Peter Ackermann
Christian Altmaier
Walter Baum
Herbert Bocklet
Eitel Bohn
Dr. Michael Gross
Edith Hoernchen
Andrea Mehlbreuer
Fritz Naumann
Monika Sauer
Anita Weis

seit 02.10.2014

Claudia Probst

Geschäftsführung

Petra Ensel

Beteiligungen des Unternehmens

Die Stadtwerke Koblenz GmbH war am 31. Dezember 2014 mit

50,007 % an der EKO2 GmbH, mit
1,904 % an der evm AG, mit
73,80 % an der Vereinigte Wasserwerke Mittelrhein GmbH, mit
60,00 % an der Wasserwerk Koblenz/Weißenthurm GmbH, mit
63,70 % an der Flugplatz Koblenz/Winningen GmbH, mit
45,00 % an der Kraftwagenverkehr Koblenz GmbH mit
9,68 % an der Windpark Westerwald GmbH und mit
100,00 % an der Ehrenbreitsteiner Schrägaufzug GmbH
beteiligt.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Als Vorgang von besonderer Bedeutung für das Unternehmen im Jahr 2014 ist die Fusion von EVM und KEVAG, rückwirkend zum 01.01.2014 zur evm AG, welche mehrheitlich von der Stadtwerke Koblenz GmbH und der Stadt Koblenz beherrscht wird, zu nennen.

Seitens der Alleingeschafterin Stadt Koblenz besteht der politische Wille, dass die Stadtwerke Koblenz GmbH in Koblenz-Rauental ein Grundstück erwirbt und darauf ein Schwimmbad mit Saunalandschaft errichtet. Zu diesem Zweck soll eine Tochtergesellschaft gegründet werden.

Personal

Die Gesellschaft beschäftigte bis zum 31.12.1998 kein eigenes Personal.

Mit Wirkung vom 01.01.1999 haben die Stadtwerke Koblenz GmbH und die Stadt Koblenz einen Personalüberleitungsvertrag geschlossen. Zum 31.12.2014 waren 28 Arbeitnehmer für die Stadtwerke Koblenz GmbH tätig. Davon standen 3 Mitarbeiter in einem Arbeitsverhältnis mit der Stadt Koblenz.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz	2013	2014
A. Anlagevermögen	118.575.646,27	118.197.648,64
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	21.521,00	17.542,00
II. Sachanlagen	13.403.467,23	13.135.315,79
III. Finanzanlagen	105.150.658,04	105.044.790,85
B. Umlaufvermögen	19.090.134,15	35.042.572,74
I. Vorräte	104.880,30	105.352,59
II. Forderungen u. sonst. Vermögensgegenstände	5.260.334,73	6.707.616,23
III. Kassenbestand	13.724.919,12	28.229.603,92
C. Rechnungsabgrenzungsposten	479,18	608,66
Bilanzsumme	137.666.259,60	153.240.830,04
A. Eigenkapital	136.023.834,64	151.522.310,89
I. Gez. Kapital	12.526.651,09	12.526.651,09
II. Kapitalrücklage	39.094.981,62	39.094.981,62
III. Gewinnrücklage	68.190.000,00	78.100.000,00
IV. Bilanzgewinn	16.212.201,93	21.800.678,18
B. Rückstellungen	537.634,25	562.463,22
C. Verbindlichkeiten	1.103.741,96	1.153.814,48
D. Rechnungsabgrenzungsposten	1.048,75	2.241,45
Bilanzsumme	137.666.259,60	153.240.830,04

Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung	2013	2014
Umsatzerlöse	3.688.141,53	3.541.770,57
sonstige Erträge	62.693,29	205.434,51
Gesamtleistung	3.750.834,82	3.747.205,08
Materialaufwand	690.066,23	447.674,81
a) Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe	171.255,32	116.714,94
b) Aufwendungen f. bez. Leistungen	518.810,91	330.959,87
Rohertrag	3.060.768,59	3.299.530,27
Personalaufwand	1.401.291,93	1.403.827,49
a) Löhne und Gehälter	1.058.079,47	1.083.497,29
b) Soziale Abgaben u. Aufwendungen	343.212,46	320.330,20
Abschreibungen	830.393,82	859.780,91
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.006.997,40	1.118.799,30
Erträge aus Beteiligungen	16.651.750,97	22.491.294,47
Sonst. Zinsen u. ähnl. Erträge	90.465,71	109.426,79
Sonst. Zinsen u. ähnl. Aufwendungen	105.784,39	126.189,93
Erg. d. gewöhnl. Geschäftstätigkeit	16.458.517,73	22.391.653,90
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	209.995,19	546.066,24
sonstige Steuern	45.627,11	47.111,41
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	16.202.895,43	21.798.476,25

Bilanzkennzahlen

Ertragslage

<u>Rentabilität</u>		2013	2014
Eigenkapitalrentabilität	%	11,9	14,4
Gesamtrentabilität	%	11,8	14,3

		2013	2014
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	127,2	126,5

Vermögensaufbau

		2013	2014
Anlagenintensität	%	86,1	77,1
Intensität des Umlaufvermögens	%	13,9	22,9

Anlagenfinanzierung

		2013	2014
Anlagendeckung I	%	114,7	128,2
Anlagendeckung II	%	115,4	128,9

Kapitalausstattung

		2013	2014
Eigenkapitalquote	%	98,8	98,9
Fremdkapitalquote	%	1,2	1,1

Liquidität

		2013	2014
Liquiditätsgrad	%	2.403,8	4.048,1

Lage des UnternehmensFinanz- und Vermögenslage

Das Bilanzvolumen beläuft sich zum 31.12.2014 auf 153.241 T€.

Die Eigenkapitalausstattung beträgt 98,9 % des Gesamtvermögens.

Die Liquidität ist ausreichend. In 2014 konnte die Gesellschaft jederzeit fristgerecht ihre Zahlungsverpflichtungen erfüllen. Fremdmittel mussten nicht aufgenommen werden.

Ertragslage

Die Ertragslage der Gesellschaft ist geprägt von den Erträgen aus den Beteiligungen in Höhe von 22.491 T€ (Vorjahr: 16.652 T€) und den Umsatzerlösen aus dem Bereich des Hafen- und Bahnbetriebes in Höhe von 3.048 T€ (Vorjahr 3.219 T€). Der höhere Beteiligungsertrag in 2014 ist insbesondere auf eine höhere Ausschüttung aus der EKO2 GmbH zurückzuführen.

Der Jahresüberschuss beträgt 21.798 T€ (Vorjahr: 16.203 T€).

Risikomanagement

Die Gesellschaft hat ein Risikomanagementsystem eingerichtet. U.a. besteht ein Umweltmanagementsystem nach DIN EN ISO 14001.

Durch das bestehende Controlling wird versucht sicherzustellen, dass die gesetzten Ziele erreicht werden.

Bestandsgefährdende Risiken werden nicht gesehen.

Ausblick

Die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft wird wie in 2014 auch in den Folgejahren durch die Beteiligungen der Stadtwerke insbesondere im Energiebereich geprägt sein. Auf Grundlage der vorliegenden Planrechnungen und nach derzeitiger Kenntnis ist in 2015 mit einem niedrigeren, danach mit geringfügig steigenden Beteiligungserträgen zu rechnen. Chancen, aber auch Risiken bestehen nicht zuletzt aufgrund der strukturellen Reformen im Energiesektor, mit denen sich – wie alle Energieversorgungsunternehmen auch - die Beteiligungsgesellschaften der Stadtwerke auseinandersetzen müssen.

Bedeutung wird mittelfristig die Kostenfolge des neuen Geschäftsbereiches auf die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft haben.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres haben sich nicht ergeben.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

keine

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Gewerbsteuer (inkl. Rückstellung)	270.053,00 €
Nachzahlung Gewerbsteuer Vorjahr	17.276,00 €
Grundsteuer:	46.598,93 €
Gewinnabführung aus 2013	6.300.000,00 €

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2014

Vergütung Gesellschafterversammlung einschl. Sitzungsgeld:	55.400,00 €
---	-------------

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.

Auf eine Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wird mit Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Absatz 1 GemO.

Das Unternehmen hat Bestandsschutz.

Im Berichtsjahr gab es keinen Anlass die bisherige Bewertung zu ändern.



Bundesgartenschau Koblenz 2011 GmbH i. L.

Rechtsform

GmbH

Gegründet

16. Juli 2005 (Eintrag ins Handelsregister am 13. September 2005)
zum 31.12.2012 Liquidation beantragt (eingetragen im HR am 07.01.2013)

Stammkapital am 31.12.2014

25.000,00 €

Gegenstand des Unternehmens

Zweck der Gesellschaft ist die Planung und der Bau der Parkanlagen und der darin enthaltenen Gebäude sowie die Vorbereitung, Planung, Durchführung und Abwicklung der Bundesgartenschau Koblenz 2011.

Zur Abwicklung gehört auch der Rückbau der temporären Anlagen und Einrichtungen der BUGA. Ferner die Entwicklung des Konzeptes für die Dauernutzung in der Zeit ab Beendigung der Bundesgartenschau Koblenz 2011.

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Ziele im Sinne des Abschnittes „steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der Gesellschaft sind beteiligt:

Zentralverband Gartenbau e.V. Bonn	8.350,00 €	=	33,4 %
Stadt Koblenz	16.650,00 €	=	66,6 %

Besetzung der Organe am 31.12.2014

Aufsichtsrat

Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig – Vorsitzender-
Jürgen Mertz - stellvertretender Vorsitzender -

a) Vertreter Stadt Koblenz

Michael Bordelle (bis 27.06.2014)
Uwe Diedrichs-Seidel (ab 27.06.2014)
Karl-Heinz Rosenbaum
Herbert Bocklet
Manfred Diehl
Anne Schumann-Dreyer
Marion Lipinski-Naumann
Gerhard Lehmkühler
Christian Altmaier
Manfred Gniffke
Andrea Mehlbreuer
Dr. Michael Gross

b) Vertreter des Zentralverbandes Gartenbau e. V.:

Hanns-Jürgen Redeker
Karl-Heinz Plum
Franz-Josef Jäger
Werner Küsters
Jochen Sandner

c) Vertreter des Landes Rheinland-Pfalz:

Klaus Gerstenberger
Sabine Aschaber

Geschäftsführung/Liquidatorin

Ulrike Kirchner

Beteiligungen des Unternehmens

Die Gesellschaft hält keine eigenen Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Geschäftstätigkeit der Kapitalgesellschaft

Der Satzung entsprechend ist die Bundesgartenschau Koblenz 2011 GmbH nach Durchführung der Bundesgartenschau im Sommer 2011 in den beiden innerstädtischen Kernbereichen „Kurfürstliches Schloss“ und „Blumenhof“ und dem gegenüberliegenden Kernbereich „Plateau Ehrenbreitstein“ auf der rechten Rheinseite mit der Abwicklung beauftragt.

Geschäftsverlauf und Lage der Kapitalgesellschaft

Am 07. Januar 2014 war für die Bundesgartenschau Koblenz 2011 GmbH i. L. die vorgeschriebene mindestens einjährige Liquidationsphase zu Ende gegangen. Die weitere Abwicklung der Gesellschaft wurde im Berichtsjahr wie geplant fortgesetzt.

Offene Forderungen – Insolvenzverfahren

Die Insolvenzverfahren konnten im Berichtsjahr nicht abgeschlossen werden. Erfahrungsgemäß kann ein Insolvenzverfahren sich über mehrere Jahre erstrecken. Aus diesem Grund wurden die Insolvenzverfahren mit Vertrag vom 25.11./04.12.2014 an die Stadt Koblenz übertragen.

Zum 31.12.2014 standen demnach keine Forderungen aus den Insolvenzverfahren offen.

Widerklage

Auf Grund des Mahnverfahrens mit dem offene Forderungen aus einer Schlussrechnung geltend gemacht wurden, hat die Firma eine Widerklage erhoben und Forderungen aus dem Jahr 2011 geltend gemacht. Dieses Verfahren ist mit dem Beweissicherungsverfahren verknüpft und ebenfalls an die Stadt Koblenz übertragen worden (Schuldübernahme- und Abtretungsvertrag vom 18./19.12.2014).

Verwendungsnachweise

Die Rechnungskopien für die Verwendungsnachweise sind vollständig übergeben worden.

Mit dem Abschluss der Umsatzsteuersonderprüfung für das Jahr 2013 wurde eine Umsatzsteuerzahlung für nachlaufende Leistungen wie z.B. die Schlussrechnung des Planungsbüros fällig. Diese Umsatzsteuerzahlung ist im Dezember 2014 ebenfalls noch zur Förderung eingereicht worden.

Prüfung Landesrechnungshof

Mit Beginn des Jahres 2014 hat der Landesrechnungshof mit umfangreichen Prüfungen begonnen. Von der Bundesgartenschau Koblenz 2011 GmbH i. L. wurden die umfangreichen angeforderten Unterlagen bereit gestellt. Unter andern wurden auch die Vergabeverfahren geprüft. Juli 2015 wurden noch weitere Unterlagen für die Prüfung des Landesrechnungshofes der Stadt Koblenz zur Verfügung gestellt.

Inventarverkauf

Der Inventarverkauf wurde 2014 abgeschlossen. Bereits im Vorgriff auf die endgültige Auflösung der Geschäftsstelle wurden die restlichen Büromöbel an die Stadt Koblenz verkauft.

Anlagevermögen

Das zum 31.12.2014 vorhandene Anlagevermögen betrifft noch Hard- und Software, die bis zur endgültigen Auflösung der Geschäftsstelle benötigt werden.

Beweissicherungsverfahren

Da das Beweissicherungsverfahren „Wasserspielplatz“ nicht mehr bis zur endgültigen Auflösung der Buga GmbH i.L. abgeschlossen werden kann, wurde es mit Vertrag vom 18./19. Dezember 2014 auf die Stadt Koblenz übertragen.

Archivierung

Im November 2014 wurde der größte Teil der noch in der Geschäftsstelle in der Schloßstasse untergebrachten Akten in die Archivräume der Stadt Koblenz umgeräumt. Mit der endgültigen Auflösung der Geschäftsstelle werden auch die restlichen Dokumente in die Archivräume gebracht. Damit sind dann alle Unterlagen an die Stadt Koblenz übergeben.

Personal

Frau Ulrike Kirchner als Liquidatorin und Frau Christine Renner als Prokuristin führten die Restabwicklung als freie Mitarbeiterinnen mit Abrechnung nach Aufwand fort. Zur Unterstützung bei der Abwicklung war noch eine Mitarbeiterin auf Basis geringfügiger Beschäftigung für 6 Monate beschäftigt.

Im Jahresdurchschnitt wurde kein Mitarbeiter bei der Bundesgartenschau Koblenz 2011 GmbH i.L. beschäftigt.

Beiräte

Im Berichtszeitraum tagten keine Beiräte.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz	2013	2014
A. Anlagevermögen	55.093,00	1.698,00
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0,00
II. Sachanlagen	55.093,00	1.698,00
B. Umlaufvermögen	4.067.081,95	1.102.003,30
I. Forderungen u. sonst. Vermögensgegenstände	220.989,74	35.445,23
II. Kassenbestand	3.846.092,21	1.066.558,07
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.142,40	0,00
Bilanzsumme	4.123.317,35	1.103.701,30
A. Eigenkapital	797.567,13	855.499,65
I. Gez. Kapital	25.000,00	25.000,00
II. Gewinnvortrag	929.859,27	772.567,13
III. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-157.292,14	57.932,52
B. Sonderposten f. Investitionszuschüsse	55.093,00	1.698,00
C. Rückstellungen	570.964,83	171.136,71
D. Verbindlichkeiten	2.699.692,39	75.366,94
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
Bilanzsumme	4.123.317,35	1.103.701,30

Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung	2013	2014
Umsatzerlöse	224,30	0,00
sonstige Erträge	1.045.921,17	331.556,64
Gesamtleistung	1.046.145,47	331.556,64
Materialaufwand	190.607,13	105.419,34
a) Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe	1.775,41	4.931,15
b) Aufwendungen f. bezogene Leistungen	188.831,72	100.488,19
Rohertrag	855.538,34	226.137,30
Personalaufwand	91.459,34	4.999,43
a) Löhne und Gehälter	73.992,63	2.754,00
b) Soziale Abgaben u. Aufwendungen	17.466,71	2.245,43
Abschreibungen	92.852,76	1.363,54
sonstige betr. Aufwendungen	801.276,51	184.682,40
Sonst. Zinsen u. ähnliche Erträge	12.618,13	20.969,59
Sonst. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	0,00	30.493,39
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-117.432,14	+25.568,13
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	39.860,00	-32.364,39
sonstige Steuern	0,00	0,00
Jahresfehlbetrag	-157.292,14	+57.932,52

Bilanzkennzahlen

Ertragslage

Rentabilität		2013	2014
Eigenkapitalrentabilität	%	-19,7	6,8
Gesamtrentabilität	%	-3,8	8,0

		2013	2014
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	0,1	0,0

Vermögensaufbau

		2013	2014
Anlagenintensität	%	1,3	0,2
Intensität des Umlaufvermögens	%	98,7	99,8

Anlagenfinanzierung

		2013	2014
Anlagendeckung I	%	1.497,7	50.432,8
Anlagendeckung II	%	1.497,7	50.432,8

Kapitalausstattung

		2013	2014
Eigenkapitalquote	%	20,0	77,6
Fremdkapitalquote	%	80,0	22,4

Liquidität

		2013	2014
Liquiditätsgrad	%	124,4	447,1

Lage des Unternehmens

Ertragslage

Die Gesellschaft erzielte im Berichtsjahr keine Umsätze. Die sonstigen betrieblichen Erträgen (332 TEURO) sind im Wesentlichen auf die Inanspruchnahme der Rückstellung für die Liquidationskosten zurückzuführen.

Investitionen wurden nicht mehr getätigt.

Die Gewinn- und Verlustrechnung schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 58 ab.

Aufgrund der guten Ertragslage aus Vorjahren konnte die Gesellschaft ihre laufenden Aufwendungen aus eigenen Mitteln finanzieren.

Vermögenslage

In § 5 des Gesellschaftsvertrages ist vereinbart, dass die Stadt Koblenz bis zu maximal TEUR 28.000 an Zuzahlungen gewährt, die zum Ausgleich aller Aufwendungen zu verwenden sind, die der Gesellschaft entstehen, soweit diese nicht durch Erträge einschließlich Zuschüsse Dritter gedeckt sind.

Im Juli 2009 ist der Fördervertrag zwischen der Stadt Koblenz und der Bundesgartenschau Koblenz 2011 GmbH abgeschlossen worden. Zur Erfüllung der satzungsgemäßen Aufgaben ist in § 1, Absatz 1 geregelt, dass die Stadt Koblenz von bis zu TEUR 58.300 (davon TEUR 23.500 aus Eigenmitteln der Stadt Koblenz und TEUR 34.800 aus Landesmitteln des Landes Rheinland-Pfalz) der Bundesgartenschau Koblenz 2011 GmbH zur Verfügung stellt. Auf die im Gesellschaftsvertrag unter § 5 vereinbarte städtische Verlustausgleichsverpflichtung von bis zu TEUR 28.000 werden die Zuschussbedarfe für BUGA-Maßnahmen angerechnet, die nicht über den Wirtschaftsplan der BUGA Koblenz 2011 GmbH, sondern anderweitig, insbesondere über den städtischen Kernhaushalt, finanziell abgewickelt werden (Konzernbetrachtung). Weiter werden auf die vorgenannte Verlustausgleichsverpflichtung die städtischen Investitionskostenzuschüsse an die BUGA Koblenz 2011 GmbH angerechnet, soweit es sich dabei nicht um die Weiterleitung von Landesfördermitteln an die Gesellschaft handelt. Unter § 4, Absatz 5, ist festgelegt, dass in den Jahresabschlüssen der BUGA Koblenz 2011 GmbH die Fördermittel, die den Investitionshaushalt betreffen als Sonderposten für Investitionszuschüsse zu buchen und entsprechend analog der Abschreibung der geförderten Investitionen erfolgswirksam aufzulösen sind. Die Fördermittel für den Durchführungshaushalt werden entsprechend erfolgswirksam in der GuV berücksichtigt. Bei den Fördermitteln, die zum Verlustausgleich dienen sollen,

handelt es sich bei den Auszahlungen lediglich um a-conto-Zahlungen (erhaltene Anzahlungen), die erst dann erfolgswirksam zu verbuchen sind, wenn der endgültige Anspruch für das abgelaufene Jahr entstanden ist.

Da im Januar 2014 die einjährige Liquidationsphase abgeschlossen war, wurde in Absprache mit der Stadt Koblenz für das Jahr 2014 kein Wirtschaftsplan erstellt. Die zum Ende des III. Quartals 2014 geplante endgültige Auflösung der Gesellschaft hat sich aufgrund juristischer Verfahren und nicht abgeschlossener Prüfungen durch das Finanzamt sowie des Rechnungshofes auf das I. Quartal 2015 verschoben.

Der dem Aufsichtsrat vorgelegte und von der Gesellschafterversammlung beschlossene Wirtschaftsplan für das Jahr 2013 beinhaltete auch das Jahr 2014. Somit standen im Erfolgsplan für 2014 TEUR 245 und aus dem Übertrag von 2013 TEUR 878 zur Verfügung (in Summe TEUR 1.123). Die von den Planansätzen abweichenden nicht ausgegebenen Mittel in Höhe von TEUR 776 stehen für die Restabwicklung zur Verfügung und werden nach der endgültigen Auflösung der Bundesgartenschau Koblenz 2011 GmbH i. L. an die Stadt Koblenz übertragen.

Der Gesellschaft stehen incl. der Mehrkosten insgesamt TEUR 85.166 zur Verfügung.

Die Zuschüsse der Stadt Koblenz wurden vertragsgemäß verwendet für die Zahlungen aus den Verpflichtungen im Rahmen des Durchführungsvertrages, wie Personal- und Abwicklungskosten.

Finanzlage

Die Gesellschaft verfügt über einen erheblichen Bestand an flüssigen Mitteln, der in Abstimmung mit der Kämmerei der Stadt Koblenz als Festgeld angelegt ist und für die Restabwicklung ausreichen wird.

Liquidation der Gesellschaft

Wie die Gesellschafterversammlung am 26. November 2009 beschlossen hatte, hat die Gesellschaft zum 31. Dezember 2012 die Liquidation beantragt. Die Eintragung ins Handelsregister ist am 07. Januar 2013 erfolgt, die Veröffentlichung im Bundesanzeiger am 25. Januar 2013.

In der Gesellschafterversammlung am 08. November 2012 ist Frau Ulrike Kirchner zur Liquidatorin bestellt worden.

Nach Ablauf des Liquidationsjahres und Vorlage des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2014 wird die Gesellschaft voraussichtlich nach der Aufsichtsratssitzung und der Gesellschafterversammlung vom 25. Februar 2015 endgültig aufgelöst.

Anmerkung nach Bilanzstichtag:

Per 31. März 2015 wurde die Schlussbilanz der Gesellschaft aufgestellt und im April 2015 von der Mittelrheinischen Treuhand geprüft.

Die Zustimmungen des Aufsichtsrates und der Gesellschafterversammlung zur Feststellung der Schlussbilanz wurden im Umlaufverfahren herbeigeführt. Anschließend wurde das Einverständnis des Finanzamtes zur endgültigen Auflösung der Gesellschaft eingeholt. Das restliche Vermögen sowie das Stammkapital wurden am 08. Juli 2015 ausbezahlt. Die Löschung wurde ebenfalls am 08. Juli 2015 beim Notar beantragt. Die Eintragung im Handelsregister erfolgte zum 31.08.2015, somit ist die Gesellschaft erloschen.

Steuerliche Verhältnisse und sonstige Prüfungen

Die Sozialversicherungsprüfung wurde im Juli 2012 durchgeführt. Das Ergebnis der Lohnsteuerprüfung wurde entsprechend weitergeleitet. Die mit Bescheid vom 14. April 2014 geforderten Nachzahlungen sind umgehend erfolgt. Nach Beendigung des

letzten Beschäftigungsverhältnisses ist der Zeitraum vom 01. Juli 2012 bis 31. August 2014 ebenfalls noch geprüft worden. Daraus ergaben sich keine Beanstandungen.

Mit Schreiben vom 14. Oktober 2013 ist für den Zeitraum 01. Januar 2013 bis 31. Juli 2013 eine weitere Umsatzsteuersonderprüfung angeordnet worden. Mit Schreiben vom 26. Februar 2014 wurde der Prüfungszeitraum bis zum 31. Dezember 2013 erweitert. Am 10. November 2014 wurde der Abschlussbericht vorgelegt. Die daraus resultierenden Steuerzahlungen wurden umgehend angewiesen.

Mit Schreiben vom 17. Dezember 2014 ist eine weitere Umsatzsteuersonderprüfung angeordnet worden. Die Prüfung bezieht sich auf das 3. Quartal 2014 und den Sachverhalt des Vorsteuerabzugs der im Klageverfahren von der Landschaftsbau Firma geltend gemachten Rechnungen.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres

Es haben sich nach Schluss des Geschäftsjahres keine Vorgänge von besonderer Bedeutung ergeben.

Chancen und Risiken

Chancen sind nach der weitgehenden Abwicklung der Gesellschaft nicht mehr gegeben.

Voraussichtliche Entwicklung der Kapitalgesellschaft

Im Geschäftsjahr 2015 ist die endgültige Löschung der Gesellschaft geplant.

Im Einzelnen sind folgende Aufgaben geplant:

- Erstellung und Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2014
- Einberufung einer abschließenden Aufsichtsratssitzung
- Einberufung der notwendigen Gesellschafterversammlungen
- Erstellung der Schlussabrechnung
- Dokumentation und Archivierung der Unterlagen
- Beantragung der endgültigen Löschung der Gesellschaft Auflösung der Geschäftsstelle zum Ende der Liquidationsphase

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

keine

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Das Liquidationsvermögen geht gemäß den Bestimmungen der Satzung auf die Stadt Koblenz über. Dies wird voraussichtlich im zweiten Halbjahr 2015 erfolgen.

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2014

Sitzungsgelder Aufsichtsrat 1.700,00 €

Die Gesellschafterversammlung erhält keine Bezüge.

Auf eine Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wird mit Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die nicht wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Abs. 4 Nr. 1 GemO.

**Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2015**



Energieversorgung Mittelrhein AG

Rechtsform

AG

Gegründet

30. September 1886

Verschmelzung von Energieversorgung Mittelrhein GmbH (EVM) auf die Koblenzer Elektrizitätswerk- und Verkehrs-Aktiengesellschaft (KEVAG) mit Umbenennung in Energieversorgung Mittelrhein AG (evm) mit Verschmelzungsvertrag vom 11. Juni 2014

Stammkapital am 31.12.2014

131.310.098,00 €,

nach Verrechnung von eigenen Anteilen i. H. v. 900.000,00 € = 130.410.098,00 €

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Versorgung mit Strom, Gas, Wasser und Wärme sowie der Vertrieb und die Erzeugung von Strom und Gas, der Bau und Betrieb der hierzu erforderlichen Anlagen sowie die Vornahme aller damit in Zusammenhang stehender Geschäfte, einschließlich dazugehöriger sonstiger energienaher Dienstleistungen, insbesondere die Beschaffung und die Vermarktung von Energie sowie Telekommunikation sowie die Betriebsführung im Bereich Wasserver- und Abwasserentsorgung und die Durchführung von Leistungen im Bereich der Entsorgung. Daneben erbringt die Gesellschaft Leistungen im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs („ÖPNV“)

Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der Gesellschaft sind beteiligt:

EKO2 GmbH	109.159.098,00 €	83,704 %
Stadt Koblenz	17.503.000,00 €	13,422 %
Stadtwerke Koblenz GmbH	2.500.000,00 €	1,917 %
Westerwaldkreis	833.000,00 €	0,639 %
Wirtschaftsförderungsgesellsch. am Mittelrhein mbH	415.000,00 €	0,318 %

Die %-Anteile wurden gemäß §16 Abs. 2 S. 2 AktG ohne eigene Anteile ermittelt. Die eigenen Aktien wurden dementsprechend quotaal auf die Aktionäre verteilt.

Besetzung der Organe am 31.12.2014

Aufsichtsrat

Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig - Vorsitzender -
Dr. Gerhard Holtmeier – 1. stellvertretender Vorsitzender –
Rainer Engel – 2. stellvertretender Vorsitzender -
Hans-Peter Ackermann
Andreas Biebricher
Melanie Blaum
Rolf Busenthür
Manfred Diehl
Petra Ensel
Edgar Flöck
Paul-Dieter Friedrich
Manfred Gniffke
Angela Keul-Göbel
Gerhard Lehmkuhler
Marion Lipinski-Naumann
Dirk Marquardt
Norbert Meyers
Karl-Heinz Rosenbaum
Anna Schumann-Dreyer
Wolfgang Treis
Dr. Mathias Cord

Vorstand

Josef Rönz – Vorsitzender –
Dr. Karlheinz Sonnenberg
Bernd Wieczorek

Beteiligungen des Unternehmens

Die Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2014 an folgenden Unternehmen beteiligt:

EVM Netz GmbH, Koblenz	100,00 %
Energienetze Mittelrhein GmbH, Koblenz	100,00 %
Gasversorgung Westerwald GmbH, Höhr-Grenzhausen	100,00 %
Naturstrom Rheinland-Pfalz GmbH	100,00 %
evm Verkehrs GmbH	100,00 %
BEE Bioenergieerzeugung Koblenz GmbH, Koblenz	100,00 %
Rhein-Ahr-Energie Verwaltungs GmbH, Koblenz	100,00 %
Rhein-Ahr-Energie GmbH & Co. KG, Koblenz	100,00 %
Energiebeteiligungsgesellschaft Mittelrhein mbH	66,13 %
KEVAG Telekom GmbH, Koblenz	50,00 %
Energiegesellschaft Görgeshausen GmbH, Görgeshausen	50,00 %
Solarenergie Mastershausen Verwaltungs GmbH, Mastershausen	50,00 %
Solarenergie Masterhausen Projekt GmbH & Co. KG, Mastershausen	50,00 %
Windpark Westerwald GmbH, Waigandshain	31,75 %
Stadtwerke Andernach Energie GmbH, Andernach	25,10 %
Kraftwagen-Verkehr Koblenz GmbH, Koblenz	22,60 %

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

1.1 Allgemein

1.1.1 Post Merger Integration nach Gesellschafterwechsel

Nach dem Kauf der von RWE AG über die RWE Beteiligungsgesellschaft mbH gehaltenen KEVAG-Anteile zum Ende des Geschäftsjahres 2012 durch ein Konsortium von Stadt Koblenz, Stadtwerke Koblenz, Thüga und Energieversorgung Mittelrhein GmbH (EVM) und den Fusionsvorbereitungen des Jahres 2013 stand das abgelaufene Geschäftsjahr 2014 im Zeichen der Umsetzung der Fusion von EVM und KEVAG unter Einschluss der Vertriebsaktivitäten der Gasversorgung Westerwald GmbH (GVW). Im Juli 2014 wurde EVM rückwirkend zum 1.1.2014 auf KEVAG verschmolzen und KEVAG gleichzeitig in Energieversorgung Mittelrhein AG (evm) umfirmiert. evm pachtete darüber hinaus das Vertriebsgeschäft der Gasversorgung Westerwald GmbH.

Auch der Betrieb der Gas- und Stromnetze wurde im Laufe des Jahres 2014 zusammengeführt: die Gasnetzaktivitäten von EVM Netz GmbH, evm und Gasversorgung Westerwald GmbH wurden auf die KEVAG Verteilnetz GmbH (KVNetz) übertragen und diese anschließend in Energienetze Mittelrhein GmbH (enm) umbenannt.

Bis zum 31.12.2014 sind mit diesen Maßnahmen die im Zuge der Übernahme der KEVAG-Anteile der RWE beabsichtigten gesellschaftsrechtlichen und organisatorischen Fusionsschritte erfolgreich umgesetzt und wie geplant abgeschlossen worden.

1.1.2 Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Konjunktur

Die deutsche Wirtschaftsleistung ist im Jahr 2014 um 1,5 % gewachsen und hat sich damit deutlich besser als in den beiden vorausgegangenen Jahren entwickelt. Wesentlich hierfür waren der Anstieg der privaten Konsumausgaben und deutlich gesteigerte Ausrüstungs- und Bauinvestitionen. Hingegen entwickelte sich das deutsche Auslandsgeschäft zwar positiv, der Anstieg war jedoch mit 0,4 % gegenüber dem Vorjahr nur gering.

Witterung

Sowohl für die Energienachfrage und die regenerative Erzeugung als auch für die Versorgungssicherheit der Netze der Energiewirtschaft spielt die Witterung eine wesentliche Rolle. Die Witterung des Jahres 2014 in Deutschland war völlig

außergewöhnlich: 2014 war das wärmste Jahr seit Beginn regelmäßiger Temperaturmessungen, die Durchschnittstemperatur lag um 1,4 Grad über der Referenzperiode 1981 bis 2010. Begonnen hatte das Jahr mit einem außergewöhnlich trockenen und milden Winter, der um 2,3 Grad wärmer als die Referenzperiode 1981 bis 2010 und der viertwärmste Winter seit Beginn der Aufzeichnungen in 1881 war. Der Sommer 2014 begann trocken und warm, gefolgt von vielen heftigen Gewittern und nasser Witterung, und war durch insgesamt leicht überdurchschnittliche Temperatur- und Sonnenscheindauer gekennzeichnet. Auch der Herbst war im Vergleich zu historischen Messungen sehr warm, insbesondere deshalb weil im Oktober und November überwiegend süd- und südwestliche Windströmungen vorherrschten, die warme Luftmassen nach Mitteleuropa brachten. Im Dezember war die Witterung mild, Schnee und Kälte setzten erst nach Weihnachten 2014 ein.

Mit dieser warmen Witterung ging mit 1.600 Stunden eine hohe Sonnenscheindauer einher, die deutlich über dem Vorjahreswert von 1.480 Sonnenstunden lag. Das Windaufkommen in Deutschland war hingegen schwach und betrug ca. 95 % des Bezugszeitraums 1981 bis 2010. Während der Norden Deutschlands bessere Windverhältnisse hatte, war das Windaufkommen im Süden bis zu 25 % geringer als im Referenzzeitraum.

Primärenergieverbrauch in Deutschland

Die warme Witterung führte dazu, dass der Primärenergieverbrauch in Deutschland in 2014 kräftig gesunken ist. Im Vergleich zum Vorjahr sank der Primärenergieverbrauch um 4,8 % auf 446,5 Mio. t SKE. Noch deutlicher sank der Erdgasverbrauch, der sich im Vergleich zum Vorjahr um 14 % auf 91,2 Mio. t SKE verringerte. Dabei sank insbesondere der Erdgasverbrauch für Wärmezwecke, aber auch der Erdgasverbrauch für KWK-Anlagen und die chemische Grundstoffindustrie.

1.2 Entwicklung der Gesellschaft

1.2.1 Wirtschaftliche Entwicklung in den einzelnen Tätigkeiten nach dem Energiewirtschaftsgesetz (EnWG)

1.2.1.1 Gas- und Stromverteilung

Zu Beginn des Jahres 2014 wurden die im Eigentum von EVM, Gasversorgung Westerwald GmbH und KEVAG stehenden Gas- und Stromnetze von der EVM Netz GmbH und der KEVAG Verteilnetz GmbH gepachtet und betrieben. Im Laufe des Jahres 2014 wurden die Netzbetriebsaktivitäten in der KVNetz zusammengeführt und diese im Januar 2015 in Energienetze Mittelrhein GmbH (enm) umfirmiert. Im Rahmen eines Betriebsteilübergangs gingen im Dezember 2014 die Netzmitarbeiter von evm, EVM Netz und Gasversorgung Westerwald GmbH auf enm über. Seitdem ist enm als großer Netzbetreiber sowohl für Gas- als auch für Stromnetzaktivitäten aufgestellt.

Die Gas- und Stromnetze der evm und der Gasversorgung Westerwald GmbH sind an enm verpachtet und werden von enm eigenständig betrieben. Sowohl im Gas- als auch im Stromverteilnetz waren die Versorgungsunterbrechungen bzw. Nichtverfügbarkeiten wesentlich kleiner als im Bundesdurchschnitt. Die Zahl der

Hausanschlüsse konnte sowohl im Gas- wie im Stromverteilnetz leicht im Vergleich zum Vorjahr gesteigert werden. Auch die Anzahl der Netzanschlüsse für Photovoltaik- und Windkraftanlagen hat sich in 2014 nochmals erhöht. Insgesamt wurden in unserem Netzgebiet 360 neue Photovoltaikanlagen mit rund 24,5 MW installierter Leistung angeschlossen, so dass die Anzahl der Photovoltaikanlagen auf 5.460 im Netzgebiet gestiegen ist. Ebenfalls wurden zwei neue Windparks mit 13,6 MW installierter Leistung neu angeschlossen.

Erfreulicherweise konnten alle in 2014 abgeschlossenen Konzessionsverfahren gewonnen werden, darunter die Gas- und Stromkonzessionen für die Stadt Koblenz sowie die Gaskonzessionen für die Städte Lahnstein, Mülheim-Kärlich, Weißenthurm, Gerolstein und Daun. Darüber hinaus konnten auch die Gaskonzessionsverträge mit den Kommunen der Verbandsgemeinde Linz verlängert werden.

Zum 1. Januar 2014 haben die Stadtwerke Andernach (SWA) mit den strategischen Partnern EVM, KEVAG, EVM Netz GmbH und KVNetz bzw. enm auf Grundlage einer Verpflichtungserklärung den umfänglichen Netzbetrieb für die Sparten Strom und Gas in Andernach aufgenommen. evm, EVM Netz GmbH und KVNetz bzw. enm sind verantwortlich für die Netzbetriebssicherheit in Andernach. Bis zum 31.12.2013 waren RWE/Westnetz Pächter und Betreiber der Verteilnetze. Dabei ist es den Netzgesellschaften bzw. der enm gelungen, die gewohnte hohe Versorgungsqualität auch in Andernach zu gewährleisten.

Seit dem Ende des Geschäftsjahres 2013 hält die EVM bzw. in 2014 die evm eine stille Beteiligung an der Stadtwerke Andernach GmbH, welche ihr eine rd. fünfundzwanzigprozentige Partizipation am Ergebnis der Energiesparte der Stadtwerke Andernach GmbH sichert.

1.2.1.2 Andere Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors

Vertrieb

Im Jahr 2014 hat sich das Privat- und Gewerbekundengeschäft trotz der warmen Witterung insgesamt zufriedenstellend entwickelt. Besonders erfreulich war die positive Reaktion unserer Privat- und Gewerbekunden auf unsere im Zuge der Zusammenführung der Gas- und Stromvertriebsaktivitäten von EVM, Gasversorgung Westerwald GmbH und KEVAG neu gestaltete Marke „evm“. Mit unserem neuen Markenleitbild werden die Kerneigenschaften der bisherigen Marken weitergeführt: Kundenorientierung, persönliche und räumliche Nähe, Vertrauen, Versorgungssicherheit, Innovationskraft und ökologische Ausrichtung.

Im Jahr 2014 sind die staatlichen Abgaben auf den Strompreis nochmals gestiegen. Dabei wurde der Anstieg der EEG-Umlage von 5,2 Cent je kWh auf 6,2 Cent je kWh nur geringfügig durch den Rückgang der § 19-Umlage von 0,33 Cent je kWh auf 0,09 Cent je kWh kompensiert. Aufgrund von Verbesserungen der Beschaffungsprozesse konnte evm auf Preiserhöhungen im Privat- und Gewerbekundengeschäft weitgehend verzichten. Als weiterer Vorteil für unsere Kunden wurden sämtliche Stromlieferungen an Privat- und Gewerbekunden auf 100 %-ige Beschaffung aus erneuerbarer Energieerzeugung umgestellt. Erfreulicher Weise konnte die Zahl der versorgten Zählpunkte im Privat- und

Gewerbekundensegment Strom im Vergleich zum Vorjahresende leicht gesteigert werden.

Auch im Jahr 2014 hat evm neben einer vollständigen Umstellung auf Grünstrom weitere Anstrengungen zur Umsetzung der Energiewende im Privat- und Gewerbekundengeschäft unternommen. Unser Förderprogramm für die Effizienzsteigerung elektrischer Anlagen und den Umstieg auf hocheffiziente Gasheizungen wurde in harmonisierter Form fortgesetzt ebenso wie unsere Informationsveranstaltungen zum Thema „Energieeinsparung bei Gebäuden und Erneuerung Heizsysteme“ über unser Netzwerk Energie und Wärme.

Unser Gasabsatz an Privat- und Gewerbekunden war wegen der außergewöhnlichen Witterung in 2014 rückläufig. Im Gasvertrieb bei Großkunden und Key Accounts konnten im Jahr 2014 nicht nur längerfristige Vertragsverlängerungen mit den wichtigsten Bestandskunden erzielt, sondern auch neue Großkunden gewonnen werden. Auch im Gasgeschäft mit Kommunen konnten trotz des starken Wettbewerbs wichtige Lieferverträge verlängert und neue Bestandskunden akquiriert werden. Im Stromgeschäft mit Großkunden und Key Accounts war der Wettbewerbsdruck unverändert sehr hoch, dennoch konnten mit unseren wichtigsten Kunden Vertragsverlängerungen, zum Teil vorzeitig, erreicht und Neukunden gewonnen werden.

Im Zuge der Umsetzung der Europäischen Energieeffizienzrichtlinie in deutsches Recht wird für alle großen Unternehmen (aber auch kommunale Betriebe wie Verbandsgemeinde- und Wasserwerke) ein regelmäßiges Energieaudit gesetzliche Pflicht. Hierzu bietet die evm ein umfassendes Unterstützungspaket von der Planung bis zur Zertifizierung an.

Für das Jahr 2015 wird eine unveränderte Fortsetzung des sehr starken Wettbewerbs erwartet. Das Handeln unserer Großkunden wird auch von der Unsicherheit aufgrund des energie- und außenwirtschaftlichen Umfelds beeinflusst. Unser Großkunden- und Key Account-Vertrieb wird unsere Kunden mit innovativen Ideen, energiewirtschaftlichem Wissenstransfer und hoher Servicebereitschaft unterstützen.

Netzservice

Seit dem Betriebsteilübergang des Netzservice der KEVAG auf KVNetz in 2013 wurde der Netzservice für das Stromnetz der KEVAG dort wahrgenommen. Ab der Verschmelzung der EVM auf die evm (vormals KEVAG) wurde in der evm der Netzservice für das Gas- und Stromnetz der ehemaligen EVM wahrgenommen, bis diese im Dezember 2014 zusammen mit den Netzbetriebsaktivitäten der Gasversorgung Westerwald GmbH auf die enm übertragen wurden.

Kundenservice

Im Zuge der Fusion von EVM und KEVAG zur evm sowie der Kooperation mit der Gasversorgung Westerwald GmbH wurden im Sommer 2014 auch die Kundenserviceeinheiten zusammengeführt. Durch die gemeinsame Bearbeitung der Prozesse aller Energiearten können nicht nur Produktivitätspotentiale gehoben, sondern der Service für unsere Gas-, Strom- und Wasserkunden verbessert werden.

Dabei legen wir großen Wert auf die Schulung unserer Mitarbeiter in allen drei Sparten, damit wir eine kompetente Kundenbetreuung aus einer Hand leisten können.

1.2.2 Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors

Trinkwasserversorgung

Im Jahr 2014 war zunächst die EVM und ab Verschmelzung die evm als technische und kaufmännische Betriebsführerin für drei Wasserwerke verantwortlich.

Insgesamt wurden ca. 191.000 Einwohner mit Trinkwasser versorgt.

Für die Trinkwasserverteilung wurde ein Wasserrohrleitungsnetz mit einer Gesamtlänge von ca. 1.449 km betrieben. Das Leitungsnetz unterteilte sich in ca. 977 km Hauptrohrleitungsnetz und ca. 472 km Hausanschlussleitungen. Zum Ausgleich von Verbrauchsschwankungen und zur Überbrückung von Betriebsstörungen stand ein Wasserspeichervolumen von rund 48.315 m³ zur Verfügung.

Der Trinkwasserverkauf in den Versorgungsbereichen der evm belief sich im Jahr 2014 auf insgesamt ca. 10,521 Mio. m³ und lag damit leicht über dem Vorjahresniveau. Von dieser Trinkwassermenge wurden 99,4 % an Haushalte, Gewerbe, Industrie und öffentliche Einrichtungen abgegeben. Außerdem wurden ca. 66 Tm³ (0,6 %) an benachbarte Versorgungsunternehmen geliefert.

Im Berichtsjahr wurden insgesamt ca. 4,1 Mio. € in den Ausbau von Transport- und Verteilungsanlagen sowie Wasserspeicheranlagen investiert.

Zum 31.12.2014 endete der Betriebsführungsvertrag der evm für die Wasserversorgung in Bad Neuenahr-Ahrweiler. Die Stadt Bad Neuenahr-Ahrweiler hatte sich entschlossen, auf eine Ausschreibung zur Neuvergabe der Betriebsführung zu verzichten und stattdessen die Betriebsführung selbst zu übernehmen. Im zweiten Halbjahr 2014 trat in der Stadt Bad Neuenahr-Ahrweiler und in der Gemeinde Grafschaft temporär eine Beeinträchtigung der Wasserqualität durch Kolibakterien auf. Durch Chlorierung des Trinkwassers entsprechend den Vorgaben der Trinkwasserverordnung und entsprechende Verhaltensanweisungen für die Bevölkerung konnten gesundheitliche Beeinträchtigungen vermieden werden.

Abwasserentsorgung

Im Rahmen des kaufmännischen und technischen Betriebs des Abwasserwerks der Stadt Remagen fielen im Jahr 2014 639.919 m³ Abwasser an. Zu deren Entsorgung unterhält das Abwasserwerk ein Kanalnetz und entsprechende Anlagen von 110,7 km Länge. Im Berichtsjahr wurde die Kanalisation für insgesamt 1,817 Mio. € erneuert und erweitert.

Gaserzeugung

Seit 2013 erzeugt die evm-Tochtergesellschaft BEE Bioenergieerzeugung Koblenz GmbH (BEE) Biogas aus nachwachsenden Rohstoffen. Wegen der Insolvenz des

Mitgeschafter EnD-I Bioenergy GmbH (EnD-I) wurde durch Beschluss der Geschafterversammlung der BEE vom 19.3.2014 der Geschafteranteil des Mitgeschafter EnD-I eingezogen. Seit Einzug ist die evm alleiniger Geschafter der BEE. Im Laufe des Jahres 2014 konnten die technischen Anlaufschwierigkeiten der Biogasanlage behoben und eine stabile Gasproduktion erreicht werden. U.a. bedingt durch die Einföhrung des sogenannten Maisdeckels und die daraus resultierenden hohen Substratpreise sowie hohen Logistikkosten war das Geschöft der BEE in 2014 defizitär. Auf Basis dieser Erkenntnisse und mit Blick auf die herrschenden Branchenschwierigkeiten für Biogasanlagen musste die BEE ihr Anlagevermögen im Geschäftsjahr 2014 auf rd. 6 Mio. € abschreiben. In enger Zusammenarbeit mit dem Geschafter evm erarbeitet die Geschäftsföhrung der BEE ein Konzept zur Restrukturierung der BEE. In der Folge wurden u. a. bestehende langfristige Lieferverträge einvernehmlich aufgelöst. Die Geschäftsföhrung der BEE prüft im Geschäftsjahr 2015 erfolversprechende Ansätze zum Einsatz alternativer Substrate.

Stromerzeugung

Das Engagement der evm bei regenerativer Eigenerzeugung wurde im Jahr 2014 durch die Beteiligung am Solarpark Mastershausen verstärkt. evm betreibt in Zusammenarbeit mit Thüga Erneuerbare Energien GmbH und JUWI eine große Anzahl von Windkraftprojekten zielstrebig voran.

Telekommunikation

Das Telekommunikationsnetz der evm wurden in 2014 im Rahmen des mehrjährigen Projekts „Kabel 3.0“ weiter erneuert und ausgebaut. Im Netzgebiet der evm wird ein knapp 250 km langes Glasfasernetz aufgebaut, das Bandbreiten von mehr als 100 Mbit/s zur Verfügung stellen wird. Damit wird die Versorgung des Westerwaldkreises mit schnellem Internet vorangetrieben und die infrastrukturellen Voraussetzungen für neue Produktangebote geschaffen, z. B. die Erweiterung des HD-TV-Angebots, online Mediatheken oder Cloud-Dienste.

1.2.3 Mitarbeiter

Die evm beschäftigte inklusive Auszubildende zum Stichtag 31.12.2014 489 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (davon 52 in der Ruhephase der Altersteilzeit). Zum 31.12.2013 hatte evm (vormals: KEVAG) 297 Mitarbeiter (davon 37 in der Ruhephase der Altersteilzeit) beschäftigt. Durch die Fusion mit EVM war die Anzahl der Mitarbeiter zunächst gestiegen und hatte sich im Dezember 2014 mit dem Betriebsübergang auf enm wieder reduziert.

Zum 31.12.2014 bildete evm 29 Auszubildende in kaufmännischen und IT-Ausbildungsberufen aus. Nach dem Betriebsübergang auf die enm erfolgt dort die Ausbildung in technischen Berufen.

Für die Weiterbildung der evm-Mitarbeiter/-innen wurden in 2014 insgesamt 1.520 Stunden in Anspruch genommen. Schwerpunktthemen der Weiterbildung waren energiewirtschaftliches Wissen, Projektmanagement, Kommunikationstrainings- und IT-Kurse.

evm engagiert sich weiterhin im Koblenzer Bündnis für Familie. Dieser Zusammenschluss aus zahlreichen Koblenzer Unternehmen, gesellschaftlichen Institutionen und Gruppen will Koblenz mit Hilfe familienfreundlicher Maßnahmen und Projekten als familienfreundliche Kommune weiter entwickeln. evm ergreift eine Vielzahl unterschiedlicher Maßnahmen, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ermöglichen, z.B. flexible Arbeitszeitregelungen, individuelle Programme zum Wiedereinstieg in das Berufsleben und die Bereitstellung eines Mutter-Kind-Zimmers.

Gemäß der zwischen der Tarifkommission des Arbeitgeberverbands Energie Südwest mit der Gewerkschaft ver.di erzielten Einigung sind die Vergütungen zum 01.04.2014 um 2,1 % gestiegen. Auch das Hausstandsgeld wurde von 140,00 € auf 143,00 € angehoben.

1.2.4 Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Umweltmanagementsystem

Als Energieversorgungsunternehmen sieht evm sich in einer besonderen Verantwortung für die Sicherheit der Anlagen und den Schutz der Umwelt. Darum findet ein Umweltmanagementsystem erfolgreichen Einsatz. Im Rahmen dieses Umweltmanagementsystems finden regelmäßig interne und externe Audits statt, in denen die Verantwortlichkeiten geprüft und die Arbeitsweisen kontinuierlich verbessert werden. Sowohl EVM als auch KEVAG verfügten über ein nach DIN EN 14001 zertifiziertes Umweltmanagementsystem. evm hat im abgelaufenen Geschäftsjahr das Zertifizierungsverfahren für das Umweltmanagementsystem des fusionierten Unternehmens begonnen. Der Abschluss der Zertifizierung wird für das 1. Halbjahr 2015 erwartet.

Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz

Arbeitssicherheit hat für evm oberste Priorität. Sämtliche Aspekte der Arbeitssicherheit sowie des Gesundheitsschutzes werden in einem jährlich erscheinenden Bericht des hierfür zuständigen Unternehmensbeauftragten dargestellt. Bei der Konzeption konkreter Maßnahmen zur Arbeitssicherheit und zum Gesundheitsschutz legt evm Wert auf präventive Ansätze der Unfallvermeidung mittels verbindlicher Schulungen eines jeden Mitarbeiters durch die jeweiligen Führungskräfte. Ziel dieser Vorgehensweise ist es, das Arbeitssicherheitsmanagement als Führungsaufgabe sowie als essentiellen Bestandteil der Unternehmenskultur weiterzuentwickeln. Weiter sinkende Unfallzahlen sind ein Indiz für den sicheren Betrieb der Anlagen, abgestimmte Arbeitsabläufe sowie für gut ausgebildete und geschulte Mitarbeiter.

Ausbildung

evm ist sich ihrer arbeitsmarktpolitischen Aufgabe, insbesondere im Hinblick auf die Förderung junger Menschen, bewusst. Auch aus diesem Grund wurde das kaufmännisch orientierte Ausbildungsangebot um ein duales Studium mit dem Abschluss Bachelor of Science - Business Administration erweitert. Im technischen Bereich bietet evm bereits seit einigen Jahren ein duales Studium mit dem Abschluss Bachelor of Engineering an. Beide Angebote sind integrierte Kooperationsstudiengänge von Fachhochschule Koblenz, IHK Koblenz und den

Ausbildungsunternehmen. Insgesamt absolvieren zum Geschäftsjahresende 24 junge Menschen eine Ausbildung bei evm. Im Rahmen des Personalentwicklungskonzeptes werden zukünftig weiterhin verstärkt Übernahmen nach der Ausbildung im kaufmännischen und technischen Bereich umgesetzt, mit dem Ziel, die Erfahrungen und das Wissen altersbedingt ausscheidender Mitarbeiter an kompetenten Nachwuchs weiterzugeben. Durch eine zielgerichtete Nachfolgeplanung wird sichergestellt, dass evm auch zukünftig über qualifiziertes Personal verfügt.

Bilanz

Bilanz	2013 (konsolidiert)	2014
A. Anlagevermögen	485.665	471.384
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	5.323	4.048
II. Sachanlagen	168.297	176.419
III. Finanzanlagen	312.045	290.917
B. Umlaufvermögen	151.845	153.313
I. Vorräte	1.618	19
II. Forderungen u. sonst. Verm.	130.298	135.898
III. Flüssige Mittel	19.929	17.396
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.176	207
Bilanzsumme	638.686	624.904
A. Eigenkapital	236.716	230.237
I. Gez. Kapital	131.310	130.410
II. Kapitalrücklage	102.561	96.982
III. Gewinnrücklage	2.788	2.845
IV. Gewinnvortrag	0	0
V. Bilanzgewinn	57	0
B. Sonderposten	3.693	3.347
C. Empfangene Ertragszuschüsse	6.182	0
Rückstellungen	155.604	173.854
D. Verbindlichkeiten	213.122	180.687
E. Rechnungsabgrenzungsposten	23.369	36.779
Bilanzsumme	638.686	624.904

Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung	2013 (konsolidiert) T€	2014 T€
Umsatzerlöse (ohne Strom- und Energiesteuer)	820.551	791.321
Bestandsveränderungen	- 1	-38
andere aktivierte Eigenleistungen	782	810
sonstige betr. Erträge	56.190	25.656
Materialaufwand	691.803	655.415
Personalaufwand	56.237	44.383
Abschreibungen	24.524	23.589
Erträge aus Beteiligungen	742	1.032
Erträge aufgrund Ergebnisabführung	14.472	13.237
Steuerumlage Organgesellschaften	3.939	2.025
Erträge aus Wertpapieren und anderen Ausleihungen	3.583	8.136
Sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	365	1.279
Abschreibungen auf Finanzanlagen	5.381	150
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	8.259	10.165
Ergebnis der gewöhnliche Geschäftstätigkeit	69.622	63.344
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	19.694	18.394
sonstige Steuern	217	222
Gewinnabf. aufgr. eines Ergebnisabführungsvertr.	19.260	44.728
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	30.451	0

Bilanzkennzahlen**(für 2013 anhand der konsolidierten Zahlen dargestellt)****Ertragslage**

<u>Rentabilität</u>		2013	2014
Eigenkapitalrentabilität	%	21,0	19,4
Gesamtrentabilität	%	9,1	8,8

		2013	2014
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	2.159,3	1.348,1

Vermögensaufbau

		2013	2014
Anlagenintensität	%	76,0	75,4
Intensität des Umlaufvermögens	%	24,0	24,6

Anlagenfinanzierung

		2013	2014
Anlagendeckung I	%	113,3	57,2
Anlagendeckung II	%	168,9	83,8

Kapitalausstattung

		2013	2014
Eigenkapitalquote	%	37,1	36,8
Fremdkapitalquote	%	62,9	63,2

Liquidität

		2013	2014
Liquiditätsgrad	%	63,7	67,8

Lage des Unternehmens**Ertragslage**

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit betrug 63.344 T€ gegenüber 25.504 T€ im Vorjahr. Die Ergebnisverbesserung ist in der Verschmelzung der EVM auf die evm begründet. Die Geschäftsentwicklung der evm war grundsätzlich stabil und wurde nur durch die warme Witterung des Jahres 2014 und die mit der Fusion verbundenen Maßnahmen und deren Kosten beeinträchtigt. Außerordentliche Belastungen aus der Absenkung des Rechnungszinses für die Pensionsrückstellungen konnten weitgehend durch außerordentliche Erträge aus dem Finanzanlagevermögen aufgefangen werden.

evm erzielte im Geschäftsjahr 2014 Umsatzerlöse (ohne Strom- und Energiesteuer) in Höhe von 791.321 T€ (Vorjahr: 389.929 T€). Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr resultiert insbesondere aus der Fusion von EVM und KEVAG sowie dem gegenläufigen Effekt des Betriebsteilübergangs der Stromnetzaktivitäten auf KVNetz (jetzt enm) im Jahr 2013.

Der Materialaufwand stieg aus gleichem Grunde von 318.372 T€ auf 655.415 T€.

Der Personalaufwand lag im Jahr 2014 mit 44.383 T€ um 15.218 T€ über dem Vorjahreswert. Dies liegt zum einen daran, dass im Zuge der Fusion von EVM und KEVAG in 2014 Mitarbeiter der EVM und der Gasversorgung Westerwald GmbH auf evm und zum anderen in 2013 Mitarbeiter im Rahmen des Betriebsteilübergangs auf KVNetz übergegangen waren. Der spezifische Personalaufwand konnte trotz Vergütungstarifanpassungen durch den Ersatz altersbedingt ausscheidender

Mitarbeiter durch jüngere Mitarbeiter verringert werden. Die laufenden Aufwendungen für die Altersversorgung waren wegen des geringeren Anstiegs des Verbraucherpreisindex niedriger als im Vorjahr.

Auch die Abschreibungen sind im Vergleich zum Vorjahr bedingt durch die Verschmelzung der EVM um 13.208 T€ auf 23.589 T€ gestiegen.

evm führte aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrages nach Berücksichtigung des Steueraufwands von 18.616 T€ ein Ergebnis von 44.728 T€ an EKO2 ab.

Die Investitionen in das Anlagevermögen beliefen sich auf 28.775 T€. Es wurden 616 T€ in immaterielle Vermögensgegenstände und 27.859 T€ in Sachanlagen, im Wesentlichen in Leitungsnetzanlagen investiert. 300 T€ wurden in Finanzanlagen investiert, im Wesentlichen die Übernahme des EnD-I-Anteils an der BEE Bioenergieerzeugung Koblenz sowie die Gründung der Rhein-Ahr-Energie Verwaltungs GmbH und die Rhein-Ahr-Energie GmbH & Co. KG. Die finanziellen Mittel hierfür wurden aus dem laufenden Umsatzprozess, dem Verkauf von Spezialfondsanteilen und einer Reduzierung des Bestands an flüssigen Mitteln bereitgestellt.

Die aus dem Verhältnis von dem abgeführten Gewinn zum Eigenkapital berechnete Eigenkapitalrentabilität lag bei 19,4 % (Vorjahr: 29,4 %) bei einer Eigenkapitalquote von 36,8 % (Vorjahr: 23,5 %). Der Rückgang der Rentabilität bei gleichzeitigem Anstieg der Eigenkapitalquote resultiert aus der Verschmelzung der EVM auf evm und dem damit verbundenen Übergang von Eigenkapital und übrigen Bilanzpositionen auf die evm.

Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme der evm erhöhte sich wegen der Verschmelzung der EVM um 345.497 T€ auf 624.904 T€. Der Anteil des langfristig gebundenen Vermögens an der Bilanzsumme lag per 31.12.2014 bei 75,4 % (Vorjahr: 84,8 %).

Das Sachanlagevermögen und die immateriellen Vermögensgegenstände sind über das Eigenkapital gedeckt. Die Rückstellungen sind merklich geringer als der Wert der Finanzanlagen.

Verglichen mit dem Vorjahr hat sich der gesamte Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit von -23,9 Mio. € auf -2,5 Mio. € verbessert. Im Vorjahr waren zwei aufsteigende Darlehen an die EKO2 GmbH herausgereicht worden. Bedingt durch die rückwirkende Verschmelzung der EVM auf evm (vormals KEVAG) zum 1.1.2014 weichen der Liquiditätsbestand zum Jahresanfang und zum Vorjahresende voneinander ab.

Risikobericht

Die (Früh)-Erkennung sowie die angemessene Bewertung und Begrenzung von Risiken sind wesentliche Voraussetzungen für die Sicherung eines nachhaltigen Unternehmenserfolges. Nach § 91 Abs. 2 AktG hat der Vorstand daher geeignete Maßnahmen zu treffen, insbesondere ein Überwachungssystem einzurichten, damit den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende Entwicklungen früh erkannt werden.

Zu diesem Zweck unterhält die evm ein Risikomanagementsystem, welches auch unternehmensspezifische Besonderheiten und Anforderungen berücksichtigt. Im Rahmen des Risikomanagementsystems werden auch die Risiken der Beteiligungsgesellschaften von evm erhoben und bewertet.

Wesentliche Bestandteile des Risikomanagementsystems sind das Planungssystem, das technische und kaufmännische Berichtswesen sowie eine regelmäßige und umfassende Risikoberichterstattung. Die angemessene Darstellung der Risikosituation der evm erfolgt in Zusammenarbeit zwischen dem Risikomanager und den Risikoverantwortlichen der Bereiche. Das Risikomanagementsystem beinhaltet die regelmäßige Überprüfung bzw. Aktualisierung der Bewertung bereits erfasster Risiken sowie die Identifikation und Bewertung potentieller Risiken. Mit dem Risikomanagement erfüllt evm die Anforderungen des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG).

Im Geschäftsbereich Energie lag der Risikofokus bei den Geschäftskunden auf den Beschaffungs-, Absatz- und Ausfallrisiken. Die Überwachung der Risikopositionen wurde von der Organisationseinheit Rechnungswesen durchgeführt.

Für den Berichtszeitraum bestanden keine den Fortbestand des Unternehmens gefährdenden Risiken.

Darüber hinaus sind keine weiteren Chancen und Risiken bekannt.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten. Seit dem Bilanzstichtag sind keine wesentlichen Veränderungen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage bekannt, die sich nachteilig auf die Ergebnislage der evm im Berichtszeitraum auswirken.

Ausblick

Gesamtwirtschaftlicher Ausblick

Die Deutsche Bundesbank erwartet in ersten Prognosen für 2015 mit 1,0 % ein etwas geringeres Wachstum der Wirtschaftsleistung als in 2014. Positiv wirken sich gestiegene Auftragseingänge in der Industrie, der hohe Beschäftigungsgrad und die Stärkung der real verfügbaren Einkommen durch den Rückgang der Mineralölpreise aus. Gebremst wird das Wachstum durch noch vorhandene Investitionszurückhaltung, die Beeinträchtigung des Außenhandels durch internationale Krisen, insbesondere die Ukraine-Krise, und die Schwäche des EUROS. Aufgrund nochmals höherer Steuereinnahmen wird für den deutschen Staatshaushalt ab 2015 ein Überschuss erwartet.

Ausblick Gesamtunternehmen

Für das Geschäftsjahr 2015 erwarten wir ein stabiles Geschäft mit verbessertem Ergebnis. In 2015 werden nur noch geringfügige Fusionsaufwendungen anfallen, und die außergewöhnlich warme Witterung des Jahres 2014 hat sich zum Anfang des Jahres 2015 nicht wiederholt.

Ausblick Gas- und Stromverteilung

Aus der Verpachtung der Gas- und Stromnetze erwartet evm wiederum ein stabiles Ergebnis.

Ausblick Vertrieb Privat- und Gewerbekunden

Für unser Gasgeschäft erwarten wir aufgrund der in 2015 deutlich niedrigeren Temperaturentwicklung im Januar und Februar als im Vorjahr eine Steigerung unserer Absatzmengen. Auch für das Stromgeschäft im Bereich Privat- und Gewerbekunden erwarten wir eine positive Entwicklung, da die staatlichen Abgaben, insbesondere die Offshore-Umlage, insgesamt leicht gesunken sind und wir wegen weiterer Verbesserungen in der Energiebeschaffung unsere Strompreise für Privat- und Gewerbekunden zum 01.04.2015 senken konnten.

Ausblick Vertrieb Geschäftskunden und Key Accounts

Auch im Jahr 2015 wird der intensive Wettbewerb unverändert anhalten. Die in den letzten Monaten erreichten Vertragsabschlüsse bestätigen die Wettbewerbsfähigkeit der evm und lassen einen planmäßigen Verlauf des Vertriebs an Geschäftskunden und Key Accounts erwarten.

Ausblick Stromerzeugung

evm wird in 2015 intensiv an der Realisierung ihrer Windkraftprojekte arbeiten und eine Aufstockung ihres Anteils an der Thüga Erneuerbare Energien GmbH prüfen. Für 2015 wird die Inbetriebnahme des Windparks Höhn im Westerwald erwartet.

Erklärung nach § 312 AktG

Für das Geschäftsjahr 2014 haben wir gemäß § 312 AktG den Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen erstellt.

In dem Bericht erklären wir abschließend entsprechend § 312 Absatz 3 AktG: Bei den im Berichtsjahr vorgenommenen und gemäß § 312 AktG berichtspflichtigen Rechtsgeschäften haben wir – soweit uns nach den Umständen im Zeitpunkt der Durchführung des Rechtsgeschäfts bekannt – in jedem Einzelfall eine angemessene Gegenleistung im Sinne dieser Vorschrift erhalten. Durch die getroffenen Maßnahmen wurde die Gesellschaft nicht benachteiligt.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

Durch die Fusion von EVM auf die KEVAG wurde das Eigenkapital im Zuge einer Sachkapitalerhöhung von ursprünglich rd. 65.588 T€ um rd. 171.128 T€ auf rd. 236.716 T€ erhöht.

Der Aufsichtsrat hat in seiner Sitzung vom 15.07.2014 beschlossen, dass die evm bis zum 30.09.2014 bis zu insgesamt 900.000 eigene Aktien, mit einem Anteil am Grundkapital von 900.000,00 € von den Stadtwerken Mayen GmbH erwerben darf. Als Gegenleistung für den Erwerb ist die Gewährung von nominal 125.454,00

(=12,5454 %) an der EBM gehaltenen Geschäftsanteilen vereinbart worden (Anteilstausch).

Das Tauschverhältnis zwischen den evm-Aktien und EBM-Geschäftsanteilen richtete sich nach dem Verhältnis der jeweiligen Unternehmenswerte beider Gesellschaften. Danach beträgt der Wert der eigenen Anteile 6.479 T€.

Die erworbenen 900.000 eigenen Aktien, mit einem Anteil am Grundkapital von 900.000,00 € sind nach § 272 Abs. 1a HGB vom Gezeichneten Kapital abgesetzt worden. Der das Grundkapital übersteigenden Anteil am Kaufpreis in Höhe von rd. 5.579 T€ wurde von den frei verwendbaren Rücklagen nach § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB abgesetzt.

Somit ergibt sich zum 31.12.2014 das ausgewiesene Eigenkapital von 230.237 T€

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Konzessionsabgaben	5.827.000 €
Grundsteuer	142.927€

Die Zahlen basieren auf gezahlten Beträgen in 2014.

Mit der EKO2 GmbH besteht eine steuerliche Organschaft.

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2014

Aufsichtsrat:	363 T€
Beirat:	146 T€

Auf eine Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wird mit Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Absatz 1 GemO.

Stadtverwaltung Koblenz Beteiligungsbericht 2015

EKO2 GmbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

5. Oktober 2012; der Gesellschaftsvertrag wurde zuletzt am 21. November 2014 geändert

Stammkapital am 31.12.2014

6.512.770,00 €

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung an der Koblenzer Elektrizitätswerk und Verkehrs-Aktiengesellschaft („KEVAG“) sowie der Energieversorgung Mittelrhein GmbH („EVM“) oder deren Rechtsnachfolger.

Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der Gesellschaft sind beteiligt:

SWK	3.256.863,00 €	50,007 %
Thüga	2.603.002,00 €	39,968 %
EBM	652.805,00 €	10,023 %
Stadt Koblenz	100,00 €	0,002 %

Besetzung der Organe am 31.12.2014

Aufsichtsrat

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig
 Dr. Gerhard Holtmeier
 Ewald Woste (bis 31.10.2014)
 Dr. Matthias Cord (ab 17.12.2014)

Petra Ensel
Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafter entsenden ihre Vertreter in die Gesellschafterversammlung.

Geschäftsführung

Josef Rönz – Vorsitzender –
 Dr. Karlheinz Sonnenberg
 Bernd Wieczorek

Beteiligungen des Unternehmens

EVM

83,704 %

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Die Gesellschaft erfüllt zum 31. Dezember 2014 die Kriterien für Kleinstkapitalgesellschaften gemäß § 267 a Absatz 1 HGB.

Nach § 264 a Absatz 2 HGB in Verbindung mit § 267 Absatz 1 und § 264 Absatz 1 HGB brauchen Kleinstkapitalgesellschaften den Lagebericht nicht aufzustellen.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz	2013	2014
A. Anlagevermögen	288.255.864,00	298.700.227,00
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0,00
II. Sachanlagen	0,00	0,00
III. Finanzanlagen	288.255.864,00	298.700.227,00
B. Umlaufvermögen	52.224.181,73	60.953.684,11
I. Vorräte	0,00	0,00
II. Forderungen u. sonst. Vermögensgegenstände	48.520.250,49	57.337.300,10
III. Kassenbestand	3.703.931,24	3.616.384,01
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
Bilanzsumme	340.480.045,73	359.653.911,11
A. Eigenkapital	215.774.696,57	223.227.764,39
I. Gezeichnetes Kapital	5.791.281,00	6.512.770,00
II. Kapitalrücklage	170.355.219,00	180.078.093,00
III. Gewinnrücklagen	0,00	2.000.000,00
IV. Jahresgewinn/ -verlust	39.628.196,57	34.636.901,39
C. Rückstellungen	397.000,00	1.152.000,00
D. Verbindlichkeiten	124.308.349,16	135.274.146,72
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
Bilanzsumme	340.480.045,73	359.653.911,11

Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung	2013	2014
Sonstige betriebliche Erträge	0,00	265,00
Sonstige betr. Aufwendungen	869.655,95	113.565,21
Erträge aus Beteiligungen	34.899.084,00	0,00
Erträge aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrags	11.074.549,63	37.439.539,06
An die Organschaft weiterbelastete Organsteuern	6.084.711,31	18.394.096,65
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4.568,97	66.813,50
Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.525.225,15	3.960.388,69
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	49.668.032,81	51.826.760,31
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	5.897.898,31	17.189.858,92
sonstige Steuern	0,00	0,00
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	43.770.134,50	34.636.901,39

Bilanzkennzahlen**Ertragslage**

Rentabilität		2013	2014
Eigenkapitalrentabilität	%	20,3	15,5
Gesamrentabilität	%	13,3	10,7

		2013	2014
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	---	--

Vermögensaufbau

		2013	2014
Anlagenintensität	%	84,7	83,1
Intensität des Umlaufvermögens	%	15,3	16,9

Anlagenfinanzierung

		2013	2014
Anlagendeckung I	%	74,9	74,7
Anlagendeckung II	%	114,8	74,7

Kapitalausstattung

		2013	2014
Eigenkapitalquote	%	63,4	62,1
Fremdkapitalquote	%	36,6	37,9

Liquidität

		2013	2014
Liquiditätsgrad	%	41,9	44,7

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

Gemäß Gesellschafterbeschluss vom 19.12.2012 wurde das Stammkapital der Gesellschaft von 25.000,00 € auf 1.000.100,00 € erhöht.

Die Gesellschafter erbrachten gemäß Beschluss vom 19.12.2012 Zuzahlungen in die Kapitalrücklage in Höhe von 109.749.900,00 €.

Gemäß Vertrag vom 25. Oktober 2013 haben die Gesellschafter SWK und Thüga Anteile an der EVM in Höhe von 41.451.200,00 € (SWK) und 23.945.300,00 € (Thüga) zu Buchwerten in die Gesellschaft eingebracht.

Im Gegenzug erhielt die SWK einen neuen Geschäftsanteil in Höhe von 3.036.863,00 € und die Thüga einen neuen Geschäftsanteil in Höhe von 1.754.318,00 € an der EKO2.

Kapitalerhöhung in 2014:

Stadtwerke Mayen:	56.174,00 €
Stadtwerke Andernach:	103.631,00 €
Thüga:	561.684,00 €

Auswirkungen auf den Haushalts der Stadt

Gewerbsteuer:	1.813.061,00 €
---------------	----------------

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2014

keine

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Absatz 1 GemO.

**Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2015**

Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein gGmbH

Rechtsform

gGmbH

Gegründet

Neufassung des Gesellschaftsvertrages am 23. Juli 2014

Die Gesellschaft ist als übernehmender Rechtsträger nach Maßgabe des Verschmelzungsvertrages vom 23. Juli 2014 nebst Ergänzung vom 11. August 2014 mit der Stiftungsklinikum Mittelrhein GmbH, Koblenz, verschmolzen (Verschmelzung durch Aufnahme).

Der Verschmelzungstichtag wurde auf den 01.01.2014 0,00 Uhr festgelegt.

Stammkapital am 31.12.2014

20.480.000,00

Gegenstand des Unternehmens

Betrieb von im Krankenhausplan des Landes Rheinland-Pfalz aufgenommenen Krankenhäusern zwecks bedarfsgerechter Versorgung der Bevölkerung mit Krankenhausleistungen nach Maßgabe des jeweiligen Feststellungsbescheids, sonstiger zur Gesundheitsversorgung bestimmter Einrichtungen sowie der zugehörigen Ausbildungsstätten, Nebeneinrichtungen und Nebenbetrieben. Darüber hinaus ist der Betrieb von stationären Altenhilfepflegeeinrichtungen Gegenstand der Gesellschaft.

Beteiligungsverhältnisse

Stadt Koblenz	5.120.000,00 €	25,00 %
Landkreis Mayen Koblenz	5.120.000,00 €	25,00 %

Kapitalerhöhung/Verschmelzung:

Stiftung Ev. Stift St. Martin:	5.851.429,00 €	28,58 %
Stiftung Seniorenhaus zum Heiligen Geist	1.462.857,00 €	7,14 %
Stiftung Hospital zum Heiligen Geist	1.462.857,00 €	7,14 %
Stiftung Diakoniegemeinschaft Paulinenstift	1.462.857,00 €	7,14 %

Besetzung der Organe am 31.12.2014

Aufsichtsrat (bis 23. Juli 2014)

Beigeordneter Detlef Knopp – Vorsitzender –
Landrat Dr. Alexander Saftig – stellvertretender Vorsitzender –
Dr. Adolf Weiland
Dieter Winkel
Anton Reiter
Doris Laux
Rolf Schäfer
Hans-Georg Schönberg
Christoph Kläs
Leo Biewer
Peter Balmes
Eike Kurz
Walter Schneider
Dr. Claudia Tamm
Angela Keul-Göbel
Michael Bordelle
Matthias Schmitz
Hans Peter Klöckner
Franz-Josef Hahn
Dr. Johannes Christoph Bernhard

Aufsichtsrat (seit 23. Juli 2014)

Dr. Olaf Döscher – 1. Vorsitzender -
Beigeordneter Detlef Knopp – 2. Vorsitzender –
Landrat Dr. Alexander Saftig
Leo Biewer
Anita Weiß
Bernhard Maul (bis 30. November 2014)
Karin Küsel-Ferber
Lambert Aßmann
Corinna Wehran-Itschert
Alfred-W. Hardt
Ferdinand Benner
Otto Eggeling
Franz-Josef Hahn
Jutta Wagner
Gisela Simon
Gerold Schmidt

Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafter sind seit der konstituierenden Sitzung vom 23. September 2014 wie folgt in der Gesellschafterversammlung vertreten:

Stadt Koblenz – 3 Vertreter
Landkreis Mayen-Koblenz – 3 Vertreter
Stiftung Evangelisches Stift St. Martin – 3 Vertreter
Stiftung Hospital zum Heiligen Geist – 1 Vertreter
Stiftung Seniorenhaus zum Heiligen Geist – 1 Vertreter
Diakoniegemeinschaft Paulinenstift – 1 Vertreter

Den Vorsitz führte Herr Dr. Alexander Saftig.

Geschäftsführung

Dipl.-Kfm. Falko Rapp (seit 11.09.2014)
Bernhard Maul (seit 01.12.2014)
Jürgen Schmidt (bis 27.11.2014)

Beteiligungen des Unternehmens

Gesundheitszentrum zum Heiligen Geist GmbH	100,00 %
GZ-Service am evangelischen Stift Koblenz GmbH	100,00 %
Medizinische Versorgungszentrum Mittelrhein GmbH	100,00 %
GK Service GmbH	100,00 %
Diakonisches Bildungszentrum Mittelrhein-Mosel gGmbH	51,00 %
CLINOTEL Krankenhausverbund gGmbH	6,67 %
FWM Fernwärmeversorgung Mayen GmbH	5,00 %
AGKAMED Holding GmbH	0,67 %

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Grundsätzliches

Die Gesellschafter des Gemeinschaftsklinikums Kemperhof Koblenz - St. Elisabeth Mayen gGmbH (GKKM) und der Stiftungsklinikum Mittelrhein GmbH (SKM) haben im Berichtsjahr einen Gesellschaftsvertrag zur Verschmelzung der beiden Gesellschaften beschlossen. Der notarielle Verschmelzungsvertrag wurde am 23. Juli 2014 abgeschlossen, Verschmelzungstichtag war der 01. Januar 2014, die Eintragung im Handelsregister erfolgte am 26. August 2014.

Mit dem Vertrag hat die Stiftungsklinikum Mittelrhein GmbH als übertragende Rechtsträgerin ihr Vermögen als Ganzes mit allen Rechten und Pflichten unter Auflösung der Gesellschaft im Wege der Verschmelzung durch Aufnahme gemäß §§ 2 Nr. 1, 46 ff. UmwG auf die Gemeinschaftsklinikum Kemperhof Koblenz – St. Elisabeth Mayen gGmbH, als übernehmende Rechtsträgerin übertragen. Die GKKM wurde sodann in Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein gGmbH umfirmiert.

Durch die Fusion entstand eine wirtschaftlich starke Einheit an den Standorten Koblenz, Mayen, Boppard und Nastätten. Das landesweit vierte Klinikum der Maximalversorgung betreibt 1.347 stationäre Betten und 37 teilstationäre Plätze. Es versorgte im Jahr 2014 52.949 Patienten im DRG Bereich und über 100.000

Patienten ambulant. Die Patienten werden von verbesserten Behandlungsmöglichkeiten im Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein profitieren. Mit der Zusammenlegung medizinischer Kompetenzen und Leistungsbereiche sowie der Bildung zusätzlicher Fachabteilungen kann das Behandlungsspektrum erweitert und eine medizinische Versorgung auf höchstem Niveau sichergestellt werden. Darüber hinaus stärkt das neue Unternehmen die gesamte Region Mittelrhein/Westerwald als einen herausragenden Gesundheitsstandort in Rheinland-Pfalz. Das Gemeinschaftsunternehmen sieht sich mit seinen Krankenhäusern und ambulanten Versorgungsstrukturen als verlässlicher, von Verantwortung und starken Werten getragener Versorgungspartner.

Nach dem Willen der Gesellschafter soll der öffentliche Versorgungsauftrag auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes umgesetzt werden. Besondere Bedeutung erfährt die Fusion durch das Zusammenwirken kommunaler und kirchlicher Träger. Dies machte besondere Vereinbarungen notwendig. Die neue Gesellschaft ist als frei-gemeinnütziger, karitativer Träger Mitglied im Diakonischen Werk Rheinland, der als Spitzenverband der freien Wohlfahrtspflege fungiert.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden unter Besitzstandswahrung auf Grundlage tariflicher und kirchenrechtlicher Bedingungen (BAT-KF bzw. TV Ärzte KF) künftig nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) oder dem Tarifvertrag Ärzte (TV-Ärzte/VKA) vergütet. Das Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein wendet das Betriebsverfassungsgesetz an. Fusionsbedingte Kündigungen sind bis zum 31. Dezember 2016 ausgeschlossen.

Wirtschaftsbericht

Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Gesamtwirtschaftlich war für die Krankenhäuser im Berichtsjahr von Belang, dass der Bundesrat am 07. November 2014 das „Gesetz zur Stärkung der pflegerischen Versorgung und zur Änderung weiterer Vorschriften (Erstes Pflegestärkungsgesetz – PSG I)“ passieren ließ. Mit dem Gesetz wurde auch die Verlängerung des Versorgungszuschlages und der Mehrleistungsabschläge beschlossen. Werden Mehrleistungen mit den Kostenträgern vereinbart, werden diese mit 25 % Vergütungsabschlag versehen. Bislang galt dieser Abschlag nur zwei Jahre. Mit der Gesetzesänderung sind Mehrleistungsabschläge nunmehr drei Jahre zu vergüten und mindern die Erlöse der Krankenhäuser, die Mehrleistungen vereinbaren. Im Gegenzug erhalten die Krankenhäuser weiterhin den Versorgungszuschlag auch im Jahr 2015.

Mit Bescheid vom 16. Dezember 2014 hat das MSAGD die Vereinbarung zum Landesbasisfallwert in Rheinland-Pfalz mit Wirkung zum 01. Januar 2014 genehmigt. Der Landesbasisfallwert nach § 10 KHEntgG betrug in 2014 ohne Ausgleich und nach Angleichung 3.325,00 Euro.

Generell standen die Krankenhäuser in Deutschland trotz steigender Umsätze 2014 weiterhin stark unter Druck. Nur knapp jedes zweite Krankenhaus erreichte im vergangenen Jahr ein positives Jahresergebnis und eine Verbesserung ist nicht abzusehen, so eine Studie der Unternehmensberatung Roland Berger Strategy Consultants, die im Ärzteblatt veröffentlicht wurde. Das DKI geht nach eigenen Befragungen davon aus, dass die wirtschaftlichen Erwartungen der Krankenhäuser für das Jahr 2015 gleichfalls pessimistisch ausfallen. Nur 22 Prozent erwarten eine

Verbesserung, 39 Prozent der Einrichtungen rechnen dagegen mit einer weiteren Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage.

Daneben nimmt auch der Fachkräftemangel eine immer größer werdende Rolle ein. Im Ausblick ist die Krankenhausreform 2015 zu nennen, zu der von der Bund-Länder-Arbeitsgruppe am 5. Dezember 2014 die Eckpunkte vorgelegt wurden. Die stärkere Fokussierung auf Qualität mit Zu- und Abschlägen für besonders gute oder unzureichende Qualität sowie die Abschaffung der doppelten Degression in den Landesbasisfallwerten und eine entsprechende Nachfolgeregelung zum Mehrleistungsabschlag auf Krankenhausebene bilden dabei die Schwerpunkte. Weitere Eckpunkte sind unter anderem in der Einführung eines weiteren Pflegeförderprogramms, der Konkretisierungen zu Sicherstellungs- und Zentrumszuschlägen sowie der Einführung eines Stufenmodells mit Zu-beziehungsweise Abschlägen für die Teilnahme an der Notfallversorgung zu sehen. Mit der Umsetzung dieser Eckpunkte ist ab dem Jahr 2016 zu rechnen.

Gerade in der Aufwertung der qualitativen Komponente sind große Chancen für das fusionierte Unternehmen zu sehen. Die interdisziplinäre Versorgung der Patienten in der Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein gGmbH wird bei der bestehenden hohen Qualität der Versorgung von dieser Gesetzesänderung profitieren.

Leistungs- und Erlösentwicklung

1.1 Verbundkrankenhaus

Die Geschäftsführung stellte im März 2014 den Antrag auf den krankenhauserplanerischen Zusammenschluss des Gemeinschaftsklinikums Koblenz-Mayen und des Stiftungsklinikums Mittelrhein. Gleichzeitig wurde der Antrag auf Verbundkrankenhaus gestellt, mit Ausweisung als Maximalversorger. Mit Bescheid vom 12. März 2015 wurde dem Antrag entsprochen.

Die Entgeltverhandlungen für 2014 fanden im Jahr 2014 und Anfang des Jahres 2015 noch für die bisherigen Krankenhausgesellschaften statt. Derzeit gibt es noch keine abgeschlossenen Entgeltvereinbarungen. Es wurde jedoch Einigung mit den Kostenträgern über das Budget des Jahres 2014 erzielt. Wesentliche Inhalte waren die Vereinbarung von erheblichen Mehrleistungen über die Standorte.

1.2 Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein gGmbH

1.2.1 Standorte Kemperhof, Koblenz und St. Elisabeth, Mayen

Die vorgenannten beiden Standorte waren bisher schon gemäß Bescheid des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie vom 20. Dezember 2012 als Verbundkrankenhaus geführt. Als Verbundkrankenhaus verfügen sie über insgesamt 771 Betten, worin 25 teilstationäre Betten enthalten sind. Im Einzelnen stellen sich diese wie folgt dar.

Das Gemeinschaftsklinikum, Standort Kemperhof ist ein Krankenhaus im Sinne des § 107 Abs. 1 SGB V i.d.F. vom 20. Dezember 1998 (BGBl. I S. 2477, 2482) und als Plankrankenhaus i.S. des § 108 Ziff. 2 SGB V zur Erbringung von Krankenhausleistungen zugelassen.

Basierend auf dem Landeskrankenhausplan 1997 - Versorgungsgebiet Mittelrhein - Westerwald - ist das Gemeinschaftsklinikum Kemperhof mit Bescheid vom 28. November 2002 des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen als Krankenhaus der Schwerpunktversorgung ausgewiesen. Von den 520 Planbetten sind 495 im vollstationären und 25 im teilstationären Bereich (TS) angesiedelt.

Der Casemix (effektiv) erhöhte sich im Jahr 2014 um 675,657 auf 23.159,776 (Vorjahr 2013: 22.484,119).

Die Erlöse aus dem Krankenhausbetrieb stiegen um 3.978 T€. Die Erhöhung resultierte im Wesentlichen aus gestiegenen Mehrleistungen aus DRG's, Zusatzentgelten, § 6 Entgelten und einem höheren Landesbasisfallwert.

Das Gemeinschaftsklinikum, Standort St. Elisabeth Mayen ist ein Krankenhaus im Sinne des § 107 Abs.1 SGB V i.d.F. vom 20.12.1998 (BGBl. I S. 2477, 2482) und als Plankrankenhaus gemäß § 108 Ziff. 2 SGB V zur Erbringung von Krankenhausbehandlungen zugelassen.

Es ist nach dem Landeskrankenhausplan Rheinland-Pfalz ein Krankenhaus der Regelversorgung und verfügt über 251 Planbetten.

Der Casemix (effektiv) stieg im Jahr 2014 leicht an um 27,075 auf 9.793,824 (Vorjahr 2013: 9.766,749).

Der Anstieg der Erlöse aus dem Krankenhausbetrieb um 1.371 T€ war vor allem bedingt durch den erhöhten Landesbasisfallwert.

1.2.2 Standorte Ev. Stift St. Martin, Koblenz, Paulinenstift, Nastätten und Heilig Geist, Boppard

Das Gemeinschaftsklinikum, ehemaliges Stiftungsklinikum Mittelrhein ist ein Krankenhaus im Sinne des § 107 Abs. 1 SGB V i.d.F. vom 20. Dezember 1998 (BGBl. I S. 2477, 2482) und als Plankrankenhaus i.S. des § 108 SGB V zur Erbringung von Krankenhausleistungen zugelassen. Basierend auf dem Landeskrankenhausplan 2010 - Versorgungsgebiet Mittelrhein - Westerwald - ist das Stiftungsklinikum als Krankenhaus der Schwerpunktversorgung ausgewiesen.

Es verfügt über 601 vollstationäre, sowie 10 teilstationäre Betten.

Das Stiftungsklinikum ist ferner Unfallkrankenhaus der Berufsgenossenschaften in Kooperation mit der Berufsgenossenschaftlichen Unfallklinik Duisburg, sowie Standort der stationären Rehabilitation.

Der Casemix stieg von 21.237,599 in 2013 auf 22.014,37 im Jahr 2014.

Die Erlöse aus dem Krankenhausbetrieb stiegen um 3.024 T€ oder 3,1 % im Vorjahresvergleich. Im Wesentlichen resultiert diese Erhöhung aus der Erhöhung des Landesbasisfallwertes und der im Geschäftsjahr erzielten Leistungssteigerung.

Personal- und Sozialbereich

In 2014 sind folgende Vorgänge von Bedeutung:

- Die jahresdurchschnittliche Stellenbesetzung wies eine Zunahme von 66,2 Vollkräften zum Vorjahr aus.
- Im Personalkostenbereich kam es zu einer Kostensteigerung in Höhe von 8.432 T€. Dies entspricht einer prozentualen Steigerung von 6,0 %.
- In den Krankenhäusern in Nastätten, Boppard und Koblenz, Ev. Stift St. Martin gab es einen Anstieg der Vollkräfte von 44,5 VK. Bei den nicht-ärztlichen Beschäftigten wurde eine Entgelterhöhung zum 01. Juli 2014 in Höhe von 3 % vorgenommen. Der ärztliche Dienst erhielt rückwirkend zum 01. Oktober 2013 eine Erhöhung von 2,4 % und ab 01. Juli 2014 weitere 2,8 %.
- Beim St. Elisabeth Mayen stiegen die Vollkräfte um 11,1 VK. Dies war überwiegend bedingt durch die im Aufbau befindliche Geriatrie.
- Im Krankenhaus Kemperhof stieg die Anzahl der Vollkräfte um 10,6 auf 945,0 VK.

- Bei den Krankenhäusern Kemperhof und St. Elisabeth gab es im ärztlichen Dienst eine Tarifsteigerung von 2 % ab 01. Januar 2014. Im nicht-ärztlichen Dienst wurden 3 % Tariferhöhung ab März 2014 gezahlt.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz	2013	2014
A. Anlagevermögen	68.837.430,37	147.175.452,25
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	180.201,00	700.719,56
II. Sachanlagen	67.983.610,93	142.430.962,82
III. Finanzanlagen	673.618,44	4.043.769,87
B. Umlaufvermögen	34.563.110,89	71.569.973,59
I. Vorräte	5.281.923,13	7.813.112,93
II. Forderungen u. sonst. Verm.	21.355.823,88	55.281.095,02
III. Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	56.521,57
IV. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	7.925.363,88	8.419.244,07
C. Ausgleichsposten nach dem KHG	4.041.735,75	5.909.273,28
D. Rechnungsabgrenzungsposten	60.831,90	117.364,41
Bilanzsumme	107.503.108,91	224.772.063,53
A. Eigenkapital	34.147.054,83	62.705.622,98
I. Gez. Kapital	10.240.000,00	20.480.000,00
II. Kapitalrücklage	5.729.514,35	19.879.771,01
III. Gewinnrücklage	17.331.782,72	18.179.037,11
V. Bilanzgewinn, -verlust	845.757,76	4.166.814,86
B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	35.986.190,81	79.294.308,20
C. Rückstellungen	7.448.591,87	17.360.666,71
D. Verbindlichkeiten	27.047.326,75	58.743.111,25
E. Ausgleichsposten nach dem KHG	2.867.482,18	6.428.831,39
F. Rechnungsabgrenzungsposten	6.462,47	239.523,00
Bilanzsumme	107.503.108,91	224.772.063,53

Gewinn- und Verlustrechnung

GuV	2013	2014
Erlöse aus allg. Krankenhausleistung	110.070.030,78	211.110.916,64
Erlöse aus Wahlleistungen	1.809.185,48	3.003.152,68
Erlöse aus ambulanten Leistungen	2.481.952,43	4.672.135,76
Nutzungsentgelte u. sonstige Abgaben der Ärzte	3.884.355,51	8.592.812,07
Veränderung Bestand unfertige Leistungen	60.303,40	89.158,90
Zuweisungen und Zuschüsse	0,00	92.343,78
sonstige Erträge	23.667.806,97	33.055.220,11
Gesamtleistung	141.973.634,57	260.615.739,94
Materialaufwand	40.344.437,45	71.061.632,87
a) Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe	32.464.369,01	52.890.774,77
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	7.880.068,44	18.170.858,10
Personalaufwand	84.711.321,03	150.595.764,73
a) Löhne und Gehälter	67.323.462,15	121.507.477,49
b) Soziale Abgaben u. Aufwendungen	17.387.858,88	29.088.287,24
Erträge aus Zuwendungen zur Finanz. von Investition.	3.006.445,30	3.952.863,86
Erträge aus der Einstellung von Ausgleichsposten aus Darlehensförderung	46.622,00	46.622,00
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verb. nach dem KHG u. aufgrund sonst. Zuwendungen	3.643.674,10	6.208.870,96
Erträge aus der Auflösung des Ausgleichspostens aus Darlehensförderung	426.836,00	851.112,44
Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/ Verb. nach dem KHG und aufgrund sonst. Zuwend.	2.695.252,09	3.136.979,36
Aufwendungen für nach dem KHG geförderte Nutzungen von Anlagegegenstände	279.967,97	312.089,98
Abschreibungen	6.005.303,29	10.636.996,04
sonstige betr. Aufwendungen	12.799.948,63	30.101.158,12
Erträge aus Beteiligungen	5.000,00	7.500,00
Sonst. Zinsen u. ähnliche Erträge	47.277,75	102.991,48
Sonst. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	370.656,28	1.352.777,40
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.942.602,88	4.588.302,18
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	569.845,10	356.449,96
sonstige Steuern	25.247,81	63.540,73
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.347.509,97	4.168.311,49

Bilanzkennzahlen**Ertragslage**

Rentabilität		2013	2014
Eigenkapitalrentabilität	%	4,0	6,6
Gesamtrentabilität	%	5,0	2,4

		2013	2014
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	89,0	168,3

Vermögensaufbau

		2013	2014
Anlagenintensität	%	64,0	65,5
Intensität des Umlaufvermögens	%	36,0	34,5

Anlagenfinanzierung

		2013	2014
Anlagendeckung I	%	49,6	42,6
Anlagendeckung II	%	61,6	58,6

Kapitalausstattung

		2013	2014
Eigenkapitalquote	%	31,8	27,9
Fremdkapitalquote	%	68,2	72,1

Liquidität

		2013	2014
Liquiditätsgrad	%	59,0	56,0

Lage des Unternehmens**Investitionen**

Im Berichtsjahr wurden in der Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein gGmbH folgende Maßnahmen getätigt:

- Im SKM gab es insbesondere im Bereich der Einrichtungen und Ausstattungen Zugänge in Höhe von 1.351 T€ sowie bei den Anlagen im Bau (2.090 T€). Bei den Anlagen im Bau handelt es sich im Wesentlichen um Ausgaben für die beiden Maßnahmen am Standort in Boppard, OP Umbau und Erweiterung sowie den Anbau Süd. Weitere Ausgaben wurden für eine Erweiterung des Multifunktionsgerätes für Angiographie und Durchleuchtung aufgewendet.
- Am Klinikstandort Kemperhof Koblenz gab es im Wesentlichen Zugänge bei Einrichtungen und Ausstattungen (3.358 T€). Dabei trug die Anschaffung des Computertomographiegerätes mit 1.319 T€, sowie die Neubeschaffung und Sanierung der OP-Säulen mit 811 T€ den größten Anteil. Weitere Zugänge waren bei den Anlagen im Bau zu verzeichnen, die sich aus der Vorplanung der Bettenhaussanierung (921 T€) sowie der Sanierung der interdisziplinären Notaufnahme und der Interimsdialyse (423 T€) zusammensetzen.
- Am Klinikstandort St. Elisabeth Mayen gab es die größten Zugänge bei den

beiden Mietobjekten Ärztehaus (1.343 T€) und gemeindenahe Psychiatrie (264 T€). Die Einrichtungen und Ausstattungen erhöhten sich um 780 T€.

2. Darstellung der Vermögens- und Ertragslage

Die Vorjahreswerte in Bilanz und G+V sind mit den Werten des Berichtsjahres nicht vergleichbar, da das Vorjahr lediglich die Werte der alten Gesellschaft enthält, das fusionierte Unternehmen fehlt. Die im Folgenden dargestellten Erläuterungen zur Vermögens- und Ertragslage beziehen sich daher auf Werte, die um die Werte des fusionierten Unternehmens ergänzt wurden.

2.1 Vermögenslage

Beim Anlagevermögen standen Zugängen in Höhe von rd. 12.000 T€ Abschreibungen und Abgänge von rd. 10.650 T€ gegenüber. Neben den Investitionen in die Einrichtung und Ausstattung der Krankenhäuser waren insbesondere die Baumaßnahmen

- am Standort Boppard: Erweiterung der OP Abteilung und Anbau Süd
 - am Standort Kemperhof: Vorplanung zur Sanierung Bettenhaus
 - am Standort Mayen: Fertigstellung des Ärztehauses (Dialysepraxis)
- zu nennen.

Der Anstieg der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen um 1.530 T€ kam im Wesentlichen durch die Abrechnung von Pauschalen für Kinderspezialambulanzen gem. § 120 SGB V für frühere Jahre zustande.

Die Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht sanken maßgeblich infolge der planmäßigen Tilgung geförderter Darlehen sowie der Auszahlung von Fördermitteln zu den betreffenden Baumaßnahmen.

Das Eigenkapital stieg um den Jahresüberschuss und beläuft sich auf 62.706 T€.

Bei den langfristigen Verbindlichkeiten gab es als nennenswerten Vorgang die Neuaufnahme eines Darlehens in Höhe von 3.500 T€ am Standort Stiftungsklinikum.

Die Rückstellungen sind für kurz- und langfristige Zwecke gebildet worden. Die langfristigen Rückstellungen betrafen Altersteilzeit, Jubiläumsrückstellung sowie Archivierung (1.287 T€). Im kurzfristigen Bereich bestehen Rückstellungen im Wesentlichen für Resturlaub, Mehrarbeit/Zeitzuschläge, Instandhaltung, MDK-Prüfungsrisiken, Prozesskosten sowie diverse weitere Personalkostenrückstellungen (16.074 T€).

2.2 Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Nachfolgend werden ausgewählte Kennzahlen dargestellt.

Auch hier werden die Vorjahreswerte durch Zahlen zum 01. Januar 2014 oder aus den Jahressummen der fusionierten Unternehmen ersetzt.

	<u>2014/T€</u>	<u>2013/T€</u>
Bilanzsumme	224.772	226.020
Eigenkapital	62.706	58.537
Sonderposten/Fördermittel	79.294	80.397
Anlagevermögen	147.176	145.844
Jahresüberschuss	4.168	4.428
Umsatzrentabilität	1,6 %	1,7 %
Eigenkapitalquote	27,9 %	25,9 %
Eigenkapitalquote inkl. Sonderposten	63,2 %	61,5 %

2.3 Liquiditätslage

Die flüssigen Mittel betragen zum Bilanzstichtag 8.419 T€. Die kurzfristig realisierbaren Vermögenswerte überstiegen die kurzfristigen Verbindlichkeiten um 12.084 T€, dies entspricht 30,9 %. Die Überdeckung erhöhte sich um 3.110 T€ gegenüber dem 01. Januar 2014.

Die Liquidität verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr um rd. 400 T€.

Dabei standen einem positiven Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit von rd. 5.000 T€, sowie 2.300 T€ aus der Finanzierungstätigkeit Ausgaben mit investivem Charakter in Höhe von 6.500 T€ und 1.200 T€ im Bereich der Fördermittel entgegen.

2.4 Ertragslage

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde ein Jahresüberschuss von 4.168 T€ erzielt. Im Vergleich zum Vorjahr sinkt dieser um 260 T€ oder 5,9 %.

Die Erlöse aus dem Krankenhausbetrieb in Höhe von 225.133 T€ stiegen vor allem wegen der Verbesserung der Leistungszahlen um 8.373 T€ an. Auch die Erhöhung des Landesbasisfallwertes um 74,30 € führte zu einem Anstieg.

Die Personalkosten stiegen um 8.432 T€ oder 6,0 %. Neben den Tarifsteigerungen war ebenfalls eine Steigerung bei den Vollkräften festzustellen.

Die Sachaufwendungen fallen hingegen um 1.926 T€. Bereinigt um die gesunkene Umlage für zentrale Dienstleistungen innerhalb des Konzerns mit einer Veränderung von 3.663 T€ steigen die Sachaufwendungen um 1.737 T€. Wesentliche Posten sind dabei der medizinische Bedarf mit 1.278 T€ und der Wirtschaftsbedarf mit 515 T€.

Belastend wirkten sich auch die Mehraufwendungen aus fusionsbedingten Beratungskosten und die Vereinheitlichung von Bewertungs- und Ansatzgrundsätzen innerhalb der GKM gGmbH auf die Ergebnisse aus.

C. Nachtragsbericht

1. Tarifverhandlungen sichern Arbeitnehmer

Die Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein gGmbH wird in 2015 Tarifverhandlungen mit den zuständigen Gewerkschaften führen, um den TVöD und den Tarifvertrag Ärzte (VKA) für die Mitarbeiter zu sichern.

Die Tarifverhandlungen werden die Position der Arbeitnehmer im Unternehmen noch einmal verbessern und eine einheitliche Vergütung sicherstellen.

Aufgrund der wirtschaftlichen Situation des Unternehmens wird angestrebt, keine Tarifverträge über die derzeit bestehenden Flächentarifvertragsstrukturen hinaus zu vereinbaren.

2. Wirtschaftliche Entwicklung 2015

Die wirtschaftliche Entwicklung im Krankenhauswesen in 2015 ist weiterhin kritisch. Sollten notwendige Mehrleistungen innerhalb der Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein gGmbH nicht erbracht werden können, so sind kurzfristig Maßnahmen notwendig, um die Ergebnissituation zu stabilisieren.

Die Geschäftsführung wird deshalb den Geschäftsverlauf sorgfältig beobachten.

D. Prognose, Chancen- und Risikobericht

Das Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein wird als Verbundkrankenhaus mit Maximalversorgerstatus geführt werden. Um diesem Status gerecht zu werden, sind zahlreiche Herausforderungen, organisatorischer und baulicher Art zu bewältigen. Zur langfristig zukunftsicheren Aufstellung des Klinikums ist die Umsetzung des medizinischen Konzeptes, das die Entwicklung im Rahmen der Fusion aus Sicht der medizinisch, strategischen Ausrichtung vorgibt, von größter Wichtigkeit. Bereits ab Mai 2015 wird daher begonnen, erste medizinische Leistungen zu konzentrieren. Auch im nicht medizinischen Bereich werden kurzfristig Synergieeffekte genutzt werden.

Abhängig ist die Umsetzung des medizinischen Konzeptes u.a. auch von der erfolgreichen Umsetzung der anstehenden Baumaßnahmen. Vor allem der Neubau eines 115 Bettenhauses am Standort Kemperhof mit anschließender Sanierung des Hauptbettenhauses und die Sanierung des Bettenhauses am Standort Evangelisches Stift spielen hierfür eine entscheidende Rolle. Die Finanzierung beider Maßnahmen wird durch das Land Rheinland-Pfalz gefördert.

Die Erreichung der in der Planung fixierten Ergebnisziele für das Jahr 2015 wird maßgeblich davon abhängen, wie weit die geplante Leistungsausweitung in einzelnen Abteilungen erreicht werden kann.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

Als Gegenleistung für die Verschmelzung im Rahmen einer Sachkapitalerhöhung hat die Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein gGmbH (GKKM) den Gesellschaftern der Stiftungsklinikum Mittelrhein GmbH (SKM) folgende neu zu schaffende Geschäftsanteile gewährt:

Stiftung Ev. Stift St. Martin:	5.851.429,00 €
Stiftung Seniorenhaus zum Heiligen Geist	1.462.857,00 €
Stiftung Hospital zum Heiligen Geist	1.462.857,00 €
Stiftung Diakoniegemeinschaft Paulinenstift	1.462.857,00 €

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt Koblenz

Grundsteuer	3.657,99 €
Gewerbsteuer	75.204,00 €

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2014

Sitzungsgeld und Aufwandsentschädigung für Aufsichtsrat	23 T€
für Gesellschafterversammlung:	6 T€

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die nicht wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Abs. 4 Nr. 4 GemO.

Koblenz Stadtmarketing GmbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

15. März 2001

Gesellschaftsvertrag geändert am 06. Juli 2004

Stammkapital am 31.12.2014

25.500,00 €

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Koordination, Durchführung und Umsetzung von Aktivitäten und Maßnahmen des Stadtmarketings in Koblenz.

Ziel ist, die regionale Positionierung und Entwicklung der Stadt Koblenz als Einkaufs- Kultur- und Freizeitstadt zu fördern. Das Unternehmen will in konstruktivem und partnerschaftlichem Verhältnis mit allen Gruppen der Stadt Koblenz, die diesen Zweck anstreben, zusammenarbeiten.

Zur Erreichung seiner Ziele stellt sich das Unternehmen insbesondere folgende Aufgaben:

- a) Organisation und Durchführung der verkaufsoffenen Sonntage*
- b) Vorbereitung und Durchführung imagefördernder Maßnahmen, insbesondere Weihnachtswerbung*
- c) Verbesserung bestehender und Schaffung neuer Angebote*
- d) Durchführung von Veranstaltungen, insbesondere „Schängel-Markt“*

Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der Gesellschaft sind beteiligt:

<i>Koblenzer Bürgerverein e.V.</i>	<i>8.500,00 €</i>	<i>33,33 %</i>
<i>Stadt Koblenz</i>	<i>8.500,00 €</i>	<i>33,33 %</i>
<i>Alle lieben Koblenz-Stadtforum e.V.</i>	<i>8.500,00 €</i>	<i>33,34 %</i>

Besetzung der Organe am 31.12.2014

Gesellschafterversammlung:

Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig
 Christian Altmaier
 Herbert Bocklet
 Sabine Bonah
 Marc Ferdinand
 Carl-Günther Benninghoven
 Carmen Lopéz-Salaver
 Dr. Markus Artz
 Frank Ortmann

Geschäftsführung:

Andreas Bilo
 Christoph Krepele

Beteiligungen des Unternehmens

Die Gesellschaft hält keine eigenen Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Die Gesellschaft erfüllt zum 31. Dezember 2014 die Kriterien für eine kleine Kapitalgesellschaft gemäß § 267 HGB.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses wurde von der größenabhängigen Erleichterung des § 267 a HGB Gebrauch gemacht.

Ein Lagebericht wurde nicht erstellt.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz	2013	2014
A. Anlagevermögen	6.329,50	5.010,50
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	5.509,00	3.317,00
II. Sachanlagen	820,50	1.693,50
B. Umlaufvermögen	61.005,43	76.093,54
I. Vorräte	10.638,90	9.708,60
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	24.385,92	42.694,80
III. Kassenbestand	25.980,61	23.690,14
C. Rechnungsabgrenzungsposten	505,15	374,10
Bilanzsumme	67.840,08	81.478,14

Bilanz	2013	2014
A. Eigenkapital	26.040,71	33.855,95
I. Gez. Kapital	25.500,00	25.500,00
II. Kapitalrücklage	0,00	0,00
III. Gewinnrücklage	0,00	0,00
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-2.310,19	540,71
V. Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	2.850,90	7.815,24
B. Rückstellungen	9.097,00	11.305,81
C. Verbindlichkeiten	32.702,37	36.316,38
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
Bilanzsumme	67.840,08	81.478,14

Gewinn- und Verlustrechnung

GuV	2013	2014
Umsatzerlöse	103.457,63	105.433,56
sonstige Erträge	146.800,00	142.105,13
Gesamtleistung	250.257,63	247.538,69
Materialaufwand	588,89	930,30
Rohertrag	249.668,74	246.608,39
Personalaufwand	113.450,66	122.225,46
Abschreibungen	1.612,80	3.077,61
sonstige betr. Aufwendungen	131.814,09	113.185,88
Sonst. Zinsen u. ähnl. Erträge	63,82	49,65
Sonst. Zinsen u. ähnl. Aufwendungen	0,00	0,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.855,01	8.169,09
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	4,11	353,85
sonstige Steuern	0,00	0,00
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	2.850,90	7.815,24

Bilanzkennzahlen

Ertragslage

<u>Rentabilität</u>		2013	2014
Eigenkapitalrentabilität	%	10,9	23,1
Gesamtrentabilität	%	4,2	9,6

		2013	2014
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	25,9	26,4

Vermögensaufbau

		2013	2014
Anlagenintensität	%	9,3	6,1
Intensität des Umlaufvermögens	%	90,7	93,9

Anlagenfinanzierung

		2013	2014
Anlagendeckung I	%	411,4	675,7
Anlagendeckung II	%	411,4	675,7

Kapitalausstattung

		2013	2014
Eigenkapitalquote	%	38,4	41,6
Fremdkapitalquote	%	61,6	58,4

Liquidität

		2013	2014
Liquiditätsgrad	%	147,2	160,6

Lage des Unternehmens

Die Gesellschaft ist nicht auf dauerhafte Gewinnerzielung ausgerichtet.

Sie erwirtschaftet Umsatzerlöse aus Veranstaltungen. Die hierdurch nicht gedeckten Kosten werden durch Betriebsmittelzuschüsse der Gesellschafter Stadt Koblenz und Alle lieben Koblenz – Stadtforum e. V. ausgeglichen.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

keine

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Zuschusszahlungen	2012	73.000,00 €
(durch die Koblenz Touristik)	2013	75.000,00 €
	2014	75.000,00 €

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2014

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.

Die Gesellschafterversammlung erhält keine Bezüge.

Auf eine Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wird mit Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die nicht-wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Abs. 4 Nr. 1 GemO.

Das Unternehmen hat Bestandsschutz.

Im Berichtsjahr gab es keinen Anlass die bisherige Bewertung zu ändern.

**Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2015**



Romantischer Rhein Tourismus GmbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

23. Oktober 2002 als Mittelrhein-Lahn-Tourismus GmbH;
Gesellschaftsvertrag geändert am 05. November 2012

Stammkapital am 31.12.2014

25.200,00 €

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Stärkung und Weiterentwicklung der durch die Gesellschafter vertretenen Tourismusregion. Ziel der Gesellschaft ist die Entwicklung einer eigenen touristischen Dachmarke „Romantischer Rhein“. Die Gesellschaft hat die Aufgabe, in Zusammenarbeit mit der Rheinland-Pfalz-Tourismus GmbH als deren Gesellschafter sowie im Auftrage ihrer Gesellschafter Verkaufsförderung, Marketing sowie Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben.

Art und Umfang der Werbungs-, Verkaufs- und Veranstaltungsaktivitäten sollen so ausgerichtet werden, dass Doppelarbeit vermieden und für die in der Geschäftsregion tätigen Gemeinden, Tourismusverbände und Tourismusunternehmen ein möglichst günstiges Kosten-/Nutzungsverhältnis geschaffen wird.

Beteiligungsverhältnisse

Stadt Koblenz	8.400,00 €	33,33 %
Touristikgemeinschaft „Im Tal der Loreley“ e.V.	8.400,00 €	33,33 %
„Romantischer Rhein – vom Drachenfels zum Deutschen Eck“ e.V.	8.400,00 €	33,33 %

Besetzung der Organe am 31.12.2014

Gesellschafterversammlung:

Manfred Bastian
Thomas Feser
Werner Gross
Christian Heller
Georg Hollmann
Edith Hörnchen bis (17.12.2014)
Achim Hütten
Günter Kern (bis 7. Mai 2014)
Dr. Joachim Kneis (bis 17.12.2014)
Martin Tillmann
Lothar Weinand
Andreas Bilo
Peter Labonte (ab 8. Mai 2014)
Manfred Diehl(ab 18.12.2014)
Hans-Peter Ackermann (ab 18.12.2014)

Aufsichtsrat:

Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig (Vorsitzender)
Christian Altmaier
Dr. Walter Bersch
Bertram Fleck
Werner Prümm
Bernd Weidenbach
Anja Hoffmann
Michael Schwippert
Thomas Bungert
Kurt Hartmann
Monika Hömberger (bis 17.12.2014)
Edith Hoernchen (bis 17.12.2014)
Herbert Bocklet (ab 18.12.2014)
Patrick Zwiernick (ab 18.12.2014)

Geschäftsführung:

Claudia Schwarz

Beteiligungen des Unternehmens

Rheinland-Pfalz Tourismus GmbH 6.000,00 €

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die GmbH ist zuständig für die touristische Vermarktung des Rheintales zwischen Bingen/Rüdesheim und Remagen. Ziel ist eine Steigerung der touristischen Wertschöpfung, die durch Verkaufsförderungsmaßnahmen, Produktbildung, Marketing und Pressearbeit erreicht werden soll.

Die Gesellschaft verfolgt keine eigenwirtschaftlichen Zwecke und ist nicht auf Gewinn gerichtet.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz	2013	2014
A. Anlagevermögen	14.661,00	33.738,00
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	180,00	2.221,00
II. Sachanlagen	8.481,00	25.517,00
III. Finanzanlagen	6.000,00	6.000,00
B. Umlaufvermögen	175.949,00	167.454,52
I. Vorräte	54.949,00	45.808,00
II. Forderungen u. sonst. Verm.	74.498,39	115.908,24
III. Kassenbestand	46.501,61	5.738,28
C. Rechnungsabgrenzungsposten	33.468,40	13.729,37
Bilanzsumme	224.078,40	214.921,89
A. Eigenkapital	24.602,60	27.714,46
I. Gez. Kapital	25.200,00	25.200,00
II. Kapitalrücklage	10.000,00	10.000,00
III. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-5.534,95	-11.137,40
IV. Jahresüberschuss	-5.602,45	3.651,86
B. Rückstellungen	33.557,00	34.605,92
C. Verbindlichkeiten	166.458,80	152.601,51
Bilanzsumme	224.078,40	214.921,89

Gewinn- und Verlustrechnung

GuV	2013	2014
Umsatzerlöse	507.503,63	621.762,10
sonstige Erträge	316.488,78	354.478,47
Gesamtleistung	823.992,41	976.240,57
Materialaufwand	342.748,72	331.975,03
Rohertrag	481.243,69	644.265,54
Personalaufwand	317.763,47	371.190,53
Abschreibungen	4.075,16	10.521,90
sonstige betr. Aufwendungen	163.596,85	258.952,45
Sonst. Zinsen u. ähnliche Erträge	48,55	71,37
Sonst. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	1.459,21	20,17
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-5.602,45	3.651,86
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	0,00	0,00
sonstige Steuern	0,00	0,00
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-5.602,45	3.651,86

Bilanzkennzahlen

Ertragslage

Rentabilität		2013	2014
Eigenkapitalrentabilität	%	-23,3	13,2
Gesamrentabilität	%	-1,8	1,7

		2013	2014
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	45,8	56,2

Vermögensaufbau

		2013	2014
Anlagenintensität	%	6,5	15,7
Intensität des Umlaufvermögens	%	93,5	84,3

Anlagenfinanzierung

		2013	2014
Anlagendeckung I	%	164,1	82,1
Anlagendeckung II	%	164,1	82,1

Kapitalausstattung

		2013	2014
Eigenkapitalquote	%	10,7	12,9
Fremdkapitalquote	%	89,3	87,1

Liquidität

		2013	2014
Liquiditätsgrad	%	104,7	96,8

Lage des Unternehmens

Geschäftsverlauf, Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Im Rheintal waren 2014 ca. eine Millionen Übernachtungen zu verzeichnen, dies waren 2,7 % mehr als im Vorjahr.

Auch das Geschäftsjahr 2014 war geprägt von der Durchführung verschiedener LEADER-Projekte, deren Trägerschaft von der Romantischer Rhein Tourismus GmbH übernommen wurde.

Das Projekt „Burgennetzwerk“, Projektbeginn im Jahr 2013, wurde erfolgreich fortgeführt. Es wurden verschiedene Bausteine gemäß Antrag umgesetzt: denkmalpflegerisches Gutachten, Erstellung der historischen Potenzialanalyse, Erstellung wissenschaftlicher Texte, Umwandlung der wissenschaftlichen Texte in touristische Texte, Texterstellung für die zu druckende Broschüre, Übersetzungen in englisch, französisch, niederländisch, spanisch und russisch, Druck der Burgenbroschüre, Filme mit Interviews der Burgeneigentümer usw. Die beiden Netzwerktreffen mit den beteiligten Akteuren waren sehr gut besucht.

Die Projekte „Radeln am Rhein“ – Audiotouren und „Umsetzung des Medialen Erscheinungsbildes“ wurden abgeschlossen und alle Mittelabrufe zum 15.10.2014 eingereicht. Die Bearbeitung der Anträge seitens der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion und Erstattung der Fördersumme in Höhe von insgesamt rund 56.000 Euro zögerte sich jedoch bis Mai/Juni 2015 hinaus. Es wurde deshalb im Dezember 2014 kurzfristig ein Kontokorrentkredit von der KSK Rhein-Hunsrück gewährt.

Ein weiteres neues Projekt war eine „Machbarkeitsstudie zur Einführung einer Umlage finanzierten Gästekarte“, mit dem im August 2014 gestartet wurde. Um die Chancen für die Einführung einer Gästekarte in der Region Rom. Rhein zu prüfen, wurde in Abstimmung mit dem Zweckverband Welterbe Oberes Mittelrheintal und dem Gesellschafter Tal der Loreley eine Machbarkeitsstudie als LEADER-Projekt beantragt und auch bewilligt. Die Kosten in Höhe von 40.000 Euro wurden vom Zweckverband und dem Tal der Loreley getragen. Für die Weiterentwicklung der Region kann eine derartige Gästekarte wichtige Impulse liefern. Sie erhöht u. a. die Verweildauer, kann Reiseanlass sein und würde dazu führen, dass sich die Gäste in der gesamten Region bewegen. Die Finanzierung der Karte soll über eine Umlage in Höhe von 3,50 Euro netto erfolgen, die von den teilnehmenden Beherbergungsbetrieben pro Gast und Übernachtung in einen gemeinsamen Finanz-Pool gezahlt wird. Mit diesen Geldern werden die Leistungspartner (Sehenswürdigkeiten, ÖPNV usw.) sowie der Betrieb der Karte finanziert. Für den Start der Karte, die ursprünglich für 2016 geplant war, werden rund 380.000 Übernachtungen benötigt.

Es fanden 25 Informationsveranstaltungen / -gespräche und Workshops in der Region statt. Dabei wurde festgestellt, dass die Einführung einer Gästekarte grundsätzlich positiv gesehen wird. Problematisch ist jedoch die Tatsache, dass die Mehrheit der Hotels bereits ihre Verträge für die Saison 2016 abgeschlossen haben und eine Preisanpassung frühestens ab 2017 möglich ist. Das Projekt wird die GmbH auch in 2015 begleiten. Bis zum 31.10.2015 soll definitiv entschieden werden, ob eine Einführung der Karte zum 1.1.2017 möglich ist. Die erforderlichen 380.000 Übernachtungen müssen bis zu diesem Zeitpunkt schriftlich zugesagt sein.

In der Sitzung von Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung vom 8. Mai 2014 wurde beschlossen, den Verwaltungssitz der GmbH vom Loreley-Besucherzentrum nach Koblenz zu verlegen. Neue Büroräume im Verwaltungsgebäude der Koblenzer Brauerei, An der Königsbach, Koblenz, wurden ab Juli 2014 angemietet. Die GmbH verfügt somit über die nötigen Räumlichkeiten sowie Möglichkeiten zur Lagerung von Prospekten und Artikeln.

Auch dem Wunsch von Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung aus dem Jahr 2008 wurde damit entsprochen, der damals der Verlegung des Verwaltungssitzes auf die Loreley zustimmte mit dem Wunsch, dass die GmbH mittelfristig wieder nach Koblenz, Mittelpunkt der Region Rom. Rhein, zurückkehren möge.

Im Geschäftsjahr 2014 betrugen die Umsatzerlöse 621,8 T€ .Sie liegen um 114,3 T€ über denen des Vorjahres. Die sonstigen betrieblichen Erträge belaufen sich auf 354,5 T€. Sie liegen damit um 38,0 T€ über dem Vorjahreswert. Insgesamt haben die Gesellschafter Beiträge in Höhe von 339,2 T€ geleistet.

Die Betriebsaufwendungen belaufen sich auf 972,6 T€ (Vorjahr 828,2 T€) und liegen damit um 144,4 T€ über dem Vorjahr.

Die Gesellschaft hat keine baulichen Maßnahmen durchgeführt. Sie besitzt Anlagevermögen in geringem Umfang.

Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr mit einem Überschuss von 3,7 T€ (Vorjahr Jahresfehlbetrag 5,6 T€) ab.

Nachtragsbericht

Nach dem Bilanzstichtag haben sich keine Ereignisse von besonderer Bedeutung für das abgelaufene Geschäftsjahr ergeben.

Risiko- und Prognosebericht

Für das Geschäftsjahr 2015 wurde ein ausgeglichener Wirtschaftsplan vorgelegt, der Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 949 T€ vorsieht.

Eine der wichtigsten Aufgaben in 2015 wird die Prüfung „Anwendung des neuen EU-Beihilferechtes“ für die GmbH sein.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

keine

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Zuschusszahlung lt. Gesellschaftsvertrag	2012	87.341,21 €
(durch EB Koblenz Touristik)	2013	94.347,54 €
	2014	97.821,21 €

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2014

Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung erhalten keine Bezüge.

Auf eine Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wird mit Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Absatz 1 GemO.

**Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2015**



TZK-TechnologieZentrum Koblenz GmbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

13. Dezember 1990;
Gesellschaftsvertrag zuletzt geändert im November 2014

Stammkapital am 31.12.2014

868.900,00 €

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens sind Errichtung und Betrieb eines Technologiezentrums mit dem Zweck, junge, technologieorientierte und/oder innovative Unternehmen aufzunehmen und/oder zu unterstützen und zu beraten. Das Angebot besteht in einer zeitlich befristeten Bereitstellung von Mietflächen mit moderner Kommunikationsinfrastruktur und der Vorhaltung umfassender Dienstleistungen.

Die Gesellschaft darf alle Geschäfte vornehmen, die der Erreichung und Förderung des Gesellschaftszweckes dienlich sein können. Die Gesellschaft ist berechtigt, sich an anderen Unternehmen gleicher oder verwandter Art des In- und Auslandes zu beteiligen, sowie solche Unternehmen zu gründen oder zu erwerben.

Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der Gesellschaft sind beteiligt:

Land Rheinland-Pfalz:	434.600,00 €	=	50,02 %
Stadt Koblenz	246.700,00 €	=	28,39 %
Wirtschaftsförderungsgesellsch. am Mittelrhein mbH	87.600,00 €	=	10,08 %
Wirtschaftsförder.gesell. Koblenz mbH	100.000,00 €	=	11,51 %

Besetzung der Organe am 31.12.2014

Aufsichtsrat

*Dr. Joe Weingarten – Aufsichtsratsvorsitzender –
Oberregierungsrat Hermann-Josef Paul, bis 17.03.2014
Regierungsrätin Barbara Fischer, ab 18.03.2014
Peter Koch-Sembdner, bis 30.06.2014
Vera Krupinski, ab 01.07.2014
Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig
Landrat Dr. Alexander Saftig -stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender-*

Gesellschafterversammlung

Der Gesellschafterversammlung gehört jeweils ein bevollmächtigter Vertreter der Gesellschafter an. Das Mandat ist nicht Personen gebunden. Die Versammlung wird vom Vorsitzenden des Aufsichtsrates geleitet.

Geschäftsführung

Wolfgang Hoffmann

Beteiligungen des Unternehmens

Die Gesellschaft hält keine eigenen Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Grundlage des Unternehmens und Rechtliche Verhältnisse

*Am 13.12.1990 hat das Land Rheinland-Pfalz gemeinsam mit der Stadt Koblenz die TZK-TechnologieZentrum Koblenz GmbH gegründet.
1992 kommt der Landkreis Mayen-Koblenz (deren Anteile jetzt die WFG am Mittelrhein mbH übernommen hat) und 2011 die Aufbaugesellschaft Koblenz GmbH (jetzt Wirtschaftsförderungsgesellschaft Koblenz mbH) als Gesellschafter hinzu.
Aufgabe der TZK GmbH ist der Betrieb eines TechnologieZentrums mit dem Schwerpunkt Vermietung von Büros an innovative Existenzgründer, wobei das TZK auch die Beratung der Existenzgründer übernimmt.*

Wirtschaftsbericht - Geschäftsverlauf 2014

Anlässlich der 58. Aufsichtsratssitzung am 21. Mai 2014 empfiehlt der Aufsichtsrat der Gesellschafterversammlung, den Prüfbericht mit Lagebericht für das Jahr 2013 entgegenzunehmen und den Jahresabschluss 2013 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 32.753,52 € festzustellen und auf neue Rechnung vorzutragen.

Bei seiner 59. Sitzung am 10. September 2014 nimmt der Aufsichtsrat der TZK GmbH den Sachstand zur Umsetzung des Public Corporate Governance Kodex (PCGK) zur Kenntnis.

Am 19. November 2014 genehmigt der Aufsichtsrat der TZK GmbH den Wirtschaftsplan 2015 und empfiehlt der Gesellschafterversammlung, der Satzungsänderung gemäß den Richtlinien des PCGK nach der im Entwurf vorliegenden Form zuzustimmen.

Die Gesellschafterversammlung der TZK GmbH stimmt am gleichen Tag der Satzungsänderung nach den Empfehlungen des Aufsichtsrats zu.

Zum Jahresende 2014 mieten 35 Unternehmen mit ca. 125 Mitarbeitern im TZK ein. Hinzu kommen noch 2 Räume für die Inkubatoren und 4 Büroräume der Verwaltung.

Von den zur Verfügung stehenden 120 Büros sind zum Geschäftsjahresende 2014 104 Büros belegt. Das entspricht einer Belegungsquote von ca. 87 %. Im Laufe des Jahres 2014 sind 7 Firmen ins TZK eingezogen (davon eine Firma als Existenzgründer), 4 Firmen sind ausgezogen.

Im Jahr 2014 gab es zahlreiche öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen im TZK, die zum einen den Bekanntheitsgrad des TechnologieZentrums Koblenz steigern und zum anderen der Information für Existenzgründer dienen sollen:

- 31.01.2014 **Existenzgründertreffen** mit Vorstellung des neuen Geschäftsführers Wolfgang Hoffmann
- 05.02.2014 **Alumni-Gründertreffen** des Gründungsbüros der Universität Koblenz
und der Hochschule Koblenz im TZK
- 07.02.2014 Informationsveranstaltung des IIMG „**Horizon 2020**“
- 13.05.2014 Informationsveranstaltung der Uni Koblenz zum Thema „**Patente und/oder Publikation? Welche Rolle spielen Patente an der Universität?**“ im TZK
 - **Patente und/oder Publikation? Welche Rolle spielen Patente an der Universität?**“ im TZK
- 21.05.2014 Preisverleihung Ideenwettbewerb 2014
- 18.09.2014 „**Erfolg im Vertrieb ist planbar**“ – WFG-Forum im TZK
- 08.10.2014 „**Crowdfunding – die neue Art der Finanzierung für Start-ups**“ eine Informationsveranstaltung des TZK

Darüber hinaus war die TZK GmbH auf zahlreichen Veranstaltungen vertreten wie z.B.

- 01.04.2014 **Praxis & Campus der Hochschule Koblenz**
- 22.05.2014 „**Netzwerk für Gründungsberatung**“ des MWKEL in Schloss Waldthausen, Mainz

- 26.06.2014 **Transfertag der Universität Koblenz/Landau** gemeinsam mit dem Gründungsbüro Koblenz
- 17.10.2014 bis
19.10.2014 **Startup Weekend**, TZK ist Preisstifter des 1. Preises
3 Monate Büro und Nebenleistungen im TZK
- 15.11.2014 **IHK / HWK Existenzgründertreffen** in Räumen der HWK
- 15.11.2014 **Startup Slam** im Circus Maximus, Koblenz,
TZK ist Preisstifter des 1. Preises
6 Monate Büro und Nebenleistungen im TZK

Insgesamt war der Geschäftsverlauf im Jahr 2014 geregelt und verlief ohne besondere Vorkommnisse.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz	2013	2014
A. Anlagevermögen	730.009,15	424.167,15
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	2.704,00	1.720,00
II. Sachanlagen	680.605,15	376.217,15
III. Finanzanlagen	46.700,00	46.230,00
B. Umlaufvermögen	742.211,80	720.274,93
I. Forderungen u. sonst. Vermögensgegenstände	612.448,69	525.198,08
II. Kassenbestand	129.763,11	195.076,85
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.590,37	724,27
Bilanzsumme	1.473.811,32	1.145.166,35
A. Eigenkapital	922.011,09	1.001.412,36
I. Gez. Kapital	868.900,00	868.900,00
II. Kapitalrücklage	70.234,60	70.234,60
III. Verlustvortrag	-49.877,03	-17.123,51
IV. Jahresüberschuss	32.753,52	79.401,27
B. Rückstellungen	31.280,00	42.242,00
C. Verbindlichkeiten	520.520,23	101.511,99
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
Bilanzsumme	1.473.811,32	1.145.166,35

Gewinn- und Verlustrechnung

GuV	2013	2014
Umsatzerlöse	431.492,66	490.563,84
sonstige Erträge	139.318,78	61.327,53
Gesamtleistung	570.811,44	551.891,37
Materialaufwand	147.977,42	151.364,33
a) Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe	147.977,42	151.364,33
b) sonstige bezogene Aufwendungen	0,00	0,00
Rohertrag	422.834,02	400.527,04
Personalaufwand	182.757,34	140.887,90
a) Löhne und Gehälter	161.553,78	122.251,66
b) Soziale Abgaben u. Aufwendungen	21.203,56	18.636,24
Abschreibungen	36.875,15	27.833,48
sonstige betr. Aufwendungen	171.140,51	153.389,82
Erträge aus Wertpapieren u. Ausleihg. Finanzverm.	1.400,00	1.000,00
Sonst. Zinsen u. ähnliche Erträge	1.032,41	747,00
Abschreibungen auf Finanzanlagen	520,00	470,00
Sonst. Zinsen u. ähnlich Aufwendungen	0,00	0,00
Ergebnis der gewöhnl. Geschäftstätigkeit	33.973,43	79.692,84
außerordentliche Erträge	0,00	0,00
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	-0,70	-91,71
sonstige Steuern	1.220,61	383,28
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	32.753,52	79.401,27

Bilanzkennzahlen

Ertragslage

Rentabilität		2013	2014
Eigenkapitalrentabilität	%	3,6	7,9
Gesamtrentabilität	%	2,2	6,9

		2013	2014
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	86,3	163,5

Vermögensaufbau

		2013	2014
Anlagenintensität	%	49,5	63,0
Intensität des Umlaufvermögens	%	50,5	37,0

Anlagenfinanzierung

		2013	2014
Anlagendeckung I	%	126,3	236,1
Anlagendeckung II	%	126,3	236,1

Kapitalausstattung

		2013	2014
Eigenkapitalquote	%	62,6	87,4
Fremdkapitalquote	%	37,4	12,6

Liquidität

		2013	2014
Liquiditätsgrad	%	134,8	501,6

Lage des Unternehmens

Lage der Gesellschaft

Ertragslage und Leistungsindikatoren

Die Gesellschaft weist für 2014 einen Jahresüberschuss in Höhe von T€ 79 aus, der sich wie folgt errechnet:

	2014	2013
	T€	T€
Betriebsleistung	491	431
Sonstige Erträge	9	12
Betriebsaufwendungen*1)	422	406
operatives Ergebnis	78	37
periodenfremdes/a.o.	0	-5
Ergebnis		
Unternehmensergebnis	78	32
vor Zinsen u.		
Ertragsteuern		
Finanzergebnis	1	2
Sonstige Steuern	0	-1
Ertragsteuern	0	0
<u>Jahresergebnis</u>	79	33

*1) Nach Saldierung der Erstattungen für das Projekt IMKK

Gegenüber dem Vorjahr ist der Umsatz der TZK GmbH in 2014 gestiegen. Dies ist auf die neuen und bereits länger im TZK einmietende Mieter zurückzuführen, die den ortsüblichen Mietpreis zwischen 8,50 € und 9,50 € bezahlen.

Aufgrund der aktuellen Wirtschaftslage entwickeln sich die im TZK einmietenden Firmen gut. Die Geschäftsführung geht davon aus, das positive Jahresergebnis insgesamt halten zu können, wenngleich die Nachfrage nach Bürofläche für reine Existenzgründer weiterhin zögerlich ist.

Vermögens- und Finanzlage

	2014 T€	2013 T€
Anlagevermögen	424	730
Umlaufvermögen, RAP	721	744
Aktiva	1.145	1.474
Eigenkapital	1.001	922
Mittel- und kurzfristiges Fremdkapital	144	552
Passiva	1.145	1.474

Die Entwicklung der Vermögenslage stellt sich wie folgt dar:

Die Anlagenintensität beläuft sich zum 31. Dezember 2014 auf 37 % und hat damit gegenüber dem Vorjahresstichtag (50 %) abgenommen. Das Anlagevermögen ist vollständig durch Eigenkapital finanziert. Des weiteren ist die Gesellschaft durch Mittel des Landes Rheinland-Pfalz finanziert.

Der Liquiditätspool des Landes Rheinland-Pfalz verwaltet zum Bilanzstichtag 440.000,00 EURO. Diese Gelder werden nach Abschluss des Verwendungsnachweises für die gesamte Baumaßnahme in einem sicheren Fonds angelegt oder teilweise für neue weitere Investitionen verwendet (Photovoltaik bzw. Umrüstung der Beleuchtung auf LED).

Der Schlussverwendungsnachweis für die Neubaumaßnahme TZK ist erstellt und wurde im August 2014 zur Prüfung bei der ISB Mainz eingereicht. Die baufachliche Prüfung des Schlussverwendungsnachweises wurde seitens der ISB über die SGD Nord erst im Februar 2015 angeordnet und wird aufgrund des erheblichen Umfangs der angeforderten Unterlagen noch einige Zeit in Anspruch nehmen, da auch der zuständige Architekt derzeit eng in andere Projekte eingebunden ist.

Folglich kann noch keine abschließende Aussage über eine eventuelle Rückzahlung von gezahlten Fördergeldern für die Neubaumaßnahme TZK gemacht werden.

Der Finanzmittelbestand beträgt am 31. Dezember 2014 insgesamt T€ 195 und hat sich wie folgt entwickelt:

	T€
Stand am 01.01.2014	130
Mittelzufluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit	103
Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	38
Mittelzufluss aus der Finanzierungstätigkeit	<u>0</u>
Stand am 31.12.2014	<u><u>195</u></u>

Nachtragsbericht – Wichtige Ereignisse nach Ablauf des Geschäftsjahrs

Das Geschäftsjahr 2015 verläuft bisher wie geplant und ruhig.

Derzeit muss der Schlussverwendungsnachweis für die Neubaumaßnahme TechnologieZentrum Koblenz in Zusammenarbeit mit dem Architekturbüro Fries aufgrund einer nachgeforderten baufachlichen Prüfung durch die SGD Nord nochmals überarbeitet werden.

Daher sind die personellen Kapazitäten beim TZK vorerst stark gebunden.

Prognose- und Risikobericht

Prognosebericht

Trotz des Auszugs eines Großmieters im Herbst 2014 kann die Belegungsquote des TZK im Jahr 2015 wahrscheinlich gehalten werden, wenn die Entwicklung aller Firmen im TZK weiterhin positiv bleibt.

Zurzeit arbeitet ein Inkubatorteam im TZK, das voraussichtlich im Laufe des Jahres 2015 gründen und im TZK bleiben wird.

Risikobericht

Bis zur Prüfung des Verwendungsnachweises für die Baumaßnahme der TZK-TechnologieZentrum Koblenz GmbH können keine verlässlichen Aussagen über eventuelle Rückzahlungen der Fördergelder gemacht werden.

Die Geschäftsführung geht davon aus, dass im Geschäftsjahr 2015 der TZK GmbH wiederum ein Jahresüberschuss erzielt werden wird.

Das Projekt Innovationscluster Metall Keramik Kunststoff (IMKK) ist abgeschlossen und der Verwendungsnachweis für das Projekt wurde durch die beiden Mitarbeiterinnen des IMKK ohne wesentliche personelle Belastungen für die TZK GmbH erstellt. Ein endgültiges Prüfungsergebnis des Schlussverwendungsnachweises liegt zum Prüfungszeitpunkt noch nicht vor. Folglich kann über eine eventuelle finanzielle Belastung der TZK GmbH durch das Projekt IMKK noch keine verlässliche Aussage gemacht werden.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

Keine

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Grundsteuer:

19.224,37 €

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2014

Vergütung für Aufsichtsrat und Gesellschafterversamml.	1,7 T€
Vergütung Beirat	1,5 T€

Auf eine Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wird mit Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

*Im Berichtsjahr gab es keinen Anlass die bisherige Bewertung zu ändern.
Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Absatz 1 GemO.
Das Unternehmen hat Bestandsschutz.*

**Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2015**



Verkehrsverbund Rhein-Mosel GmbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

21. Dezember 1995; es gilt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 08. September 2010

Stammkapital am 31.12.2014

27.609,76 €

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Gesellschaft ist die gemeinsame Planung und Gestaltung des regionalen öffentlichen Personennahverkehrs im Verkehrsverbundraum Rhein-Mosel. Sie erstellt den Nahverkehrsplan gemäß § 8 NVG-Entwurf, berät die Gesellschafter und koordiniert die Schnittstellen mit dem Schienenpersonennahverkehr (SPNV), den lokalen Verkehren und dem Individualverkehr. Sie nimmt insbesondere folgende Aufgaben wahr:

- Verkehrsplanung, Verkehrskonzeption und technische Standards
- Rahmenplanung für Angebote
- Koordination und Organisation des regionalen öffentlichen Personennahverkehrs
- Einvernehmliche Festsetzung und Änderung des Gemeinschaftstarifs (Verbundtarif), der Tarifbestimmungen und Beförderungsbedingungen in Zusammenarbeit mit dem Unternehmensbeirat
- Unternehmensübergreifendes regionales Marketing, Marktforschung, Werbung und Öffentlichkeitsarbeit, Fahrgastinformation
- Vorschläge zur Weiterentwicklung der Vertriebssysteme
- Durchführung von Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen
- Verbundbezogene Untersuchungen
- Mittelfristige Verbundplanung

Die Gesellschaft kann weitere, dem Gesellschaftszweck dienende Aufgaben übernehmen.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung der Aufgaben anderer Unternehmen bedienen.

Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der Gesellschaft sind beteiligt:

Stadt Koblenz	3.067,76 €	11,11 %
Landkreis Ahrweiler	3.067,75 €	11,11 %
Landkreis Altenkirchen	3.067,75 €	11,11 %
Landkreis Cochem-Zell	3.067,75 €	11,11 %
Landkreis Mayen-Koblenz	3.067,75 €	11,11 %
Landkreis Neuwied	3.067,75 €	11,11 %
Rhein-Hunsrück-Kreis	3.067,75 €	11,11 %
Rhein-Lahn-Kreis	3.067,75 €	11,11 %
Westerwaldkreis	3.067,75 €	11,11 %

Besetzung der Organe am 31.12.2014

Aufsichtsrat

Gemäß Gesellschafterbeschluss vom 19.05.1998 soll vorerst noch kein Aufsichtsrat berufen werden.

Gesellschafterversammlung

Jeder Gesellschafter entsendet einen Vertreter in die Gesellschafter-versammlung:

Rhein-Lahn-Kreis: Landrat Günter Kern – Vorsitzender – bis 01.01.2014

Landkreis Mayen-Koblenz: Landrat Dr. Alexander Saftig - Vorsitzender – ab 01.05.2014

Rhein-Hunsrück-Kreis: Landrat Bertram Fleck – stellvertretender Vorsitzender –

Stadt Koblenz: Beigeordneter Martin Prümm

Rhein-Lahn-Kreis: Landrat Frank Puchtler - seit 01.05.2014

Landkreis Ahrweiler: Landrat Dr. Jürgen Pföhler

Landkreis Altenkirchen: Landrat Michael Lieber

Landkreis Cochem-Zell: Landrat Manfred Schnur

Landkreis Neuwied: Erster Kreisbeigeordneter Achim Hallerbach

Westerwaldkreis: Landrat Achim Schwickert

Geschäftsführung

Stephan Pauly

Beteiligungen des Unternehmens

Die Gesellschaft hält keine eigenen Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Geschäftsmodell des Unternehmens

Die VRM GmbH ist Dienstleister für ein modernes Mobilitätsangebot in der Region. In Rheinland-Pfalz sind die Landkreise per Nahverkehrsgesetz des Landes als Aufgabenträger im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) definiert. Nach § 5 des Nahverkehrsgesetzes (NVG) sind sie im Rahmen einer freiwilligen Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung zuständig für die Ausgestaltung der Verkehrsbedienung. Die Landkreise und kreisfreien Städte nehmen diese Aufgaben im Rahmen ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit wahr. Um einen attraktiven ÖPNV in der Region anzubieten, haben sich die Aufgabenträger zusammengeschlossen und zum 1. Januar 2002 einen einheitlichen Verbundtarif auf dem Gebiet des Verkehrsverbundes Rhein-Mosel (VRM) eingeführt. Vorausgegangen waren der Einführung des Gemeinschaftstarifs im VRM jahrelange Vorbereitungen, die auf die Gründung der VRM als Verbundvorbereitungsgesellschaft am 21. Dezember 1995 zurückgehen. Der lange Vorlauf verdeutlicht die großen planerischen und konzeptionellen Herausforderungen, neun Aufgabenträger und über 40 Verkehrsunternehmen unter einem gemeinsamen Dach zu vereinen.

Aufgabe des VRM ist es, eine ausgeglichene Balance zwischen flächendeckender Mobilität und bezahlbaren Fahrpreisen für die Fahrgäste sowie wirtschaftliche Einnahmen für die Verkehrsunternehmen zu finden.

Daher untersucht der Verbund jährlich sein Angebot sowie die interne und externe Preisentwicklung. So ließ sich aufgrund der allgemeinen Kostenentwicklung z. B. im Jahr 2013 eine deutliche Erhöhung des Verbundtarifs um durchschnittlich 5,9% nicht vermeiden. Nach einer weiteren moderaten Tarifierhöhung im Jahr 2014 (2,7%) wurde zur Vermeidung der weiteren Abwanderung der Kunden in den motorisierten Individualverkehr (MIV) zum 01.01.15 keine Tarifierhöhung durchgeführt.

Forschung und Entwicklung

Gegenstand der Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten der VRM GmbH ist die Entwicklung innovativer und kundenfreundlicher Tarifbestandteile im Fahrausweissortiment des VRM. Bei der Vorstellung der zweiten infas-Kundenbefragung im Rahmen der Gesellschafterversammlung vom 20. Mai 2014 konnten zwischen der im Herbst 2013 durchgeführten Kundenbefragung und der bereits im Herbst 2012 durchgeführten Validierung nur geringe Abweichungen festgestellt werden. Dies lässt darauf schließen, dass sich die von infas gewählte Untersuchungsmethodik als repräsentativ und präzise erweist.

Infas empfiehlt im Ergebnis, vorrangig Verbindungen und Anschlüsse sowie das Preis-Leistungs-Verhältnis zu verbessern. Bei der Verbesserung der Verkehrsangebote gab es im Jahr 2014 zwei Projekte, die bereits zum Zeitpunkt der Befragung im Herbst 2013 initiiert waren. Im Schienenbereich war dies der zum Fahrplanwechsel am 14.12.14 umgesetzte „Rheinland-Pfalz-Takt 2015“, der als weitere Verbesserung des integralen Takt-Fahrplanes mit zahlreichen

Angebotsverbesserungen umgesetzt wurde. Beim Busverkehr wiederum läuft in gemeinsamer Zusammenarbeit mit dem Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur, dem Zweckverband SPNV Rheinland-Pfalz Nord und dem Verkehrsverbund Region Trier eine bei dem Ingenieurbüro IGDB (Dreieich/Taunus) beauftragte Erstellung des „Regionalen Buskonzeptes Rheinland-Pfalz Nord“, das nach Verabschiedung des Konzeptes Ende des Jahres 2015 im Jahr 2016 in die Umsetzungsphase überführt werden soll. Die in den vergangenen zwei Jahren auf dem Weg der Marktforschung erlangten Erkenntnisse zur Kundenzufriedenheit sollen als Vergleichswerte dienen, um dann später den Erfolg der ergriffenen Maßnahmen besser feststellen und messen zu können. Da im Jahr 2014 mit keiner signifikanten Änderung des Ergebnisses zu rechnen war, hatte die Geschäftsstelle der VRM GmbH den Gesellschaftern empfohlen, für das Jahr 2014 selbst keine weitere Befragung in Auftrag zu geben. Die nächste Kundenbefragung soll deshalb im Herbst 2015 durchgeführt werden, wenn die Verbesserungen des integralen Takt-Fahrplanes im Rahmen des „Rheinland-Pfalz-Taktes 2015“ wirksam geworden sind. Hier können dann gegebenenfalls die im Jahr 2014 eingesparten Mittel für eine Erweiterung der Stichprobe bzw. eine weitere Kategorisierung (z. B. regional nach Verkehrsträgern) verwendet werden.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz	2013	2014
A. Anlagevermögen	72.752,61	54.913,00
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	39.371,00	28.842,00
II. Sachanlagen	33.381,61	26.071,00
B. Umlaufvermögen	840.712,19	1.062.364,78
I. Forderungen u. sonst. Vermögensgegenstände	220.911,02	47.764,96
II. Kassenbestand	619.801,17	1.014.599,82
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
Bilanzsumme	913.464,80	1.117.277,78
A. Eigenkapital	27.609,76	27.609,76
I. Gez. Kapital	27.609,76	27.609,76
II. Kapitalrücklage	0,00	0,00
III. Gewinnrücklage	0,00	0,00
IV. Gewinnvortrag	0,00	0,00
V. Jahresüberschuss	0,00	0,00
B. Rückstellungen	31.630,00	27.530,00
C. Verbindlichkeiten	854.225,04	1.062.138,02
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
Bilanzsumme	913.464,80	1.117.277,78

Gewinn- und Verlustrechnung

GuV	2013	2014
Umsatzerlöse/Ausgleichszahlungen an Verkehrsunternehmen	-2.970.925,29	-2.986.342,79
sonstige betriebliche Erträge	4.540.241,19	4.624.009,09
Gesamtleistung	1.569.315,90	1.637.666,30
Sachaufwand	486.943,92	496.189,95
Rohertrag	1.082.371,98	1.141.476,35
Personalaufwand	710.010,64	769.430,20
a) Löhne und Gehälter	550.220,62	611.999,65
b) Soziale Abgaben u. Aufwendungen	159.790,02	157.430,55
Abschreibungen	30.053,84	28.993,96
sonstige betr. Aufwendungen	346.376,13	344.602,04
Sonst. Zinsen u. ähnliche Erträge	4.068,63	1.698,91
Sonst. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0,00	149,06
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	0,00	149,06
sonstige Steuern	0,00	0,00
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00

Bilanzkennzahlen**Ertragslage**

<u>Rentabilität</u>		2013	2014
Eigenkapitalrentabilität	%	---	--
Gesamtrentabilität	%	---	--

		2013	2014
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	---	--

Vermögensaufbau

		2013	2014
Anlagenintensität	%	8,0	4,9
Intensität des Umlaufvermögens	%	92,0	95,1

Anlagenfinanzierung

		2013	2014
Anlagendeckung I	%	38,0	50,3
Anlagendeckung II	%	38,0	50,3

Kapitalausstattung

		2013	2014
Eigenkapitalquote	%	3,0	2,5
Fremdkapitalquote	%	97,0	97,5

Liquidität

		2013	2014
Liquiditätsgrad	%	94,9	97,5

Lage des Unternehmens**Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen**

Im VRM-Verbundgebiet leben rd. 1 Mio. Einwohner. Für die kreisfreie Stadt Koblenz sowie den Landkreis Ahrweiler war im Jahr 2014 erneut ein leichtes Bevölkerungswachstum zu verzeichnen. Insgesamt jedoch sank die Einwohnerzahl im VRM leicht. Signifikant ist in diesem Zusammenhang eine weitere Abschwächung der Schülerzahlen. Die Zahl der Erwerbstätigen ist im Vergleich zu den Vorjahren jedoch erneut leicht angestiegen. Aufgrund der im Jahr 2014 im Vergleich zu den Vorjahren deutlich abgesunkenen Energiekosten, vor allem im Rohöl- und Treibstoffbereich haben die Pkw-Verkehrsleistungen erneut zugenommen. Dies spiegelt sich auch in der Bestandszunahme der Pkw-Zahlen im Verbundraum wider. Folglich ist die Pkw-Dichte damit im Gesamtverbundraum auch 2014 erneut angestiegen.

Trotz des deutlichen Rückgangs der Schülerzahlen von rd. 3% konnte nochmals ein – wenn auch schwaches – Wachstum der Fahrausweiserlöse im ÖPNV von rd. 1% verzeichnet werden.

Die endgültigen Daten zur Nachfrage- und Verkehrsentwicklung im VRM werden im Rahmen der sog. „13. Erlösmeldung“ voraussichtlich im Sommer des Jahres 2015 abschließend vorliegen.

Geschäftsverlauf

Das konjunkturelle Umfeld für den Öffentlichen Personennahverkehr hat sich hinsichtlich der Rahmenbedingungen für den Wettbewerb zwischen MIV und ÖPNV einerseits durch den Rückgang der Schülerzahlen sowie andererseits durch die deutliche Verbilligung der Energie- und Kraftstoffpreise erneut verschlechtert. Dies spiegelt sich im Jahresgang auch in verschiedenen Segmenten des Fahrausweissortimentes im VRM wider: Während die Stückzahlen der Schülerwochenkarten zum Schuljahresbeginn Ende August 2013 mit 3.970 veräußerten Fahrausweisen einen deutlichen Höchststand im Vergleich zum Schuljahresbeginn der Vorjahre erreichte, sank zum Schuljahresbeginn im September 2014 die Stückzahl der Schülerwochenkarten auf 2.839 (!) ab. Die Stückzahlen der veräußerten Schülermonatskarten verzeichneten im Vergleichszeitraum Schuljahr 2012/13 und im Schuljahr 2013/14 mit einem Durchschnittswert von weniger als 2.000 veräußerten Fahrkarten je Monat einen neuen Negativrekord! Gegen diesen Trend haben sich erneut die Absatzzahlen der Schülermonatskarten im Abo entwickelt. Wenngleich auch das auch das

hervorragende Durchschnittsergebnis von 8.000 veräußerten Fahrausweisen zu Beginn des Schuljahres 12/13 mit rd. 7.800 Fahrausweisen nicht wieder erzielt werden konnte, so lag das Ergebnis dennoch deutlich über den vorangegangenen Schuljahren. Während man innerhalb dieses Segmentes noch von einer Stagnation sprechen kann, so entwickeln sich die Stückzahlen für das Schüler-Plus-Ticket jedoch weiterhin sehr erfreulich: Alleine im Monat des beginnenden neuen Schuljahres, im September 2014, wurde mit 1.332 veräußerten Schüler-Plus-Tickets seit Einführung des Produktes im Jahr 2003 der höchste je erreichte Einzelwert erzielt. Es ist davon auszugehen, dass sich zum Jahresende am 31.12.13 vermutlich erstmals mehr als 10.000 Schüler-Plus-Tickets im Umlauf befanden. Eine genauere Aufschlüsselung wird auch hier erst nach Vorlage der abschließenden Jahresmeldung für das Jahr 2014 im Sommer des Jahres 2015 möglich sein. Die Stückzahlen der Schulwegkostenträger-Fahrausweise sind zum Ende des Schuljahres 13/14 im Juli 2014 auf einen neuen Tiefststand mit 43.464 Fahrausweisen abgesunken. In absoluten Zahlen bedeutet dies im Vergleich zum Ende des Schuljahres 12/13 im Juli 2013 einen Rückgang von 45.446 auf 43.464 Fahrausweise. Es ist davon auszugehen, dass sich dieser Negativtrend noch mindestens 5 bis 10 Jahre fortsetzen wird! Ungebrochen erfreulich ist der weitere Absatz bei den Stückzahlen des „60-Plus-Tickets im Abo“ sowie der jeweils monatlich ausgegebenen „60-Plus-Tickets“. Wie beim Schüler-Plus-Ticket auch, konnten im Jahr 2014 für einzelne Monate im Berichtszeitraum Rekordzahlen bei der Veräußerung der jeweiligen Monatsabschnitte verzeichnet werden. Bei der Nutzung der auf Freizeitverkehre ausgerichteten Fahrausweise machen sich erstmals die Effekte der im Jahr 2011 im Landkreis Cochem-Zell bzw. neu im Jahr 2014 im Landkreis Ahrweiler eingeführten VRM-Gästetickets bemerkbar. Durch die verstärkte Inanspruchnahme dieser von den Gastronomen ausgegebenen Netzfahrscheine für den jeweiligen Landkreis gingen die Stückzahlen der veräußerten 3-Tages-Minigruppenkarte und des Rheinland-Pfalz-Tickets zurück bzw. stagnierten. Erfreulich ist in diesem Zusammenhang, dass im Jahr 2014 mit der Vorbereitung der Einführung weiterer VRM-Gästetickets in den Landkreisen Mayen-Koblenz und Neuwied begonnen werden konnte.

Allgemein kann darüber hinaus festgestellt werden, dass die Abnahme von veräußerten Einzelfahrscheinen in allen Segmentbereichen des Fahrausweissortiments, so auch bei den des ermäßigten Einzelfahrscheinen oder ganz besonders im Bereich der KEVAG-Chip-Karte darauf zurückzuführen sind, dass es eine deutliche Zunahme z. B. im Bereich der veräußerten Monatskarten im Abo zu verzeichnen gab: Sowohl hinsichtlich der durchschnittlichen Jahreswerte als auch für Einzelmonate im Jahr 2014 konnten erfreulicherweise Absatzzahlen auf einem Niveau realisiert werden, das in keinem Jahr seit Einführung des VRM-Tarifs erreicht wurde. Damit gelingt es, mehr und mehr Kunden dauerhaft in die Fahrausweissegmente der „Stammkunden“ zu integrieren.

Die Entscheidung der Gesellschafter, im Rahmen der Gesellschafterversammlung vom 29.09.14 für das Jahr 2015 eine tarifliche „Null-Runde“ durchzusetzen, wird diesen Trend im Jahr 2015 zweifelsfrei bestätigen. Die tarifplanerischen Entscheidungen der in der VRM GmbH versammelten kommunalen Gebietskörperschaften und Aufgabenträger im ÖPNV werden auch weiterhin zukunftsicher gestaltet. So haben sich die Gesellschafter der VRM GmbH per Kreistags- und Stadtratsbeschluss sowie auch per Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 20.05.14 selbst dazu entschlossen, die zum 01.11.13 weiterentwickelte und novellierte Allgemeine Vorschrift vom 03.12.09 über einen einheitlichen Verbundtarif im Verkehrsverbund Rhein-Mosel rechtssicher und

mit Blick auf die im Jahr 2014 von verschiedenen Verkehrsunternehmen geäußerte Absicht zur Kündigung des Kooperationsvertrages auch zukunftsicher zu gestalten. So wurde durch den Beschluss aller an der VRM GmbH teilnehmenden Gesellschafter und Aufgabenträger, zuletzt durch den Kreistag des Landkreises Cochem-Zell am 19.12.14, die Einführung dreier Durchführungsvorschriften zur Allgemeinen Vorschrift entschieden, das Tarifgestaltungsrecht für sog. „bedarfsorientierte Verkehre im VRM“ sowie die Weiterentwicklung des VRM-Tarifs wird somit auf die Entscheidungsebene der kommunalen Aufgabenträger verlagert. Des Weiteren wurde durch eine der drei neuen Durchführungsvorschriften dem Verkehrsverbund Rhein-Mosel GmbH die Verpflichtung zugewiesen, im Falle der Nichteinigung der Verkehrsunternehmen über eine EUrechtskonforme Einnahmenaufteilung im VRM diese zukünftig selbst durchzuführen.

Lage

Die Lage des Unternehmens VRM GmbH ist nach wie vor durch die konzeptionellen Tätigkeiten im Rahmen der Tarif-, Marketing- und Verkehrsplanung geprägt.

a) Ertragslage

Mit Blick auf die derzeitige Geschäftsentwicklung kann auch für das Geschäftsjahr 2015 davon ausgegangen werden, dass die im Rahmen der Gesellschafterversammlung vom 29.09.14 beschlossenen finanziellen Rahmenbedingungen erneut und planmäßig eingehalten werden. Die liquiden Mittel der VRM GmbH betragen 31.12.14 rd. 1,0 Mio. €. Damit ist für das Geschäftsjahr 2015 eine ausreichende Liquidität in Aussicht gestellt. Kredit- und Bankbürgschaften wurden auch im Geschäfts- und Berichtsjahr 2014 nicht in Anspruch genommen bzw. eingegangen, so dass Darlehen, Tilgungen oder entsprechende Zinsdienste innerhalb des Geschäfts- und Berichtsjahres 2014 nicht anfielen.

b) Finanzlage

Die Finanzlage der VRM GmbH ist als sehr stabil zu bezeichnen. Das Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bestanden zum 31.12.14 nicht.

Verbindlichkeiten können stets innerhalb der vereinbarten Zahlungsziele beglichen werden. Investitionstätigkeiten wurden im Rahmen des von den Gesellschaftern vorgegebenen Planumfanges abgewickelt und bezogen sich beinahe ausschließlich auf Bestandteile der Büroausstattung (inkl. EDV). Kurzfristige Forderungen und Bankbestände übersteigen kurzfristige Verbindlichkeiten. Die Liquiditätslage hat sich zum 31.12.14 im Vergleich zum Berichtsjahr 2013 nicht verändert.

c) Vermögenslage

Die Vermögenslage der VRM GmbH hat sich gegenüber dem Vorjahr 2013 nicht verändert. Die Struktur des kurz- und langfristig gebundenen Vermögens (Verbindlichkeiten gegenüber den Gesellschaftern) ist aufgrund der Beschlüsse der Gesellschafterversammlung sowie den sich aus dem für das Jahr 2014 beschlossenen Wirtschaftsplan ergebenden Vorgaben unverändert geblieben. Aufgrund eines nicht durchgeführten Projektes im Bereich „Marketing und Information“, das durch den Auftragnehmer zur Realisation in das Jahr 2015 verschoben wurde, sowie aufgrund von elternzeitbedingt geringeren Personalkosten

ist ein Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber den Gesellschaftern (Vermögenslage) zu konstatieren.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Für die interne Unternehmensteuerung ist die Umsetzung der von den Gesellschaftern der VRM GmbH beschlossenen Bestandteile des Wirtschaftsplanes unerlässliche Voraussetzung. Die VRM GmbH ist als Dachorganisation zur Planung und Durchführung für den Öffentlichen Personennahverkehr im Norden von Rheinland- Pfalz nicht auf die Erzielung von Umsatzrenditen ausgerichtet. Die nicht auf Gewinne orientierte Geschäftstätigkeit der VRM GmbH findet durch die zuständigen Finanzbehörden in Form der umsatzsteuerbefreiten Zuwendungen der Gesellschafter (Zuschüsse für die reguläre Geschäftstätigkeit) ihren Niederschlag.

Vor diesem Hintergrund erfolgt an dieser Stelle auch ein Verzicht auf die Ausweisung einer Umsatzrendite, da die Gesellschaft ihr Geschäftsjahr per Definitionem mit einer „schwarzen Null“ abschließt.

Vor diesem Hintergrund kann die wirtschaftliche Lage der VRM GmbH als gut bezeichnet werden.

Nachtragsbericht

Es sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung im Verlaufe des Geschäftsjahres sowie am Ende desselbigem eingetreten. Zu der von verschiedenen Verkehrsunternehmen vorangekündigten Kündigung des Kooperationsvertrages mit der VRM GmbH kam es nicht in einem einzigen Fall. Hinsichtlich dieser Kündigungsabsichten hatten die Gesellschafter der VRM GmbH mit Beschluss zum 01.11.13 sowie mit Beschluss zum 20.05.14 die Allgemeine Vorschrift, wie zuvor bereits dargestellt, präzisiert und durch die v. g. Durchführungsvorschriften weiter gegen mögliche Kündigungsabsichten der Gestalt derart abgesichert, dass auch eine Kündigung des Kooperationsvertrages zukünftig einzelne Verkehrsunternehmen nicht mehr von der Anwendung des VRM-Tarifs als Höchsttarif im Sinne der EU-Verordnung 1370/2007 entbindet. Der VRM-Tarif ist nunmehr im Rahmen der Höchsttarif- Festsetzung ein von allen Verkehrsunternehmen als obligatorische und zwingend anzuwendender Nahverkehrstarif zu berücksichtigen.

Prognosebericht

Das Unternehmen VRM GmbH hat sich in den vergangenen Jahren seit der Etablierung des Bereiches „Verkehr und Wettbewerb“ im Jahr 2012 im Bereich der für die Gesellschafter der VRM GmbH erbrachten Planungsleistungen weiter etablieren können. Die von den Gesellschaftern in den Jahren 2013 gefassten Beschlüsse zur Einführung und Umsetzung sog. „Linienbündel“, die sich als unablässiges Instrument der Verkehrsplanung weiterentwickeln werden, sind im Jahr 2014 die ersten planerischen Weichenstellungen zur Umsetzung der Linienbündel vorgenommen worden. Im Rahmen einer intensiven Beratungstätigkeit für den Rhein-Lahn-Kreis wurden seitens der Kreisgremien alle Voraussetzungen für die Durchführung der ersten Ausschreibungsverfahren im Genehmigungswettbewerb für die Linienbündel „Einrich“ und „Blaues Ländchen/Loreley“ geschaffen. Die vorbereitenden Tätigkeiten mündeten im März des Jahres 2015 in abschließende Beschlussfassungen der Kreisgremien zur Durchführung von Ausschreibungswettbewerbsverfahren. Nach Absprache mit der Kreisverwaltung des Landkreises Mayen-Koblenz wurden Ende des Jahres 2014 wegweisende Schritte zur Durchführung von Wettbewerbsverfahren für kleine Linienbündel bzw. für die Ausschreibung nicht mehr eigenwirtschaftlich angebotener Verkehrsleistungen auf

Einzellinien eingeleitet. Damit hat sich das Tätigkeitsspektrum der Geschäftsstelle von den bereits etablierten Aufgabenbereichen „Tarif und Finanzen“ sowie „Marketing und Information“ weiterentwickelt und umfasst nunmehr alle wesentlichen Tätigkeitsfelder einer klassischen Verbundgesellschaft im Öffentlichen Personennahverkehr. Die für in den Folgejahren 2017 und 2018 beschlossenen Linienbündel werden im Wesentlichen auf der konzeptionellen Ebene ebenfalls durch die Geschäftsstelle der VRM GmbH vorzubereiten sein.

Sollten sich die Verkehrsunternehmen im VRM bis zum 31.10.15 nicht auf eine EU-rechtskonforme Einnahmenaufteilung der Erlöse im VRM einigen können, ist die VRM GmbH aufgrund der zum 19.12.14 endgültig in Kraft getretenen Durchführungsvorschrift gehalten, das Einnahmenaufteilungsverfahren in dem dafür vorgesehenen Rechtsrahmen durchzuführen. Dazu wäre zwingend eine Aufstockung der personellen Ausstattung der Geschäftsstelle erforderlich. Gegebenenfalls ist im Zusammenhang mit einer vermehrten Ausschreibungstätigkeit der Geschäftsstelle der VRM GmbH ab dem Jahr 2016 auch die unbefristete Einstellung und Vollbeschäftigung eines Juristen mit dem fachlichen Schwerpunkt „Vergabe- und Wettbewerbsrecht“ sinnvoll.

Darüber hinaus sind keine wesentlichen Änderungen in der Geschäftspolitik geplant. Die voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens VRM GmbH wird positiv beurteilt. Trotz günstiger Rohöl- und Kraftstoffpreise und der weiterhin rückläufigen Schülerzahlen wird sich der Verkehrsmarkt für den Öffentlichen Personennahverkehr mittel- bis langfristig weiter positiv entwickeln. Dabei wird es im Wesentlichen zur deutlichen Veränderung der Finanzierungsstruktur des Öffentlichen Personennahverkehrs kommen. Mehr und mehr werden bislang durch die Verkehrsunternehmen eigenwirtschaftlich erbrachte Verkehrsleistungen durch gemeinwirtschaftlich finanzierte Angebote im ÖPNV abgelöst werden. Voraussetzung hierfür ist die Bereitschaft der kommunalen Aufgabenträger im ÖPNV sowie des Landes Rheinland-Pfalz, entsprechende Finanzierungsinstrumente zur Verfügung zu stellen. Am Beispiel des Rhein-Lahn-Kreises wird deutlich, dass nur mittels der Bereitstellung eigener Haushaltsmittel auch eine flächendeckende Grundversorgung mit Angeboten des Öffentlichen Personennahverkehrs im ländlichen Raum sichergestellt werden kann. Die Entscheidung des Kreistages des Rhein-Lahn-Kreises vom 23.03.15, umfangreiche Verkehrsleistungen im Rahmen von Linienbündeln dem Wettbewerb zuzuführen, ist gleichsam als strukturpolitische Maßnahme zur Attraktivierung des ländlichen Raumes zu verstehen. Mit Blick auf die sich weiter reduzierenden Schülerverkehre werden dem Öffentlichen Personennahverkehr im ländlichen Raum weiterhin Gelder entzogen, so dass nur mittels Zuwendung der Öffentlichen Hand flächendeckende Angebote auch weiterhin sichergestellt werden können. Hierzu soll u. a. auch das bereits erwähnte regionale „Buskonzept Rheinland-Pfalz Nord“ beitragen.

V. Chancen- und Risikobericht

Die VRM GmbH hat ausschließlich öffentliche Auftraggeber und Gesellschafter, die dem Grundsatz nach als solvent und zahlungsfähig zu betrachten sind. Risiken bestehen hinsichtlich der Finanzierung des ÖPNV innerhalb des VRM in erster Linie in der von Bund und Ländern, respektive dem in Rheinland-Pfalz gestalteten Finanzierungsrahmen. Das Risikomanagement der VRM GmbH basiert auf einem monatlichen Berichtswesen, das wesentliche Kennzeichen beinhaltet und die Planzahlen des Unternehmens quartalsmäßig den Ist-Zahlen gegenüberstellt. Dazu gehören auch die Aufwandszahlen einzelner Projekte. Die Abweichungsanalyse dient der Geschäftsführung als Instrument der Unternehmenssteuerung. Mit Blick auf

die seit Jahren kontinuierlich und von den Gesellschaftern bewusst gewünschte Reduzierung der Rücklagen bzw. Verbindlichkeiten gegenüber den Gesellschaftern wurde im Berichtsjahr 2014, die bereits im Jahr 2011 eingeführte Intensivierung der Liquiditätskontrolle lückenlos fortgesetzt.

Regelmäßige Soll-Ist-Gespräche mit den Verantwortlichen zur Umsatz- und Kostenentwicklung ermöglichen der Geschäftsführung und der Gesellschafterversammlung, über diese Entwicklung einen regelmäßigen und vollständigen Bericht zu geben, zu informieren und gegebenenfalls notwendige Maßnahmen einzuleiten bzw. im erforderlichen Fall entsprechend entgegen zu steuern. Um sicherzustellen, dass die vorhandene Liquidität ausreicht, wird die Entwicklung der verfügbaren liquiden Mittel regelmäßig überwacht. Risiken im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung sind vor dem Hintergrund der durch das Land Rheinland-Pfalz und der Gesellschafter vereinbarten Finanzierungsregelung vom 30.11.01 nach Auffassung der Geschäftsführung derzeit nicht ersichtlich. Die VRM GmbH geht auch für die Geschäftsjahre 2015 und 2016 von einer gleichen Kosten- und Ertragsstruktur aus. Bei Veränderungen werden Anpassungen durch entsprechende Kostenreduktionen möglich sein.

VI. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen Forderungen, Verbindlichkeiten gegenüber den Gesellschaftern und (im geringfügigeren Maße) Guthaben bei Kreditinstituten. Die VRM GmbH verfügt über solvente Gesellschafter, mit denen eine langjährige Zusammenarbeit besteht. Verbindlichkeiten werden innerhalb der vereinbarten Zahlungsfristen gezahlt. Die VRM GmbH bedient sich keiner Lieferanten-Kredite, keiner Wertpapiergeschäfte und keiner Kreditlinien der Hausbank.

Ziel des Finanz- und Risikomanagements der GmbH ist die Sicherung des Unternehmenserfolges gegen finanzielle Risiken jeglicher Art. Beim Management der Finanzposition verfolgt das Unternehmen eine konservative Risikopolitik.

VII. Bericht über Zweigniederlassungen

Zweigniederlassungen werden von der Gesellschaft nicht unterhalten.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

keine

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Verbundumlage (inkl. Fähre und Schrägaufzug Ehrenbreitstein): 230,6 T€

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2014

Die Gesellschafterversammlung erhält keine Bezüge.

Die Gesellschaft hat bisher keinen Aufsichtsrat berufen.

Auf eine Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wird mit Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Absatz 1 GemO.

**Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2015**



Ehrenbreitsteiner Schrägaufzug GmbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

21. März 2011

Eintragung im Handelsregister 29. März 2011

Stammkapital am 31.12.2014

100.000,00 €

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb eines Schrägaufzugs von Koblenz-Ehrenbreitstein zur Festung Ehrenbreitstein zum Zwecke der öffentlichen Personenbeförderung.

Beteiligungsverhältnisse

Die Stadtwerke Koblenz GmbH ist Alleingesellschafter.

Besetzung der Organe am 31.12.2014

Gesellschafterversammlung:

Petra Ensel

Geschäftsführung:

Albert Diehl

Beteiligungen des Unternehmens

Die Gesellschaft hält keine eigenen Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Allgemeines:

Aufgabe des Unternehmens ist der ganzjährige Betrieb des Schrägaufzuges in Koblenz-Ehrenbreitstein zum Zweck der öffentlichen Personenbeförderung. Der Schrägaufzug verbindet den Ortsteil Ehrenbreitstein mit der im Landesbesitz befindlichen Festung Ehrenbreitstein und dem Familien- und Jugendgästehaus der Jugendherberge Festung Ehrenbreitstein.

Der Unternehmenssitz ist in 56068 Koblenz, Willi-Hörter-Platz 1.

Personal:

Die Gesellschaft beschäftigt seit dem 21.03.2011 Herrn Albert Diehl als Geschäftsführer, im laufenden Jahr 2012 wurden noch zwei geringfügig Beschäftigte Mitarbeiter eingestellt.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz	2013	2014
A. Anlagevermögen	1.517.976,00	1.466.338,00
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0,00
II. Sachanlagen	1.517.976,00	1.466.338,00
B. Umlaufvermögen	104.351,92	135.925,25
I. Vorräte	0,00	0,00
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	7.186,88	11.016,92
III. Kassenbestand	97.165,04	124.908,33
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.959,22	721,78
Bilanzsumme	1.624.287,14	1.602.985,03
A. Eigenkapital	1.083.474,56	1.080.197,30
I. Gez. Kapital	100.000,00	100.000,00
II. Kapitalrücklage	1.000.000,00	1.000.000,00
III. Gewinnrücklage	2.361,55	0,00
IV. Verlustvortrag	0,00	16.525,44
V. Jahresfehlbetrag	18.886,99	3.277,26
B. Sonderposten für Investitionen des Anlagevermögens	362.060,00	350.060,00
C. Rückstellungen	2.200,00	2.200,00
D. Verbindlichkeiten	13.216,58	20.523,73
E. Rechnungsabgrenzungsposten	163.336,00	150.004,00
Bilanzsumme	1.624.287,14	1.602.985,03

Gewinn- und Verlustrechnung

GuV	2013	2014
Umsatzerlöse	99.366,42	106.690,82
sonstige Erträge	28.686,29	25.332,00
Gesamtleistung	128.052,71	132.022,82
Materialaufwand	43.600,11	33.989,87
a) Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe	15.176,88	13.807,74
b) Aufwendungen. f. bez. Leistungen	28.423,23	20.182,13
Rohertrag	84.452,60	98.032,95
Personalaufwand	16.535,68	17.515,16
a) Löhne und Gehälter	13.065,00	13.464,00
b) Soziale Abgaben u. Aufwendungen	3.470,68	4.051,16
Abschreibungen	51.639,00	51.638,00
sonstige betr. Aufwendungen	35.194,93	32.029,65
Sonst. Zinsen u. ähnl. Erträge	114,94	59,02
Sonst. Zinsen u. ähnl. Aufwendungen	0,00	0,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-18.802,07	-3.090,84
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	0,00	101,50
sonstige Steuern	84,92	84,92
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-18.886,99	-3.277,26

Bilanzkennzahlen**Ertragslage**

<u>Rentabilität</u>		2013	2014
Eigenkapitalrentabilität	%	-1,7	-0,3
Gesamrentabilität	%	-1,2	-0,2

		2013	2014
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	33,1	35,6

Vermögensaufbau

		2013	2014
Anlagenintensität	%	93,5	91,5
Intensität des Umlaufvermögens	%	6,5	8,5

Anlagenfinanzierung

		2013	2014
Anlagendeckung I	%	71,4	73,7
Anlagendeckung II	%	95,2	97,5

Kapitalausstattung

		2013	2014
Eigenkapitalquote	%	66,7	67,4
Fremdkapitalquote	%	33,3	32,6

Liquidität

		2013	2014
Liquiditätsgrad	%	59,5	61,5

Lage des Unternehmens**Finanz- und Vermögenslage:**

Das Bilanzvolumen beläuft sich auf 1.603 T€.

Die Eigenkapitalausstattung beträgt 67,4 % des Gesamtvermögens und ist somit anforderungsgerecht.

Die Liquidität ist ausreichend. Im Jahr 2014 konnte die Ehrenbreitsteiner Schrägaufzug GmbH jederzeit fristgerecht ihre Zahlungsverpflichtungen erfüllen. Fremdmittel mussten nicht aufgenommen werden.

Ertragslage:

Die Ertragslage der Gesellschaft ist geprägt von den Einnahmen der Personenbeförderung. Der Jahresfehlbetrag beträgt 3.277,26 €.

Ausblick:

Die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft wird wie in 2014 auch in den Folgejahren durch die Einnahmen aus der Personenbeförderung geprägt sein. Das Geschäftsjahr wird aus heutiger Sicht mit einem Jahresfehlbetrag etwas höher als im abgelaufenen Geschäftsjahr abschließen.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres haben sich nicht ergeben.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

Stammkapital in 2011: 100.000,00 €

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Grundsteuer: 84,92 €

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2014

Die Gesellschafterversammlung erhält keine Bezüge.

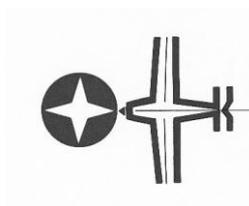
Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.

Auf eine Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wird mit Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Abs. 1 GemO.

**Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2015**



Flugplatz Koblenz-Winningen GmbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

5. November 1964; Gesellschaftsvertrag zuletzt geändert am 30.01.2014

Stammkapital am 31.12.2014

960.001,64 €

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens sind die Anlage und der Betrieb eines Verkehrslandeplatzes (Regionalflughafen) und Vornahme aller diesem Zweck unmittelbar förderlichen Geschäfte.

Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der Gesellschaft sind beteiligt:

Stadtwerke Koblenz GmbH	611.505,09 €	63,70 %
Landkreis Mayen-Koblenz	302.787,05 €	31,54 %
Ortsgemeinde Winningen	15.338,76 €	1,60 %
Sparkasse Koblenz	7.669,38 €	0,80 %
Mittelrhein-Verlag GmbH	5.573,08 €	0,58 %
Egen GmbH & Co.KG	4.192,59 €	0,44 %
Rhein-Mosel-Flug GmbH & Co.KG	3.476,78 €	0,36 %
Koblenzer Brauerei GmbH	3.067,75 €	0,32 %
Aero-Club Koblenz e. V.	2.812,11 €	0,29 %
Georg Bollerhey-Albersmann	2.812,11 €	0,29 %
Michel Bocklet	766,94 €	0,08 %

Besetzung der Organe am 31.12.2014

Aufsichtsrat

Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig

Landrat Dr. Alexander Saftig

Karl-Heinz Rosenbaum

Hermann-Josef Schmidt

Rudi Zenz (bis 30.06.2014)

Christoph Stoffel (ab 01.07.2014)

Beirat

Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig

Edith Hoernchen

Ferd Knautd (bis 30.06.2014)

Edgar Kühenthal (bis 30.06.2014)

Detlef Pilger (bis 30.06.2014)

Helmut Hannes (bis 30.06.2014)

Nils Wiechmann (bis 30.06.2014)

Herbert Bocklet (ab 01. Juli 2014)

Marion Lipinski-Naumann (ab 01. Juli 2014)

Hans-Peter Ackermann (ab 01. Juli 2014)

Christoph Stoffel (ab 01. Juli 2014)

Klaus Frevel (ab 01. Juli 2014)

Gesellschafterversammlung

Es sind keine Sitze in der Gesellschafterversammlung vorgesehen. Es wird nach Geschäftsanteilen entschieden.

Geschäftsführung

Petra Ensel

Henning Schröder

Beteiligungen des Unternehmens

Die Gesellschaft hält keine eigenen Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Ergebnisabführungsvertrag

Mit Wirkung vom 1. Januar 1984 trat ein Ergebnisabführungsvertrag zwischen der Stadtwerke Koblenz GmbH und der Flugplatz Koblenz/Winningen Gesellschaft mit beschränkter Haftung zur Abführung ihres nach handelsrechtlichen Vorschriften ermittelten Jahresüberschusses in Kraft. Demgegenüber verpflichtete sich die Stadtwerke Koblenz GmbH zum Ausgleich von während der Vertragsdauer entstehenden Jahresfehlbeträgen. Die Flugplatz Koblenz/Winningen Gesellschaft mit beschränkter Haftung kann mit Zustimmung der Stadtwerke Koblenz GmbH Beträge aus dem

Jahresüberschuss insoweit in die Rücklagen einstellen, als dies bei vernünftiger kaufmännischer Beurteilung wirtschaftlich begründet ist.

Personal- und Sozialbereich

Im Berichtsjahr beschäftigte die Gesellschaft 7 Angestellte. An Löhnen und Gehältern wurden 193.399,04 € gezahlt. Die sozialen Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung sowie für Unterstützung betragen 50.777,58 €.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz	2013	2014
A. Anlagevermögen	2.041.780,89	1.960.210,89
I. Sachanlagen	2.041.780,89	1.960.210,89
B. Umlaufvermögen	313.349,39	438.978,63
I. Vorräte	18.214,29	24.682,13
II. Forderungen u. sonst. Verm.	78.620,03	84.168,66
III. Kassenbestand	216.515,07	330.127,84
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
Bilanzsumme	2.355.130,28	2.399.189,52
A. Eigenkapital	1.476.243,52	1.514.626,61
I. Gez. Kapital	960.001,64	960.001,64
II. Gewinnrücklage	516.241,88	554.624,97
III. Bilanzgewinn	0,00	0,00
B. Sonderposten mit Rücklageanteil	161.500,00	156.400,00
C. Rückstellungen	41.400,00	7.000,00
D. Verbindlichkeiten	673.095,68	717.691,83
E. Rechnungsabgrenzungsposten	2.891,08	3.471,08
Bilanzsumme	2.355.130,28	2.399.189,52

Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung	2013	2014
Umsatzerlöse	460.144,34	454.710,60
sonstige Erträge	146.043,22	146.615,76
Gesamtleistung	606.187,56	601.326,36
Materialaufwand	44.573,14	32.675,25
Rohertrag	561.614,42	568.651,11
Personalaufwand	235.677,69	244.176,62
a) Löhne und Gehälter	189.598,96	193.399,04
b) Soziale Abgaben u. Aufwendungen	46.078,73	50.777,58
Abschreibungen	83.295,13	81.737,22
sonstige betr. Aufwendungen	143.043,86	171.122,98
Sonst. Zinsen u. ähnliche Erträge	188,89	106,46
Sonst. Zinsen u. ähnlich Aufwand	27.167,08	26.219,54
Ergebnis d. gewöhnlichen Geschäftstätig.	72.619,55	45.501,21
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	0,00	0,00
sonstige Steuern	11.107,98	7.118,12
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	61.511,57	38.383,09

Bilanzkennzahlen

Ertragslage

<u>Rentabilität</u>		2013	2014
Eigenkapitalrentabilität	%	4,1	2,5
Gesamrentabilität	%	3,8	2,7

		2013	2014
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	65,7	65,0

Vermögensaufbau

		2013	2014
Anlagenintensität	%	86,7	81,7
Intensität des Umlaufvermögens	%	13,3	18,3

Anlagenfinanzierung

		2013	2014
Anlagendeckung I	%	72,3	77,3
Anlagendeckung II	%	95,5	99,5

Kapitalausstattung

		2013	2014
Eigenkapitalquote	%	69,6	69,7
Fremdkapitalquote	%	30,4	30,3

Liquidität

		2013	2014
Liquiditätsgrad	%	128,8	150,6

Lage des Unternehmens

Darstellung des Geschäftsverlaufs

Der Flugplatz Koblenz-Winningen gehört zu einem der größten Verkehrslandeplätze in Rheinland-Pfalz. Die Flugplatz Koblenz-Winningen GmbH erwirtschaftet als eine der wenigen Betreibergesellschaften bereits seit Jahren Gewinne. Die Voraussetzungen für eine weitere positive Entwicklung

werden auch durch die laufenden Verbesserungen hinsichtlich der Start- und Landebedingungen und der Infrastruktur geschaffen.

Darstellung der Lage

Das Geschäftsjahr 2014 schließt mit einem Jahresüberschuss von 38.383,09 € ab.

Das Bilanzvolumen beläuft sich zum 31.12.2014 auf 2.399.189,52 €. Das Verhältnis Eigenkapital (einschließlich Sonderposten) zu Gesamtkapital beträgt 69,7 % und ist somit anforderungsgerecht.

Die Liquidität ist ausreichend. In 2014 konnte die Gesellschaft jederzeit fristgerecht ihre Zahlungsverpflichtungen erfüllen.

Die Geschäftsführung wird der Gesellschafterversammlung vorschlagen, gemäß § 2 Abs. 2 des Ergebnisabführungsvertrages den Jahresgewinn der Gewinnrücklage zuzuführen.

Wesentliche Risiken der künftigen Entwicklung

Hinweise auf wesentliche Risiken der künftigen Entwicklung werden derzeit nicht gesehen. Das gleiche gilt für evtl. bestandsgefährdende Risiken. In diesem Zusammenhang ist auf den Ergebnisabführungsvertrag zwischen der Stadtwerke Koblenz GmbH und der Flugplatz Koblenz-Winningen GmbH hinzuweisen. Wie bereits erwähnt, verpflichtet sich die Stadtwerke Koblenz GmbH zum Ausgleich von während der Vertragsdauer entstehenden Jahresfehlbeträgen.

Umsatz- und Auftragsentwicklung

Die Umsatz- und Auftragsentwicklung wird auch für die Zukunft positiv eingestuft.

Bei planmäßigem Verlauf wird auch das Wirtschaftsjahr 2015 mit einem positiven Ergebnis, aber etwas geringer als 2014 abschließen.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres haben sich nicht ergeben.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

keine

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

keine

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2014

Aufsichtsrat 260,00 €

Die Gesellschafterversammlung erhält keine Bezüge.

Auf eine Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wird mit Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Absatz 1 GemO.

**Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2015**



**Güterverkehrszentrum
Entwicklungsgesellschaft Koblenz mbH i. L.**

Rechtsform

GmbH

Gegründet

03. Juli 1996, Gesellschaftsvertrag mit Änderung vom 04. März 1999

Stammkapital am 31.12.2014

127.822,97 €

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung und die Entwicklung des Güterverkehrszentrums Koblenz.

Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital sind folgende Unternehmen beteiligt:

Stadtwerke Koblenz GmbH	121.482,95 €	95,04 %
Contargo Koblenz GmbH	6.340,02 €	4,96 %

Besetzung der Organe am 31.12.2014

Aufsichtsrat/Gesellschafterversammlung

Der Aufsichtsrat wurde in 2002 aufgelöst.

Die Gesellschafter entsenden ihre Vertreter in die Gesellschafterversammlung. Der Oberbürgermeister der Stadt Koblenz ist geborenes Mitglied und Vorsitzender.

Liquidator:

Gerhard Rüber

Beteiligungen des Unternehmens

Die Gesellschaft hält keine eigenen Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Aufgabe des Unternehmens ist die Förderung und die Entwicklung des Güterverkehrszentrums Koblenz.

Die Gesellschafterversammlung hat am 11. August 2000 die Einstellung des operativen Geschäftes der GVZ-E zum 31. Dezember 2000 und Beibehaltung des Firmenmantels beschlossen.

Lage des Unternehmens

Das operative Geschäft wurde zum 31. Dezember 2000 eingestellt.

Gem. Ratsbeschluss vom 10.05.2012 und Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 14.06.2012 wurde die Gesellschaft im Jahr 2014 aufgelöst.

Die Eintragung der Löschung erfolgte am 17.11.2014 im Handelsregister.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

Das Stammkapital wurde im Zuge der Löschung der Gesellschaft anteilig an die Gesellschafter zurückgeführt.

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

keine

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2014

Die Gesellschafterversammlung erhält keine Bezüge.

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.

Auf eine Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wird mit Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Absatz 1 GemO.

**Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2015**



Kraftwagen-Verkehr Koblenz GmbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

19. März 1925, Gesellschaftsvertrag zuletzt geändert am 01. Juni 2001

Stammkapital am 31.12.2014

200.000,00 €

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung des Personenverkehrs durch Einrichtung von Kraftfahrlinien, durch entsprechende Straßenbauten und durch Maßnahmen aller Art, welche der Hebung und der Erleichterung des Personenverkehrs im Interessengebiet zu dienen bestimmt sind.

Beteiligungsverhältnisse

Stadtwerke Koblenz GmbH	90.000,00 €	45,0 %
Landkreis Mayen-Koblenz	64.800,00 €	32,4 %
Energieversorgung Mittelrhein AG (evm)	45.200,00 €	22,6 %

Besetzung der Organe am 31.12.2014

Aufsichtsrat/Gesellschafterversammlung

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.

Die Stadtwerke Koblenz GmbH und der Landkreis Mayen-Koblenz entsenden je zwei Vertreter, die evm AG einen Vertreter in die Gesellschafterversammlung.

Geschäftsführung:

Bernd Wieczorek
Wolfgang Hoffmann

Beteiligungen des Unternehmens

Die Gesellschaft hält keine eigenen Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Grundlagen des Unternehmens

Geschäftsmodell

Die Kraftwagen-Verkehr Koblenz GmbH (KVG) ist vornehmlich im Linienverkehr mit Kraftfahrzeugen nach § 42 PBefG und im Gelegenheitsverkehr nach § 46 PBefG tätig. Die KVG besitzt eine eigene Linienkonzession auf der Linie 301 zwischen Burgen (Macken) und Koblenz. An der KVG ist die Energieversorgung Mittelrhein AG (evm) mit 22,6 Prozent beteiligt.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die demografische Entwicklung, der zunehmende Wettbewerb, der problematische Rechtsrahmen und die Unterfinanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in Rheinland-Pfalz beeinflussen den Markt zunehmend. Speziell im ländlichen Raum ist trotz der beabsichtigten Linienbündelungskonzepte der tangierten Aufgabenträger eine steigende Zahl gemeinwirtschaftlicher Verkehre zu erwarten.

Die KVG ist ausschließlich im Gebiet des Verkehrsverbunds Rhein Mosel (VRM) tätig. Die Grundlage für den VRM ist im Wesentlichen ein Kooperationsvertrag zwischen der VRM GmbH und den tangierten Verkehrsunternehmen aus dem Jahr 2001. Der Vertrag bietet Interpretationsspielraum und wird den geänderten Marktbedingungen nicht gerecht. Daher haben die KVG und weitere Verkehrsunternehmen bereits im Jahr 2012 einen im Vertrag vorgesehenen Antrag zur Vertragsanpassung an die VRM GmbH gestellt. Die als Vorstufe zur Vertragskündigung notwendige Maßnahme blieb auch 2014 ergebnislos. Hinsichtlich der notwendigen Einnahmeaufteilung zwischen den Verkehrsunternehmen gab es eine Übergangsregelung für das Jahr 2014. Der ursprüngliche Einnahmeaufteilungsvertrag (EAV), der als Anlage 11 des Kooperationsvertrags zwischen allen Verkehrsunternehmen im Verbundraum geschlossen wurde, endete mit dem Auslaufen der Übergangsregelung einvernehmlich zum 31.12.2014. Es ist ungewiss, welche Einnahmeaufteilung ab dem 01.01.2015 zur Anwendung kommen wird.

Die Unternehmen sind seit einigen Jahren mit erheblichem Aufwand dabei, ein mögliches vertriebsdatengestütztes Verfahren zu erarbeiten. Dieses bildet Linien in einem mathematischen Modell ab und befüllt dieses mit verschiedenen Vertriebsdaten (2011, 2012), Daten aus einer Schienenerhebung (2013) und drei Zählungen in Koblenz, Neuwied und Vallendar. Die Einzelrelationen sollen in Arbeitsgruppen geprüft und gemeinsam festgelegt werden. Sobald die Rahmenbedingungen dies zulassen (zum Beispiel GmbH, einheitliches Haltestellenkataster, einheitliche Datenbasis und Fahrkarten), soll künftig ein dynamisches, vertriebsdatengestütztes System realisiert werden.

Zwischenergebnisse zeigen, dass das derzeitige in Arbeit befindliche EAV-Verfahren Fehler aufweist, die noch abgearbeitet werden müssen.

Die Aufgabenträger im VRM haben zwischenzeitig eine neue „Allgemeine Vorschrift“ im Sinne der EU VO 1370/2007, Artikel 3 erlassen. Diese wird durch drei Durchführungsvorschriften ergänzt. Eine wesentliche Änderung ist, dass die Tarifhoheit nicht mehr bei den Unternehmen, sondern bei den Aufgabenträgern liegt. Zudem wird ein optionales EAV-Verfahren beschrieben, das als Rückfallebene dienen soll. Der VRM-Unternehmensbeirat strebt eine weitere Übergangslösung 2015 an, die zu 70 Prozent den „Altschlüssel“ berücksichtigt und zu 30 Prozent den sich aus dem vertriebsdatengestützten System, Stand 28.02.2015 ergebenden Schlüssel. Zur Umsetzung muss ein Vertrag erstellt werden, der von allen Verkehrsunternehmen unterschrieben werden muss. Es ist damit zu rechnen, dass die Übergangsregelung nicht von allen Unternehmen gezeichnet wird.

Es ist unklar, wie sich die tangierten Akteure verhalten werden und was dies für die Einnahmeaufteilung 2015 und der Folgejahre bedeuten könnte. Auch die Anwendung des in der Allgemeinen Vorschrift beschriebenen Verfahrens ist möglich. Jede derzeit denkbare neue EAV wird dazu führen, dass es Verkehrsunternehmen geben wird, deren Erlöse nicht mehr auskömmlich sein werden. Es ist davon auszugehen, dass diese die Verluste mittels Trennungsrechnung aufzeigen und die Verluste zuzüglich einer angemessenen Kapitalverzinsung bei der VRM GmbH einfordern werden. Es ist ungewiss, welche Auswirkungen für den Verbundraum, die betroffenen Verkehrsunternehmen und die Fahrgäste zu erwarten sind.

Das Land Rheinland-Pfalz hat hinsichtlich der Ausgleichsbeträge für den integrierten Schülerverkehr rückwirkend zum 01.01.2014 den Preis-Kosten-Ausgleich umgesetzt. Die Abkehr von der bisherigen kostenbasierten Altlösung entzieht insbesondere dem städtischen ÖPNV deutliche Mittel. Bei Leistungen innerhalb des VRM ist überdies unklar, wie die vom Land gewünschten Antragsdaten unternehmensscharf zugeschieden werden sollen. Diesbezüglich sind klärende Gespräche mit dem Land notwendig.

Geschäftsverlauf

Die rückwirkende Einführung des Preis-Kosten-Ausgleichs hat der Gesellschaft erhebliche Erlöse entzogen. Trotzdem konnte die Gesellschaft ein gutes Ergebnis erwirtschaften und von der Dieselpreisentwicklung und weiteren Einmaleffekten profitieren.

Im VRM wurden die Fahrpreise zum 01.01.2015 nicht erhöht. Im Kerngeschäft lagen die Fahrgastzahlen bei 570 Tausend Beförderungsfällen. Die Betriebsleistung mit rund 399 Tausend Rechnungskilometern lag in etwa auf dem Vorjahresniveau. Im Berichtszeitraum ging die Zahl der Beschäftigten stichtagsbezogen auf 7 Mitarbeiter zurück. Der eigene Omnibusbestand lag wie im Vorjahr stichtagsbezogen unverändert bei 7 Omnibussen. Aufgrund der Niedrigzinspolitik der EZB lagen die Zinserträge auch weiter auf einem sehr niedrigen Niveau. Im Berichtszeitraum wurde ein Jahresüberschuss von 63 Tausend Euro (Vorjahr 78 Tausend Euro) erwirtschaftet.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz	2013	2014
A. Anlagevermögen	356.829,67	298.411,10
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0,00
II. Sachanlagen	356.829,67	298.411,10
B. Umlaufvermögen	2.077.782,22	2.271.096,42
I. Forderungen u. sonst. Verm.	152.291,55	195.809,09
II. Kassenbestand	1.925.490,67	2.075.287,33
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
Bilanzsumme	2.432.611,89	2.569.507,52
A. Eigenkapital	1.694.505,80	1.757.231,51
I. Gez. Kapital	200.000,00	200.000,00
II. Kapitalrücklage	400.194,79	400.194,79
III. Gewinnrücklage	873.086,92	873.086,92
IV. Gewinnvortrag	143.217,62	221.224,09
V. Jahresüberschuss	78.006,47	62.725,71
B. Rückstellungen	543.234,00	643.160,00
C. Verbindlichkeiten	196.872,09	169.116,01
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
Bilanzsumme	2.434.611,89	2.569.507,52

Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung	2013	2014
Umsatzerlöse	1.453.551,37	1.338.527,66
sonstige Erträge	8.126,53	27.151,71
Gesamtleistung	1.461.677,90	1.365.679,37
Materialaufwand	912.573,36	945.891,53
Rohertrag	549.107,54	419.787,84
Personalaufwand	203.935,32	122.630,89
Abschreibungen	92.356,94	89.671,77
sonstige betr. Aufwendungen	69.898,81	70.410,11
Sonst. Zinsen u. ähnliche Erträge	4.607,30	4.106,51
Sonst. Zinsen u. ähnliche. Aufwendungen	35.936,00	43.332,08
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	151.587,77	97.849,50
Außerordentliche Aufwendungen	6.864,00	6.864,00
Außerordentliches Ergebnis	-6.864,00	-6.864,00
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	66.717,30	28.259,79
sonstige Steuern	0,00	0,00
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	78.006,47	62.725,71

Bilanzkennzahlen**Ertragslage**

<u>Rentabilität</u>		2013	2014
Eigenkapitalrentabilität	%	4,6	3,6
Gesamtrentabilität	%	3,2	4,1

		2013	2014
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	132,1	191,2

Vermögensaufbau

		2013	2014
Anlagenintensität	%	14,7	11,6
Intensität des Umlaufvermögens	%	85,3	88,4

Anlagenfinanzierung

		2013	2014
Anlagendeckung I	%	474,9	588,9
Anlagendeckung II	%	612,2	738,3

Kapitalausstattung

		2013	2014
Eigenkapitalquote	%	69,6	68,4
Fremdkapitalquote	%	30,4	31,6

Liquidität

		2013	2014
Liquiditätsgrad	%	830,8	620,1

Lage des Unternehmens

Ertragslage

Es wurden 1.454 T€ Umsatzerlöse erwirtschaftet. Davon entfielen 843 T€ auf den Linienverkehr, 339 T€ auf Ausgleichsleistungen für den Schüler- bzw. Schwerbehindertenverkehr und 272 T€ auf sonstige Umsatzerlöse.

Finanzlage

Die Finanzierung der Gesellschaft erfolgte wie im Vorjahr aus eigenen Mitteln.

III. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Ende des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten

IV. Prognosebericht

Wegen der angespannten Marktlage und der vom Land beabsichtigte Modifizierung der Ausgleichsbeträge für den integrierten Schülerverkehr wird es schwierig, weiterhin ein positives Ergebnis zu erwirtschaften.

Hinsichtlich der ungewissen Marktlage wird es notwendig, rasch auf veränderte Rahmenbedingungen und Erkenntnisse zu reagieren. Die hierfür notwendigen Rahmenbedingungen wurden auch durch die außerordentliche Kündigung des EAV geschaffen.

Die KVG wird auch künftig in der Lage sein, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

V. Chancen- und Risikobericht

Risikobericht

Die KVG ist nach wie vor in das Risikomanagement der KEVAG (zum 01.07.14 evm AG) eingebunden.

Branchenspezifische Risiken

Durch die Verbundsystematik werden Dieselpreiserhöhungen erst im Folgejahr in den entsprechenden Tariffortschreibungen berücksichtigt. Überplanmäßige Dieselpreissprünge können daher das Ergebnis der Gesellschaft belasten.

Ertragsorientierte Risiken

Eine mögliche neue Einnahmeaufteilung im VRM kann sich ertragsmindernd auswirken. So könnte sich der im Verbundraum auf den SPNV entfallene Erlösanteil vergrößern. Auch eine nicht auszuschließende Auflösung des einheitlichen Verbundtarifs könnte den Ertrag der Gesellschaft mindern.

Finanzwirtschaftliche Risiken

Aufgrund der Liquiditäts- und Eigenkapitalsituation der KVG sind Liquiditätsrisiken derzeit nicht erkennbar.

Chancenbericht

Die im VRM angestrebte Realisation einer neuen erlösdatenbasierten Einnahmeaufteilung und die sich daraus ergebende Veränderung des Einnahmeaufteilungsschlüssels können sich auch positiv auf die künftigen Einnahmen auswirken.

Sollte das Gesetzgebungsverfahren zum Preis-Preis-Ausgleich scheitern, würde das Altsystem nach § 45a greifen. In diesem Fall würden die entsprechenden Erlöse über den im Wirtschaftsplan angesetzten Wert steigen.

Sollten anstehende Schwerbehindertenzahlungen einen gegenüber der Wirtschaftsplanung höheren Vomhundertsatz ergeben, könnten die Ausgleichsleistungen nach § 148 SGB steigen und das Ergebnis der KVG verbessert werden.

Gesamtaussage

Die bis zum Jahr 2024 erteilte Linienkonzession bietet der KVG die Möglichkeit, nachhaltige Umsatzerlöse zu generieren.

VI. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Die KVG tätigt keine Finanzgeschäfte am Kapitalmarkt.

Forderungsausfälle sind die Ausnahme.

Verbindlichkeiten werden innerhalb der Zahlungsfristen gezahlt.

VII. Bericht über Zweigniederlassungen

Zweigniederlassungen werden von der Gesellschaft nicht unterhalten.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

keine

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Gewerbsteuer: 13.432,00 €

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2014

Vergütung für Gesellschafterversammlung: 990,00 €

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Abs. 1 GemO.

**Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2015**



Vereinigte Wasserwerke Mittelrhein GmbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

18. Dezember 1985; Gesellschaftsvertrag zuletzt geändert am 19. Juli 2005

Stammkapital am 31.12.2014

7.669.378,22 €

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens sind

- a.) die Wasserversorgung, Förderung, Aufbereitung, Bezug und Verteilung von Wasser in den Städten Koblenz und Lahnstein, der Verbandsgemeinde Vallendar sowie in dem Zweckverbandsgebiet „Industriepark A61/GVZ Koblenz“
- b.) die Betriebsführung von Unternehmen der Wasserversorgung
- c.) die Lieferung von Wasser an andere mit der Wasserversorgung befasste Einrichtungen (Gemeinden, Zweckverbände, Versorgungsunternehmen).

Die Gesellschaft ist zur Betätigung aller Geschäfte und Maßnahmen berechtigt, die unmittelbar oder mittelbar dem Gesellschaftszweck dienen, auch zur Beteiligung an Unternehmen, die der Wasserversorgung dienen.

Beteiligungsverhältnisse

Stadtwerke Koblenz GmbH	5.660.001,13 €	73,80 %
Stadt Lahnstein	1.073.712,95 €	14,00 %
Verbandsgemeinde Vallendar	935.664,14 €	12,20 %

Besetzung der Organe am 31.12.2014

Aufsichtsrat

*Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig – Vorsitzender –
Oberbürgermeister Peter Labonte, Lahnstein - stellvertretender Vorsitzender -
Bürgermeister Fred Pretz, Vallendar*

*Uwe Diederichs-Seidel
Manfred Diehl (bis 26.06.2014)
Karin Herrmann (bis 26.06.2014)
Ute Hoffmann (bis 26.06.2014)
Dr. Joachim Kneis (bis 26.06.2014)
Herbert Bocklet (bis 26.06.2014)
Christian Altmaier (ab 27.06.2014)
Peter Balmes (ab 27.06.2014)
Vito Contento (ab 27.06.2014)
Hermann-Josef Schmidt (ab 27.06.2014)
Anne Schumann-Dreyer (ab 27.06.2014)*

Gesellschafterversammlung

*Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig – Vorsitzender –
Oberbürgermeister Peter Labonte, Lahnstein - stellvertretender Vorsitzender -
Bürgermeister Fred Pretz, Vallendar
Christian Altmaier (bis 26.06.2014)
Monika Artz (ab 27.06.2014)
Peter Balmes (bis 26.06.2014)
Manfred Bastian
Sabine Bäcker (bis 26.06.2014)
Walter Baum
Michael Bordelle (bis 26.06.2014)
Vito Contento, (bis 26.06.2014)
Marcell Collette
Bernd Coßmann (ab 27.06.2014)
Herbert Dott (ab 27.06.2014)
Sylvia Enger (ab 27.06.2014)
Dr. Michael Gross (bis 26.06.2014)
Manfred Grimm (bis 22.06.2014)
Michael Güls
Michael Helbach (ab 23.06.2014)
Paul Henchel (bis 26.06.2014)
Ute Hentschel (ab 27.06.2014)
Karin Herrmann (bis 26.06.2014)
Jörg Hilden
Birgit Hoernchen (bis 26.06.2014)
Edith Hoernchen (bis 26.06.2014)
Ute Hoffmann (ab 27.06.2014)
Gabi Hofmann (ab 27.06.2014)
Rudolf Kalenberg (ab 27.06.2014)
Angela Keul-Göbel*

Thomas Kirsch (ab 27.06.2014)
Ernst Knopp (ab 27.06.2014)
Gundula Krebs (bis 26.06.2014)
Julia Maria Kübler
Ursula Hühnerfeld (bis 26.06.2014)
Johannes Lauer (ab 29.09.2014)
Andrea Mehlbreuer (bis 26.06.2014)
Marion Mühlbauer (ab 27.06.2014)
Stephan Otto
Detlev Pilger, MdB (bis 26.06.2014)
Claudia Probst (bis 26.06.2014)
Thomas Roos (ab 27.06.2014)
Karl-Heinz Rosenbaum
Kurt Sanner
Gerd Schäfer (bis 28.09.2014)
Stefan Scheer (ab 27.06.2014)
Bernd Schemmer
Hermann-Josef Schmidt (bis 26.06.2014)
Thorsten Schneider (ab 27.06.2014)
Torsten Schupp
Lennart Siefert
Sonja Stotz (bis 26.06.2014)
Gerhard Voell
Martina von Berg (ab 27.06.2014)
Stephan Wefelscheid
Jens Wehran
Dr. Catharina Weichert (ab 27.06.2014)
Anita Weis (bis 26.06.2014)
Nils Wiechmann MdL
Josef Wilbert (ab 27.06.2014)
Edi Wolf
Patrick Zwiernik (ab 27.06.2014)

Geschäftsführung

Petra Ensel

Betriebsführung

Energieversorgung Mittelrhein AG

Beteiligungen des Unternehmens

Die Gesellschaft hält keine eigenen Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Allgemeines

Aufgabe des Unternehmens ist es, den Abnehmern in ausreichender Menge einwandfreies Trinkwasser zur Verfügung zu stellen.

Das Versorgungsgebiet der Vereinigte Wasserwerke Mittelrhein GmbH umfasst das Stadtgebiet Koblenz, das Stadtgebiet Lahnstein, das Gebiet der Verbandsgemeinde Vallendar sowie das Gebiet des Zweckverbandes „Industriepark A 61/ GVZ Koblenz“.

Es erstreckt sich links und rechts des Mittelrheins in Höhenlagen von NN 60 m bis NN 320 m. Im Versorgungsgebiet werden rund 144.000 Einwohner mit Trink- und Brauchwasser versorgt. Die Größe des Versorgungsgebietes umfasst etwa 170 Quadratkilometer.

Technische Daten

<i>Bezeichnung</i>	
<i>Brunnen</i>	9
<i>Quellen</i>	1
<i>Aufbereitungsanlagen</i>	4
<i>Pumpwerke einschließlich Druckerhöhungsanlagen</i>	25
<i>Hochbehälter / Tiefbehälter</i>	37
<i>Notbrunnen nach dem Wassersicherungsgesetz</i>	19

Die Länge des Rohrnetzes betrug im Berichtsjahr 713 km. Für die Hausanschlusssleitungen wurden im Versorgungsgebiet der VWM insgesamt 365,8 km vorgehalten. Damit wurde für die Wasserversorgung ein Gesamtrohrnetz mit einer Länge von 1.078,8 km zum 31. Dezember 2014 betrieben.

Für die Wassermessung sind 32.446 Wasserzähler in den Haushalten bzw. für die Messung der Entnahme über Standrohre (303 Stück) und Großwasserzähler (75 Stück) im Einsatz.

Das Versorgungsgebiet der VWM ist durch die starke landschaftliche Gliederung des Mittelrheingebirges gekennzeichnet. Daher sind im Versorgungsgebiet 66 verschiedene Druckzonen vorhanden. Der spezifische Wasserbedarf (einschließlich der Verluste und des Eigenbedarfs der VWM sowie der unkontrollierten Verbräuche) liegt bei rund 173 Liter/Einwohner/Tag.

Wirtschaftliches Ergebnis

<i>Wasserabgabe</i>	<i>(Vorjahr 8.997 Tm³)</i>	9.098 Tm ³
<i>Eigenverbrauch/Verluste</i>	<i>(Vorjahr 999 Tm³)</i>	1.010 Tm ³
<i>Wasserverkauf</i>	<i>(Vorjahr 7.998 Tm³)</i>	8.088 Tm ³

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz	2013	2014
A. Anlagevermögen	46.785.591,75	46.980.302,75
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	27.403,00	18.007,00
II. Sachanlagen	46.706.634,00	46.915.085,00
III. Finanzanlagen	51.554,75	47.210,75
B. Umlaufvermögen	3.252.181,41	3.215.921,07
I. Vorräte	18.082,09	19.082,28
II. Forderungen u. sonst. Verm.	3.018.711,06	2.928.007,74
III. Kassenbestand	215.388,26	268.831,05
C. Rechnungsabgrenzungsposten	94.143,00	90.953,00
Bilanzsumme	50.131.916,16	50.287.176,82
A. Eigenkapital	18.301.832,44	18.423.139,15
I. Gez. Kapital	7.669.378,22	7.669.378,22
II. Kapitalrücklage	5.410.968,98	5.410.968,98
III. Gewinnrücklage	4.484.000,00	4.486.000,00
IV. Gewinnvortrag	562,78	485,24
V. Bilanzgewinn	736.922,46	856.306,71
B. Sonderposten mit Rücklageanteil	1.183.695,00	1.341.049,00
C. Empfangene Ertragszuschüsse	408.076,00	304.247,00
D. Rückstellungen	26.000,00	26.000,00
E. Verbindlichkeiten	30.212.312,72	30.192.741,67
F. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
Bilanzsumme	50.131.916,16	50.287.176,82

Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung	2013	2014
Umsatzerlöse	15.871.040,88	16.020.533,96
sonstige Erträge	295.951,70	339.210,73
Gesamtleistung	16.166.992,58	16.359.744,69
Materialaufwand	5.863.371,45	5.885.249,86
a) Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe	1.879.592,90	1.984.158,13
b) Aufwendungen f. bez. Leistungen	3.983.778,55	3.901.091,73
Rohertrag	10.303.621,13	10.474.494,83
Personalaufwand	0,00	0,00
Abschreibungen	2.707.331,00	2.711.348,00
Konzessionsabgabe	2.045.467,52	2.074.267,91
sonstige betr. Aufwendungen	3.521.525,08	3.600.660,89
Sonst. Zinsen u. ähnliche Erträge	1.545,23	2.618,01
Sonst. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	891.083,17	790.043,65
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.139.759,59	1.300.792,39
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	386.074,70	427.433,76
sonstige Steuern	16.762,43	17.051,92
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	736.922,46	856.306,71

Bilanzkennzahlen

Ertragslage

		2013	2014
Rentabilität			
Eigenkapitalrentabilität	%	4,0	4,6
Gesamtrentabilität	%	3,2	3,3

		2013	2014
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	--	--

Vermögensaufbau

		2013	2014
Anlagenintensität	%	93,3	93,4
Intensität des Umlaufvermögens	%	6,7	6,6

Anlagenfinanzierung

		2013	2014
Anlagendeckung I	%	39,1	39,2
Anlagendeckung II	%	75,5	69,0

Kapitalausstattung

		2013	2014
Eigenkapitalquote	%	36,5	36,7
Fremdkapitalquote	%	63,5	63,3

Liquidität

		2013	2014
Liquiditätsgrad	%	22,6	18,5

Lage des Unternehmens

Finanz- und Vermögenslage

Das Bilanzvolumen beläuft sich zum 31. Dezember 2014 auf 50.287 T€. Der Schwerpunkt der Investitionstätigkeit lag in den Erneuerungen und Erweiterungen im Rohrnetzbereich. Die Eigenkapitalausstattung beträgt 36,7 %. Die in der Versorgungswirtschaft als wünschenswert betrachtete Eigenkapitalausstattung in

Höhe von 30 bis 40 % ist somit erreicht. Die Gesellschaft konnte in 2014 jederzeit ihren finanziellen Verpflichtungen nachkommen.

Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2014 schließt mit einem Jahresüberschuss von 856.306,71 € (Vorjahr 736.922,46 €) ab. Unter Hinzurechnung des Gewinnvortrages aus dem Vorjahr in Höhe von 485,24 € ergibt sich ein Bilanzgewinn von 856.791,95 € (Vorjahr 737.485,24).

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

Keine

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Konzessionsabgaben:	1.766.221,34 €
Vorauszahlung Gewerbesteuer für 2014	191.580,00 €
Grundsteuer:	14.275,10 €

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2014

Aufsichtsratsvergütung/ Sitzungsgelder (auch Gesellschafterversammlung)	19.785,00 €
--	-------------

Die Geschäftsführerin erhält von der Gesellschaft für ihre Tätigkeit keine Bezüge.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Absatz 1 GemO.

Das Unternehmen hat Bestandsschutz.

Im Berichtsjahr gab es keinen Anlass die bisherige Bewertung zu ändern.

**Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2015**



Wasserwerk Koblenz/Weißenthurm GmbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

07. Dezember 1973; Gesellschaftsvertrag zuletzt geändert am 25. Juli 2013

Stammkapital am 31.12.2014

1.278.240,00 €

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung von Wasser in den für die Verbandsgemeinde Weißenthurm und die Stadtwerke Koblenz GmbH ausgewiesenen Schutzgebieten sowie die Aufbereitung und die Abgabe von Wasser.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck ermöglichen oder fördern können. Sie kann sich dazu insbesondere anderer Unternehmen bedienen, sie errichten, erwerben oder sich an ihnen beteiligen.

Beteiligungsverhältnisse

Stadtwerke Koblenz GmbH	766.940,00 €	60,0 %
Verbandsgemeindewerke Weißenthurm -Wasser-	511.300,00 €	40,0 %

Besetzung der Organe am 31.12.2014

Aufsichtsrat

Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig – Vorsitzender –

*Bürgermeister Georg Hollmann – stellvertretender Vorsitzender -
Eitel Bohn (bis 26.06.2014)*

Bernd Coßmann (bis 26.06.2014)

Uwe Diedrichs-Seidel

Dr. Manfred Bretz

Franz-Peter Hoffend (bis 22.07.2014)

Edgar Kühenthal (bis 26.06.2014)

Manfred Kuhn

Karl Mannheim
Gerd Voell (bis 26.06.2014)
Jürgen Karbach (ab 23.07.2014)
Manfred Bastian (ab 27.06.2014)
Julia Kübler (ab 27.06.2014)
Marion Mühlbauer (ab 27.06.2014)
Stephan Otto (ab 27.06.2014)

Gesellschafterversammlung

Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig – Vorsitzender –
Bürgermeister Georg Hollman – stellvertretender Vorsitzender -
Manfred Diehl (bis 26.06.2014)
Monika Hömberger (bis 26.06.2014)
Jürgen Karbach (bis 22.07.2014)
Uli Klöckner (bis 22.07.2014)
Thorsten Schupp (bis 26.06.2014)
Anita Weis (bis 26.06.2014)
Eitel Bohn (ab 27.06.2014)
Vito Contento
Herbert Dott (ab 27.06.2014)
Thomas Kirsch (ab 27.06.2014)
Andrea Mehlbreuer (ab 27.06.2014)
Thorsten Schneider (ab 27.06.2014)
Achim Jacobs
Wilhelm Kohl
Manfred Moos (ab 23.07.2014)
Hans-Josef Reif (ab 23.07.2014)

Geschäftsführung

Petra Ensel
Markus Roth

Beteiligungen des Unternehmens

Die Gesellschaft hält keine eigenen Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Allgemeines

Die Gesellschaft hat auch im Berichtsjahr jederzeit Trinkwasser in der gesetzlich vorgeschriebenen Qualität und in ausreichender Menge zur Verfügung stellen können. Die vorgenommenen Wasseruntersuchungen führten zu keinen Beanstandungen.

Technische Daten

Die Gesellschaft ist ein reines Förderunternehmen. Das Trinkwasser wird den Abnehmern (Vereinigte Wasserwerke Mittelrhein GmbH und Verbandsgemeindewerke Weißenthurm – Wasserwerk -) am Wasserwerk in Kaltenengers übergeben. Diese speisen es über eine Transportleitung in ihre Versorgungsgebiete ein.

Darstellung des Geschäftsverlaufs

Im Jahre 2014 wurden 6.225.075 Kubikmeter Wasser verkauft. Davon entfielen auf die Vereinigte Wasserwerke Mittelrhein GmbH 3.618.130 Kubikmeter und auf die Verbandsgemeindewerke Weißenthurm – Wasserwerk - 2.606.945 Kubikmeter.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs**Bilanz**

Bilanz	2013	2014
A. Anlagevermögen	4.784.916,58	4.750.245,06
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	13.802,00	12.504,00
II. Sachanlagen	4.771.114,58	4.737.741,06
B. Umlaufvermögen	667.212,16	838.155,93
I. Vorräte	19.825,88	24.105,88
II. Forderungen u. sonst. Verm.	315.551,65	275.005,00
III. Guthaben bei Kreditinstituten	331.834,63	539.045,05
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
Bilanzsumme	5.452.128,74	5.588.400,99
A. Eigenkapital	4.462.869,32	4.544.428,86
I. Gez. Kapital	1.278.240,00	1.278.240,00
II. Kapitalrücklage	665.602,79	665.602,79
III. Gewinnrücklage	2.363.000,00	2.515.000,00
IV. Gewinnvortrag	3.617,71	4.026,53
V. Jahresüberschuss	152.408,82	81.559,54
B. Rückstellungen	91.801,00	223.100,00
C. Verbindlichkeiten	897.458,42	820.872,13
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
Bilanzsumme	5.452.128,74	5.588.400,99

Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung	2013	2014
Umsatzerlöse	1.622.106,20	1.618.519,50
sonstige Erträge	90.374,69	140.627,63
Gesamtleistung	1.712.480,89	1.759.147,13
Materialaufwand	1.155.245,65	1.199.806,54
a) Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe	565.403,47	622.521,42
b) Aufwendungen f. bez. Leistungen	589.842,18	577.285,12
Rohertrag	557.235,24	559.340,59
Personalaufwand	7.080,54	6.934,85
a) Löhne und Gehälter	3.240,00	3.214,00
b) Soziale Abgaben u. Aufwendungen	3.840,54	3.720,85
Abschreibungen	107.877,44	99.385,33
sonstige betr. Aufwendungen	168.678,05	300.831,92
Sonst. Zinsen u. ähnliche Erträge	1.326,41	725,00
Sonst. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	56.187,75	36.658,55
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	218.737,87	116.254,94
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	63.103,87	30.274,68
sonstige Steuern	3.225,18	4.420,72
Jahresüberschuss	152.408,82	81.559,54

Bilanzkennzahlen

Ertragslage

<u>Rentabilität</u>		2013	2014
Eigenkapitalrentabilität	%	3,4	1,8
Gesamrentabilität	%	3,8	2,1

		2013	2014
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	--	--

Vermögensaufbau

		2013	2014
Anlagenintensität	%	87,8	85,0
Intensität des Umlaufvermögens	%	12,2	15,0

Anlagenfinanzierung

		2013	2014
Anlagendeckung I	%	93,3	95,7
Anlagendeckung II	%	104,3	103,8

Kapitalausstattung

		2013	2014
Eigenkapitalquote	%	81,8	81,3
Fremdkapitalquote	%	18,1	18,7

Liquidität

		2013	2014
Liquiditätsgrad	%	144,3	127,8

Lage des Unternehmens

Darstellung der Lage

Zum 31.12.2014 betrug das Bilanzvolumen 5.588.400,99 €. Das Anlagevermögen betrifft im Wesentlichen die Grundstücke ohne Bauten sowie die Wassergewinnungsanlagen. Die Eigenkapitalausstattung beträgt zum Bilanzstichtag 81,3 %. Die in der Versorgungswirtschaft als wünschenswert betrachtete Eigenkapitalausstattung in Höhe von 30 bis 40 % ist somit vorhanden, bzw. überschritten.

Die Liquidität des Unternehmens war jederzeit gegeben.

Es ist ein Jahresüberschuss von 81.559,54 € zu verzeichnen.

Die vor einigen Jahren vollzogene Neuordnung der Brunnenketten hat zu einer Optimierung der Rohwassergewinnung und damit einer wesentlichen Sicherung der Leistungskapazität der gesamten Anlage der Gesellschaft für die nächsten Jahre geführt.

Voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken

Die Geschäftsführung geht von einem nahezu gleichbleibenden Wasserverkauf an die Vereinigte Wasserwerke Mittelrhein GmbH und die Verbandsgemeindewerke Weißenthurm – Wasser – aus. Den Wasserabgabepreis, abgesehen von der Erhöhung durch die Weiterberechnung des Wasserentnahmeentgeltes, auch im Jahre 2015 unverändert zu lassen, hat gute Aussicht auf Erfolg. Die Geschäftsführung rechnet auch für das Jahr 2015 mit einem positiven Ergebnis, voraussichtlich jedoch einem geringeren als dem in 2014 erzielten.

Hinweise auf wesentliche Risiken der künftigen Entwicklung werden derzeit nicht gesehen. Das gleiche gilt für evtl. bestandsgefährdende Risiken.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres haben sich nicht ergeben.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

keine

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Gewerbsteuer 2014:	9.191,00 €
Gewerbsteuer Vorjahr:	8.794,00 €

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2014

Aufsichtsratsvergütung/ Sitzungsgelder (auch Gesellschafterversammlung)	15.725,00 €
--	-------------

Die Geschäftsführung erhielt keine Vergütung.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Absatz 1 GemO.

Das Unternehmen hat Bestandsschutz.

Im Berichtsjahr gab es keinen Anlass die bisherige Bewertung zu ändern.

**Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2015**

Windpark Westerwald GmbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

19. Dezember 2003, letzte Änderung vom 12. Dezember 2006

Stammkapital am 31.12.2014

1.550.000,00 €

Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr.

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Gesellschaft ist

- a) die Entwicklung und Bau des Windparks Westerwald (Waigandshain/Homberg) in der Verbandsgemeinde Rennerod,
- b) die Erbringung von Betriebsführungs- und Dienstleistungen für den Windpark Westerwald (Waigandshain/Homberg).

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Förderung des Unternehmensgegenstandes unmittelbar notwendig oder nützlich sind oder erscheinen.

Beteiligungsverhältnisse

Energieversorgung Mittelrhein AG (bis 30.06.2014 KEVAG)	31,75 %
Naturstrom Rheinland-Pfalz GmbH, Koblenz	22,67 %
Stadtwerke Haiger, Haiger	17,16 %
Stadtwerke Herborn GmbH, Herborn	17,16 %
Stadtwerke Koblenz GmbH, Koblenz	9,68 %
WW-Holding und Dienstleistungen GmbH, Trier	1,58 %

Besetzung der Organe am 31.12.2014

Gesellschafterversammlung

In der Gesellschafterversammlung üben die Gesellschafter ihre Gesellschaftsrechte durch ihre Vertretungsorgane oder durch von ihnen beauftragte Bevollmächtigte aus.

Geschäftsführung

Arthur Kößele, Stefan Dietz (gemeinsam vertretungsberechtigt)

Beteiligungen des Unternehmens

Die Gesellschaft hält keine eigenen Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Grundlagen des Unternehmens

Die Windpark Westerwald GmbH wurde am 19.12.2003 gegründet. Sie betreibt den Windpark Westerwald am Standort Waigandshain/Homberg in der Nähe der Fuchskaute im hohen Westerwald.

Der Windpark besteht aus zwölf Windenergieanlagen (WEA) mit je 1,5 MW elektrischer Leistung. Zehn WEA stehen im Eigentum der Energieversorgung Mittelrhein AG (evm AG), zwei WEA befinden sich im Eigentum der Gesellschaft. Die Beteiligungsverhältnisse an der Gesellschaft sind unverändert zum Vorjahr. In bewährter Weise wird dieser Windpark als Gemeinschaftskraftwerk im Verbund mit der evm AG betrieben.

Die Windkraftanlagen speisen Strom auf der Grundlage der Vergütungsregelung gemäß des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) 2004 in das öffentliche Netz ein.

Darstellung des Geschäftsverlaufs

Die regelmäßigen Wartungsarbeiten im Geschäftsjahr konnten, wie in den vergangenen Jahren, bei windschwacher Witterung durchgeführt werden. Darüber hinaus kam es zu folgenden wesentlichen Instandhaltungsarbeiten: Ein Umrichter und vier Leistungsschalter mussten erneuert sowie ein Lagertausch an einer Getriebewelle vorgenommen werden. Die halbjährlichen Getriebeendoskopien an den noch vorhandenen ZD-Getrieben der WEA 303 und 308 zeigten, dass beide Getriebe leichte Auffälligkeiten im Bereich der Stirnrad- bzw. Planetenstufe zeigen und weiter regelmäßig zu überwachen sind. Es entstand keine wesentliche Betriebsunterbrechung, die gemeldeten Schäden wurden anteilig durch den Versicherer über die bestehende Maschinenversicherung reguliert.

Des Weiteren wurden zunächst in drei WEA Nebenstromölfilteranlagen installiert. Durch die regelmäßige Filterung des Getriebeöls bleibt die Ölrinheit hoch und die Wechselintervalle können damit deutlich verlängert werden.

Außerdem erfolgte die Umrüstung der Windpark-Kommunikationsverbindung auf UMTS, da die bisher bestehende Richtfunkstrecke, aufgrund des Rückbaus einer dafür genutzten Windkraftanlage, demontiert werden musste.

In den windschwachen Monaten des dritten Quartals wurden die wiederkehrenden Rotorblattinspektionen an vier der zwölf Windenergieanlagen planmäßig durchgeführt.

Die Gesellschaft unterhält mit der evm AG einen langfristigen Geschäftsbesorgungsvertrag über alle Angelegenheiten des Windparks und mit einer ortsansässigen Wartungsfirma einen Dienstleistungsvertrag über die technische Betriebsführung, Wartung sowie Instandhaltung. Er sichert die kurzfristigen Reaktionszeiten aufgrund der räumlichen Nähe des Dienstleisters zum Windpark Westerwald. Des Weiteren besteht mit der evm AG und ihrem Netzbetreiber ein Vertrag über die Beistellung kaufmännischer Ressourcen einschließlich der Geschäftsführung sowie ein Wartungsvertrag über die 20 kV Systeme des Windparks. Damit kann bei der Gesellschaft auf eigenes Personal verzichtet werden. Die Verträge sind planmäßig erfüllt worden.

Der seit dem 01.01.2012 bestehende Direktvermarktungsvertrag mit der Naturstrom Rheinland-Pfalz GmbH, der die Direktvermarktung gemäß EEG 2012 nach dem sogenannten Marktprämienmodell (gemäß Managementprämienverordnung MaPrV) beinhaltet, wurde im Geschäftsjahr auf die evm AG übertragen und planmäßig fortgesetzt.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz	2013	2014
A. Anlagevermögen	2.558.496,41	2.251.757,97
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	142.944,18	131.266,18
II. Sachanlagen	2.415.552,23	2.120.491,79
B. Umlaufvermögen	895.501,45	785.683,16
II. Forderungen u. sonst. Vermögensgegenstände	530.047,50	494.376,55
III. Kassenbestand	365.453,95	291.306,61
C. Rechnungsabgrenzungsposten	11.979,68	2.395,64
Bilanzsumme	3.465.977,54	3.039.836,77
A. Eigenkapital	1.728.103,37	1.724.324,49
I. Gez. Kapital	1.550.000,00	1.550.000,00
II. Gewinnvortrag	102.738,14	113.103,37
III. Jahresüberschuss	75.365,23	61.221,12
B. Sonderposten	587.797,62	540.773,81
C. Rückstellungen	5.139,40	3.900,00
D. Verbindlichkeiten	1.144.937,15	770.838,47
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
Bilanzsumme	3.465.977,54	3.039.836,77

Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung	2013	2014
Umsatzerlöse	3.568.983,49	3.246.529,09
sonstige Erträge	47.145,99	47.081,14
Gesamtleistung	3.616.129,48	3.293.610,23
Materialaufwand	3.123.687,88	2.824.076,90
a) Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe	2.566.322,55	2.380.382,98
b) Aufw. f. bez. Leistungen	557.365,33	443.693,92
Rohertrag	492.441,60	469.533,33
Personalaufwand	0,00	0,00
Abschreibungen	308.078,51	306.738,44
sonstige betr. Aufwendungen	47.652,23	55.634,64
Sonst. Zinsen u. ähnliche Erträge	445,25	184,96
Sonst. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	31.510,59	20.722,80
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	105.645,52	86.622,41
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	30.280,29	25.401,29
sonstige Steuern	0,00	0,00
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	75.365,23	61.221,12

Bilanzkennzahlen**Ertragslage**

<u>Rentabilität</u>		2013	2014
Eigenkapitalrentabilität	%	3,7	3,6
Gesamtrentabilität	%	3,1	2,7

		2013	2014
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	--	--

Vermögensaufbau

		2013	2014
Anlagenintensität	%	73,8	74,1
Intensität des Umlaufvermögens	%	26,2	25,9

Anlagenfinanzierung

		2013	2014
Anlagendeckung I	%	79,0	88,6
Anlagendeckung II	%	79,0	88,6

Kapitalausstattung

		2013	2014
Eigenkapitalquote	%	58,3	65,6
Fremdkapitalquote	%	41,7	34,4

Liquidität

		2013	2014
Liquiditätsgrad	%	62,8	75,4

Lage des Unternehmens**Wirtschaftliche Lage**

Das Jahr 2014 begann für den Windpark Westerwald mit sehr guten Winderträgen. Aufgrund der milden Witterung im Monat Januar (+1%) und insbesondere im Februar (+39%) konnte der Planansatz im ersten Quartal kumuliert um 5% übertroffen werden. Dabei blieb der März jedoch erheblich hinter den Erwartungen zurück (-21%). Das sommerliche Frühjahr und der Frühsommer sorgten für geringere Windausbeute als geplant. Im 2. Quartal konnte nur im Mai die Planmenge erzeugt werden, die Monate April (-19%) und Juni (-30%) waren von einer sehr windarmen Witterung geprägt. Kumuliert war somit eine Unterschreitung des Plans von 4% auszuweisen.

Der Sommer war danach geprägt von einem warmen Juli mit einhergehender niedriger Erzeugungsmenge und auch im sehr regnerischen und kühlen August konnten nur leicht überplanmäßige Windverhältnisse verzeichnet werden. Der September zeigte sich spätsommerlich warm und windschwach (-29%). Somit wurde der kumulierte Planansatz zum 3. Quartal um 1,7 Mio. kWh (-7%) unterschritten.

Im letzten Quartal des Jahres setzte sich die windarme, spätsommerliche Witterung fort, so dass sowohl im Oktober (-25%) als auch im November (-27%) Unterdeckungen auszuweisen waren.

Eine erneut, wie in den beiden Vorjahren stürmische Wetterlage im Dezember, insbesondere wieder über die Weihnachtstage, sorgte dann für eine überplanmäßige Stromerzeugungsmenge (+6%).

Insgesamt wurde für die erzeugte Menge der Planansatz im Jahr 2014 um 9% unterschritten. Sie lag mit 31,7 Mio. kWh deutlich unter dem Niveau der Windernte des Vorjahres (34,2 Mio. kWh entsprechend -7%). Die durchschnittlich gemessene Windgeschwindigkeit im Windpark bewegte sich mit -4% ebenfalls unter Vorjahresniveau.

Die Stromeinspeisungen der Windpark Westerwald GmbH (5,3 Mio. kWh) werden im technischen Verbundbetrieb mit den Anlagen der evm AG über eine gemeinsame Messstelle ermittelt und sind deshalb zusammen mit den

Einspeiseerträgen der evm AG (26,4 Mio. kWh) ermittelt. Die Einspeiseverluste bis zum Netzverknüpfungspunkt an der Umspannanlage Höhn beliefen sich auf rd. 2%.

Insgesamt hat der Windpark eine Jahresbenutzungsdauer von 1.762 Stunden bzw. rd. 20% erreicht. Durch den Windparkbetrieb konnten rd. 24.000 Tonnen CO₂-Emissionen vermieden werden. Die Parkverfügbarkeit lag bei 99,2%.

Ertragslage

Die Erlössituation entwickelte sich entsprechend der erzeugten Windenergie. Es traten keine wesentlichen Ertragsausfälle auf, die zu einer Entschädigung über die Betriebsunterbrechungsversicherung geführt hätten. Ebenso wurden keine vergütungspflichtigen Abschaltungen seitens Netzbetreiber oder Direktvermarkter vorgenommen.

Die Einspeiseerlöse, bezogen auf die zwei Windenergieanlagen, die sich im Eigentum der Windpark Westerwald GmbH befinden, belaufen sich auf 473 T€ (Vorjahr 510 T€, -7,3%).

Bei den Aufwandspositionen zeigt sich ein Rückgang der Fremdleistungen gegenüber dem Vorjahr, ebenfalls bezogen auf die zwei im Eigentum der Windpark Westerwald GmbH befindlichen Windenergieanlagen auf 36 T€ (Vorjahr 53 T€). Diese im Vorjahr erhöhten Instandhaltungsaufwendungen (Umrichterschäden, Fundamentsanierungen, Rotorblattinspektionen an 8 WEA) reduzierten sich im laufenden Geschäftsjahr im Wesentlichen aufgrund der planmäßig nur an 4 WEA durchgeführten Instandsetzungsarbeiten der Rotorblätter. Weiterhin trat nur ein Umrichterschaden an einer WEA auf. Zusätzlich musste das Lager einer Getriebewelle ausgetauscht werden.

Aufgrund des windschwachen Gesamtjahres liegt das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit mit 87 T€ um 18% unter dem Vorjahr (106 T€). Der Jahresüberschuss beträgt 61 T€ (Vorjahr 75 T€).

Vermögenslage

Auf der Aktivseite ist das Sachanlagevermögen mit 2.252 T€ (Vorjahr 2.559 T€) bzw. 74 % der Bilanzsumme der größte Posten, auf der Passivseite werden im Fremdkapital die Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen mit 541 T€ (Vorjahr 588 T€) bzw. 18 % der Bilanzsumme sowie die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, Lieferungen und Leistungen und gegenüber Gesellschaftern mit 771 T€ (Vorjahr 1.145 T€) bzw. 25 % der Bilanzsumme ausgewiesen.

Die Eigenkapitalquote beträgt 57 %. Unter Berücksichtigung von 50 % des Sonderpostens ergibt sich eine Quote von 66 %. Die Eigenkapitalrentabilität für das Jahr 2014 liegt bei 3,6%.

Im Geschäftsjahr wurden keine Investitionen getätigt.

Finanzlage

Der Finanzmittelbestand der Gesellschaft lag zum 31.12.2014 bei 291 T€ (Vorjahr 365 T€). Die Gesellschaft verfügt über ausreichend finanzielle Mittel, um jederzeit ihren Verpflichtungen nachkommen zu können. Die Finanzlage der Gesellschaft ist geordnet.

Nachtragsbericht

Vorgänge, welche nach dem Schluss des Berichtszeitraums eingetreten und von besonderer Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sind, haben sich nicht ergeben.

Risikobericht

Für eines der zwei ZD-Getriebe besteht, aufgrund einer Sondervereinbarung wegen Serienschäden mit dem Versicherer, kein weiterer Schutz über die Maschinenversicherung. Dieses Getriebe wird in regelmäßigen Abständen endoskopiert, um bei einer wesentlichen Verschlechterung des Zustandes rechtzeitig Maßnahmen ergreifen zu können.

Aufgrund regelmäßiger Pläne der Bundesregierung, das EEG zu reformieren, besteht weiterhin auch das Risiko, dass EEG-Bestandsanlagen finanziell betroffen sein können.

Chancenbericht

Die Validierung der im Vorjahr vorgenommenen Leistungskurvenoptimierung an einer WEA war im Berichtsjahr noch nicht abgeschlossen. Es liegen erste Ergebnisse vor, die noch final beurteilt werden müssen. Eine dadurch mögliche Leistungssteigerung des gesamten Windparks wird untersucht.

Prognose

Die geplante Windparkerweiterung am Standort Waigandshain/Homberg wird aktuell nicht weiterverfolgt. Mögliche Investitionen oder Beteiligungen an anderen Windparkprojekten, insbesondere im Westerwald, werden laufend geprüft.

Der bestehende Direktvermarktungsvertrag mit der Energieversorgung Mittelrhein AG - aufgrund der Fusion von EVM GmbH und KEVAG ging der Vertrag auf evm AG über – wurde für ein weiteres Jahr verlängert.

Im Januar 2015 hat der Windpark Westerwald, wie zu Beginn des vorigen Jahres, aufgrund der milden und stürmischen Witterung Winderträge nahezu in Höhe des Planansatzes verbuchen können. Insbesondere in der Mitte des Monats wurden überdurchschnittliche Erträge erzielt.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

Keine

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Gewerbesteuer: 4.982,32 € (lt. vorläufiger Steuerermittlung)

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2014

keine

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Absatz 1 GemO.

**Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2015**

**Diakonisches Bildungszentrum
Mittelrhein-Mosel gGmbH**

Rechtsform

gGmbH

Gegründet

19. September 2005

Stammkapital am 31.12.2014

30.000,00 €

Gegenstand des Unternehmens

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung und Durchführung von Ausbildung und Bildung sowie die Weiterbildung in allen diakonischen Berufen des Gesundheits- und Sozialwesens, besonders der Gesundheits- und Krankenpflege, der Gesundheits- und Kinderkrankenpflege sowie der Altenpflege und der Beruf der Erziehungshilfe sowie der Hilfe für Menschen mit Behinderungen.

Alle Aktivitäten der GmbH dienen der Achtung vor dem menschlichen Leben nach den Aussagen der Bibel und den reformatorischen Bekenntnissen.

Zur Erfüllung ihres Zweckes erwirbt, errichtet und betreibt die Gesellschaft Ausbildungsstätten und erforderlichenfalls auch Wohnräume mit Hotelbetrieb für die Schülerinnen und Schüler und andere Personen.

Die Gesellschaft kann alle Geschäfte eingehen, die zur Erreichung oder Förderung des Gesellschaftszwecks dienlich sind.

Beteiligungsverhältnisse

Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein GmbH	15.300,00 €	51,0 %
Rheinische Gesellschaft für Innere Mission Und Hilfswerk GmbH	3.000,00 €	10,0 %
Ev. und Johanniter-Krankenhaus Dierdorf/Selters gGmbH	1.500,00 €	5,0 %
Evangelische Altenhilfe und Krankenpflege Nahe-Hunsrück-Mosel gGmbH	1.500,00 €	5,0 %

Stiftung Bethesda-St. Martin	1.500,00 €	5,0 %
Verein der Schmiedelanstalten e. V.	1.500,00 €	5,0 %
Ev. Elisabeth-Krankenhaus Trier gGmbH	1.500,00 €	5,0 %
Frauenhilfs-Diakonieschwesternschaft im Rheinland e. V.	1.500,00 €	5,0 %
Diakonisches Werk der ev. Kirche im Rheinland e. V.	1.700,00 €	5,7 %
Diakonisches Werk an der Saar gGmbH	200,00 €	0,9 %
Evangelischer Kirchenkreis, Trier	100,00 €	0,3 %
Evangelische Kirche im Großherzogtum Luxemburg	100,00 €	0,3 %
Protestantisch-Reformierte Kirche von Luxemburg	100,00 €	0,3 %
Evangelischer Kirchenkreis Koblenz	100,00 €	0,3 %
Evangelischer Kirchenkreis Simmern-Trarbach	100,00 €	0,3 %
Evangelischer Kirchenkreis Braunsfels	100,00 €	0,3 %
Evangelischer Kirchenkreis Wetzlar	100,00 €	0,3 %
Evangelischer Kirchenkreis Obere Nahe	100,00 €	0,3 %

Besetzung der Organe am 31.12.2014

Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafter entsenden ihre Vertreter in die Gesellschafterversammlung.

Geschäftsführung

Herr Falko Rapp

Herr Pfarrer i. R. Klaus Schneidewind

Beteiligungen des Unternehmens

Die Gesellschaft hält keine eigenen Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Der Prüfbericht für 2014 liegt noch nicht vor.

Bilanz

Bilanz	2013
A. Anlagevermögen	1.064,71
I. Sachanlagen	1.064,71
C. Umlaufvermögen	52.070,77
I. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	22.472,79
II. Guthaben bei Kreditinstituten	29.597,98
Bilanzsumme	53.135,48

Bilanz	2013
A. Eigenkapital	43.841,76
I. Gezeichnetes Kapital	30.000,00
II. Gewinnrücklagen	900,00
III. Gewinnvortrag	27.206,60
IV. Jahresfehlbetrag	-14.264,84
B. Rückstellungen	7.700,00
C. Verbindlichkeiten	1.593,72
Bilanzsumme	53.135,48

Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung	2013
Umsatzerlöse	40.063,11
sonstige Erträge	85.608,62
Gesamtleistung	125.671,73
Materialaufwand	17.140,96
a) Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe	0,00
b) Aufwendungen f. bezogene Leistungen	17.140,96
Rohertrag	108.530,77
Personalaufwand	91.760,62
a) Löhne und Gehälter	72.142,07
b) Soziale Abgaben u. Aufwendungen	19.618,55
Abschreibungen	168,11
sonstige betr. Aufwendungen	31.528,82
Sonst. Zinsen u. ähnliche Erträge	661,94
Sonst. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	0,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-14.264,84
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	0,00
sonstige Steuern	0,00
Jahresfehlbetrag	-14.264,84

Bilanzkennzahlen

Für 2014 konnten auf Grund des noch nicht vorliegenden Prüfberichtes keine Kennzahlen ermittelt werden.

Ertragslage

Rentabilität		2013
Eigenkapitalrentabilität	%	-32,5
Gesamrentabilität	%	-26,8

		2013
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	20,0

Vermögensaufbau

		2013
Anlagenintensität	%	2,0
Intensität des Umlaufvermögens	%	98,0

Anlagenfinanzierung

		2013
Anlagendeckung I	%	--
Anlagendeckung II	%	--

Kapitalausstattung

		2013
Eigenkapitalquote	%	83,5
Fremdkapitalquote	%	17,5

Liquidität

		2013
Liquiditätsgrad	%	560,3

Lage des Unternehmens

Der aktuelle Lagebericht liegt noch nicht vor.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

Da der aktuelle Prüfbericht noch nicht vorliegt, können hierzu keine Angaben gemacht werden.

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Da der aktuelle Prüfbericht noch nicht vorliegt, können hierzu keine Angaben gemacht werden.

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2014

Da der aktuelle Prüfbericht noch nicht vorliegt, können hierzu keine Angaben gemacht werden.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die nicht wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Abs. 4 Nr. 1 GemO.

**Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2015**

Gesundheitszentrum zum Heiligen Geist GmbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

12. September 2002; zuletzt geändert am 11. Juni 2008

Stammkapital am 31.12.2014

100.000,00 €

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines Krankenhauses und eines Seniorenhauses in Boppard; Pflege und Betreuung, seelsorgerische Begleitung von kranken, alten, altersschwachen, körperlich gebrechlichen und hilfsbedürftigen Menschen sowie Aufgaben der Geburtshilfe.

Beteiligungsverhältnisse

Die Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein gGmbH ist Alleingesellschafter.

Besetzung der Organe am 31.12.2014

Geschäftsführung

Dipl.-Kfm. Falko Rapp

Aufsichtsrat

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.

Gesellschafterversammlung

Der Alleingesellschafter entsendet seine Vertreter in die Gesellschafterversammlung.

Beteiligungen des Unternehmens

Die Gesellschaft hält keine eigenen Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Die Gesellschaft war bis zum 31.12.2013 Trägerin des Krankenhauses Hospital zum Heiligen Geist in Boppard sowie des Altenheims „Belgrano“ in Boppard. Mit Wirkung zum 01. Januar 2014 wurde das Krankenhaus auf die Muttergesellschaft übertragen. Mit gleichem Stichtag erfolgte auch die Übertragung der bei der Muttergesellschaft angesiedelten Altenheime in Koblenz (St. Martin) und Nastätten (Paulinenstift) auf die Gesundheitszentrum zum Heiligen Geist GmbH.

Die Gesundheitszentrum zum Heiligen Geist GmbH ist somit Trägerin der drei Altenhilfeeinrichtungen an den Standorten Koblenz, Boppard und Nastätten.

Die Gesellschaftsanteile der Gesundheitszentrum zum Heiligen Geist GmbH befinden sich zu 100 % im Besitz der Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein gGmbH. Am Standort Boppard betreibt die Gesundheitszentrum zum Heiligen Geist GmbH das Wohnstift zum Heiligen Geist, „Belgrano“, welches 100 vollstationäre Pflegeplätze vorhält. In dem ehemaligen Seniorenhausgebäude „Carolushaus“ ist die Kurzzeitpflege-Abteilung mit 16 Plätzen und der Tagesraum für die Tagespflegegäste untergebracht.

im April 2014 wurden im Dechant-Berger-Haus Wohnungen für Betreutes Wohnen eröffnet. Insgesamt entstanden dort 30 Eigentumswohnungen in unterschiedlichen Größen. Die Gesundheitszentrum zum Heiligen Geist GmbH bietet die Grund-Service-Leistungen an, wie z. B. die 24-Stunden-Notruf-Möglichkeit. Wahlleistungen können von den Mietern individuell bestellt und in Anspruch genommen werden.

In der südlichen Vorstadt von Koblenz liegt die voll stationäre Pflegeeinrichtung „Wohnstift St. Martin“ mit 44 Plätzen, inklusive einem Kurzzeitpflegeplatz. Darüber hinaus verfolgt die Pflegeeinrichtung Wohnstift St. Martin über acht Wohnungen Betreutes Wohnen. Hier ist die Gesundheitszentrum zum Heiligen Geist GmbH sowohl Vermieter als auch Anbieter der Service-Leistungen. Desweiteren werden die Grundleistungen für den benachbarten 123 Wohnungen umfassenden Wohnpark am Stift abgedeckt.

Am Standort in Nastätten betreibt die Gesundheitszentrum zum Heiligen Geist GmbH ebenfalls eine voll stationäre Pflegeeinrichtung, den „Wohnpark am Paulinenstift“ mit 73 Plätzen, inklusive 10 Kurzzeitpflegeplätzen. Desweiteren gibt es 10 integrierte Tagespflegeplätze und 11 Wohnungen des Betreuten Wohnens.

Wirtschaftsbericht**Geschäftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen**

An den allgemeinen Rahmenbedingungen in der Altenhilfe haben sich im Vergleich zu 2013 keine großen Veränderungen ergeben. Nach wie vor problematisch ist der Fachkräftemangel in der Alten- und Krankenpflege.

Um dieser Entwicklung gegen zu steuern, legt man in der Gesundheitszentrum zum Heiligen Geist GmbH verstärkten Wert auf die Ausbildung von eigenen Altenpflegefachkräften.

Maßgeblich für die Altenhilfe sind das Sozialgesetzbuch XI (Pflegeversicherung) und das Landesgesetz über Wohnformen und Teilhabe (LWTG), welches im Jahr 2009 das vorher geltende Heimgesetz abgelöst hat. Die näheren Ausführungen zu diesem Gesetz sind in der im Jahr 2013 in Kraft getretenen Landesverordnung zur Durchführung des Landesgesetzes über Wohnformen und Teilhabe festgeschrieben. Kontrolliert werden die gesetzlichen Auflagen durch die Beratungs- und Prüfbehörde des Landesamtes für Soziales, Jugend und Versorgung, deren Vertreter auch im Jahr 2014 sowohl in Boppard als auch in Koblenz Überprüfungen durchgeführt haben.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs**Bilanz**

Bilanz	2013	2014
	T€	€
A. Anlagevermögen	1.638	1.304.064,38
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	5	6.845,36.
II. Sachanlagen	1.633	1.297.219,02
B. Umlaufvermögen	5.009	2.749.323,62
I. Vorräte	369	0,00
II. Forderungen u. sonst. Verm.	4.494	984.962,04
III. Kassenbestand	146	1.764.361,58
C. Ausgleichsposten aus Betriebsüberlassung	259	259.229,26
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	13.728,14
Bilanzsumme	6.906	4.326.345,40
A. Eigenkapital	873	3.433.442,02
I. Gez. Kapital	100	100.000,00
II. Kapitalrücklage	2.826	5.138.835,85
III. Gewinnrücklagen	79	79.000,00
IV. Verlustvortrag	-2.892	-2.131.295,64
V. Jahresüberschuss	760	246.901,81
B. SoPo zur Finanzierung des Sachanlageverm.	806	2.958,52
C. Rückstellungen	879	376.365,48
D. Verbindlichkeiten	4.334	484.151,27
E. Rechnungsabgrenzungsposten	14	29.428,11
Bilanzsumme	6.906	4.326.345,40

Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung	2013	2014
	T€	€
Umsatzerlöse	19.749	8.454.802,00
Bestandsveränderung	45	0
sonstige Erträge	1.936	912.470,51
Gesamtleistung	21.730	9.367.272,51
Materialaufwand	4.200	1.309.770,88
a) Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe	2.490	745.699,13
b) Aufw. f. bez. Leistungen	1.710	564.071,75
Rohertrag	17.530	8.057.501,63
Personalaufwand	11.474	4.727.662,53
a) Löhne und Gehälter	9.279	3.724.519,26
b) Soziale Abgaben u. Aufwendungen	2.195	1.003.143,27
Abschreibungen	347	154.218,50
sonstige betr. Aufwendungen	4.919	2.911.680,25
Sonst. Zinsen u. ähnliche Erträge	1	415,63
Sonst. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	29	17.454,17
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	762	246.901,81
Außerordentliche Erträge	0	0,00
sonstige Steuern	2	0,00
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	760	246.901,81

Bilanzkennzahlen**Ertragslage**

<u>Rentabilität</u>		2013	2014
Eigenkapitalrentabilität	%	87,3	7,2
Gesamtrentabilität	%	11,5	6,1

		2013	2014
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	220,9	89,1

Vermögensaufbau

		2013	2014
Anlagenintensität	%	23,7	30,1
Intensität des Umlaufvermögens	%	76,3	69,9

Anlagenfinanzierung

		2013	2014
Anlagendeckung I	%	53,3	263,3
Anlagendeckung II	%	65,6	276,2

Kapitalausstattung

		2013	2014
Eigenkapitalquote	%	12,6	79,4
Fremdkapitalquote	%	87,4	20,6

Liquidität

		2013	2014
Liquiditätsgrad	%	104,8	419,2

Lage des Unternehmens**Geschäftsverlauf**

Das Jahr 2014 war bezüglich der Nachfrage und der Auslastung der Einrichtungen für die Gesundheitszentrum zum Heiligen Geist GmbH ein positives Jahr. Es wurde in 2014 ein Jahresüberschuss in Höhe von 247 T€ erzielt.

Auch die Kurzzeitpflege-Abteilung in Boppard konnte die Auslastung in 2014 steigern. Auch in der Tagespflege stieg die Nachfrage erheblich.

Die Zahl der Mitarbeiter hat sich in 2014 (gegenüber 2013) erhöht. Vor allem der Bereich der sozialen Betreuung und der Zusatzbetreuungskräfte nach § 87b SGB XI wurde verstärkt. Neben der Pflege nimmt der Bereich der sozialen Betreuung eine immer größer werdende Bedeutung in der Altenhilfe ein. Daher wurde in Boppard in Form eines strategischen Projektes die soziale Betreuung komplett überarbeitet und neu aufgestellt. Die Ergebnisse des Projektes wurden dann auf die anderen beiden Häuser übertragen. In Boppard und Nastätten gibt es jetzt auch eigene Leitungen für diesen Bereich, hierarchisch auf gleicher Ebene mit den Wohnbereichsleitungen. Im Rahmen des Projektes wurden auch viele neue Aktivitäten für die Bewohner eingeführt.

Ein strategisches Ziel für das Jahr 2014 war die Vertiefung der Kenntnisse zum Thema Demenz. Auch den Angehörigen und interessierten Bürgern wurden an den Standorten Boppard und Nastätten abendliche Fortbildungen und Gesprächskreise zum Thema Demenz angeboten.

Im Qualitätsmanagement sind alle drei Altenhilfeeinrichtungen gut aufgestellt. Seit 2009 werden gesetzlich vorgeschriebene sogenannte Transparenzberichte über Pflege Einrichtungen im Internet veröffentlicht. Sie sollen verständlich, übersichtlich und vergleichbar über die von Pflegeeinrichtungen erbrachten Leistungen und ihre Qualität informieren.

im Oktober 2014 fand erfolgreich die Rezertifizierung im Rahmen der DIN-EN-ISO 9001- 2008 Zertifizierung statt. Vorher wurden an allen drei Standorten die jährlichen Qualitätsbefragungen der Bewohner, Mitarbeiter und Angehörigen durchgeführt und ausgewertet.

Nachdem die edv-gestützte Bewohnerdokumentation in den Seniorenhäusern in Boppard und Koblenz bereits erfolgreich etabliert ist, wurde in 2014 diese in der neuesten Version auch in der Kurzzeitpflege in Boppard eingeführt. In 2015 folgt dann noch die Umsetzung in dem Nastättenener Seniorenhaus.

Ertragslage

Innerhalb der Ertragslage werden die Zahlen des Geschäftsjahres mit den vergleichbaren Zahlen der Altenhilfeeinrichtungen in Koblenz, Boppard und Nastätten gegenübergestellt.

Danach haben sich die Erträge aus Pflegeleistungen um 357 T€ erhöht. Ursächlich für diesen Anstieg ist die verbesserte Auslastung und damit verbundene Erhöhung der abgerechneten Pfl egetage.

Bezüglich der Entgelte, die von den Bewohnern bzw. Gästen zu zahlen sind, gab es in Rheinland-Pfalz im Jahr 2014 zwei Veränderungen. Zum 01.01.2014 stieg der Ausbildungsrefinanzierungsbetrag für den voll stationären Bereich, Kurzzeitpflege und für den teil stationären Bereich. Darüber hinaus wurde von der Pflegegesellschaft mit den Kostenträgern für alle Einrichtungen in Rheinland-Pfalz eine pauschale kostenbezogene Vergütungsanpassung von 3,13 % für die Bereiche Pflege, Unterkunft und Verpflegung mit einer Laufzeit von 18 Monaten ab dem 01.04.2014 verhandelt. Die Pauschale wurde für alle Einrichtungen der Gesundheitszentrum zum Heiligen Geist GmbH angenommen.

Auch in 2014 war das steigende Alter der neu aufgenommenen Bewohner und deren höherer Pflegebedarf bei Einzug zu erkennen. So lag der Pflegestufenmix im Januar 2014 im Durchschnitt bei 1,43 und im Dezember 2014 bei 1,48. Vor allem im Koblenzer Wohnstift St. Martin war hier eine deutliche Erhöhung der Pflegestufen zu beobachten, nämlich von 1,38 im Januar 2014 zu 1,55 im Dezember 2014.

Auf die Ertragslage wirkt sich auch die geänderte Gesetzgebung zur Arbeitnehmer Überlassung aus. Die Verträge mit verbundenen Unternehmen wurden überarbeitet und an die gesetzlichen Vorgaben angepasst. Dies hat zu höheren Aufwendungen geführt.

Vermögens- und Finanzlage

Die Veränderungen innerhalb der Bilanz resultieren insbesondere aus den erfolgten Betriebsübertragungen. So hat sich das Anlagevermögen um 335 T€, das Umlaufvermögen um 2.244 T€ sowie das Fremdkapital um 4.336 T€ vermindert.

Das Eigenkapital hat sich aufgrund der im Rahmen der Betriebsübertragungen erfolgten Eigenkapitalzuführung und des in 2014 erzielten Jahresüberschusses um 2.560 T€ erhöht.

Der Cash-Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit betrug in 2014 1.460 T€.

Die Liquidität der Gesellschaft war zu jedem Zeitpunkt im Geschäftsjahr gegeben.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die Finanz- und Vermögenslage der Gesellschaft stellt sich als geordnet dar.

Nachtragsbericht

Nach Ablauf des Geschäftsjahres sind keine berichtspflichtigen Vorgänge eingetreten.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

keine

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Grundsteuer	0,00 €
Gewerbesteuer	0,00 €

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2014

Vergütung für Gesellschafterversammlung:	0,00 €
--	--------

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die nicht wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Abs. 4 Nr. 4 GemO.

Stadtverwaltung Koblenz Beteiligungsbericht 2015

GK Service GmbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

15. Juli 2004; der Gesellschaftsvertrag wurde am 12. November 2008 zuletzt geändert.

Stammkapital am 31.12.2014

25.000,00 €

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Gesellschaft ist das Erbringen von Dienst- und Serviceleistungen aller Art für die Gemeinschaftsklinikum Kemperhof Koblenz – St. Elisabeth Mayen gGmbH, Koblenz und deren Einrichtungen sowie für fremde Dritte.

Beteiligungsverhältnisse

Die Gemeinschaftsklinikum Kemperhof Koblenz – St. Elisabeth Mayen gGmbH ist Alleingesellschafter.

Besetzung der Organe am 31.12.2014

Geschäftsführung

Herr Jürgen Schmidt (bis 27.11.2014)

Herr Bernhard Maul (ab 01.12.2014)

Beteiligungen des Unternehmens

Die Gesellschaft hält keine eigenen Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Grundlagen des Unternehmens

Der Gegenstand der Gesellschaft wird insbesondere durch Serviceleistungen in den Tätigkeitsfeldern Reinigungsservice, Wäscheservice, Menueerfassungsservice, Bettenservice und Logistikservice inkl. Patiententransport verwirklicht.

Am 23.07.2014 erfolgte rückwirkend zum 01.01.2014 die Verschmelzung zwischen der Muttergesellschaft Gemeinschaftsklinikum Kemperhof Koblenz – St. Elisabeth Mayen gGmbH und der Stiftungsklinikum Mittelrhein gGmbH, (Verschmelzung durch Aufnahme). Die Leistungen werden für die Muttergesellschaft Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein gGmbH Standort Koblenz und Mayen sowie gegenüber fremden Dritten erbracht.

Die Geschäftsführung oblag im Berichtsjahr bis zur Abberufung am 27.11.2014 Herrn Jürgen Schmidt und ab dem 01.12.2014 Herrn Bernhard Mael. Der Geschäftsführer ist zur alleinigen Vertretung der Gesellschaft berechtigt. Er ist laut notariellem Vertrag vom 16. Januar 2015 von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

Die Betriebsleitung, die Personalverwaltung, das Controlling sowie die Finanzbuchhaltung werden vom Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein gGmbH, Standort Kemperhof Koblenz, wahrgenommen.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz	2013	2014
A. Anlagevermögen	27.186,46	23.282,71
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	222,64	88,96
II. Sachanlagen	26.963,82	23.193,75
B. Umlaufvermögen	226.161,92	252.405,45
I. Vorräte	4.482,09	2.451,05
II. Forderungen u. sonst. Verm.	160.173,80	187.610,75
III. Kassenbestand	61.506,03	62.343,65
C. Rechnungsabgrenzungsposten	115,74	115,74
Bilanzsumme	253.464,12	275.803,90
A. Eigenkapital	73.855,59	94.907,94
I. Gez. Kapital	25.000,00	25.000,00
II. Gewinnvortrag	39.403,36	48.855,59
III. Jahresüberschuss	9.452,23	21.052,35
B. Rückstellungen	29.704,00	30.946,52
C. Verbindlichkeiten	149.904,53	149.949,44
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
Bilanzsumme	253.464,12	275.803,90

Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung	2013	2014
Umsatzerlöse	3.817.560,93	3.858.324,84
sonstige Erträge	6.055,96	14.162,68
Gesamtleistung	3.823.616,89	3.872.487,52
Materialaufwand	230.000,49	220.339,26
a) Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe	20.847,76	17.714,71
b) Aufw. f. bez. Leistungen	209.152,73	202.624,55
Rohertrag	3.593.616,40	3.652.148,26
Personalaufwand	1.946.044,51	2.009.026,46
a) Löhne und Gehälter	1.604.084,63	1.663.069,82
b) Soziale Abgaben u. Aufwendungen	341.959,88	345.956,64
Abschreibungen	12.426,00	7.492,63
sonstige betr. Aufwendungen	1.622.670,10	1.608.964,89
Sonst. Zinsen u. ähnliche Erträge	93,74	3.666,65
Sonst. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	12.569,53	30.330,93
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	2.993,30	9.154,58
sonstige Steuern	124,00	124,00
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	9.452,23	21.052,35

Bilanzkennzahlen**Ertragslage**

Rentabilität		2013	2014
Eigenkapitalrentabilität	%	12,8	22,2
Gesamtrentabilität	%	12,8	7,6

		2013	2014
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	35,7	37,8

Vermögensaufbau

		2013	2014
Anlagenintensität	%	10,7	8,4
Intensität des Umlaufvermögens	%	89,3	91,6

Anlagenfinanzierung

		2013	2014
Anlagendeckung I	%	271,7	407,6
Anlagendeckung II	%	271,7	407,6

Kapitalausstattung

		2013	2014
Eigenkapitalquote	%	29,1	34,4
Fremdkapitalquote	%	70,9	65,6

Liquidität

		2013	2014
Liquiditätsgrad	%	126,0	139,6

Lage des Unternehmens**Wirtschaftsbericht****1. Geschäftsverlauf**

Im Geschäftsjahr 2014 hat sich der Leistungsbedarf bzw. die Leistungserbringung gegenüber dem Vorjahr nicht verändert. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit ist gegenüber dem Vorjahr um rd. 18 T€ gestiegen.

2. Lage**a) Ertragslage**

Die Umsatzerlöse konnten um 40 T€ auf 3.858 T€, durch Preiserhöhungen und weitergegebene Materialkosten gesteigert werden. Die Aufwendungen für den Materialaufwand verringerten sich durch die üblichen jährlichen Schwankungen auf 220 T€. Die Anzahl der durchschnittlichen Vollkräfte betrug 65,72. Die Personalaufwendungen erhöhten sich um 3,2 % auf 2.009 T€. Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus der Tarifsteigerung von 3,45 %. Die Abschreibungen reduzierten sich um 46,2% bedingt durch das Auslaufen aufgrund betriebsgewöhnlicher Nutzungsdauer auf 7 T€.

Der Jahresüberschuss 2014 beträgt 21 T€.

b) Finanzlage

Die Finanzlage ist als stabil zu bezeichnen. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war jederzeit sichergestellt.

Die Veränderung der Finanzmittel sowie die Ermittlung der Ursachen zeigt die folgende Kapitalflussrechnung (verkürzt):

	2014/T€	2013/T€
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	3	5
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-3	-18
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfo	0	-13
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	62	75
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	62	62

c) Vermögenslage

Der wesentliche Bestandteil des Gesamtvermögens betrifft das Umlaufvermögen. Dieses setzt sich hauptsächlich aus den Forderungen gegen Gesellschafter (183 T€) und den flüssigen Mitteln (62 T€) zusammen. Die Rückstellungen beinhalten zum größten Teil Personalaufwendungen, ausstehende Rechnungen und Abschlusskosten. Die sonstigen Verbindlichkeiten bestehen im Wesentlichen aus Lohnzahlungen gegenüber MitarbeiterInnen, diese werden zeitversetzt ausbezahlt.

Anhand von ausgewählten Positionen der Bilanz wird die Lage der Gesellschaft verdeutlicht:

	2014/T€	2013/T€
Anlagevermögen	23	27
Umlaufvermögen	253	226
Eigenkapital	94	73
Rückstellungen	31	30
Verbindlichkeiten	151	150
Bilanzsumme	276	253
Jahresüberschuss	21	9

III. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Ende des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

IV. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Im Geschäftsjahr 2015 soll der Leistungsbedarf bzw. die Leistungserbringung auf dem Stand von 2014 bleiben. Die Gewinnerwartung für 2015 bewegt sich auf der Basis 2014.

Risiken, welche den Bestand des Unternehmens gefährden, sind zurzeit nicht zu erkennen. Ebenfalls sind keine Risiken mit wesentlichem Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens erkennbar.

Die Chancen und Risiken des wirtschaftlichen Erfolgs werden im Wesentlichen durch die wirtschaftliche Entwicklung des Mutterunternehmens beeinflusst.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

keine

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Grundsteuer	0,00 €
Gewerbsteuer (Erstattung)	-2.509,00 €

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2014

Vergütung für Gesellschafterversammlung:

0,00 €

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die nicht wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Abs. 4 Nr. 4 GemO.

**Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2015**

**GZ-Service
am Evangelischen Stift Koblenz GmbH**

Rechtsform

GmbH

Gegründet

21. November 1995

Stammkapital am 31.12.2014

25.564,59 €

Gegenstand des Unternehmens

Die Gesellschaft erbringt Dienstleistungen für die Alleingesellschafterin sowie für Fremde. Im Berichtsjahr betrafen die Dienstleistungen folgende Bereiche:

- Wirtschaft*
- Versorgung*
- EDV und Verwaltung*
- Reinigung*
- Ambulante Dienstleistungen*
- Therapieeinrichtungen*

Beteiligungsverhältnisse

Die Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein gGmbH ist Alleingesellschafterin.

Besetzung der Organe am 31.12.2014

Geschäftsführung

Dipl.-Kfm. Falko Rapp

Aufsichtsrat

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.

Gesellschafterversammlung

Die Alleingesellschafterin entsendet ihre Vertreter in die Gesellschafterversammlung.

Beteiligungen des Unternehmens

Die Gesellschaft hält keine eigenen Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Geschäftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Der Gesundheitssektor ist eine Wachstumsbranche. Stetig wachsende ökonomische Bedeutung mit großen Zukunftschancen charakterisiert den Gesundheits- und Pflegemarkt. Nach wie vor zeichnet sich eine steigende Nachfrage nach medizinischen und pflegerischen Leistungen ab.

Gleichzeitig steigen die Kosten der gesundheitlichen Versorgung und Pflege. Um die stetig steigenden Ausgaben an Gesundheitswesen zu begrenzen, werden zunehmend die Versorgungsstrukturen überprüft und mögliche Kostensenkungspotenziale identifiziert. Verstärkt werden marktwirtschaftliche Elemente in das Gesundheitswesen eingeführt, um Anreize für kosten- und qualitätsbewusstes Handeln zu schaffen. Durch eine Erhöhung der Behandlungsqualität und die Optimierung der medizinischen und pflegerischen Abläufe sollen die Behandlungskosten insgesamt reduziert werden.

Qualität, Leistung und Transparenz erweisen sich immer mehr als Wettbewerbsinstrument. Ansteigende Anzahlen an Fusionen und die damit verbundenen Synergieeffekte, sowie die Erweiterung des Leistungsspektrums, sind Maßnahmen der Kliniken um sich konkurrenzfähig am deutschen Krankenhausmarkt zu etablieren.

Das Erbringen von qualitativ hochwertigen Serviceleistungen durch die GZ-Service am Evangelischen Stift Koblenz GmbH hat zur erfolgreichen Positionierung der Krankenhäuser und der Altenhilfe im Konzernverbund beigetragen. Darüber hinaus erbringt die Gesellschaft eigenständige Leistungen der ambulanten Rehabilitation und der ambulanten Pflege.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz	2013	2014
	T€	€
A. Anlagevermögen	422	593.906,94
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	36	39.390,48
II. Sachanlagen	386	554.516,46
B. Umlaufvermögen	870	1.519.239,75
I. Vorräte	26	15.421,85
II. Forderungen u. sonst. Verm.	851	1.120.133,22
III. Kassenbestand	293	383.684,68
C. Rechnungsabgrenzungsposten	19	2.313,47
Bilanzsumme	1.611	2.115.460,16
A. Eigenkapital	28	169.101,48
I. Gez. Kapital	25	25.564,59
II. Gewinnrücklagen	18	18.000,00
III. Verlustvortrag	-31	-15.515,20
IV. Jahresüberschuss	16	141.052,09
B. Rückstellungen	272	620.800,00
C. Verbindlichkeiten	1.311	1.325.558,68
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00
Bilanzsumme	1.611	2.115.460,16

Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung	2013	2014
	T€	€
Umsatzerlöse	15.540	17.175.676,71
sonstige Erträge	83	100.722,77
Gesamtleistung	15.623	17.276.399,48
Materialaufwand	1.434	1.373.102,98
a) Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe	1.151	1.224.265,94
b) Aufw. f. bez. Leistungen	283	148.837,04
Rohertrag	14.189	15.903.296,50
Personalaufwand	6.937	7.047.894,20
a) Löhne und Gehälter	5.825	5.831.621,45
b) Soziale Abgaben u. Aufwendungen	1.112	1.216.272,75
Abschreibungen	218	194.693,01
sonstige betr. Aufwendungen	7.008	8.506.064,16
Sonst. Zinsen u. ähnliche Erträge	1	642,61
Sonst. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	8	6.250,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	19	149.037,74
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	0	5.000,00
sonstige Steuern	3	2.985,65
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	16	141.052,09

Bilanzkennzahlen**Ertragslage**

<u>Rentabilität</u>		2013	2014
Eigenkapitalrentabilität	%	57,1	83,4
Gesamtrentabilität	%	1,5	7,0

		2013	2014
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	46,9	55,9

Vermögensaufbau

		2013	2014
Anlagenintensität	%	26,2	28,1
Intensität des Umlaufvermögens	%	73,8	71,9

Anlagenfinanzierung

		2013	2014
Anlagendeckung I	%	6,6	28,5
Anlagendeckung II	%	6,6	28,5

Kapitalausstattung

		2013	2014
Eigenkapitalquote	%	1,7	8,0
Fremdkapitalquote	%	98,3	92,0

Liquidität

		2013	2014
Liquiditätsgrad	%	75,1	78,2

Lage des Unternehmens**Geschäftsverlauf**

Im Geschäftsjahr 2014 hat die GZ-Service am Ev. Stift Koblenz GmbH Leistungen in erheblichen Umfang für die Muttergesellschaft erbracht.

Besonders positiv entwickelte sich hierbei der Bereich Gastronomie/Küche sowie Technik/Bau/Versorgung.

Gerade der Bereich Technik/Bau/Versorgung hat durch die eigenständige Umsetzung der Bauträgerschaft und Entwicklung eines Betreuten Wohnens (Dechant-Berger-Haus, Boppard) erheblich zum Geschäftsverlauf beigetragen. Die Bereiche Rehafit und Stiftmobil haben ihre Stellung am Markt festigen können und weisen einen positiven Geschäftsverlauf auf. In Laufe des Geschäftsjahres wurden in sämtlichen Geschäftsbereichen der Gesellschaft die neuen Anforderungen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes umgesetzt.

Ertragslage

Umsatzentwicklung

Insgesamt ist im Berichtsjahr ein Umsatzrückgang in Höhe von T€ 2.809 auf jetzt T€ 12.814 zu verzeichnen gewesen.

Dies resultiert aus der Neuorganisation des Leistungsportfolios und findet sich auch im Rahmen der Kostenentwicklung wieder.

Kostenentwicklung

Der Personalaufwand verminderte sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 2.254 auf jetzt T€ 9.953.

Der Sachaufwand ist im Vergleich zum Vorjahr um T€ 647 auf T€ 2.528 gesunken. Dies ist u.a. auf Einsparungen beim Verwaltungsbedarf in Höhe von T€ 548 zurückzuführen.

Vermögens- und Finanzlage

Das Anlagevermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 172 erhöht auf T€ 594. Das Umlaufvermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 333 auf T€ 1.521 erhöht.

Das Eigenkapital erhöhte sich um den Jahresüberschuss von T€ 141 auf T€ 169.

Die langfristigen Verbindlichkeiten haben sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 218 auf T€ 96 vermindert.

Die Liquidität der Gesellschaft war zu jedem Zeitpunkt im Geschäftsjahr gegeben.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die Finanz- und Vermögenslage des Konzerns stellt sich als geordnet dar. Dies zeigt die Entwicklung der finanziellen Leistungsindikatoren.

Nachtragsbericht

Nach Ablauf des Geschäftsjahres sind keine weiteren berichtspflichtigen Vorgänge eingetreten.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Eine positive Entwicklung der GZ-Service am Evangelischen Stift Koblenz GmbH soll in 2015 durch eine verbesserte Kostensteuerung und eine transparentere Abgrenzung der einzelnen Erlösbereiche gewährleistet werden. Abweichungen werden mit den verantwortlichen Mitarbeitern zeitnah kommuniziert und entsprechende Gegenmaßnahmen eingeleitet.

Risiken bestehen vor allem vor dem Hintergrund einer sich ändernden Gesetzgebung zur Mindestlohn und Arbeitnehmerüberlassung. Die Gesellschaft hat aber Vorkehrungen getroffen, diesen Risiken zu begegnen.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

keine

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Grundsteuer	0,00 €
Gewerbsteuer	0,00 €

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2014

Vergütung für Gesellschafterversammlung:	0,00 €
--	--------

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die nicht wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Abs. 4 Nr. 4 GemO.

**Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2015**

**Medizinisches Versorgungszentrum
Mittelrhein GmbH**

Rechtsform

GmbH

Gegründet

12. Februar 1999; zuletzt geändert am 10. Januar 2008

Stammkapital am 31.12.2014

25.000,00 €

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines Medizinischen Versorgungszentrums im Sinne des § 95 Sozialgesetzbuch V (SGB V), insbesondere im Rahmen der fachärztlichen Versorgung sowie

- der sonstigen ärztlichen Tätigkeit
- Förderung von Einrichtungen der Wohlfahrtspflege zur Behandlung und medizinischen Versorgung von hilfsbedürftigen Personen, im Rahmen einer möglichst optimalen, ambulanten Versorgung der Bevölkerung
- Erbringung von fachärztlichen Leistungen für stationäre und ambulante Patienten der Stiftungsklinikum Mittelrhein GmbH

Beteiligungsverhältnisse

Die Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein gGmbH ist Alleingesellschafter.

Besetzung der Organe am 31.12.2014

Geschäftsführung

Dipl.-Kfm. Falko Rapp

Aufsichtsrat

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.

Gesellschafterversammlung

Der Alleingesellschafter entsendet seine Vertreter in die Gesellschafterversammlung.

Beteiligungen des Unternehmens

Die Gesellschaft hält keine eigenen Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Geschäftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Eine Umsetzung der im Koalitionsvertrag vom 27.11.2013 angekündigten Änderungen der strukturellen Rahmenbedingungen der ambulanten Versorgung ist im Geschäftsjahr noch nicht erfolgt, die Vorbereitung jedoch angelaufen. Die wichtigsten Änderungen für die geschäftlichen und branchenbezogenen Rahmenbedingungen der MVZ Mittelrhein GmbH werden demnach aus dem Mitte Oktober 2014 als Entwurf seitens des Bundesministeriums für Gesundheit vorgelegten VersorgungsStärkungsgesetz (kurz: VSG) resultieren.

Zwar wird mit Inkrafttreten dieses Gesetzesentwurfes nicht vor Mitte 2015 gerechnet, dennoch sind die Auswirkungen hinsichtlich der ambulanten Versorgung und mithin auf den Geschäftsbereich der MVZ Mittelrhein GmbH beachtlich. Der Gesetzesentwurf umfasst insbesondere Änderungen zu folgenden Punkten mit unmittelbarer MVZ-Relevanz:

- Vertretungsgründe angestellter Ärzte
- Ruhen von Anstellungsgenehmigungen
- Kommunale Trägerschaft und Nachrangklausel
- Zulässigkeit fachgleicher MVZ
- Wirtschaftlichkeitsprüfung Trägerinterne Sitzverlegung
- MVZ-spezifisches Kriterium im Auswahlkatalog bei Nachbesetzungsentscheidungen
- Gebühren im Zulassungsverfahren
- Einzug von Arztsitzen / Sitzaufkauf durch die KVen

Die Entwicklung des Gesetzgebungsverfahrens wird weiterhin sehr aufmerksam verfolgt.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz	2013	2014
	T€	€
A. Anlagevermögen	187	352.848,71
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	133	316.080,14
II. Sachanlagen	54	36.768,57
B. Umlaufvermögen	485	486.896,40
I. Forderungen u. sonst. Verm.	459	105.097,42
II. Kassenbestand	26	381.798,98
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00
Bilanzsumme	672	839.745,11
A. Eigenkapital	12	80.087,55
I. Gez. Kapital	25	25.000,00
II. Gewinnrücklagen	6	6.000,00
III. Verlustvortrag	-19	-19.484,66
IV. Jahresüberschuss	0	68.572,21
B. Rückstellungen	60	69.500,00
C. Verbindlichkeiten	600	690.157,56
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00
Bilanzsumme	672	839.745,11

Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung	2013	2014
	T€	€
Umsatzerlöse	1.139	1.216.238,16
sonstige Erträge	1.066	1.206.421,03
Gesamtleistung	2.205	2.422.659,19
Materialaufwand	219	232.613,70
a) Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe	58	68.802,23
b) Aufw. f. bez. Leistungen	161	163.811,47
Rohertrag	1.986	2.190.045,49
Personalaufwand	1.305	1.807.660,29
a) Löhne und Gehälter	1.620	1.511.860,61
b) Soziale Abgaben u. Aufwendungen	315	295.799,68
Abschreibungen	41	35.658,60
sonstige betr. Aufwendungen	368	275.933,95
Sonst. Zinsen u. ähnliche Erträge	1	5,56
Sonst. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	0	2.000,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-357	68.798,21
Außerordentliche Ertrag	357	0
sonstige Steuern	0	226,00
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	68.572,21

Bilanzkennzahlen

Ertragslage

<u>Rentabilität</u>		2013	2014
Eigenkapitalrentabilität	%	0,0	85,6
Gesamtrentabilität	%	0,0	8,4

		2013	2014
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	43,0	50,3

Vermögensaufbau

		2013	2014
Anlagenintensität	%	27,8	42,0
Intensität des Umlaufvermögens	%	72,2	58,0

Anlagenfinanzierung

		2013	2014
Anlagendeckung I	%	6,4	22,7
Anlagendeckung II	%	11,8	40,9

Kapitalausstattung

		2013	2014
Eigenkapitalquote	%	1,8	9,5
Fremdkapitalquote	%	98,2	90,5

Liquidität

		2013	2014
Liquiditätsgrad	%	74,6	70,0

Lage des Unternehmens

Geschäftsverlauf

Zum 01. April 2014 erfolgte eine Nachbesetzung im Fachbereich Neurochirurgie. Zum 01. Oktober 2014 hat am neuen MVZ-Standort Nastätten eine orthopädische Praxis ihre Tätigkeit aufgenommen. Das Leistungsportfolio der Gesellschaft ist hierdurch um einen wichtigen Baustein ergänzt wurden. Im Bereich der

Psychosomatischen Medizin erfolgte im Oktober 2014 am Standort Koblenz eine Neueinstellung eines Facharztes für Allgemeinmedizin, Psychotherapie.

Mit den genannten Schritten erfolgte somit im Berichtsjahr die Sicherstellung der Kontinuität sowie eine Ausweitung der Patientenversorgung innerhalb der MVZ Mittelrhein GmbH.

Weiterhin erhielt die MVZ Mittelrhein GmbH mit Schreiben der Kassenärztlichen Vereinigung vom 19.12.2014 die Genehmigung für eine neue Zweigpraxis für Chirurgie am Standort Mayen.

Die Neuorganisation der Abläufe hat im Berichtsjahr erneut hohe Priorität besessen und zusammen mit der gezielten Straffung sowie Ergänzung des Angebotsprofils wesentlich dazu beigetragen, dass sich die MVZ Mittelrhein GmbH wirtschaftlich auf einem guten Weg befindet.

Ertragslage

Umsatzentwicklung

Die Erlöse aus ambulanten Leistungen des MVZ haben sich im Vergleich zum Vorjahr um T€ 77 auf T€ 1.216 erhöht, was 6,8 % entspricht.

Kostenentwicklung

Der Personalaufwand hat sich im Berichtsjahr um T€ 127 verringert und liegt jetzt bei T€ 1.808. Dies entspricht einer Reduzierung um 6,6 %.

Der Sachaufwand ist im Vergleich zum Vorjahr um T€ 88 auf T€ 424 gesunken, was gleichbedeutend mit einer Verringerung von 17,2 % ist.

Das Jahresergebnis der Medizinischen Versorgungszentrum Mittelrhein GmbH Koblenz schließt für 2014 mit einem Betrag von 68 T€ ab, nachdem im Vorjahr ein ausgeglichenes Ergebnis in Höhe von T€ 0 ausgewiesen worden ist.

Vermögens- und Finanzlage

Das Anlagevermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 166 erhöht auf T€ 353.

Das Umlaufvermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 2 auf T€ 487 erhöht.

Das Eigenkapital beträgt T€ 80.

Die Summe der Verbindlichkeiten hat sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 100 erhöht und beträgt jetzt T€ 760.

Nachtragsbericht

Nach Ablauf des Geschäftsjahres sind keine berichtspflichtigen Vorgänge eingetreten.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

im Berichtsjahr beträgt das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit T€ 69 (Vorjahr T€ -357). Der Jahresüberschuss liegt im Berichtsjahr bei 68 €.

Bezogen auf die gesetzlichen Rahmenbedingungen steht der Fortgang des Verfahrens zum VersorgungsStärkungsgesetz (kurz: VSG) aus. Wie bereits geschildert wird hier mit starken Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit gerechnet. Angesichts der aufgeführten Ankündigungen des Koalitionsvertrages sowie der aktuell einsehbaren Fassung des Gesetzentwurfes wird jedoch von tendenziell eher positiven Effekten, auch in wirtschaftlicher Hinsicht, für die MVZ Mittelrhein GmbH ausgegangen. Die entsprechenden Entwicklungen werden aufmerksam verfolgt. Gleiches gilt für etwaige Änderungen des EBM-Kataloges.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

keine

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Grundsteuer	0,00 €
Gewerbsteuer	0,00 €

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2014

Vergütung für Gesellschafterversammlung:	0,00 €
--	--------

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die nicht wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Abs. 4 Nr. 4 GemO.

**Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2015**

BEE Bioenergieerzeugung Koblenz GmbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

22. April 2008; zum Bilanzstichtag galt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 26. Juli 2010.

Stammkapital am 31.12.2014

3.984.064,00 €

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens sind der Bau von Biogasanlagen sowie der Erwerb, die Erzeugung, der Transport und die Veräußerung von biogenen Gasen sowie jede damit zusammenhängende wirtschaftliche und technische Tätigkeit im regionalen Umfeld der Energieversorgung Mittelrhein AG. Die Gesellschaft kann sich auch an anderen Unternehmen, die gleiche oder ähnliche Zwecke verfolgen, beteiligen, ohne Rücksicht auf deren Rechtsform.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte zu tätigen, die dem vorstehenden Geschäftszweck dienlich und förderlich sind.

Beteiligungsverhältnisse

Alleinige Gesellschafterin ist die Energieversorgung Mittelrhein AG.

Besetzung der Organe am 31.12.2014

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung.

Gesellschafterversammlung

In die Gesellschafterversammlung werden Vertreter der evm AG entsandt.

Geschäftsführung:

Wilhelm Stumpf (bis 30.11.2014)
Philipp Pinger (ab 01.12.2014)
Reinhard Störmer (bis 30.09.2014)
Dr. Steffen Weil (ab 01.10.2014)

Beteiligungen des Unternehmens

Die BEE Bioenergieerzeugung Koblenz GmbH hält keine eigenen Beteiligungen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Allgemeines Umfeld

Die wirtschaftliche Situation von Biogasproduzenten in Deutschland ist schwierig. Das im Jahr 2014 novellierte Erneuerbare Energien Gesetz (EEG 2014) hat der Branche zu schaffen gemacht.

Mit dem neuen EEG fällt die hohe Vergütung für nachwachsende Rohstoffe aus der Landwirtschaft weg. Dadurch wird der Ausbau der Biogaserzeugung zukünftig auf den Einsatz kostengünstiger Biomasse gelenkt, vor allem auf Rest- und Abfallstoffe.

Für die Bioenergieerzeugung Koblenz GmbH (BEE) gab es darüber hinaus im laufenden Jahr einen weiteren Einschnitt: Wegen der Insolvenz des Mitgesellschafters EnD-I Bioenergy GmbH (EnD-I) wurde durch Beschluss der Gesellschafterversammlung der BEE vom 19.3.2014 der Gesellschaftsanteil des Mitgesellschafters EnD-I eingezogen. Seit Einzug ist die evm alleiniger Gesellschafter der BEE.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Kostensituation und der enormen Anlaufverluste wurde bereits 2013 ein Projekt zur Konsolidierung der BEE in Zusammenarbeit mit dem Gesellschafter evm AG gestartet. Gemeinsam wird zurzeit ein Sanierungskonzept erarbeitet. Des Weiteren wurde zum Ende des Geschäftsjahres 2014 eine neue Geschäftsführung bestellt.

Aufgrund der wirtschaftlich schwierigen Lage und den bestehenden Verpflichtungen - insbesondere mit Blick auf bestehende Verbindlichkeiten gegenüber der Commerzbank - ist die BEE auf den Gesellschafter evm AG angewiesen.

Darstellung des Geschäftsverlaufs

Aufgrund technischer Probleme im Bereich der Aufbereitungs- und Einspeiseanlage konnte die geplante Verfügbarkeit Anfang 2014 nicht erreicht werden. Im Laufe des Jahres 2014 konnten die technischen Anlaufschwierigkeiten der Biogasanlage behoben und eine stabile Gasproduktion erreicht werden. Insgesamt wurden im Geschäftsjahr rd. 45,3 Mio. kWh Biomethan ins Netz der EVM Netz GmbH eingespeist.

Im Hinblick auf die avisierte Neustrukturierung des Betriebskonzeptes wurden u. a. bestehende langfristige Lieferverträge mit Landwirten einvernehmlich aufgelöst.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz	2013	2014
A. Anlagevermögen	17.180.714,00	5.898.364,00
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	534.030,00	314.917,00
II. Sachanlagen	16.646.684,00	5.583.447,00
III. Finanzanlagen	0,00	0,00
B. Umlaufvermögen	2.982.956,19	2.399.156,00
I. Vorräte	2.642.235,49	1.202.445,07
II. Forderungen u. sonst. Verm.	329.850,68	75.711,28
III. Guthaben bei Kreditinstituten	10.870,02	1.120.999,65
C. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0,00	14.146.978,87
Bilanzsumme	20.163.670,19	22.444.498,87
A. Eigenkapital	1.513,79	0,00
I. Gez. Kapital	3.984.064,00	3.984.064,00
II. Verlustvortrag	-857.518,19	-3.982.550,21
III. Jahresgewinn/-verlust	-3.125.032,02	-14.148.492,66
IV. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0,00	14.146.978,87
B. Rückstellungen	20.000,00	30.250,00
D. Verbindlichkeiten	20.142.156,40	22.414.248,87
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
Bilanzsumme	20.163.670,19	22.444.498,87

Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung	2013	2014
Umsatzerlöse	1.411.053,90	3.572.398,13
andere aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00
sonstige betr. Erträge	635.252,39	49.817,86
Gesamtleistung	2.046.306,29	3.622.215,99
Materialaufwand	2.232.983,37	4.919.619,26
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	801.390,21	2.160.632,37
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.431.593,16	2.758.986,89
Rohertrag	-186.677,08	-1.297.403,27
Personalaufwand	20.400,00	7.650,00
Abschreibungen	740.598,00	11.270.700,00
Sonstige betr. Aufwendungen	1.486.286,02	1.006.967,94
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.405,30	0,00
Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	693.132,22	543.602,08
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-3.124.688,02	-14.126.323,29
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	0,00	-21.825,37
sonstige Steuern	-344,00	-344,00
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-3.125.032,02	-14.148.492,66

Bilanzkennzahlen**Ertragslage**

		2013	2014
Rentabilität			
Eigenkapitalrentabilität	%	- 206.437,6	--
Gesamtrentabilität	%	-12,1	- 60,6

		2013	2014
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	--	--

Vermögensaufbau

		2013	2014
Anlagenintensität	%	85,2	26,3
Intensität des Umlaufvermögens	%	14,8	73,7

Anlagenfinanzierung

		2013	2014
Anlagendeckung I	%	0,0	0,0
Anlagendeckung II	%	40,5	89,6

Kapitalausstattung

		2013	2014
Eigenkapitalquote	%	0,0	0,0
Fremdkapitalquote	%	100,0	100,0

Liquidität

		2013	2014
Liquiditätsgrad	%	22,6	14,0

Lage des Unternehmens**Vermögenslage**

Die abzuschreibenden Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens werden über eine planmäßige Nutzungsdauer von 25 Jahren abgeschrieben. Im Geschäftsjahr 2014 wurden planmäßige Abschreibungen in Höhe von 745 T€

vorgenommen. Im Hinblick auf die aktuelle wirtschaftliche Situation ist von einer dauerhaften Wertminderung des bilanzierten Anlagevermögens auszugehen. Daher wurde am Abschlussstichtag zudem eine außerplanmäßige Abschreibung gemäß § 253 Abs. 3 HGB in Höhe von 10.526 T€ auf die Biogasanlage vorgenommen.

Im Wesentlichen bedingt durch die außerplanmäßige Abschreibung auf das Anlagevermögen ist im Geschäftsjahr 2014 der ausgewiesene „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ entstanden. Aufgrund der bestehenden Rangrücktrittvereinbarungen mit dem Gesellschafter evm ist die BEE im Sinn der Insolvenzordnung (§ 19 InsO) nicht überschuldet.

Die Bilanzsumme der Gesellschaft beträgt 22,4 Mio. €. Davon entfallen 5,9 Mio. € bzw. 26,28 % auf das Anlagevermögen. Die Vorräte binden Mittel in Höhe von 1,2 Mio. €.

Finanzlage

Der Cashflow aus der operativen Geschäftstätigkeit ist im Wesentlichen bedingt durch die in Geschäftsjahr 2014 bestehenden technischen Anlaufschwierigkeiten sowie die hohen Substratkosten negativ.

Wesentliche Investitionen oder Desinvestitionen haben im abgelaufenen Geschäftsjahr nicht stattgefunden. Die Tilgungsleistung gegenüber der Commerzbank konnte durch die Kreditgewährung des Gesellschafters evm finanziert werden.

Mit Blick auf die aktuelle wirtschaftliche Lage der BEE wird die Liquiditätssituation der Gesellschaft laufend überwacht. Aufgrund der aktuellen Liquiditätsplanung wird von einer planmäßigen Bedingung aller bestehenden Verbindlichkeiten ausgegangen.

Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2014 hat die BEE, im Wesentlichen bedingt durch die außerplanmäßig Abschreibung auf das Anlagevermögen in der Höhe von 10,5 Mio. €, einen Verlust von 14,1 Mio. € erwirtschaftet.

Neben dieser Abschreibung ist der Verlust im Wesentlichen durch die als Folge des mit EEG 2012 eingeführten Maisdeckels, gestiegene Substratkosten sowie die technisch bedingten Anlaufschwierigkeiten zu begründen.

Chancen und Risiken

Als Betreiber einer Biogasanlage wird die BEE maßgeblich auf den wirtschaftlichen Einkauf von nachwachsenden Rohstoffen angewiesen sein. Die Entwicklung auf diesen Märkten ist nicht vorhersehbar.

Chancen ergeben sich langfristig ggf. aus steigenden Preisen für Biomethan.

Aufgrund der Liquiditätssituation und der gegenwärtigen Eigenkapitalausstattung ist der Fortbestand der Gesellschaft ohne angemessene Sanierungsmaßnahmen gefährdet.

Zur Fortführung des bestehenden Anlagenkonzepts sind daher umfangreiche Maßnahmen insbesondere mit dem Ziel der Kostenreduktion notwendig. Auch unter Berücksichtigung verschiedener Sanierungsoptionen ist die BEE zur Umsetzung der Optionen mittelfristig auf ihren Gesellschafter evm AG angewiesen.

Ausblick

Zu Beginn des Jahres 2015 konnte eine stabile Gasproduktion und eine hohe Verfügbarkeit erreicht werden.

Aufgrund der Anlaufverluste und der geänderten gesetzlichen Rahmenbedingungen ist die Profitabilität der Biogasanlage in der ursprünglich geplanten Verwendung nachhaltig eingeschränkt und kann nur durch umfangreiche Kostenreduktionsmaßnahmen weiterbetrieben werden.

Es ist geplant die Biogasproduktion mit den bestehenden Substratbeständen und weiteren Zukäufen, unter der Prämisse der Wirtschaftlichkeit, zunächst aufrecht zu erhalten und Sanierungs- und Betriebskonzepte in dieser Zeit zu prüfen.

Sollten sich im Rahmen der weiteren Prüfungen, z.B. auf Grund geänderter Marktbedingungen, Veränderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ergeben, werden diese in Abstimmung mit dem Gesellschafter evm neu bewertet und entsprechende Maßnahmen eingeleitet.

Auf Basis der aktuellen Planungen für das Geschäftsjahr 2015 und unter Berücksichtigung der dargelegten Sachverhalte ergibt sich ein Jahresfehlbetrag in einem niedrigen einstelligen Millionenbetrag.

Mittelfristig geht die Geschäftsführung aufgrund der bestehenden Überlegungen zur Neustrukturierung der BEE von positiven Ergebnissen aus.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

keine

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

keine

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2014

Die Gesellschafterversammlung hat keine Bezüge erhalten.

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.

Die Geschäftsführer haben keine Bezüge von der Bioenergieerzeugung Koblenz GmbH erhalten.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Abs. 1 GemO.

**Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2015**

**Energiebeteiligungsgesellschaft
Mittelrhein mbH**

Rechtsform

GmbH

Gegründet

27. September 2012; der Gesellschaftsvertrag wurde zuletzt am 19.12.2012 geändert

Stammkapital am 31.12.2014

1.322.466,00 €

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, das unmittelbare oder mittelbare Halten und die Verwaltung von Anteilen an der im Handelsregister des Amtsgerichts Koblenz unter HRB 23288 eingetragenen EKO2 GmbH mit dem Sitz in Koblenz oder deren Rechtsnachfolger.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die geeignet sind, den Gegenstand des Unternehmens zu fördern.

Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der Gesellschaft sind beteiligt:

evm AG	874.546,00 €	66,130 %
Stadtwerke Mayen GmbH	238.806,00 €	18,058 %
Stadtwerke Andernach GmbH	209.114,00 €	15,812 %

Besetzung der Organe am 31.12.2014

Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafter entsenden ihre Vertreter in die Gesellschafterversammlung.

Aufsichtsrat

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.

Geschäftsführung

Jörg Schneider
Christian Schröder

Beteiligungen des Unternehmens

EKO2 10,023 %

Durch die Einbringung von Anteilen an der Energieversorgung Mittelrhein GmbH (EVM) in die EKO2 GmbH durch die dortigen Mitgesellschafter im Wege der Sacheinlage ist die Beteiligungsquote der Berichtsgesellschaft an der EKO2 GmbH von 8,513 % auf 10,023 % gestiegen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Allgemeines Umfeld

Die EBM wurde in 2012 durch die Energieversorgung Mittelrhein GmbH zwecks der Beteiligung an der EKO2 GmbH gegründet. EBM und EKO2 sind Gesellschaften, die kein operatives Geschäft betreiben und zum Zwecke des Erwerbs der Koblenzer Elektrizitätswerk und Verkehrs-Aktiengesellschaft (KEVAG) gegründet wurden. In 2013 haben Stadtwerke Koblenz und Thüga ihre Anteile an der Energieversorgung Mittelrhein GmbH (EVM) in die EKO2 eingebracht. Nach der Verschmelzung von EVM und KEVAG zur Energieversorgung Mittelrhein AG (evm), hat Thüga in 2014 ihre verbliebenen evm-Anteile auf die EKO2 übertragen und im Gegenzug weitere Anteile an der EKO2 erhalten.

Die Stadtwerke Mayen GmbH (SWM) und Stadtwerke Andernach GmbH (SWA) brachten in 2014 ihre evm-Anteile über die EKO2 in die EBM ein. Neben der Einbringung von Anteilen durch SWM über die EKO2, beteiligte sich SWM darüber hinaus auch über einen Anteilstausch mit der evm an der EBM. Nach der Kapitalerhöhung der EBM durch die dargestellten Einbringungsvorgänge ergibt sich folgende Gesellschafterstruktur:

Anteils-Nr.	Gesellschafter	Nennbetrag der Anteile
	Energieversorgung Mittelrhein AG, Koblenz	25.000,00 €
(aufgeteilt in 3 und 4)		
(Teil von 2)	Energieversorgung Mittelrhein AG, Koblenz	849.546,00 €
(Teil von 2)	Stadtwerke Mayen GmbH, Mayen	125.454,00 €
	Stadtwerke Andernach GmbH, Andernach	209.114,00 €
	Stadtwerke Mayen GmbH, Mayen	113.352,00 €
Stammkapital		1.322.466,00 €

Zum allgemeinen Umfeld der Energiebranche, durch welches die Geschäftsentwicklung der evm und damit alle zukünftig zu erwartenden Beteiligungserträge der EBM maßgeblich beeinflusst werden, verweisen wir an dieser Stelle auf den Lagebericht der operativ wirtschaftenden Gesellschaft (evm).

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz	2013	2014
A. Anlagevermögen	54.594.290,00	71.247.290,00
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0,00
II. Sachanlagen	0,00	0,00
III. Finanzanlagen	54.594.290,00	71.247.290,00
C. Umlaufvermögen	274.127,25	3.507.448,89
I. Vorräte	0,00	0,00
II. Forderungen u. sonst. Verm.	67.357,51	856.800,29
III. Kassenbestand	206.769,74	2.650.648,60
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
Bilanzsumme	54.868.417,25	74.754.738,89
A. Eigenkapital	54.862.417,25	72.569.756,00
I. Gezeichnetes Kapital	1.000.000,00	1.322.466,00
II. Kapitalrücklage	0,00	0,00
III. Gewinnrücklagen	54.594.290,00	71.247.290,00
IV. Jahresgewinn/ -verlust	-731.872,75	0,00
B. empfangene Ertragszuschüsse	0,00	0,00
C. Rückstellungen	6.000,00	6.000,00
D. Verbindlichkeiten	0,00	2.178.982,89
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
Bilanzsumme	54.868.417,25	74.754.738,89

Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung	2013	2014
Sonstige betr. Aufwendungen	7.794,80	15.210,32
Erträge aus Beteiligungen	255,383,91	3.248.531,96
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	247.589,11	3.233.321,64
Steuern vom Einkommen und Ertrag	0,00	929.000,00
Abführung auf Grund eines Gewinnabführungs v.	0,00	1.249.982,89
Jahresüberschuss	247.589,11	1.054.338,75

Bilanzkennzahlen**Ertragslage**

Rentabilität		2013	2014
Eigenkapitalrentabilität	%	0,5	3,2
Gesamtrentabilität	%	0,5	3,1

		2013	2014
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	---	---

Vermögensaufbau

		2013	2014
Anlagenintensität	%	99,5	95,3
Intensität des Umlaufvermögens	%	0,5	4,7

Anlagenfinanzierung

		2013	2014
Anlagendeckung I	%	100,5	101,9
Anlagendeckung II	%	100,5	101,9

Kapitalausstattung

		2013	2014
Eigenkapitalquote	%	99,9	97,1
Fremdkapitalquote	%	0,1	2,9

Liquidität

		2013	2014
Liquiditätsgrad	%	---	160,5

Lage des Unternehmens

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Zur Vermögenslage der Gesellschaft ist festzuhalten, dass im Geschäftsjahr 2014 keine Investitionen oder Desinvestitionen stattgefunden haben. Im Rahmen der Einbringung von evm-Anteilen durch SWA und SWM über die EKO2 in die EBM erfolgte in 2014 insgesamt eine Kapitalerhöhung des gezeichneten Kapitals von 1.000.000,00 € um 322.466,00 € auf 1.322.466,00 €. Der Beteiligungsbuchwert an der EKO2 erhöht sich durch diese Einbringung von 54,6 Mio. € um 16,6 Mio. € auf 71,2 Mio. €. Der die Erhöhung des gezeichneten Kapitals übersteigende Betrag wurde in die Rücklagen für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen eingestellt. Der verbleibende, zur Dotierung der Rücklagen in Höhe des aktivierten Beteiligungsbuchwerts notwendige Betrag ging zu Lasten des Bilanzergebnisses.

So hat die Bildung dieser Rücklage in den Geschäftsjahren 2013 und 2014 zu einem entsprechend reduzierten Zufluss bei den Gesellschaftern geführt. Um eine Zuführung ansonsten in der Gesellschaft gebundener Mittel an die Gesellschafter zu ermöglichen, wurde in der Gesellschafterversammlung am 21.11.2014 eine Herabsetzung des Stammkapitals von 1.322.466,00 € um 1.297.258,00 € auf 25.208,00 € durch eine quotale Herabsetzung des Nennkapitals aller Geschäftsanteile beschlossen. Eine Kapitalherabsetzung löst gemäß § 58 Abs. 1 Nr. GmbHG ein Sperrjahr zugunsten möglicher Gläubiger der Gesellschafter aus. Die Veröffentlichung im Bundesanzeiger erfolgte am 02.12.2014, sodass die Kapitalherabsetzung am 02.12.2015 wirksam wird und die Kapitalrückgewinnung sodann möglich ist.

Auf der Aktivseite beläuft sich der Anteil der langfristigen Vermögenswerte (Beteiligung an der EKO2 GmbH) an der Bilanzsumme auf 95,3 % (Vorjahr 95,3 %). Die Eigenkapitalquote der Gesellschaft beträgt am Bilanzstichtag 97,1 % (Vorjahr 99,9 %).

Die Finanz- und Ertragslage ist geprägt durch die Beteiligungserträge aus der EKO2 GmbH in Höhe von rd. 3.249 T€ (Vorjahr rd. 255 T€). Unter Berücksichtigung der Kosten für die Verwaltung der Gesellschaft von rd. 15 T€ (Vorjahr rd. 8 T€) sowie der Steuern i. H. v. rd. 929 T€, ergibt sich ein Jahresergebnis vor Ergebnisabführung von rd. 2.304 T€ (Vorjahr: 248 T€).

Am 21.11.2014 wurde mit Wirkung zum 01.01.2014 zwischen der evm und der EBM ein Ergebnisabführungsvertrag geschlossen.

Auf Grundlage des Jahresüberschusses in Höhe von rd. 1.054 T€ ergibt sich unter Berücksichtigung des ergebniswirksamen Anteils der zu dotierenden Kapitalrücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen in Höhe von 322,4 T€ und der Berücksichtigung der bestehenden Verlustvorträgen in Höhe von 731,9 T€ ein Bilanzgewinn in Höhe von 0,00 €. Die übrigen Gesellschafter erhalten eine Ausgleichszahlung.

Chancen und Risiken

Die Chancen und Risiken der Gesellschaft sind maßgeblich bestimmt durch die auf Ebene der evm bestehenden Chancen und Risiken für Unternehmen der

Energiebrache. Der zukünftig zu erwartende Beteiligungsertrag wird maßgeblich durch die Geschäftsentwicklung der evm bestimmt sein. Auch an dieser Stelle möchten wir daher auf die im Rahmen der Lageberichte von evm ausführlich beschriebenen Chancen und Risiken verweisen.

Zusätzlichen Risiken, welche durch die anteilige Fremdfinanzierung des Kaufpreises auf Ebene der EKO2 GmbH begründet sind, werden durch eine Teilkonzernmittelfristplanung inkl. Liquiditätsplanung analysiert.

Nachtragsbericht

Nach dem Bilanzstichtag haben sich bis zum Zeitpunkt der Bilanzaufstellung keine Vorgänge von besonderer Bedeutung ereignet.

Ausblick

In den kommenden Geschäftsjahren rechnen wir regelmäßig mit positiven Geschäftsergebnissen aus dem Beteiligungsertrag der EKO2 GmbH. Die evm beabsichtigt, Anteile an der EBM an kommunale Partner zu veräußern.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

Bei Gründung:

Stammkapital 1.000.000,00 € durch EVM GmbH

Erhöhung in 2014

Stammkapital 209.114,00 € durch Stadtwerke Andernach GmbH

Stammkapital 113.352,00 € durch Stadtwerke Mayen GmbH

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Mit der Energieversorgung Mittelrhein AG besteht eine steuerliche Organschaft.

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2014

keine

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Absatz 1 GemO.

**Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2015**

Energiegesellschaft Görgeshausen mbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

13. Februar 2013

Stammkapital am 31.12.2014

25.000,00

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Projektierung, die Finanzierung, der Bau und der Betrieb von Anlagen der Energieerzeugung aus erneuerbaren Quellen in Görgeshausen.

Die Gesellschaft kann alle Geschäfte betreiben, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar und mittelbar zu dienen geeignet sind. Sie kann sich an gleichartigen oder ähnlichen Unternehmen beteiligen und sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben Dritter bedienen.

Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der Gesellschaft sind beteiligt:

<i>evm AG</i>	<i>12.500,00 €</i>	<i>50 %</i>
<i>Ortsgemeinde Görgeshausen</i>	<i>12.500,00 €</i>	<i>50 %</i>

Besetzung der Organe am 31.12.2014

Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafter entsenden ihre Vertreter in die Gesellschafterversammlung.

Geschäftsführung

Theodor Burkard
Dr. Steffen Weil

Beteiligungen des Unternehmens

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Darstellung des Geschäftsverlaufs

Die Anlage läuft seit Inbetriebnahme am 29.05.2013 reibungslos und ohne wesentliche Ertragsausfälle.

Die Gesellschaft hat mit der evm AG einen Vertrag über die Bereitstellung kaufmännischer Dienstleistungen und mit der Ortsgemeinde Görgeshausen einen technischen Dienstleistungsvertrag abgeschlossen. Damit kann die Gesellschaft auf eigenes Personal verzichten. Die Verträge sind planmäßig erfüllt worden.

Im Geschäftsjahr wurde mit der evm AG ein Direktvermarktungsvertrag abgeschlossen. Dadurch besteht die Möglichkeit vorübergehend aus der festen EEG-Vergütung auszusteigen und am sogenannten Marktprämienmodell gemäß EEG 2012 teilzunehmen. Dieses Modell bietet die Möglichkeit über den EEG-Tarifen liegende Vergütungen für den produzierten Strom zu realisieren.

Wirtschaftliche Lage

Im Geschäftsjahr 2013 wurden insgesamt 1.367.607 kWh umweltfreundlicher Strom produziert. Daraus ergibt sich ein spezifischer Ertrag von 1.030,3 kWh pro installiertem Kilowatt-Peak (kWp).

Die Soll/Ist-Ertragsdaten weichen im Geschäftsjahr insbesondere in den Sommermonaten deutlich voneinander ab. Die Ist-Erträge lagen in den ertragsreichen Monaten März (+35,1 %), Juni (+15,3 %) und Juli (11,1 %) deutlich über den Planansätzen. Im August wurde der Plan erfüllt. In den weniger ertragsreichen Monaten September (-14,4 %) und November (-31,2 %) und Dezember (-58,2 %) hingegen lagen die Erträge unter den Monatsprognosen, was auf die unterdurchschnittliche Solareinstrahlung in diesen Monaten zurückzuführen ist.

Insgesamt liegen die Erträge kumuliert mit +3,3 % über Plan.

Der Solarpark hat in 2014 eine Jahresnutzungsdauer von 1.030,3 Stunden bzw. rd. 11,8 % erreicht. Durch den Solarpark konnte der Jahresstrombedarf von über 390 Durchschnittshaushalten (a´ 3.500 kWh/Jahr) gedeckt werden und rd. 765 Tonnen CO₂-Emissionen (auf Basis des CO₂-Emissionsfaktors 2013 für den Strommix in Deutschland) vermieden werden.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz	2013	2014
A. Anlagevermögen	1.307.422,89	1.239.797,97
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0,00
II. Sachanlagen	1.307.422,89	1.239.797,97
III. Finanzanlagen	0,00	0,00
C. Umlaufvermögen	146.007,52	96.685,82
I. Vorräte	0,00	0,00
II. Forderungen u. sonst. Vermögensgegenstände	4.504,84	2.616,94
III. Kassenbestand	141.502,68	94.068,88
D. Rechnungsabgrenzungsposten	10.146,57	7.776,26
Bilanzsumme	1.463.576,98	1.344.260,05
A. Eigenkapital	20.659,60	36.174,67
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00
II. Kapitalrücklage	0,00	0,00
III. Gewinnvortrag	0,00	-4.340,40
IV. Jahresgewinn/ -verlust	-4.340,40	15.515,07
B. Rückstellungen	2.800,00	6.800,00
C. Verbindlichkeiten	1.440.117,38	1.301.285,38
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
Bilanzsumme	1.463.576,98	1.344.260,05

Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung	2013	2014
Umsatzerlöse	84.140,93	150.710,85
sonstige Erträge	0,00	5.488,85
Gesamtleistung	84.140,93	156.199,70
Materialaufwand	4.173,39	14.860,19
a) Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe	1.185,39	2.756,19
b) Aufwendungen f. bezogene Leistungen	2.988,00	12.104,00
Rohertrag	79.967,54	141.339,51
Personalaufwand	0,00	0,00
Abschreibungen	45.083,51	67.625,27
sonstige betr. Aufwendungen	7.853,44	8.406,94
Sonst. Zinsen u. ähnliche Erträge	17,43	72,94
Sonst. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	31.388,42	45.845,93
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-4.340,40	19.534,31
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	0,00	4.019,24
sonstige Steuern	0,00	0,00
Jahresfehlbetrag	-4.340,40	15.515,07

Bilanzkennzahlen**Ertragslage**

Rentabilität		2013	2014
Eigenkapitalrentabilität	%	-21,0	42,9
Gesamrentabilität	%	1,8	4,6

		2013	2014
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	--	--

Vermögensaufbau

		2013	2014
Anlagenintensität	%	89,3	92,2
Intensität des Umlaufvermögens	%	10,00	7,20

Anlagenfinanzierung

		2013	2014
Anlagendeckung I	%	1,6	2,9
Anlagendeckung II	%	75	74,4

Kapitalausstattung

		2013	2014
Eigenkapitalquote	%	1,4	2,7
Fremdkapitalquote	%	98,6	97,3

Liquidität

		2013	2014
Liquiditätsgrad	%	30,4	23,0

Lage des Unternehmens**Ertragslage**

Die Erlössituation entwickelt sich entsprechend der erzeugten Solarenergie. Die Einspeiseerlöse belaufen sich insgesamt auf 150,7 T€. Für das Geschäftsjahr 2014 ergibt sich ein Gewinn in Höhe von 15,5 T€.

Finanzlage

Der Finanzmittelbestand der Gesellschaft liegt zum 31.12.2014 bei 94 T€. Es bestehen zum 31.12.2014 keine Verbindlichkeiten gegenüber Lieferanten.

Die Gesellschaft verfügt über ausreichend finanzielle Mittel, um ihren Verpflichtungen nachkommen zu können. Die Finanzlage der Gesellschaft ist geordnet.

Risikobericht

Es besteht kein Risiko.

Nachtragsbericht

Nach dem Bilanzstichtag haben sich bis zum Zeitpunkt der Bilanzaufstellung keine Vorgänge von besonderer Bedeutung ereignet.

Ausblick

In den kommenden Geschäftsjahren wird mit positiven Geschäftsergebnissen gerechnet.

Weitere Bauvorhaben sind derzeit nicht geplant.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

Bei Gründung:

Stammkapital 25.000,00 € zu je 50 % durch Gesellschafter.

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

keine

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2014

keine

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Absatz 1 GemO.

**Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2015**



Energienetze Mittelrhein GmbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

Vertrag vom 02. Dezember 2004.

Stammkapital am 31.12.2014

25.000,00 €

Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr.

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrags die Planung, die Errichtung, der Betrieb, die Wartung, der Ausbau, der Erwerb, die Vermarktung und die Nutzung von Netzanlagen und sonstigen Speicherungs- und Verteilungssystemen für Energie (insbesondere Strom und Gas), Energieträger, Wärme und Wasser, sonstige wasserwirtschaftliche Anlagen (einschließlich Abwasserbeseitigung) sowie die Erbringung und Vermarktung von Dienstleistungen auf diesen Gebieten.

Beteiligungsverhältnisse

Alleinige Gesellschafterin ist die Energieversorgung Mittelrhein AG.

Besetzung der Organe am 31.12.2014

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.

Gesellschafterversammlung

evm AG, vertreten durch Vorstand evm AG

Geschäftsführer:

Klaus Fuhrmann (bis 31.12.2014)

Karl-Josef Mettler (bis 31.12.2014)

Ulrich Krekel (ab 01.01.2015)

Dr. Andreas Hoffknecht (ab 01.01.2015)

Beteiligungen des Unternehmens

keine

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Zum 17. Dezember 2014 wurde der Zusammenschluss der Netzgesellschaften KEVAG Verteilnetz GmbH (nachfolgend "KVNetz") und EVM Netz GmbH (nachfolgend "EVM Netz") zur Energienetze Mittelrhein GmbH (nachfolgend "enm") beschlossen. Die Umfirmierung der KEVAG Verteilnetz GmbH zur "Energienetze Mittelrhein GmbH" erfolgte am 12. Januar 2015 im Handelsregister.

Die Gesellschaft hat zum 30. Dezember 2014 den kompletten Geschäftsbetrieb der EVM Netz durch einen Betriebsübertragungsvertrag übernommen. Auch sind zu diesem Stichtag per Betriebsteilübertragungsverträge die Netzserviceeinheiten der Energieversorgung Mittelrhein AG (nachfolgend "evm AG") und der Gasversorgung Westerwald GmbH (nachfolgend "GVW") auf die enm übergegangen. Somit gingen auch die Arbeitsverhältnisse von 225 Mitarbeitern) gemäß § 613a BGB auf die enm über. Die Umsetzung erfolgte außerdem mit Vorräten, Fahrzeugen, Werkzeugen u. ä., aber ohne Netzanlagen. Die Gas- und Stromnetze werden von enm im Pachtmodell betrieben.

Die Betriebs(teil)übertragungen sind Teil der Umstrukturierungen innerhalb der evm-Gruppe. Zunächst wurde zum 1. Januar 2014 die Energieversorgung Mittelrhein GmbH auf die Koblenzer Elektrizitätswerk und Verkehrs-Aktiengesellschaft verschmolzen und diese in Energieversorgung Mittelrhein AG umbenannt.

Bis zur Betriebsübertragung durch die EVM Netz betrieb die enm ausschließlich das von evm AG gepachtete Stromverteilnetz, bestehend aus den Mittel- und Niederspannungsebenen einschließlich der Umspannungen.

Vorgelagerter Netzbetreiber ist die Westnetz GmbH. Die Übergabe erfolgt in 13 Umspannanlagen 110/20 kV. Eigentumsgrenzen bilden die Sekundärkerzen der Transformatoren. Zusätzlich bestehen kleinere Netzanbindungen an benachbarte Verteilnetze, überwiegend zur Sicherstellung von Reservekapazitäten und Noteinspeisungen in der Mittel- und Niederspannung.

Mitte 2012 endete der Konzessionsvertrag zwischen der Ortsgemeinde Isselbach, Ortsteil Ruppenrod (ca. 70 Einwohner), und evm AG. Da bis zum 31. Dezember 2014 kein neuer Konzessionsnehmer feststand und damit kein Assetübergang von evm AG auf einen Dritten stattgefunden hat, war auch das hier betriebene Nieder- und Mittelspannungsnetz weiterhin Teil des Pachtgegenstandes "Verteilnetz" mit insgesamt 217 Städten und Gemeinden zwischen evm AG und enm.

Im Stromnetzgebiet der enm befindet sich neben kleineren Objektnetzen ein Weiterverteiler, die Stadtwerke Gießen AG, mit den Gemeinden Selters und Maxsain. Dieses Netz, das von der Mittelhessen Netz GmbH (MIT.N) betrieben wird, ist in das Mittelspannungsnetz der enm integriert.

Seit dem 30. Dezember 2014 ist enm auch für die bisher von der EVM Netz betriebenen Gasverteilnetze der evm AG und der GVW sowie das im Eigentum der evm AG stehende Stromverteilnetz in Cochem, verantwortlich.

Die Darstellung des Geschäftsverlaufs bezieht sich ausschließlich auf den Geschäftsbetrieb der enm (KVNetz) ohne Betriebs(teil)übergänge zum 30. Dezember 2014:

Netzerneuerungen und Netzerweiterungen im Geschäftsjahr 2014

Die im Rahmen des Investitionsplanes der enm als "Große Netzgesellschaft" durchgeführten Erweiterungen und Erneuerungen des Verteilnetzes werden Eigentum der evm AG und im Rahmen des Pachtvertrags zwischen evm AG und enm über den Pachtzins verrechnet.

Im Geschäftsjahr 2014 beliefen sich die mit der Durchführung von Investitions- und Erhaltungsmaßnahmen verbundenen Netzaktivitäten auf rd. 17,6 Mio. € (VJ: 21,1 Mio. €).

Die Aktivitäten der enm im Stromverteilnetz fokussierten sich im Geschäftsjahr 2014 erneut auf die Gewährleistung der Versorgungsaufgabe und Netzintegration dezentraler Energieerzeugungsanlagen. Neben den durch Neuanschlüsse und Leistungserhöhungen notwendig werdenden Netzerweiterungen wurden im Berichtszeitraum zudem betriebsgealterte Komponenten und Anlagen des Verteilnetzes erneuert. In Bezug auf die regenerative, dezentrale Energieerzeugung ist bei Photovoltaikanlagen die Eigenbedarfsdeckung im privaten und gewerblichen Umfeld weiterhin führend. Gegenüber dem Vorjahr sank die Anzahl neuer Erzeugungsanlagen am Verteilnetz der enm. Dennoch konnten rund 360 Anlagen mit einer Gesamtleistung von 24,5 MW an das Verteilnetz der enm angeschlossen werden. Darin sind zwei Windparks mit einer Gesamtleistung von 13,6 MW und vier Groß-Photovoltaikanlagen mit insgesamt 4,6 MW enthalten. Darüber hinaus wurden für weitere 90 Projekte bereits Anschlussprüfungen durchgeführt und Netzanschlusszusagen ausgesprochen, die im Jahr 2015 zur Realisierung anstehen.

Im Bundesvergleich ist die Netzverfügbarkeit im Verteilnetz der enm weiterhin auf hohem, den Vorjahren entsprechendem Niveau. Hierzu trägt neben der operativen Netzbetriebsführung auch die Instandhaltungs- und Erneuerungsstrategie bedeutsam bei. Im Rahmen der Zielnetzplanungen für das Verteilnetz wurden Erneuerungen von Kabel, Freileitungen und Anlagen hinsichtlich eines sicheren und effizienten Netzbetriebes bewertet. So konnte durch die Fortführung der Erdverkabelungen von 20-kV-Freileitungen der positive Trend bei der Vermeidung von Stromausfällen durch Windwurf bestätigt werden.

Im Netzbereich Westerwald wurde das bereits 2013 begonnene Waldschneisen-Verkabelungsprojekt "Untershausen – Heilberscheid" mit einer Gesamtverkabelungslänge von 5,5 km abgeschlossen. Die rd. 5 km lange Mittelspannungsfreileitung von Lautzenbrücken nach Langenbach bei Kirburg wurde ebenfalls durch Erdkabel ersetzt. Weitere Verkabelungsmaßnahmen konnten in Bad Marienberg, Eschelbach, Görgeshausen, Ingelbach, Urbar und Winnen umgesetzt werden. Auch wurde dem betrieblichen Ausfallrisiko von Kabelanlagen im Nieder- und Mittelspannungsnetz durch wichtigkeitsorientierte Erneuerungen oder Netzumplanungen entsprochen. Insgesamt wurden in diesem Zusammenhang mehr als 120 Einzelmaßnahmen im Geschäftsjahr 2014 durchgeführt.

Die Netztopologie im Stromverteilnetz ist durch Umspannanlagen, Schaltstation und Transformatorenstationen bestimmt. Ältere Anlagentechniken können Netzbetriebssicherheit gefährden bzw. im Instandhaltungs- und Entstörungstill aufgrund nicht mehr gegebener Ersatzteilversorgung die Netzverfügbarkeit maßgeblich beeinflussen. So wurde beispielsweise die Schaltstation Koblenz Moselweiß komplett neugebaut, die Schaltstation Vallendar nach Netzüberplanung durch eine Ortsnetztransformatorenstation ersetzt, der 20-kV-Teil der Umspannanlage Ebernhahn teilerneuert und die Umspannanlage Westerbürg einer Revision unterzogen. 16 Ortsnetztransformatorenstationen, die bauliche oder technische Mängel aufwiesen, konnten erneuert werden. Zudem konnten in einer Vielzahl von Transformatorenstationen störungsanfällige Mittelspannungsschaltanlagen, Niederspannungsverteilungen und Transformatoren ersetzt werden.

Für den uneingeschränkten Netzzugang von energiebeziehenden Kunden wurden im Niederspannungsnetz rd. 840 Netzanschlüsse ("Hausanschlüsse") erstellt sowie rd. 75 bestehende Netzanschlüsse verstärkt. Darüber hinaus wurden 11 Ortsnetztransformatorenstationen neu errichtet und 6 Stationen in Bezug auf das Mittelspannungszielnetz demontiert. Dem Neubau von 12 betreibereigenen Übergabestationen stehen 5 Anlagenrückbauten gegenüber.

Die Vorgaben der Systemstabilitätsverordnung bei der Nach- bzw. Umrüstung von Photovoltaikanlagen, bekannt unter der Bezeichnung "50,2-Hz-Problematik", wurden im Rahmen eines Projektes der enm umgesetzt. Nicht vorhersehbare Insolvenzen von Dienstleistern, Kapazitätsengpässe bei Wechselrichterherstellern und Ressourcenprobleme im Wunschinstallateursprozess führten dazu, dass rd. 5 % der betroffenen Wechselrichter nicht bis zum 31. Dezember 2014 bearbeitet werden konnten. Mit dem Projektabschluss ist im ersten Quartal 2015 zu rechnen.

Das 2013 beschlossene Lichtwellenleiterprojekt "Kabel 3.0" wurden weiter umgesetzt. Ziel ist es, die Telekommunikationsinfrastruktur der evm AG für zukünftige Anforderungen aufzurüsten. Im Jahr 2014 wurde die Backbone-

Verbindung zwischen Dernbach / Umspannanlage Goldhausen bis Bad Marienberg realisiert.

Mit der weiteren Fortführung werden u. a. die Voraussetzungen geschaffen, über breitbandige Datenverbindungen stromnetzrelevante Informationen zu übertragen. Die damit zu schaffende Transparenz des Verteilnetzes wird die Themenstellungen "Energiewende, betriebliche Effizienz und Netzverfügbarkeit" weiter positiv unterstützen.

Aus dem vorgelagerten und benachbarten Netz wurden 1.674,7 GWh (VJ: 1.754,4 GWh) in das evm-Verteilnetz eingespeist und durchgeleitet. Hierfür wurden Netzentgelte in Höhe von 21.077 T€ (VJ: 19.298 T€) entrichtet.

Dezentrale Erzeugungsanlagen nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWKG) sowie sonstige Anlagen speisten 341,2 GWh (VJ: 327,1 GWh) in das evm-Verteilnetz ein.

Der Zuwachs im Bereich der "Regenerativen Energien" hat sich auch im Geschäftsjahr 2014 fortgesetzt. Insgesamt speisten 5.529 Anlagen nach EEG mit einer Leistung von 216,7 MW (+ 19,4 MW) in das Verteilnetz ein. Der Anteil der Windenergieanlagen an der Leistung beträgt ca. 44,1 %.

Seit 2009 ist bei EEG-Anlagen auch die Direktvermarktung der erzeugten Energie möglich. Ab 2012 werden im Rahmen der Direktvermarktung das Marktprämienmodell, die Grünstromprivilegierung und die sonstige Direktvermarktung unterschieden. Der Anteil der gesamten Direktvermarktung beträgt hier 41,0 % (VJ: 36,4 %).

Nach § 7 Abs. 2 KWKG endete am 31. Dezember 2009 der Anspruch auf Zahlung eines Zuschlages für "neue Bestandsanlagen". Des Weiteren entfällt bei diesen Anlagen bei einer elektrischen Leistung größer 50 kW die Abnahmeverpflichtung des erzeugten Stroms.

Kleine KWKG-Anlagen ab 50 kW bis 2 MW fielen nach § 7 Abs. 5 KWKG ab dem 1. Januar 2011 aus der Förderung. Diese Anlagen werden in der KWKG-Statistik nach Auslaufen der Förderung nicht mehr geführt. Mit Änderung des KWKG-Gesetzes im Mai 2012 werden neu installierte und in Betrieb genommene Anlagen dieser Kategorie wieder gefördert.

Anzahl der Anlagen nach KWKG: 164 Anlagen (VJ: 126 Anlagen).
Installierte Leistung der Anlagen nach KWKG: 4,6 MW (VJ: 4,2 MW).

Für die dezentrale Einspeisung sind Aufwendungen in Höhe von 46.496 T€ (VJ: 40.965 T€) sowie 1.945 T€ (VJ: 2.062 T€) für vermiedene Netznutzung angefallen.

Amprion GmbH hat als Übertragungsnetzbetreiber den aus EEG-Anlagen erzeugten Strom – hier insbesondere von Photovoltaikanlagen – rechnerisch abgenommen und vergütet. Der aus Anlagen nach KWKG eingespeiste Strom wurde weiterveräußert. Weitere Strommengen aus sonstigen Anlagen, die keiner gesetzlichen Förderung

unterliegen, wurden dem jeweils vom Anlagenbetreiber angegebenen Strombilanzkreis zugeordnet.

enm hat 1.955,9 GWh (VJ: 2.019,5 GWh) elektrische Energie über 227.563 (VJ: 226.778) Entnahmestellen an Kunden der evm AG, Naturstrom Rheinland-Pfalz GmbH sowie weiterer 221 (VJ: 200) Vertragspartner verteilt.

Darstellung des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz	2013	2014
	T€	T€
A. Anlagevermögen	2.096	4.395
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	94	148
II. Sachanlagen	2.002	4.247
III. Finanzanlagevermögen	0	0,00
B. Umlaufvermögen	27.572	23.391
I. Vorräte	819	2.432
II. Forderungen u. sonst. Vermögensgegenstände	24.753	20.959
III. Kassenbestand	2.000	0
C. Rechnungsabgrenzungsposten	12.548	27.548
Bilanzsumme	42.216	55.334
A. Eigenkapital	25	25
↳ Gez. Kapital	25	25
C. Rückstellungen	6.078	15.147
D. Verbindlichkeiten	23.577	12.614
E. Rechnungsabgrenzungsposten	12.536	27.548
Bilanzsumme	42.216	55.334

G+V

Gewinn- und Verlustrechnung	2013	2014
	T€	T€
Umsatzerlöse	157.459	160.511
Bestandserhöhung	4	23
andere aktivierte Eigenleistungen	2	2
sonstige betriebliche Erträge	66	82
Gesamtleistung	157.531	160.618
Materialaufwand	138.202	130.137
Rohhertrag	19.329	30.481
Personalaufwand	9.945	22.882
Abschreibungen	232	561
sonstige betriebliche Aufwendungen	6.656	5.208
Zinsergebnis	-310	-276
Ergebnis d. gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.186	1.554
Steuern vom Einkommen u. Ertrag	930	679
Sonstige Steuern	72	100
Aufgrund Ergebnisabführungsvertr. abgef. Gewinne	-1.184	775
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0

Bilanzkennzahlen**Ertragslage**

		2013	2014
Rentabilität			
Eigenkapitalrentabilität	%	4.736,0	3.100,0
Gesamtrentabilität	%	3,5	1,9

		2013	2014
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	1.345,8	579,5

Vermögensaufbau

		2013	2014
Anlagenintensität	%	5,0	7,9
Intensität des Umlaufvermögens	%	95,0	92,1

Anlagenfinanzierung

		2013	2014
Anlagendeckung I	%	1,2	0,6
Anlagendeckung II	%	1,2	0,6

Kapitalausstattung

		2013	2014
Eigenkapitalquote	%	0,1	0,0
Fremdkapitalquote	%	99,9	100,0

Liquidität

		2013	2014
Liquiditätsgrad	%	95,1	92,1

Lage des Unternehmens**Darstellung der Lage**

enm hat alle Verteilnetzanlagen von evm AG gepachtet und verfügt über kein eigenes Netzanlagevermögen. Im Rahmen des Betriebsteilübergangs zum

30. Dezember 2014 wurden auch verschiedene Anlagen der Betriebs- und Geschäftsausstattung, wie Werkzeuge, Fahrzeuge etc. von evm AG (1.937 T€) und GVW (148 T€) sowie die für den Bau und Betrieb des Verteilnetzes benötigten Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe von evm AG (1.538 T€) erworben.

An Netznutzungserlösen einschließlich Messung und Abrechnung wurden 92.118 T€ (VJ: 97.717 T€) vereinnahmt. Im vorgenannten Betrag sind u. a. die anteilige Verwendung der Verbindlichkeit für regulatorische Risiken, gesetzliche Umlagen (Umlage nach § 9 Abs. 7 KWKG, Umlage nach § 19 Abs. 2 StromNEV, Umlage nach § 18 AbLaV, Umlage nach § 17f EnWG) und die Konzessionsabgaben berücksichtigt. Die Konzessionsabgaben werden über evm AG an die Kommunen ausgezahlt.

Im Geschäftsjahr 2014 betrug das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit 1.554 T€ (VJ: 2.186 T€).

evm AG und enm haben einen Ergebnisabführungsvertrag und einen Vertrag über ein gemeinsames Cash-Management-System mit uneingeschränkter Ergebnisverantwortung und eigenständigem Finanz- und Liquiditätsmanagement geschlossen. Aufgrund des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages wird der nach Abzug von Steuern vom Einkommen und vom Ertrag sowie Sonstiger Steuern entstandene Gewinn in Höhe von 775 T€ an evm AG abgeführt (VJ: 1.184 T€).

Risikomanagement

enm ist durch eine standardisierte quartalsweise Risikoberichterstattung in das Risikomanagementsystem der evm AG eingebunden und erfüllt die Anforderungen des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG). Im Rahmen einer systematischen Risikoerhebung werden bei enm alle wesentlichen Risiken identifiziert, analysiert und überwacht, mit dem Ziel, möglichst frühzeitig geeignete Gegenmaßnahmen ergreifen zu können. Die laufende Kommunikation der Risiken zwischen enm und evm AG erfolgt im Rahmen eines Risikomanagementausschusses, der regelmäßig einberufen wird. In den Ausschusssitzungen wird die Risikosituation diskutiert und bewertet. enm leitet bei Bedarf entsprechende Gegenmaßnahmen ein. Für den Berichtszeitraum bestanden keine den Fortbestand des Unternehmens gefährdenden Risiken.

Ausblick

Die enm ist verantwortlich für 7.000 Kilometer Stromleitungen, 6.000 Kilometer Erdgasleitungen und einige Hundert Verteil- und Umspannsysteme. Sie hat zum Ende des Geschäftsjahres 2014 die Aufgaben der EVM Netz und der KVNetz übernommen. Seither sorgt sie mit rund 550 Mitarbeitern rund um die Uhr für eine zuverlässige und sichere Energieversorgung in über 400 Kommunen des Landes Rheinland-Pfalz.

Die Versorgungsqualität der enm liegt in allen Sparten deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Das erreicht sie durch: kompetente und verantwortungsbewusste Mitarbeiter sowie kontinuierliche Investitionen in ihre Netze, eine moderne Leitstelle sowie eine Rufbereitschaft mit dezentraler Struktur. So gewährleistet sie, dass Monteure, Meister und Ingenieure im Bedarfsfall schnell vor Ort sind, um Störungen zu beheben.

Der Deutsche Verein des Gas- und Wasserfachs e.V. bestätigte den beiden Netzgesellschaften, aus denen die enm hervorgegangen ist, ein Höchstmaß an Qualität und Sicherheit. Denn sie verfügten über ein zertifiziertes, technisches Sicherheitsmanagement (TSM) und ein Umweltmanagementsystem. Das sind ebenfalls Belege des hohen Qualitätsstandards.

Die enm sieht ihre langfristige Aufgabe darin, die Energienetze stets so auszulegen, dass sie den Herausforderungen der Energiewende und den Bedürfnissen der Netzkunden gerecht werden. Leistungsfähige und zuverlässige Energie- und IT-Netze haben für das Unternehmen oberste Priorität. Die Netzinfrastruktur steht durch den demographischen Wandel, neue Technologien und den Ausbau erneuerbarer Energien vor einem gewaltigen Umbau, der technisch wie finanziell anspruchsvoll ist. enm engagiert sich für das Gelingen der Energiewende – aus regionaler Verbundenheit und aus Verantwortung für die Lebensqualität der Menschen in ihren Netzgebieten.

Grundsätzlich soll auch in den kommenden Jahren an der vorausschauenden, zustand- und wichtigkeitsorientierten Netzerneuerungsstrategie festgehalten werden. Die Notwendigkeit des Netzausbaus wird sich an den Leistungsbedarfen der energiebeziehenden und energieeinspeisenden Kundengruppen orientieren. Handlungsschwerpunkte werden weiter die zustands- und wichtigkeitsorientierte Erneuerung von Netzanlagen im Strom- und Gasbereich sein.

Der anstehende Erneuerungsbedarf von Schaltstationen im Netzbereich Koblenz und die hier geplanten öffentlichen Bauvorhaben haben im Geschäftsjahr 2014 dazu geführt, dass die Netzentwicklungsplanung für diesen Bereich forciert wurde.

Das Berechnungs- und Planungsergebnis hat gezeigt, dass eine erhebliche Vereinfachung der Netztopologie erzielt werden kann. Auch kann durch Entfall auf die Erneuerung von 3 Schaltstationen verzichtet werden. Die Umsetzung dieses Zielnetzes wird bereits im Jahr 2015 begonnen und dürfte spätestens 2017 abgeschlossen sein. Dem Thema Energiewende soll weiter aktiv entsprochen werden. So ist die Weiterentwicklung im Netzführungssystem mit den Schwerpunkten der Einbindung von Online-Lastflussberechnungen und meteorologischer Kenndaten für 2015 vorgesehen. Erstmals soll auch im Geschäftsjahr 2015 dem Smart-Grid-Gedanken durch den Einbau eines selbst regelnden Ortsnetztransformators entsprochen werden. Nachdem das Projekt "50,2-Hz-Problematik" bei Photovoltaikanlagen weitestgehend abgeschlossen ist, wird der Gesetzgeber die Unterfrequenzabschaltung im Rahmen einer Nachrüstverpflichtung forcieren. Die Rolle der Netzbetreiber in diesem Nachrüstprozess ist derzeit noch nicht klar definiert, so dass prozessuale, unternehmensinterne Erfordernisse noch nicht abzuschätzen sind.

Mit Interesse wird auch den künftigen Vorgaben zum Roll-out von Smart-Meter entgegen gesehen. Hier wird erwartet, dass seitens des Verordnungsgebers in 2015 Planungssicherheit für die folgenden monetären und personellen Anforderungen gegeben sein werden.

Gemäß § 4 ARegV sind Netzbetreiber verpflichtet, zum 1. Januar eines Kalenderjahres die festgelegte Erlösobergrenze zu überprüfen und bei Änderungen der in § 4 Abs. 3 ARegV genannten Parameter anzupassen. Zum 15. Oktober 2014

wurde die Veröffentlichung voraussichtlicher Netzentgelte gem. § 20 Abs. 1 Satz 2 EnWG vorgenommen.

Nach dem Vorliegen aller Eingangsparameter zur Bestimmung der Erlösbergrenze wurden dann zum Jahresende die endgültigen Netzentgelte mit Gültigkeit ab dem 1. Januar 2015 veröffentlicht.

enm rechnet auch für die Folgejahre mit einem positiven Ergebnis vor Ergebnisabführung.

Das Jahr 2015 wird maßgeblich durch die Zusammenführung der beiden Netzgesellschaften und der damit einhergehenden Prozessharmonisierungen sowohl in technischer als auch in kaufmännischer Sicht beeinflusst werden

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

keine

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Mit der Energieversorgung Mittelrhein AG besteht eine steuerliche Organschaft.

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2014

Die Gesellschafterversammlung erhält keine Bezüge.

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.

Auf eine Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wird mit Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung im Sinne des § 85 Abs 1 GemO.

Stadtverwaltung Koblenz Beteiligungsbericht 2015

EVM Netz GmbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

17. Oktober 2006

Stammkapital am 31.12.2014

500.000,00 €

Gegenstand des Unternehmens

1. Gegenstand der Gesellschaft ist die Planung, Errichtung, der Betrieb, die Wartung, der Ausbau, der Erwerb, die Vermarktung und die Nutzung von Netzanlagen und sonstigen Speicherungs- und Verteilungssystemen für Energie, wozu Gas, Strom, Wärme, Wasser und Abwasserbeseitigung gehören sowie die Erbringung und Vermarktung von Dienstleistungen auf diesen Gebieten.

Beteiligungsverhältnisse

Die Energieversorgung Mittelrhein AG, Koblenz ist Alleingesellschafterin.

Besetzung der Organe am 31.12.2014

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung.

Gesellschafterversammlung

Die Gesellschaft entsendet Mitglieder des Vorstandes der evm AG oder Vertreter der evm AG unter dem Vorsitz von Herrn Josef Rönz.

Geschäftsführung

Ulrich Krekel
Dr. Andreas Hoffknecht (ab 01.11.2014)

Beteiligungen des Unternehmens

Die Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2014 an keinem Unternehmen beteiligt.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Geschäft und Rahmenbedingungen

Einstellung des Geschäftsbetriebs durch Betriebsübertragung zum 30. Dezember 2014

Die Gesellschaft hat zum 30. Dezember 2014 ihren kompletten Geschäftsbetrieb durch einen Betriebsübertragungsvertrag auf die Energienetze Mittelrhein GmbH übertragen. Seit dem 30. Dezember 2014 ist die Gesellschaft nicht mehr operativ tätig. Mit dem Betriebsübergang gingen auch die Arbeitsverhältnisse über.

Die Betriebsübertragung ist Teil der Umstrukturierungen innerhalb der evm-Gruppe. Zunächst wurde mit Wirkung auf den 01. Januar 2014 die Energieversorgung Mittelrhein GmbH auf die Koblenzer Elektrizitätswerk und Verkehrs-Aktiengesellschaft verschmolzen und diese in Energieversorgung Mittelrhein AG (nachfolgend „evm“) umbenannt. Die EVM Netz war bis zum 30. Juni 2014 eine 100%ige Tochter der Energieversorgung Mittelrhein GmbH. Die KVNetz ist eine 100%ige Tochter der evm. Seit dem 01. Juli 2014 ist die EVM Netz ebenfalls eine 100%ige Tochter der evm.

Zum 17. Dezember 2014 wurde der Zusammenschluss der beiden Netzgesellschaften KEVAG Verteilnetz GmbH (KVNetz) und EVM Netz GmbH (EVM Netz) zur Energienetze Mittelrhein GmbH (enm) beschlossen.

Die Umsetzung erfolgte zum 30. Dezember 2014 durch einen Betriebs(teil)übergang der Netzserviceeinheiten der evm und GVW mit Vorräten, Fahrzeugen, Werkzeugen u. ä., aber ohne Netzanlagen sowie des gesamten Betriebs der EVM Netz auf die KVNetz. Die Gas- und Stromnetze verbleiben weiterhin im Eigentum der evm und der GVW und werden im Pachtmodell betrieben.

Die Umfirmierung der KEVAG Verteilnetz GmbH zur "Energienetze Mittelrhein GmbH" erfolgte am 12. Januar 2015 im Handelsregister.

Gesamtwirtschaftliches Umfeld

Die deutsche Wirtschaftsleistung ist im Jahr 2014 um 1,5 % gewachsen und hat sich damit deutlich besser als in den beiden vorausgegangenen Jahren entwickelt. Wesentlich hierfür waren der Anstieg der privaten Konsumausgaben und deutlich gesteigerte Ausrüstungs- und Bauinvestitionen. Hingegen entwickelte sich das

deutsche Auslandsgeschäft zwar positiv, der Anstieg war jedoch mit 0,4 % gegenüber dem Vorjahr nur gering.

Sowohl für die Energienachfrage und die regenerative Erzeugung als auch für die Versorgungssicherheit der Netze der Energiewirtschaft spielt die Witterung eine wesentliche Rolle. Die Witterung des Jahres 2014 in Deutschland war völlig außergewöhnlich: 2014 war das wärmste Jahr seit Beginn regelmäßiger Temperaturmessungen, die Durchschnittstemperatur lag um 1,4 Grad über der Referenzperiode 1981 bis 2010. Begonnen hatte das Jahr mit einem außergewöhnlich trockenen und milden Winter, der um 2,3 Grad wärmer als die Referenzperiode 1981 bis 2010 und der viertwärmste Winter seit Beginn der Aufzeichnungen in 1881 war. Der Sommer 2014 begann trocken und warm, gefolgt von vielen heftigen Gewittern und nasser Witterung, und war durch insgesamt leicht überdurchschnittliche Temperatur- und Sonnenscheindauer gekennzeichnet. Auch der Herbst war im Vergleich zu historischen Messungen sehr warm, insbesondere deshalb weil im Oktober und November überwiegend süd- und südwestliche Windströmungen vorherrschten, die warme Luftmassen nach Mitteleuropa brachten. Im Dezember war die Witterung mild, Schnee und Kälte setzten erst nach Weihnachten 2014 ein.

Die warme Witterung führte dazu, dass der Primärenergieverbrauch in Deutschland in 2014 kräftig gesunken ist. Im Vergleich zum Vorjahr sank der Primärenergieverbrauch um 4,8 % auf 446,5 Mio. t SKE. Noch deutlicher sank der Erdgasverbrauch, der sich im Vergleich zum Vorjahr um 14 % auf 91,2 Mio. t SKE verringerte. Dabei sank insbesondere der Erdgasverbrauch für Wärmezwecke, aber auch der Erdgasverbrauch für KWK-Anlagen und die chemische Grundstoffindustrie.

Rechtliche Rahmenbedingungen und Branchensituation

Mit der am 21.9.2007 vom Bundesrat verabschiedeten und am 6.11.2007 in Kraft getretenen Anreizregulierungsverordnung wurde das System der Kostenregulierung ab dem 1.1.2009 durch ein Regulierungsmodell ersetzt, welches Obergrenzen für die Erlöse der Netzbetreiber vorgibt, die auf der Grundlage eines bundesweiten Effizienzvergleichs ermittelt werden. Diese sog. Erlösobergrenzen werden jeweils vor Beginn einer Regulierungsperiode (i.d.R. fünf Jahre) von der Bundesnetzagentur bzw. den zuständigen Landesbehörden mitgeteilt.

Für die zweite Regulierungsperiode Gas und Strom liegen Erlösobergrenzenbescheide der BNetzA und der Regulierungskammer Rheinland-Pfalz vor.

Am 1.10.2014 ist die Kooperationsvereinbarung in ihrer VII. Fassung in Kraft getreten. Die Kooperationsvereinbarung regelt die diskriminierungsfreie Abwicklung des Zugangs zu den Gasversorgungsnetzen. Gegenüber der VI. Fassung wurden Verträge weiter standardisiert und Leitfäden aktualisiert.

Beschwerdeverfahren Netzentgelte Gas

Gegen die Bundesnetzagentur werden diverse Beschwerdeverfahren beim Oberlandesgericht Düsseldorf geführt. Im Berichtsjahr konnte der überwiegende Teil der Beschwerdeverfahren durch einen Vergleich beendet werden.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

<i>Bilanz</i>	2013	2014
A. Anlagevermögen	7.131,30	0,00
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0,00
II. Sachanlagen	0,00	0,00
III. Finanzanlagen	7.131,30	0,00
B. Umlaufvermögen	27.084.215,18	1.076.679,22
I. Vorräte	1.096.670,21	0,00
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	25.987.544,97	1.076.679,22
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
Bilanzsumme	27.091.346,48	1.076.679,22
A. Eigenkapital	500.000,00	500.000,00
I. Gez. Kapital	500.000,00	500.000,00
II. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00
B. Rückstellungen	11.885.149,00	139.000,00
C. Verbindlichkeiten	2.883.321,48	437.679,22
D. Rechnungsabgrenzungsposten	11.822.876,00	0,00
Bilanzsumme	27.091.346,48	1.076.679,22

Gewinn- und Verlustrechnung

<i>Gewinn- und Verlustrechnung</i>	2013	2014
Umsatzerlöse	78.352.381,70	73.088.276,65
sonstige betr. Erträge	5.831.643,76	5.779.630,62
Gesamtleistung	84.184.025,46	78.867.907,27
Materialaufwand	36.134.089,72	38.163.164,87
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	58.280,25	25.465,22
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	36.075.809,47	38.137.699,65
Rohertrag	48.049.935,74	40.704.742,40
Personalaufwand	805.090,32	743.983,81
a) Löhne und Gehälter	664.494,39	590.244,33
b) Soziale Abgaben u. Aufwendungen	140.595,93	153.739,48
sonstige betr. Aufwendungen	44.537.133,16	46.768.654,20
Erträge aus Wertpapieren u. Ausleih. Finanzanlagen	222,26	52,89
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	633.849,19	78.722,97
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	208.313,61	182.286,17
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	3.133.470,10	-6.911.405,92
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00	2.302.000,00
Aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrag übernommener Verlust	0,00	4.609.405,92
Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00
Aufgrund eines Ergebnisabführungsvertr. abgef. Gew.	3.133.470,10	0,00
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00

Bilanzkennzahlen**Ertragslage**

<u>Rentabilität</u>		2013	2014
Eigenkapitalrentabilität	%	626,7	-921,9
Gesamtrentabilität	%	12,3	-428,1

		2013	2014
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	11.193,1	10.441,2

Vermögensaufbau

		2013	2014
Anlagenintensität	%	0,0	0,0
Intensität des Umlaufvermögens	%	100,0	100,0

Anlagenfinanzierung

		2013	2014
Anlagendeckung I	%	--	--
Anlagendeckung II	%	--	--

Kapitalausstattung

		2013	2014
Eigenkapitalquote	%	1,9	46,4
Fremdkapitalquote	%	98,1	53,6

Liquidität

		2013	2014
Liquiditätsgrad	%	101,9	186,7

Lage des Unternehmens**Ertragslage**

Die EVM Netz GmbH erzielte in 2014 Umsatzerlöse von T€ 73.088 (Vorjahr: T€ 78.352), die im Wesentlichen aufgrund der milden Witterung mengenbedingt um T€ 5.264 bzw. 6,7 % zurückgegangen sind. Die Erlöse aus Entgelten für die Nutzung des Gasverteilnetzes ohne Konzessionsabgaben hatten als Hauptumsatzträger mit T€ 68.866 einen Anteil von 94,2 % am Gesamtumsatz.

Die sonstigen betrieblichen Erträge betragen T€ 5.780 (Vorjahr: T€ 5.832). Sie beinhalten vor allem Erträge aus der Mehr-/ Mindermengenabrechnung.

Der Materialaufwand in Höhe von T€ 38.163 (Vorjahr: T€ 36.134) beinhaltet Aufwendungen für Netzserviceleistungen der evm und der GVW für Wartung, Instandhaltung und Ausbau der Gas- und Stromnetze, Kosten für die vorgelagerten Gas- und Stromnetze sowie Aufwendungen für Mehr-/ Mindermengenabrechnungen. Die korrespondierenden Erträge aus den Mehr-/ Mindermengenabrechnungen sind unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von T€ 46.769 (Vorjahr: T€ 44.537) beinhalten im Wesentlichen Aufwendungen für Pachtzahlungen an die evm und die GVW, Aufwendungen für Shared Service Dienstleistungen sowie Aufwendungen für abzuführende Konzessionsabgaben.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit beläuft sich auf T€ - 6.911 (Vorjahr: T€ 3.133).

Der gesamte Jahresfehlbetrag vor Ergebnisabführung wird aufgrund des bestehenden Ergebnisabführungsvertrags von evm ausgeglichen.

Finanzlage

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit war im Geschäftsjahr nahezu ausgeglichen. Ursächlich ist die Betriebsübertragung zum 30. Dezember 2014, wonach Forderungen und Verpflichtungen im Rahmen der Betriebsübertragung auf die Energienetze Mittelrhein übertragen wurden. Der Rückgang der Vorräte und Forderungen korrespondiert bis auf T€ 7 mit dem Rückgang der Verbindlichkeiten und Rückstellungen.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme der EVM Netz GmbH verminderte sich aufgrund der Betriebsübertragung im Vergleich zum Vorjahr um T€ 26.014 auf T€ 1.077. Das Vermögen besteht weitestgehend aus kurzfristig gebundenem Umlaufvermögen und betrifft Forderungen gegenüber dem Finanzamt. Das Eigenkapital hat mit T€ 500 einen Anteil von 46,4 % (Vorjahr 1,9 %) am Gesamtkapital.

Das Fremdkapital beträgt T€ 577, was einem Anteil von 53,6 % entspricht. Das Fremdkapital setzt sich im Wesentlichen aus sonstigen Rückstellungen (T€ 139) und Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter (T€ 438) zusammen.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres waren nicht zu verzeichnen.

Chancen- / Risikobericht

Umwelt- und Marktrisiken

Die EVM Netz GmbH hat zum 30. Dezember 2014 ihren laufenden Geschäftsbetrieb eingestellt. Seit diesem Zeitpunkt ist sie kein Netzbetreiber gemäß § 4 Abs. 1 EnWG für die Verteilnetze der evm und GVW mehr.

Derzeit wird eine Fusion der EVM Netz GmbH mit der Energienetze Mittelrhein GmbH geprüft.

Betriebsrisiken

Laufende Betriebsrisiken bestehen nicht mehr.

Finanzwirtschaftliche Risiken

Auf der Grundlage der Unternehmenskonzeption der EVM Netz GmbH wird die operative Finanzplanung zusammen mit dem Finanzmanagementsystem der evm durchgeführt. Das Cash Management (Cash-Pooling-Vereinbarung) wird durch die evm durchgeführt.

Weitere wesentliche Bestandteile sind der Ergebnisabführungsvertrag mit der evm und die einheitlichen Überwachungsprozesse der evm und EVM Netz GmbH sowie eine einheitliches Chancen- und Risikomanagement.

Sonstige Risiken

Der Realisierung von Betriebs- und Organisationsrisiken, insbesondere bedingt durch Verlustgefahren infolge Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern und Systemen sowie externer Ereignisse, rechtlicher Risiken und Informationsrisiken, wird im Rahmen des beschriebenen Risikomanagementprozesses begegnet.

Gesamtrisiko und Chancen

Derzeit sind keine bestandsgefährdenden Risiken erkennbar, die in erheblichen Umfang negative Auswirkungen auf die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft haben können. Da eine Aufnahme des operativen Geschäftsbetriebes nicht geplant ist, bestehen derzeit keine Chancen.

Prognosebericht

Der gesamte Betrieb wurde zum 30. Dezember 2014 auf die Energienetze Mittelrhein GmbH (ehemals Kevag Verteilnetz GmbH) übertragen und der laufende Geschäftsbetrieb eingestellt.

Die EVM Netz GmbH geht somit davon aus, dass im Geschäftsjahr 2015 keine nennenswerten Geschäftsvorfälle zu verzeichnen sein werden.

Der Ergebnisabführungsvertrag mit der Muttergesellschaft, wonach erwirtschaftete Gewinne an die Muttergesellschaft abzuführen sind bzw. Verluste von dieser ausgeglichen werden, besteht nach wie vor fort.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

Die erwirtschafteten Verluste werden jeweils im Rahmen des Ergebnisabführungsvertrags von der evm ausgeglichen.

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Konzessionsabgaben	0,00 €
Grundsteuer	0,00 €
Gewerbsteuer	0,00 €

Die Besteuerung erfolgt im Rahmen der Organschaft mit der evm.

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2014

Die Gesellschafterversammlung erhält keine Bezüge.

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.

Auf eine Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wird mit Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Absatz 1 GemO.

**Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2015**



evm Verkehrs GmbH, Koblenz (ehem. KVS)

Rechtsform

GmbH

Gegründet

17. Februar 1995; der Gesellschaftsvertrag wurde zuletzt am 17.06.2014 geändert.

Stammkapital am 31.12.2014

350.000,00 €

Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr.

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrags die Beförderung von Personen und die Durchführung von Dienstleistungen im Personennahverkehr einschließlich der Erbringung von Werkstattdienstleistungen - auch für Dritte - .

Beteiligungsverhältnisse

Alleinige Gesellschafterin ist die Energieversorgung Mittelrhein AG.

Besetzung der Organe am 31.12.2014

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.

Gesellschafterversammlung

Die Gesellschaft entsendet Mitglieder des Vorstandes der evm AG oder Vertreter der evm AG unter dem Vorsitz von Herrn Bernd Wieczorek.

Geschäftsführer:

Hansjörg Kunz
Jürgen Czielinski

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

I. Grundlagen des Unternehmens

Geschäftsmodell

Die evm Verkehrs GmbH ist eine 100 prozentige Tochtergesellschaft der Energieversorgung Mittelrhein AG (evm-Gruppe). Sie ist vornehmlich im Linienverkehr mit Kraftfahrzeugen nach § 42 und § 43 PBefG sowie im Gelegenheitsverkehr nach § 46 PBefG tätig. Die Gesellschaft besitzt eigene Linienkonzessionen (Mitkonzessionär) und ist Betriebsführer nach § 2 Abs. 2 Nr. 3 PBefG auf Konzessionen anderer Unternehmen, insbesondere der Rhein-Mosel Verkehrsgesellschaft mbH (RMV). In Summe befördert die evm Verkehrs GmbH in Koblenz und der Region auf ihren Linienkonzessionen jährlich rund 12 Millionen Fahrgäste.

Die evm Verkehrs GmbH ist darüber hinaus dienstleistend für die Kraftwagen-Verkehr Koblenz GmbH (KVG) tätig. So erbringt die evm Verkehrs GmbH auch Fahrleistungen im Auftrag der KVG. Die evm Verkehrs GmbH betreibt zudem eine eigene Werkstatt und bietet entsprechende Dienstleistungen auf dem freien Markt an.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die demografische Entwicklung, der zunehmende Wettbewerb, der problematische Rechtsrahmen und die Unterfinanzierung des ÖPNV in Rheinland-Pfalz beeinflussen den Markt zunehmend. Speziell im ländlichen Raum ist trotz der beabsichtigten Linienbündelungskonzepte der tangierten Aufgabenträger eine steigende Zahl gemeinwirtschaftlicher Verkehre zu erwarten.

Die evm Verkehrs GmbH ist überwiegend im Gebiet des Verkehrsverbunds Rhein-Mosel (VRM) tätig. Die Grundlage für den VRM ist im Wesentlichen ein Kooperationsvertrag zwischen der VRM GmbH und den tangierten Verkehrsunternehmen aus dem Jahr 2001. Der Vertrag bietet Interpretationsspielraum und wird den geänderten Marktbedingungen nicht gerecht. Daher haben die evm Verkehrs GmbH und weitere Verkehrsunternehmen bereits im Jahr 2012 einen im Vertrag vorgesehenen Antrag zur Vertragsanpassung an die VRM GmbH gestellt. Die als Vorstufe zur Vertragskündigung notwendige Maßnahme blieb auch 2014 ergebnislos.

Hinsichtlich der notwendigen Einnahmeaufteilung zwischen den Verkehrsunternehmen gab es eine Übergangsregelung für das Jahr 2014. Der ursprüngliche Einnahmeaufteilungsvertrag (EAV), der als Anlage 11 des Kooperationsvertrags zwischen allen Verkehrsunternehmen im Verbundraum geschlossen wurde, endete mit dem Auslaufen der Übergangsregelung einvernehmlich zum 31. Dezember 2014. Es ist ungewiss, welche Einnahmeaufteilung am 1. Januar 2015 zur Anwendung kommen wird.

Anmerkung der Beteiligungsverwaltung: Der Kooperationsvertrag gibt keine bestimmte EAV vor. Hierzu laufen derzeit Verhandlungen.

Die Unternehmen sind seit einigen Jahren mit erheblichem Aufwand dabei, ein mögliches vertriebsdatengestütztes Verfahren zu erarbeiten. Dieses bildet Linien in einem mathematischen Modell ab und befüllt dieses mit verschiedenen Vertriebsdaten (2011, 2012), Daten aus einer Schienenerhebung (2013) und drei Zählungen in Koblenz, Neuwied und Vallendar. Die Einzelrelationen sollen in Arbeitsgruppen geprüft und gemeinsam festgelegt werden. Sobald die Rahmenbedingungen dies zulassen (zum Beispiel GmbH, einheitliches Haltestellenkataster, einheitliche Datenbasis und Fahrkarten), soll künftig ein dynamisches, vertriebsdatengestütztes System realisiert werden. Zwischenergebnisse zeigen, dass das derzeitige, in Arbeit befindliche EAV-Verfahren Fehler aufweist, die noch abgearbeitet werden müssen.

Die Aufgabenträger im VRM haben zwischenzeitlich eine neue „Allgemeine Vorschrift“ im Sinne der EU-VO 1370/2007, Artikel 3 erlassen. Diese wird durch drei Durchführungsvorschriften ergänzt. Eine wesentliche Änderung ist, dass die Tarifhoheit nicht mehr bei den Unternehmen, sondern bei den Aufgabenträgern liegt. Zudem wird ein optionales EAV-Verfahren beschrieben, das als Rückfallebene dienen soll.

Der VRM Unternehmensbeirat strebt eine weitere Übergangslösung 2015 an, die zu 70 Prozent den „Altschlüssel“ berücksichtigt und zu 30 Prozent den sich aus dem vertriebsdatengestützten System, Stand 28. Februar 2015, ergebenden Schlüssel. Zur Umsetzung muss ein Vertrag erstellt werden, der von allen Verkehrsunternehmen unterschrieben werden muss. Es ist damit zu rechnen, dass die Übergangsregelung nicht von allen Unternehmen unterzeichnet wird.

Es ist unklar, wie sich die tangierten Akteure verhalten werden und was dies für die Einnahmeaufteilung 2015 und der Folgejahre bedeuten könnte. Auch die Anwendung des in der Allgemeinen Vorschrift beschriebenen Verfahrens ist möglich. Jede derzeit denkbare neue EAV wird dazu führen, dass es Verkehrsunternehmen geben wird, deren Erlöse nicht mehr auskömmlich sein werden. Es ist davon auszugehen, dass diese die Verluste mittels Trennungsrechnung aufzeigen und die Verluste zuzüglich einer angemessenen Kapitalverzinsung bei der VRM GmbH einfordern werden. Es ist ungewiss, welche Auswirkungen für den Verbundraum, die betroffenen Verkehrsunternehmen und die Fahrgäste zu erwarten sind.

Das Land Rheinland-Pfalz hat hinsichtlich der Ausgleichsbeträge für den integrierten Schülerverkehr rückwirkend zum 1. Januar 2014 den Preis-Kosten-Ausgleich umgesetzt. Die Abkehr von der bisherigen kostenbasierten Aftlösung entzieht insbesondere dem städtischen ÖPNV Finanzmittel in erheblichem

Umfang. Bei Leistungen innerhalb des VRM ist überdies unklar, wie die vom Land gewünschten Antragsdaten unternehmensscharf zugeschrieben werden sollen. Diesbezüglich sind klärende Gespräche mit dem Land notwendig.

2. Geschäftsverlauf

Die rückwirkende Einführung des Preis-Kosten-Ausgleichs hat insbesondere dem städtischen Verkehr erhebliche Erlöse entzogen. Trotzdem konnte die Gesellschaft ein gutes Ergebnis erwirtschaften und von der Dieselpreisentwicklung und weiteren Einmaleffekten profitieren.

Im VRM wurden die Fahrpreise zum 1. Januar 2015 nicht erhöht. Die RMV hat die drei Kooperationsverträge zum 31. Dezember 2014 ordentlich gekündigt. Die Umsatzerlöse und der Aufwand der evm Verkehrs GmbH werden jeweils um circa 5,6 Millionen Euro sinken. Die in der Wirtschaftsplanung auf der Basis des Preis-Kosten Ausgleichs ermittelten Ergebnisse werden nur marginal tangiert.

Im Kerngeschäft lagen die Fahrgastzahlen im Jahr 2014 bei 11,7 Millionen Beförderungsfällen. Die Betriebsleistung mit rund 5,3 Millionen Wagenkilometern lag auf dem Vorjahresniveau (5,3 Millionen Kilometer). Etwa 3,1 Millionen Kilometer wurden in Eigenregie erbracht. Die restliche Leistung wurde an Auftragnehmer vergeben. Die RMV erbrachte eine Fahrleistung von circa 2,1 Millionen Kilometer, die Firma Mathias Normann GmbH & Co.KG von circa 0,1 Millionen Kilometer. Im Berichtszeitraum stieg die Zahl der Beschäftigten stichtagsbezogen um 13 auf 217 Mitarbeiter (186 Vollzeitäquivalente). Der eigene Omnibusbestand stieg stichtagsbezogen von 76 auf 80 Omnibusse. Aufgrund der Niedrigzinspolitik der EZB lagen die Zinserträge auch weiter auf einem sehr niedrigen Niveau. Im Berichtszeitraum wurde ein Jahresüberschuss von 897.197,36 Euro (Vorjahr 362.536,37 Euro) erwirtschaftet. Grund hierfür ist insbesondere die ergebniswirksame Auflösung einer Rückstellung in Höhe von 1.077.000 Euro.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz	2013	2014
A. Anlagevermögen	5.552.262,04	6.829.003,67
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	34.500,00	16.500,00
II. Sachanlagen	5.517.762,04	6.812.503,67
B. Umlaufvermögen	5.364.784,61	5.798.506,85
I. Vorräte	155.143,37	116.278,93
II. Forderungen u. sonst. Verm.	4.831.867,77	5.665.614,88
II. Kassenbestand	377.773,47	16.613,04
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
Bilanzsumme	10.917.046,65	12.627.510,52

Bilanz	2013	2014
A. Eigenkapital	6.262.346,97	7.159.544,33
I. Gez. Kapital	350.000,00	350.000,00
II. Kapitalrücklage	4.311.180,00	4.311.180,00
III. Gewinnrücklage	501.000,00	1.000.000,00
IV. Bilanzgewinn	1.100.166,97	1.498.364,33
B. Rückstellungen	2.641.339,00	2.398.160,35
C. Verbindlichkeiten	1.648.483,72	1.654.393,16
D. Rechnungsabgrenzungsposten	364.876,96	1.415.412,68
Bilanzsumme	10.917.046,65	12.627.510,52

Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung	2013	2014
Umsatzerlöse	21.363.503,31	20.166.867,54
sonstige betriebliche Erträge	150.944,68	1.213.724,53
Gesamtleistung	21.514.447,99	21.380.592,07
Materialaufwand	11.423.283,81	10.215.429,38
Rohhertrag	10.091.164,18	11.165.162,69
Personalaufwand	6.670.168,07	7.315.415,85
Abschreibungen	916.936,41	863.632,00
sonstige betr. Aufwendungen	1.947.441,23	1.682.838,35
Sonst. Zinsen u. ähnliche Erträge	627,90	289,45
Sonst. Zinsen u. ähnliche. Aufwendungen	0,00	18.172,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	557.246,37	1.285.393,94
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	194.710,00	388.196,58
sonstige Steuern	0,00	0,00
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	362.536,37	897.197,36

Bilanzkennzahlen

Ertragslage

<u>Rentabilität</u>		2013	2014
Eigenkapitalrentabilität	%	6,1	14,3
Gesamtrentabilität	%	3,3	7,2

		2013	2014
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	107,9	95,6

Vermögensaufbau

		2013	2014
Anlagenintensität	%	50,9	54,1
Intensität des Umlaufvermögens	%	49,1	45,9

Anlagenfinanzierung

		2013	2014
Anlagendeckung I	%	112,8	104,8
Anlagendeckung II	%	112,8	111,4

Kapitalausstattung

		2013	2014
Eigenkapitalquote	%	57,4	56,7
Fremdkapitalquote	%	42,6	43,3

Liquidität

		2013	2014
Liquiditätsgrad	%	115,3	115,6

Lage des Unternehmens**a. Ertragslage**

Es wurden 20,2 Millionen Euro Umsatzerlöse erwirtschaftet. Davon entfielen 15,7 Millionen Euro auf den Linienverkehr, 2,6 Millionen Euro auf Ausgleichsleistungen für den Schüler- bzw. Schwerbehindertenverkehr und 1,9 Millionen Euro auf sonstige Umsatzerlöse.

b. Finanzlage

Die Finanzierung der Gesellschaft erfolgte, wie im Vorjahr, aus eigenen Mitteln. Die Eigenkapitalrentabilität beträgt 14,3 Prozent (Vorjahr 6,1 Prozent). Die Eigenkapitalquote beträgt 56,7 Prozent (Vorjahr 57,4 Prozent).

III. Nachtragsbericht

Die rückwirkende Einführung des Preis-Kosten-Ausgleichs zum 1. Januar 2014 in Rheinland-Pfalz bedingt die Problematik, dass die im entsprechenden Antragsformular geforderten Daten im Bereich des VRM nicht in der gewünschten Detaillierung bereitgestellt werden können. Eine Arbeitsgruppe des VRM-Unternehmensbeirats wird die weitere Vorgehensweise in den ersten Monaten des Jahres 2015 intern und mit dem Landesbetrieb Mobilität klären. Bis zur Klärung ist die Höhe der entsprechenden Ausgleichsleistung nicht genau zu beziffern.

Anmerkung Stand per 30.06.2015: Das Vorgehen wurde abgestimmt, sodass der Antrag inzwischen gestellt werden konnte.

IV. Prognosebericht

Trotz der angespannten Marktlage besteht auch weiterhin die Möglichkeit, ein positives Ergebnis zu erwirtschaften. Durch die Kündigung der Kooperation durch die RMV werden die Umsatzerlöse und der Aufwand ab dem Geschäftsjahr 2015 jeweils um circa 5,6 Millionen Euro sinken. Hinsichtlich der zunehmend unklaren Marktlage, insbesondere der Einnahmeaufteilung im VRM, wird es notwendig, rasch auf veränderte Rahmenbedingungen und Erkenntnisse zu reagieren. Die evm Verkehrs GmbH wird auch künftig immer in der Lage sein, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

V. Chancen- und Risikobericht

1. Risikobericht

Als 100-prozentige Tochtergesellschaft der Energieversorgung Mittelrhein AG ist die evm Verkehrs GmbH nach wie vor in deren Risikomanagement eingebunden.

Branchenspezifische Risiken

Die Aufgabenträger im VRM haben eine „Allgemeine Vorschrift“ im Sinne der EU-VO 1370/2007 (Artikel 3) nebst drei ergänzender Durchführungsvorschriften erlassen. Mit der Umsetzung wurde den Verkehrsunternehmen die Tarifhoheit gemäß § 39 PBefG entzogen. Damit obliegt die Tarifgestaltung, die auf die Erlöse der Gesellschaft einwirkt, alleine dem VRM.

Die Einführung des Landestarifreuegesetzes (LTTG) und die damit einhergehenden Regularien greifen in die Tarifautonomie der Sozialpartner ein. Die Entwicklung insbesondere des repräsentativen Tarifs wird durch diesen Sachverhalt nachhaltig beeinflusst.

Ertragsorientierte Risiken

Eine mögliche neue Einnahmeaufteilung im VRM kann sich ertragsmindernd auswirken. Die nicht mögliche Auflösung des einheitlichen Verbundtarifs könnte den Ertrag der Gesellschaft mindern.

Finanzwirtschaftliche Risiken

Aufgrund der Liquiditäts- und Eigenkapitalsituation der evm Verkehrs GmbH sind Liquiditätsrisiken derzeit nicht erkennbar.

2. Chancenbericht

Die im VRM angestrebte Realisation einer neuen erlösdatenbasierten Einnahmeaufteilung und die sich daraus ergebende Veränderung des Einnahmeaufteilungsschlüssels können sich auch positiv auf die künftigen Einnahmen auswirken.

Sollten anstehende Schwerbehindertenzahlungen einen gegenüber der Wirtschaftsplanung höheren Vomhundertsatz ergeben, könnten die Ausgleichsleistungen nach § 148 SGB steigen und das Ergebnis der evm Verkehrs GmbH verbessert werden.

3. Gesamtaussage

Die bis zum Jahr 2020 erteilten eigenen Linienkonzessionen bieten der evm Verkehrs GmbH die Möglichkeit, nachhaltige Umsatzerlöse zu generieren und eine Rendite zu erwirtschaften.

VI. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Die evm Verkehrs GmbH tätigt keine Finanzgeschäfte am Kapitalmarkt. Die Gesellschaft nimmt am Cash Pool der evm-Gruppe teil, in den auch das Stammkapital eingebracht wurde.

Forderungsausfälle sind die Ausnahme. Uneinbringliche Forderungen werden an Creditreform verkauft. Verbindlichkeiten werden innerhalb der Zahlungsfristen gezahlt.

VII. Bericht über Zweigniederlassungen

Zweigniederlassungen werden von der Gesellschaft nicht unterhalten.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

Mit dem Gesellschafterbeschluss vom 28.11.2012 wurde eine Einlage in die Kapitalrücklage der Gesellschaft in Höhe von 4.311.180 € realisiert.

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Gewerbesteuer	388.196,58 €
---------------	--------------

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2014

Gesellschafterversammlung:	0,00 €
----------------------------	--------

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung im Sinne des § 85 Abs 1 GemO.

Gasversorgung Westerwald GmbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

26. Juni 1953; Gesellschaftsvertrag zuletzt geändert 05. August 2002

Stammkapital am 31.12.2014

11.400.000,00 €

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Energie- und Wasserversorgung, die Entsorgung sowie die Tätigkeit im Netzbereich leitungsgebundener Kommunikationssysteme, die Errichtung und der Betrieb der hierzu erforderlichen Anlagen, die Pachtung und Verpachtung, der Erwerb und die Veräußerung derartiger Unternehmen. Ferner die Übernahme der Betriebsführung und von Aufgaben der oben genannten Tätigkeiten und die Beteiligung an anderen Unternehmen in der oben genannten Art und Betrieb aller dem Gesellschaftszweck mittelbar und unmittelbar dienenden Geschäfte.

Beteiligungsverhältnisse

Die Energieversorgung Mittelrhein AG, Koblenz ist Alleingesellschafterin.

Besetzung der Organe am 31.12.2014

Aufsichtsrat:

*Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig – Vorsitzender –
Josef Rönz – stellvertretender Vorsitzender –
Wolfgang Herpers
Petra Ensel
Dr. Gerhard Holtmeier
Christian Schröder*

Gesellschafterversammlung

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig – Vorsitzender –
Josef Rönz

Beirat (bis 30.06.2014)

Landrat Achim Schwickert
Landrat Rainer Kaul
Bürgermeister Michael Merz
Bürgermeister Werner Daum
Bürgermeister Thilo Becker
Bürgermeister Klaus Müller
Bürgermeister Michael Ortseifen
Bürgermeister Klaus Lütkefedder
Bürgermeister Edmund Schaaf
Bürgermeister Gerhard Loos
Bürgermeister Horst Rasbach
Bürgermeister Volker Mendel

Geschäftsführung:

Gerd Thewalt (einzelvertretungsberechtigt)

Beteiligungen des Unternehmens

6,6 % an Kom9 GmbH & Co.KG, Freiburg im Breisgau

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Geschäftsentwicklung und Rahmenbedingungen

Das Jahr 2014 war maßgeblich geprägt von der Fusion unserer Muttergesellschaft EVM GmbH mit der Kevag zur „neuen“ evm AG. Parallel zur Fusion hat die Gasversorgung Westerwald GmbH (GVW) ihr Vertriebsgeschäft an die evm und ihre Netze an die energienetze Mittelrhein GmbH (enm) verpachtet.

Die Mitarbeiter/-innen der GVW sind dabei im Wege einer Personalüberführung auf die evm bzw. enm übergegangen.

Mit der Gemeinde Sessenbach (Verbandsgemeinde Ransbach-Baumbach) wurde ein Konzessionsvertrag mit einer Laufzeit von 20 Jahren abgeschlossen. Mit den Gemeinden Nentershausen und Görgeshausen wurden die auslaufenden Verträge ebenfalls um 20 Jahre verlängert.

Insgesamt blickt die GVW auf ein sehr erfolgreiches Jahr 2014 zurück. Der Erdgasverkauf bis Juni 2014 betrug 786 Mio. kWh.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz	2013	2014
A. Anlagevermögen	81.608.919,95	81.632.096,95
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	42.933,00	20.774,00
II. Sachanlagen	23.603.606,00	23.648.942,00
III. Finanzanlagen	57.962.380,95	57.962.380,95
B. Umlaufvermögen	26.204.701,70	4.248.527,47
I. Vorräte	77.102,34	0,00
II. Forderungen u. sonst. Vermögensgegenstände	19.853.205,67	1.553.718,00
III. Kassenbestand	6.274.393,69	2.694.809,47
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
Bilanzsumme	107.813.621,65	85.880.624,42
A. Eigenkapital	68.242.459,73	68.242.459,73
I. Gez. Kapital	11.400.000,00	11.400.000,00
II. Kapitalrücklage	56.842.459,73	56.842.459,73
III. Jahresüberschuss	0,00	0,00
B. Sonderposten mit Rücklageanteil	0,00	0,00
C. Empfangene Ertragszuschüsse	1.990.024,00	1.564.351,00
D. Rückstellungen	7.898.390,00	2.542.470,00
E. Verbindlichkeiten	29.682.747,92	10.022.164,69
F. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	3.509.179,00
Bilanzsumme	107.813.621,65	85.880.624,42

Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung	2013	2014
Umsatzerlöse	71.744.317,37	45.261.933,68
aktivierte Eigenleistungen	166.923,00	161.894,00
sonstige Erträge	8.719.594,85	3.847.701,77
Gesamtleistung	80.630.835,22	49.271.529,45
Materialaufwand	63.748.351,38	29.080.966,62
a) Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	48.463.299,00	21.958.273,80
b) Aufwendungen für bezogene Leist.	15.285.052,38	7.122.692,82
Rohertrag	16.882.483,84	20.190.562,83
Personalaufwand	4.128.915,86	3.138.317,88
a) Löhne und Gehälter	3.154.921,23	2.444.985,60
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen	973.994,63	693.332,28
Abschreibungen	2.196.421,00	2.179.092,00
sonstige betriebliche Aufwendungen	3.063.097,30	1.545.462,69
Erträge aus Beteiligungen	5.738.500,50	5.898.568,31
Sonst. Zinsen u. ähnliche Erträge.	51.192,60	15.920,96
Sonst. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	112.431,59	22.899,71
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigk.	13.171.311,19	19.219.279,82
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	3.009.102,17	2.719.000,00
sonstige Steuern	7.271,74	7.323,89
abgeführter Gewinn/Ergebnisabführung	10.154.937,28	16.492.955,93
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00

Bilanzkennzahlen**Ertragslage**

<u>Rentabilität</u>		2013	2014
Eigenkapitalrentabilität	%	14,6	23,8
Gesamtrentabilität	%	9,5	19,2

		2013	2014
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	1.176,1	1.257,3

Vermögensaufbau

		2013	2014
Anlagenintensität	%	75,8	95,1
Intensität des Umlaufvermögens	%	24,2	4,9

Anlagenfinanzierung

		2013	2014
Anlagendeckung I	%	85,1	84,7
Anlagendeckung II	%	86,1	85,5

Kapitalausstattung

		2013	2014
Eigenkapitalquote	%	64,4	83,0
Fremdkapitalquote	%	35,6	17,0

Liquidität

		2013	2014
Liquiditätsgrad	%	69,7	26,4

Lage des Unternehmens**Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage**

Die Umsatzerlöse betragen nach der Verpachtung des Unternehmens ab dem 2. Halbjahr 45,3 Mio. €, nachdem sie im Vorjahr noch 71,7 Mio. € betragen. Hier sind auch die Pachtentgelte für das an die EVM Netz verpachtete Netz sowie erstmals die Entgelte für das verpachtete Unternehmen enthalten.

Die sonstigen betrieblichen Erträge beliefen sich auf 3,8 Mio. € (Vj. 8,7 Mio. €) und beinhalten hauptsächlich die Auflösung von Rückstellungen.

Der Materialaufwand ist analog der Umsatzerlöse auf 29,1 Mio. € (Vj. 63,7 Mio. €) gesunken und umfasst neben den Gasbezugskosten auch die Netznutzungsentgelte. Die bezogenen Erdgasmengen wurden ausschließlich bei der Energieversorgung Mittelrhein (EVM) beschafft.

Während bei dem Personalaufwand und den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ein Rückgang zu verzeichnen ist, liegen die Abschreibungen auf dem Vorjahresniveau.

Das Finanzergebnis beinhaltet die Vereinnahmung von Erträgen aus der Beteiligung an der KOM9 GmbH & Co. KG, Freiburg i.Br. und ist um 0,2 Mio. € auf 5,9 Mio. € gestiegen.

Nach Abzug der Steuerumlagen von 2,7 Mio. € ergibt sich ein Jahresergebnis von 16,5 Mio. €, das im Rahmen des Ergebnisabführungsvertrages an die evm abgeführt wird.

Die Investitionen im Sachanlagevermögen von 2,3 Mio. € im Jahr 2014 betrafen überwiegend den Ersatz und die Erweiterung von Erdgasbezugs- und Verteilungsanlagen. Die Finanzierung der Investitionen erfolgte ausschließlich durch eigene Mittel. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war während des gesamten Berichtsjahres gegeben.

Die Bilanzsumme 2014 ist gegenüber dem Vorjahr auf Grund geringerer Forderungen und sonstiger Vermögensgegenstände sowie eines niedrigeren Kassenbestandes um 21,9 Mio. € auf 85,9 Mio. € gesunken. Der Anteil des mittel- und langfristig gebundenen Vermögens am Gesamtvermögen erhöhte sich dabei auf 95,2 %.

Der prozentuale Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital beträgt (bei 60%iger Zurechnung empfangener Ertragszuschüsse zum Eigenkapital) 83,0 %.

Das langfristige Vermögen ist zu 90,2 % langfristig finanziert.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres haben sich nicht ereignet.

Risikobericht

Seit 2014 sind die bei GVW bestehenden Risiken in den Risikoatlas der evm integriert. Es bestehen zurzeit keine bestandsgefährdenden Risiken.

Aus der Überprüfung des gegenwärtigen Szenarios ergaben sich jedoch keine bestandsgefährdenden Risiken. Auch für die Zukunft sind diese aus heutiger Sicht nicht erkennbar.

Die Sicherstellung einer reibungslosen Erdgasversorgung nach den Anforderungen unserer Kunden, wird auch künftig die Hauptaufgabe der Gesellschaft bleiben. Zur

Qualitätssicherung und zur Berücksichtigung der Umweltkriterien besteht ein umfassendes Managementsystem nach den Normen DIN EN ISO 9001:2008 und DIN EN ISO 14001:2004, dessen Wirksamkeit durch ein Überwachungsaudit der TÜV Rheinland Industrie Service GmbH erneut bestätigt wurde.

Ausblick

Nach Verpachtung ihrer Vertriebs- und Netzaktivitäten betreibt die GVW ab 2015 kein operatives Geschäft mehr. Sie fungiert jetzt als eine Vermögensgesellschaft ohne eigenes Personal, die neben der Verpachtung des Netzes die Beteiligung an der KOM9 / Thüga hält.

Es ist vorgesehen, dass der Netzpächter enm insgesamt 2,8 Mio. € in die Anlagen der GVW investiert.

Insgesamt wird für das Jahr 2015 ein Jahresgewinn von 15 Mio. € erwartet, der im Wesentlichen aus Pacht- und Beteiligungserträgen resultiert.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

keine

Auswirkungen auf den Haushalt der Stadt Koblenz

Konzessionsabgabe	500.000,00 €
Grundsteuer	5.056,89 €

Mit der Energieversorgung Mittelrhein AG besteht eine steuerliche Organschaft.

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2014

Vergütung Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung:

Aufsichtsrat	28.200,00 €
Beirat	11.000,00 €

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Abs. 1 GemO.

**Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2015**



KEVAG Telekom GmbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

04. Juni 1997; Gesellschaftsvertrag zuletzt geändert am 15.10.2013

Stammkapital am 31.12.2014

365.700,00 €

Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr.

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist

- a) die Planung, Errichtung, der Erwerb und der Betrieb von Telekommunikationsanlagen, und zwar aufgrund von leitungsgebundenen oder drahtlosen Kommunikations-Netzen,
- b) die Erbringung von Leistungen und Diensten auf dem Gebiet der Telekommunikation sowie
- c) der Erwerb von Beteiligungen an Unternehmen, die auf dem Gebiet der Telekommunikation tätig sind oder über Kommunikationsinfrastrukturen verfügen.

Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der Gesellschaft sind beteiligt:

Koblenzer Elektrizitätswerk und Verkehrs-AG (ab 01. Juli 2014: evm)	182.850,00 €	50,0 %
Süwag Beteiligungs-GmbH	182.850,00 €	50,0 %

Besetzung der Organe am 31.12.2014

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.

Gesellschafterversammlung

In der Gesellschafterversammlung üben die Gesellschafter ihre Gesellschaftsrechte durch ihre Vertretungsorgane oder durch von ihnen beauftragte Bevollmächtigte aus.

Geschäftsführer:

Bernd Gowitzke

Christoph Klein (bis 31.07.2014)

Gerd Thewalt (ab 01.07.2014)

Beteiligungen des Unternehmens

keine

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Wirtschaftliche Entwicklung

Die Informations- und Kommunikationstechnik ist die Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts und von entscheidender strategischer Bedeutung für Wohlstand und Sicherheit in jeder Volkswirtschaft.

Die Grundlage für eine digitale Gesellschaft bzw. den Wandel zur digitalen Gesellschaft sind leistungsfähige, flächendeckend verfügbare und sichere Breitbandnetze (Next-Generation-Access-(NGA)-Netze) sowohl auf der Basis von leitungsgebundenen Infrastrukturen (Festnetze) als auch Mobilfunknetze oder im Technologiemix.

Um den Netzausbau in Deutschland schnellstmöglich voranzubringen und um das durch die Bundesregierung ausgegebene Breitbandziel, einer flächendeckenden Versorgung aller bundesdeutschen Haushalte mit Bandbreiten von mindestens 50 MBit/s bis Ende 2018 zu erreichen, hat das BMVI (Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur) im März 2014 die „Netzallianz Digitales Deutschland“ ins Leben gerufen.

Diese Initiative bündelt die Kräfte der investitionswilligen Unternehmen, um den Ausbau der Breitbandnetze zu beschleunigen.

KEVAG Telekom konnte im Rahmen der begonnenen NGA-Ausbauprojekte „Kabel 3.0“ und „VG Montabaur“ plangemäß erste Bauabschnitte fertigstellen bzw. das Projekt in Montabaur bauseitig abschließen und mit der Vermarktung in Q4-2014 starten.

Das Projekt „Kabel 3.0“ umfasst den Neubau eines Glasfaserrings durch den Westerwald unter Einbeziehung der Umspannanlagen im Netzgebiet der EVM

(Energieversorgung Mittelrhein). An den neuen Glasfaserring werden die bestehenden Breitbandkabel-Ortsnetze sukzessive angebunden. Im Ergebnis kann die Leistungsfähigkeit der gesamten Netzinfrastruktur deutlich erhöht werden, um zukünftig Internet-Hochgeschwindigkeits-Anschlüsse mit Bandbreiten größer 100 MBit/s flächendeckend zur Verfügung zu stellen.

Mit dem zweiten Ausbauprojekt konnte KEVAG Telekom in Kooperation mit der eigens gegründeten VGM-net (Verbandsgemeinde Montabaur Netz und Infrastruktur AöR) insgesamt 16 Ortsgemeinden und 2 Stadtteile von Montabaur mit schnellen Internetzugängen erschließen. Hierbei handelt es sich um neues Kundenpotenzial, das unter Einsatz der bereits vorgesehenen Vectoring-Technologie mit Bandbreiten bis zu 100 MBit/s im Download und 40 MBit/s im Upload versorgt werden kann.

Sowohl Privatkunden als auch Geschäftskunden profitieren von den neuen Möglichkeiten. Mit dem kontinuierlichen sowie zukunftsfähigen Ausbau der Breitbandnetze zahlt KEVAG Telekom somit nicht nur auf die ausgegebenen Breitbandziele der Bundesregierung ein, sondern entwickelt wesentliche Voraussetzungen für das eigene nachhaltige Wachstum.

Bilanz

Bilanz	2013	2014
A. Anlagevermögen	3.010.037,32	4.459.733,05
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	48.563,68	62.343,63
II. Sachanlagen	2.961.473,64	4.397.389,42
III. Finanzanlagen	0,00	0,0
B. Umlaufvermögen	2.191.173,04	1.961.233,57
I. Vorräte	270.604,45	230.711,05
II. Forderungen u. sonst. Vermögensgegenstand	1.604.564,62	1.710.089,39
III. Kassenbestand	316.003,97	20.433,13
C. Rechnungsabgrenzungsposten	405.706,13	344.614,96
Bilanzsumme	5.606.916,49	6.765.581,58
A. Eigenkapital	2.541.833,80	2.415.928,63
I. Gez. Kapital	365.700,00	365.700,00
II. Kapitalrücklage	4.748,29	4.748,29
III. Gewinnrücklage	1.264.000,00	1.321.000,00
IV. Gewinnvortrag	912,11	385,51
V. Bilanzgewinn	906.473,40	724.094,83
B. Sonderposten	385,20	0,00
C. Rückstellungen	1.411.230,00	1.726.655,52
D. Verbindlichkeiten	903.430,98	2.018.725,27
E. Rechnungsabgrenzungsposten	750.036,51	604.272,16
Bilanzsumme	5.606.916,49	6.765.581,58

Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung	2013	2014
Umsatzerlöse	14.997.595,56	15.278.847,12
Bestandsveränderungen	51.765,89	-46.685,12
andere aktivierte Eigenleistungen	125.708,15	143.691,25
sonstige betriebliche Erträge	288.258,40	170.930,80
Gesamtleistung	15.463.328,00	15.546.784,05
Materialaufwand	8.606.506,21	8.569.704,99
a) Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1.119.781,90	1.208.882,59
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	7.486.724,31	7.360.822,40
Rohertrag	6.856.821,79	6.977.079,06
Personalaufwand	3.843.793,82	4.278.163,23
a) Löhne und Gehälter	3.239.439,92	3.615.269,32
b) Soziale Abgaben u. Aufwendungen	604.353,90	662.893,91
Abschreibungen	812.722,71	764.164,21
sonstige betriebliche Aufwendungen	839.091,07	877.208,77
Sonst. Zinsen u. ähnliche Erträge	1.281,12	847,66
Sonst. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	4.045,87	5.403,35
Ergebnis d. gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.358.449,44	1.052.987,16
außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00
Steuern vom Einkommen u. Ertrag	449.856,04	326.978,33
sonstige Steuern	2.120,00	1.914,00
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	906.473,40	724.094,83

Bilanzkennzahlen**Ertragslage**

<u>Rentabilität</u>		2013	2014
Eigenkapitalrentabilität	%	35,7	30,0
Gesamtrentabilität	%	16,2	10,8

		2013	2014
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	185,2	175,6

Vermögensaufbau

		2013	2014
Anlagenintensität	%	53,7	65,9
Intensität des Umlaufvermögens	%	46,3	34,1

Anlagenfinanzierung

		2013	2014
Anlagendeckung I	%	84,5	54,2
Anlagendeckung II	%	84,5	65,1

Kapitalausstattung

		2013	2014
Eigenkapitalquote	%	45,3	35,7
Fremdkapitalquote	%	54,7	64,3

Liquidität

		2013	2014
Liquiditätsgrad	%	84,7	59,7

Lage des Unternehmens**Geschäftsverlauf 2014**

Im Privatkundensegment konnte der Umsatz im Vergleich zum Vorjahr um 3,5 Prozent auf 8,8 Mio. € (Vorjahr: 8,5 Mio. €) gesteigert werden. Der erwartungsgemäß anhaltende Rückgang bei den analogen Kabel TV-Erlösen fällt deutlich niedriger aus. Im Vergleich zum Vorjahr sanken die Erlöse um 0,23 Mio. €. In der Periode 2012/2013 war noch ein Rückgang um 0,35 Mio. € zu verzeichnen.

Dagegen konnten bei den neuen digitalen TV-Produkten und insbesondere bei den Bündelprodukten (Internet/Telefonie) wieder deutliche Zuwächse verzeichnet werden. Im Vergleich zum Vorjahr konnte eine Umsatzsteigerung i.H.v. 0,5 Mio. € erzielt werden.

Im Geschäftskundensegment konnte das Neugeschäft den Bestandsverlust kompensieren. Im Ergebnis blieb der Umsatz stabil bei 6,5 Mio. €.

Der Gesamtumsatz der KEVAG Telekom GmbH beträgt 15,3 Mio. € (Vorjahr: 15,0 Mio. €), das operative Ergebnis (EBIT) 1,1 Mio. € (Vorjahr: 1,4 Mio. €). Die entsprechende EBIT-Marge im Berichtszeitraum beträgt somit 7,2 Prozent (Vorjahr: 8,1 Prozent).

Für das Geschäftsjahr ergibt sich nach Abzug der Steuern ein Jahresüberschuss in Höhe von 0,7 Mio. € (Vorjahr: 0,9 Mio. €).

Im Berichtszeitraum hat die KEVAG Telekom GmbH mit 2,2 Mio. € im Vergleich zu den Vorjahren ein sehr hohes Investitionsvolumen getätigt. Hierfür wurden € 1,5 Mio. Fremdkapital aufgenommen. Der Anteil des langfristig gebundenen Vermögens am Gesamtvermögen ist von 53,7 Prozent auf 65,9 Prozent gestiegen. Der Langfrist-Deckungsbeitrag beträgt 87,8 Prozent gegenüber 84,5 Prozent im Vorjahr. Somit ist

das langfristige Vermögen der KEVAG Telekom GmbH auch weiterhin angemessen finanziert.

Das mittel- und kurzfristige Vermögen ist um 291 T€ auf nunmehr 2,3 Mio. € gesunken. Ursache hierfür ist im Wesentlichen der Rückgang der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, der Forderungen gegen Gesellschafter sowie der Guthaben bei Kreditinstituten.

Somit ist das Gesamtvermögen gegenüber dem Vorjahr um 1.159 T€ auf 6,8 Mio. € gestiegen.

Das Eigenkapital verminderte sich durch den Jahresüberschuss von 724,1 T€ abzüglich der Gewinnausschüttung für das Geschäftsjahr 2013 in Höhe von 850,0 T€ auf 2,4 Mio. € (Vorjahr: 2,5 Mio. €). Somit ergibt sich eine Eigenkapitalquote der KEVAG Telekom GmbH von 35,7 Prozent (Vorjahr: 45,3 Prozent).

Das langfristig verfügbare Kapital umfasst im Geschäftsjahr neben dem Eigenkapital den passiven Rechnungsabgrenzungsposten (soweit diese Ertragszuschüsse betreffen).

Ferner basieren die Telefonie- und Internetprodukte der KEVAG Telekom GmbH zum Teil auf Vorleistungen anderer Telekommunikationsdienstleister wie beispielsweise der Kabel Deutschland Vertriebs und Service GmbH & Co. KG. Insofern ist die Gesellschaft in diesen Bereichen von der Leistungsfähigkeit und –bereitschaft der Vorlieferanten abhängig.

Ein signifikantes Kreditrisiko besteht nicht.

Wesentliche Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Weitere Risiken können infolge von erhöhten Anforderungen an die Datensicherheit, von regulatorischen bzw. gesetzlichen Anforderungen (Ausfallsicherheit) und den Verbraucherschutzvorgaben bestehen. Im TV-Umfeld besteht insbesondere im Zusammenhang mit technischen bzw. Produktinnovationen das Risiko neuer Wettbewerber.

Der stetig zunehmende Wettbewerb erfordert auch im neuen Geschäftsjahr hohe Aufmerksamkeit und konsequentes Handeln. Um weiterhin auf mögliche Risiken im Rahmen der Geschäftsentwicklung angemessen reagieren zu können, betreibt die KEVAG Telekom GmbH ein aktives Planungs-, Informations- und Kontrollsystem, welches kontinuierlich Informationen für die Geschäftsleitung und die Gesellschafter zur Verfügung stellt. Darüber hinaus ist der laufende Informationsaustausch der Geschäftsleitung untereinander und auch der mit den Führungskräften des Unternehmens sichergestellt, so dass eine zeitnahe Weitergabe von erkennbaren Risiken an die Entscheidungsträger gewährleistet ist, um im Bedarfsfall entsprechende Gegenmaßnahmen einleiten zu können.

Im Übrigen ist die KEVAG Telekom GmbH als Beteiligungsgesellschaft der EVM in das Risikomanagement der EVM eingebunden und wird über die Quartalsberichterstattung mit erfasst.

Ausblick

Der nachhaltige Breitbandausbau in Deutschland ist nach wie vor eines der zentralen Themen in der Gesellschaft und bei Politik, Wirtschaft und insbesondere bei den Unternehmen, die Breitbandnetze bauen und betreiben. Von 2008 – 2013 wurden insgesamt rd. 6,5 Mrd. € in den Glasfaserausbau in Deutschland investiert. Über die

Hälfte davon wurden durch alternative Netzbetreiber wie KEVAG Telekom (Regio-/City-Carrier, Stadtwerke) geleistet (Quelle: BNetzA).

Deutschland hat in den vergangenen Jahren deutlich beim Breitbandausbau – insbesondere außerhalb der Ballungszentren – aufgeholt. Mitte 2014 betrug die Breitbandverfügbarkeit für Internetzugänge mit Bandbreiten größer gleich 50 MBit/s bereits 64,1 Prozent im Bundesdurchschnitt. Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich ein Anstieg um 5,7 Prozent. Der größte Zuwachs konnte mit 49 Prozent im ländlichen und 25 Prozent im halbstädtischen Bereich erzielt werden. Im Ländervergleich liegt Rheinland Pfalz mit 58,3 Prozent (Vorjahr: 47,5 Prozent) aber eher im unteren Drittel (Quelle: Breko).

Eine flächendeckende Breitbandinfrastruktur ist das Grundgerüst für den digitalen Wandel. Die große Bedeutung der Digitalisierung für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung wird durch vielfältige Studien belegt. Aus Sicht der Wirtschaft ist eine leistungsfähige Breitbandinfrastruktur inzwischen der wichtigste Faktor für eine Standortentscheidung, noch vor der Verkehrsanbindung. Und insbesondere für unsere nachfolgenden Generationen hängt die Wahl des eigenen Wohnortes zunehmend von der Verfügbarkeit von Highspeed-Internetanschlüssen ab. Gerade Kommunen, die durch ihre Lage oder mangelnde Verkehrsanbindung Standortnachteile haben, können diese über eine gute Breitbandversorgung abmildern bzw. ausgleichen. Damit wird der Glasfaserausbau zu einem wesentlichen Faktor bei der Verringerung des Stadt-Land-Gefälles und im Standortwettbewerb.

KEVAG Telekom wird sich somit auch in der Zukunft einerseits auf den Ausbau der bestehenden Netze konzentrieren, um die Leistungsfähigkeit weiter zu erhöhen. Darüber hinaus steht andererseits in enger Abstimmung mit den Gesellschaftern und kommunalen Interessen auch die weitere Neuerschließung von unterversorgten Gebieten („weisse Flecken“) im Fokus.

Das Produktportfolio muss unter Berücksichtigung des „digitalen Wandels“ kontinuierlich auf die aktuellen Anforderungen angepasst werden (z.B. Cloud-Dienste), um auch weiterhin das angestrebte nachhaltige Wachstum umsetzen zu können.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

keine

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Gewerbesteuer	168.375,00 €
---------------	--------------

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2014

Die Gesellschafterversammlung erhält keine Bezüge.

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.

Auf eine Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wird mit Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung im Sinne des § 85 Abs 1 GemO.

**Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2015**



Naturstrom Rheinland-Pfalz GmbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

07. Januar 2002; der Gesellschaftsvertrag wurde zuletzt am 29. Mai 2008 geändert.

Stammkapital am 31.12.2014

250.000,00 €

Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr.

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrags

- a) die Erzeugung, der Bezug und der Vertrieb von erneuerbaren Energien, die Ausführung von Installationen und der Vertrieb dazugehöriger Geräte,
- b) die Ausführung von Ingenieurleistungen aller Art, Beratungsleistungen (insbesondere Energie- und Effizienzberatung), Energiedienstleistungen (u. a. Erstellung von Energieausweisen), Herausgabe von Eigenzertifikaten und Zertifikatehandel

Beteiligungsverhältnisse

Alleinige Gesellschafterin ist die Energieversorgung Mittelrhein AG, Koblenz (evm).

Besetzung der Organe am 31.12.2014

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.

Gesellschafterversammlung

vertreten durch die Geschäftsführer der evm AG

Geschäftsführer:

Kurt Becker
Peter Ernst

Beteiligungen des Unternehmens

Naturstrom Betriebsgesellschaft Oberhonnefeld mbH, Koblenz	75,00 %
Windpark Westerwald GmbH, Waigandshain	22,67 %
Simon & Weyel GbR, Niederfischbach	13,48 %
Solar & Spar Contract GmbH & Co. KG, Wuppertal (Einlage als stiller Gesellschafter in Höhe von 10 T€)	

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Geschäftsverlauf und Rahmenbedingungen

Die Naturstrom Rheinland-Pfalz GmbH (NRLP) ist eine hundertprozentige Tochtergesellschaft der Energieversorgung Mittelrhein AG (evm).

Die NRLP vertrieb in den vergangenen Jahren ausschließlich Naturstrom aus regenerativen Anlagen (z.B. aus Windkraft-, Wasserkraft- und Photovoltaikanlagen). Die Kundenstruktur setzte sich aus Privat- und Gewerbekunden sowie einigen größeren Geschäftskunden und Weiterverteilern zusammen. Ein Teil dieser Stromabgabe war mit dem Zertifikat des „Grüner Strom Label e.V. in Gold“ (GSL) ausgestattet. Damit verpflichtete sich die NRLP, aus dem Mehrerlös abzüglich des Verwaltungsaufwandes mindestens 0,2 bis 1,0 Ct/kWh (je nach Strombezugsmenge des Kunden) für den Bau und Betrieb von regenerativen Stromanlagen zu verwenden.

Aufgrund der in 2014 erfolgten Verschmelzung der Energieversorgung Mittelrhein GmbH auf die Koblenzer Elektrizitätswerk und Verkehrs-Aktiengesellschaft (KEVAG) und anschließender Umbenennung in Energieversorgung Mittelrhein AG wurde auch die vertriebliche Ausrichtung der evm-Gruppe neu konzipiert.

Die Entscheidung, den Stromabsatz der evm komplett auf Naturstrom umzustellen, führte dazu, dass der Vertrieb bei der NRLP in 2014 eingestellt wurde. Mit den

Kunden wurde die Auflösung ihrer Stromlieferverträge bis spätestens 31.12.2014 vereinbart und ein Angebot für ein vergleichbares Produkt der evm unterbreitet.

Die Vereinbarungen mit dem GSL wurden – durch den Wegfall des Vertriebsgeschäftes – zum 31.12.2014 gekündigt. Allerdings sind beide Partner an einer weiteren Zusammenarbeit zum Ausbau der regenerativen Erzeugung interessiert.

Das Direktvermarktungsgeschäft von Strom aus EEG-geförderten Windenergieanlagen Dritter, das dienstleistend bereits durch die KEVAG durchgeführt wurde, wurde zum Jahresbeginn auf die evm übertragen.

Die Geschäftstätigkeit im Berichtsjahr erstreckte sich somit neben der Stromlieferung an Letztverbraucher bis zu dem jeweiligen Vertragsende und auf den Betrieb von regenerativen Anlagen.

Der Betrieb von Photovoltaikanlagen wurde in 2014 durch die Investition in eine Freiflächenanlage in der Gemeinde Höhn (Westerwald) weiter ausgebaut. Sie wurde in einer Rekordzeit von sechs Wochen errichtet und war am 31.05. betriebsbereit. Diese neu errichtete PV-Anlage in Höhn hat eine Leistung von 1.590 kWp und erzeugt rd. 1,5 Mio. kWh Strom. Sie ist damit in der Lage den Jahresstrombedarf von rd. 430 Haushalten abzudecken.

Die PV-Anlage auf dem Dach des Verkehrsbetriebes der evm-Verkehrs GmbH in der Schützenstraße fiel in den Monaten März bis Juni aus, weil ein Fahrzeug den Anschlusskasten sowie einen Wechselrichter der Anlage beschädigte. Der Schaden wurde von der Betriebsunterbrechungsversicherung abgedeckt.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz	2013	2014
A. Anlagevermögen	679.173,84	2.054.716,54
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.412,22	0,00
II. Sachanlagen	313.397,08	1.694.752,00
III. Finanzanlagen	364.364,54	359.964,54
B. Umlaufvermögen	2.719.768,55	1.074.676,93
I. Forderungen u. sonst. Vermögensgegenstände	2.719.768,55	1.074.676,93
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
Bilanzsumme	3.398.942,39	3.129.393,47
A. Eigenkapital	1.336.219,69	1.376.239,89
I. Gez. Kapital	250.000,00	250.000,00
II. Kapitalrücklage	500.000,00	500.000,00
III. Bilanzgewinn/-verlust	586.219,69	626.239,89
B. Sonderposten	0,00	0,00
C. Rückstellungen	33.000,00	159.390,00
D. Verbindlichkeiten	2.029.722,70	1.593.763,58
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
Bilanzsumme	3.398.942,39	3.129.393,47

Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung	2013	2014
Umsatzerlöse (ohne Stromsteuer)	11.418.167,90	3.656.125,21
andere aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00
sonstige betriebliche Erträge	9.228,81	27.692,79
Gesamtleistung	11.427.396,71	3.683.818,00
Materialaufwand	10.922.422,33	3.106.985,64
a) Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	9.934.684,26	2.922.025,14
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	987.738,07	184.960,50
Rohertrag	504.974,38	576.832,36
Personalaufwand	37.021,60	12.515,42
a) Löhne und Gehälter	30.798,51	10.225,08
b) Soziale Abgaben u. Aufwendungen	6.223,09	2.290,34
Abschreibungen	27.177,18	71.903,70
sonstige betriebliche Aufwendungen	72.517,61	37.689,39
Erträge aus Beteiligungen	14.802,59	15.136,13
Sonst. Zinsen u. ähnliche Erträge	0,00	0,00
Sonst. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	14.600,44	29.890,21
Ergebnis d. gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	368.460,14	439.969,77
Steuern vom Einkommen u. Ertrag	108.868,92	149.949,57
sonstige Steuern	0,00	0,00
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	259.591,22	290.020,20

Bilanzkennzahlen**Ertragslage**

<u>Rentabilität</u>		2013	2014
Eigenkapitalrentabilität	%	19,4	21,1
Gesamtrentabilität	%	8,1	10,2

		2013	2014
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	--	--

Vermögensaufbau

		2013	2014
Anlagenintensität	%	20,0	65,7
Intensität des Umlaufvermögens	%	80,0	34,3

Anlagenfinanzierung

		2013	2014
Anlagendeckung I	%	196,7	67,0
Anlagendeckung II	%	232,1	107,1

Kapitalausstattung

		2013	2014
Eigenkapitalquote	%	39,3	44,0
Fremdkapitalquote	%	60,7	56,0

Liquidität

		2013	2014
Liquiditätsgrad	%	149,2	115,6

Lage des Unternehmens

Der Absatz der NRLP betrug 44 Mio. kWh (Vj. 122 Mio. kWh). Die Umsatzerlöse ohne Stromsteuer liegen bei 3.656 T€ (Vj. 11.418 T€).

Die Gewinn- und Verlustrechnung weist einen Überschuss von 290 T€ (Vj. 259 T€*) aus. Einschließlich dem Vortrag aus dem Vorjahr ergibt sich ein Bilanzgewinn von 626 T€ (Vj. 586 T€).

Das Eigenkapital hat sich weiter erhöht und beträgt 1.376 T€ (Vj. 1.336 T€). Bedingt durch die Investition in den Solarpark Höhn und dem damit von 679 T€ (Vorjahr) auf 2.055 T€ gestiegenen Anlagevermögen, sank die Anlagendeckung um 130-Prozentpunkte auf 67 % (Vj. 197 %).

Nachtragsbericht

Seit dem Bilanzstichtag sind keine wesentlichen Veränderungen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage bekannt, die sich nachteilig auf die Ergebnislage der NRLP im Berichtszeitraum auswirken.

Ausblick

Die NRLP wird sich weiter mit der Erzeugung von regenerativem Strom befassen und in entsprechende Anlagen und Beteiligungen investieren.

Die Planungsrechnungen für die nächsten beiden Geschäftsjahre gehen von niedrigeren aber dennoch positiven Ergebnissen aus.

Aus der Aufgabe des Endkundengeschäftes in 2014 sind keine Folgerisiken zu erwarten. Risiken aus dem Betrieb der PV-Anlagen sind über Versicherungsverträge abgedeckt. Darüber hinaus sind keine weiteren Chancen und Risiken erkennbar.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

keine

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Gewerbesteuer 71.436,00 €

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2014

Die Gesellschafterversammlung erhält keine Bezüge.

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.

Die Geschäftsführer erhalten als Angestellte der evm AG keine Bezüge von der Naturstrom Rheinland-Pfalz GmbH.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung im Sinne des § 85 Abs 1 GemO.

**Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2015**

Propan Rheingas GmbH & Co. KG

Rechtsform

GmbH & Co. KG

Gegründet

13. Juni 1984

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft ist abweichend vom Wirtschaftsjahr.

Stammkapital am 30.06.2014

9.458.899,82 €

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Handel mit Erdgas und Flüssiggas und damit im Zusammenhang stehenden Produkten sowie der Betrieb von hierzu erforderlichen Anlagen.

Die Gesellschaft kann sich auch an anderen Unternehmen beteiligen, solche erwerben, pachten oder gründen sowie Zweigniederlassungen errichten.

Beteiligungsverhältnisse

Die Kapitalanteile der Kommanditisten setzen sich wie folgt zusammen:

Josef Kolvenbach GmbH & Co. KG, Brühl	4.729.449,91 €	50,00 %
rhenag Rheinische Energie AG, Köln	1.994.881,97 €	21,09 %
Energieversorgung Mittelrhein GmbH	1.229.656,97 €	13,00 %
EWV Energie- und Wasser-Versorgung GmbH, Stolberg	804.952,37 €	8,51 %
Regionalgas Euskirchen GmbH & Co. KG, Euskirchen	349.979,29 €	3,70 %
AggerEnergie GmbH, Gummersbach	279.983,44 €	2,96 %
BEW Bergische Energie- und Wasser-GmbH, Wipperfürth	69.995,87 €	0,74 %

Gem. Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 20. Mai 2010 leistet die Propan Rheingas GmbH, Brühl, Komplementärin der Propan Rheingas GmbH & Co. KG, keine Einlage und hält keinen Kapitalanteil an der Gesellschaft.

Besetzung der Organe am 30.06.2014

Verwaltungsrat

Dr. Manfred Gazon (Vorsitzender)
Dr. Hans-Jürgen Weck (stellv. Vorsitzender)
Josef Rönz
Manfred Schröder
Hubertus Brandt

Wolfgang Jacobs
Prof. Dr. Friedrich-Leopold von Stechow
Dr. Bernd Jürgen Schneider

Geschäftsführung

Uwe Thomsen
Hubert Peters

Beteiligungen des Unternehmens

Die Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2013/2014 an folgenden Unternehmen beteiligt:

Rheingas Handel GmbH & Co. KG, Dresden	100,00 %
Rheingas Handel GmbH, Brühl	100,00 %
ROEBEN GAS GmbH & Co. KG, Willich-Anrath	100,00 %
ROEBEN GAS Verwaltungs-GmbH, Willich-Anrath	100,00 %
Propan Rheingas Beteiligungsgesellschaft mbH, Brühl	100,00 %
Rheingas Autogas GmbH, Brühl	100,00 %
Hampel GmbH, Buchholz-Mendt	100,00 %
fgl Flaschengaslogistik GmbH, Brühl	33,33 %
KR Knauber Rheingas Vermögensverwaltungs GmbH, Bonn	72,00 %
KR Knauber Rheingas GmbH & Co. KG, Bonn	72,00 %
GFÜ Gesellschaft für Flüssiggasanlagen-Überwachung mbH & Co. KG, Norderstedt	13,51 %
ATG Autogas Tankstellen GmbH, Bonn	5,77 %
BALTYKGAZ Sp. zo.o., Rumia, Polen	50,00 %
Rijngas B.V., Dinxperlo, Niederlande	75,00 %
Carpatgas SRL, Sibiu, Rumänien	50,00 %
Vitalis Handels GmbH, Wien, Österreich	100,00 %

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Grundlagen des Unternehmens

Geschäftsmodell des Unternehmens

Wir sind als Handels- und Technikunternehmen tätig. Unsere Kernkompetenzen sind der Handel mit den Produkten Flüssiggas, Erdgas und Strom, das Erstellen gastechnischer Anlagen und die Energieeffizienztechnik.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Marktsituation wird größtenteils durch die Witterung sowie die Entwicklung der Gasbeschaffungspreise bestimmt. Wir begegnen dieser Entwicklung durch innovative Produkte, sowie durch ein hohes Maß an Qualität und Verlässlichkeit.

Die vorwiegend mittelständisch geprägten Unternehmen der Flüssiggasbranche stehen in einem harten Wettbewerb um die Marktanteile in den einzelnen Absatzsegmenten im Wärme- und Mobilitätsmarkt. Die Vorlieferanten der Branche sind zum einen Teil die raffineriebetreibenden Mineralölgesellschaften im In- und Ausland und zum anderen Teil nationale und internationale Handelsgesellschaften.

Flüssiggas hat in Deutschland einen Anteil von 1 % am Primärenergieverbrauch und von ca. 5 % am gesamten Gasmarkt.

Geschäftsverlauf

Die Firma Rheingas Handel GmbH & Co. KG, eine 100 %-ige Tochtergesellschaft der Propan Rheingas GmbH & Co. KG, ging zum 29.06.2014 im Wege der Anwachsung auf uns über. Damit wird die Propan Rheingas GmbH & Co. KG Gesamtrechtsnachfolgerin der Rheingas Handel GmbH & Co. KG und tritt in deren sämtlichen Rechte und Pflichten ein.

Wir können trotz milder Witterung und eines stark steigenden Wettbewerbs auf ein zufriedenstellendes Geschäftsjahr zurückblicken.

Die Mengenentwicklung der Propan Rheingas GmbH & Co. KG war im Gegensatz zum Vorjahr negativ. Der Gesamtabsatz hat gegenüber dem Vorjahr um 2,6 % abgenommen. Grund hierfür ist im Wesentlichen die sehr milde Witterung während unseres Geschäftsjahres von Juli 2013 bis Juni 2014 gegenüber der sehr kalten Witterung des Vorjahres.

Der Absatzrückgang schlägt sich vor allem in den Segmenten Brenngas, Tank und Zählergas nieder.

Im Flaschengeschäft reduzierten sich die Absätze durch die Beendigung der Vertragsverhältnisse mit Großabnehmern.

Absatzrückgänge im Segment Autogas sind die Folge des Verkaufes einiger Provisionstankstellen.

Teilweise konnte diese Absatzverringering jedoch durch die Ausweitung des Großhandelsgeschäftes und die damit verbundene Absatzsteigerung kompensiert werden.

Infolge gesunkener Einkaufspreise, welche an die Kunden weitergegeben wurden, sowie der witterungsbedingten Absatzminderung weisen wir im abgelaufenen Geschäftsjahr geringere Umsatzerlöse als im Vorjahr aus. Aber auch aus der Umstellung des Abrechnungssystems der Tankgaslogistik resultierten weitere Umsatzrückgänge.

Parallel zu der Verringerung des Umsatzes reduzierten sich auch die Materialaufwendungen.

Zum Bilanzstichtag waren in unserem Unternehmen 172 (Vorjahr 118) Mitarbeiter beschäftigt, wovon 49 Mitarbeiter im Rahmen der Anwachsung der Rheingas Handel GmbH & Co. KG am 29.06.2014 hinzukamen.

Die Entlohnung der Mitarbeiter orientiert sich bei den gewerblichen Mitarbeitern und weiten Teilen des Angestelltenbereichs an den tariflichen Regelungen des Groß- und Außenhandels NRW. Die Personalausweitungen insbesondere in der Energietechnik und die tarifliche Entgelterhöhung um 3 % führten zu einem Anstieg der Personalkosten.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz	2012/2013	2013/2014
A. Anlagevermögen	22.817.364,47	22.553.765,13
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	664.267,41	602.898,03
II. Sachanlagen	9.193.768,78	14.039.579,87
III. Finanzanlagen	12.959.328,28	7.911.287,23
B. Umlaufvermögen	19.459.537,91	21.389.281,11
I. Vorräte	4.927.193,21	9.101.854,80
II. Forderungen u. sonst. Verm.	14.493.464,43	12.195.457,73
III. Kassenbestand	38.880,27	91.968,58
C. Rechnungsabgrenzungsposten	467.356,36	723.490,71
D. Aktive latente Steuern	73.900,00	280.652,00
Bilanzsumme	42.818.158,74	44.947.188,95
A. Eigenkapital	16.775.719,01	16.237.598,94
I. Kapitalanteile der Kommanditisten	9.458.899,82	9.458.899,82
II. Gewinnrücklage	5.026.711,66	6.026.711,66
III. Gewinnvortrag	51.747,36	51.747,36
IV. Jahresgewinn/ -verlust	2.238.360,17	700.240,10
B. Rückstellungen	7.310.700,08	7.522.803,79
C. Verbindlichkeiten	18.714.131,20	21.028.991,68
D. Rechnungsabgrenzungsposten	17.608,45	157.794,54
Bilanzsumme	42.818.158,74	44.947.188,95

Gewinn- und Verlustrechnung

	2012/2013	2013/2014
Umsatzerlöse	92.911.765,41	71.461.747,36
Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	0,00	96.969,98
sonstige betr. Erträge	2.122.057,07	2.760.040,10
Gesamtleistung	95.033.822,48	74.318.757,44
Materialaufwand	79.525.413,27	60.579.607,16
a) Aufw. für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	74.723.894,59	55.595.474,86
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	4.801.518,68	4.984.132,30
Rohertrag	15.508.409,21	13.739.150,28
Personalaufwand	6.375.370,80	6.801.118,41
a) Löhne und Gehälter	5.076.375,91	5.450.734,24
b) sonst. soziale Aufwendungen	1.298.994,89	1.350.384,17
Abschreibungen	1.439.705,09	1.769.835,59
Sonstige betr. Aufwendungen	6.452.130,69	6.988.303,04
Erträge aus Beteiligungen	1.576.882,76	1.110.996,79
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	1.045.997,07	1.611.066,71
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	134.794,20	150.246,97
Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	565.743,14	480.098,86
Ergebnis der gew. Geschäftstätigkeit	3.433.133,52	572.104,85
Außerordentliches Ergebnis	-1.061.511,00	-113.358,34
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	107.661,87	-274.200,00
sonstige Steuern	25.600,48	32.706,41
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	2.238.360,17	700.240,10

Bilanzkennzahlen

Ertragslage

<u>Rentabilität</u>		2012/2013	2013/2014
Eigenkapitalrentabilität	%	13,3	4,3
Gesamtrentabilität	%	6,5	2,6

		2012/2013	2013/2014
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	787,4	590,6

Vermögensaufbau

		2012/2013	2013/2014
Anlagenintensität	%	53,3	50,2
Intensität des Umlaufvermögens	%	46,7	49,8

Anlagenfinanzierung

		2012/2013	2013/2014
Anlagendeckung I	%	73,5	72,0
Anlagendeckung II	%	120,8	130,1

Kapitalausstattung

		2012/2013	2013/2014
Eigenkapitalquote	%	39,2	36,1
Fremdkapitalquote	%	60,8	63,9

Liquidität

		2012/2013	2013/2014
Liquiditätsgrad	%	131,2	143,4

Lage des Unternehmens

Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Lage

Die Lage des Unternehmens ist nach wie vor geprägt von unserem operativen Geschäft.

Ertragslage

Der Jahresüberschuss betrug im Geschäftsjahr 700 TEUR (Vorjahr 2.238 TEUR).

Für den Rückgang waren im Wesentlichen die milde Witterung und der damit verbundene Absatzrückgang sowie die Steigerung der Abschreibungen und der Personal- und Betriebskosten ausschlaggebend.

Die Abschreibungen nahmen um 23 % gegenüber Vorjahr zu. Hauptgrund hierfür ist der Zugang der Tankanlagen der angewachsenen Rheingas Handel GmbH & Co. KG.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind um ca. 8 % angestiegen. Maßgebliche Faktoren sind die Kostensteigerung für Instandhaltung der Mehrzähleranlagen sowie höhere Provisionen.

Auf Grund eines verbesserten Zinsergebnisses, das aus einer geringeren Inanspruchnahme von Finanzmitteln resultierte, sowie gesteigener Erträge aus

Beteiligungen kam es zu einer Verbesserung des Finanzergebnisses um rund 200 TEUR.

Das außerordentliche Ergebnis setzt sich im Wesentlichen zusammen aus dem Anwachsgewinn der Rheingas Handel GmbH & Co. KG sowie aus einer Drohverlustrückstellung für die Beteiligungsgesellschaft Vitalis GmbH.

Finanzlage

Unsere Finanzlage ist als sehr stabil zu bezeichnen. Unser Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen.

Unsere Kapitalstruktur hat sich weiter verbessert. Wesentlichen Anteil daran hat unsere Konsolidierungspolitik, aufgrund derer wir erwirtschaftete Ergebnisse wiederum im Unternehmen belassen.

Zum Bilanzstichtag betrug das Eigenkapital rund 16,2 Mio. € bzw. 36 % der Bilanzsumme. Unter Berücksichtigung der Gesellschafterdarlehen mit Rangrücktritt i. H. v. 1 Mio. EUR ergibt sich eine Eigenkapitalquote von 38 %.

Diese Darlehen stehen unserem Unternehmen seit November 2008 aufgrund eines Gesellschafterbeschlusses zur Verfügung. Aus dem Vorjaheresergebnis wurden 1,2 Mio. EUR ausgeschüttet. Mit dem verbleibenden Gewinnvortrag wurde die Gewinnrücklage um 1 Mio. EUR aufgestockt.

Die Steigerung der Rückstellungen resultierte im Wesentlichen aus Erhöhungen der Rückstellungen für Pensionen und Steuern.

Die langfristigen Verbindlichkeiten haben sich um 2,3 Mio. EUR im Vergleich zum Vorjahr erhöht. Während die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 2,7 Mio. EUR gesenkt wurden, stiegen die Verbindlichkeiten aus Pfandgeldern um 4 Mio. EUR infolge der Anwachung der Rheingas Handel GmbH & Co. KG. Wir verfügen über deutlich höhere Kreditlinien, als wir durchschnittlich in Anspruch nehmen. Der Darlehensrückzahlung des Gesellschafterdarlehens um 1 Mio. EUR steht die Erhöhung der sonstigen Verbindlichkeiten um 2,7 Mio. EUR gegenüber. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Verbindlichkeiten gegenüber Kunden aus Abrechnungsguthaben im Zählergeschäft. Insbesondere die angewachsene Rheingas Handel GmbH & Co. KG setzt einen Großteil der Menge im Zählerkundensegment ab.

Die Liquiditätslage hat sich im abgelaufenen Geschäftsjahr unter Berücksichtigung der Anwachung der Rheingas Handel GmbH & Co. KG weiter verbessert. Den anfallenden finanziellen Verpflichtungen sind wir unter Ausschöpfung der Zahlungsziele oder Erwirtschaftung von Skontoerträgen stets pünktlich nachgekommen.

Vermögenslage

Die Vermögenslage unserer Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr nochmals verbessert. Trotz Anwachung der Rheingas Handel GmbH & Co. KG erhöhte sich die Bilanzsumme lediglich um rund 2 Mio. EUR.

Der Wert des Sachanlagevermögens wird zum Bilanzstichtag um rund 264 TEUR geringer als im Vorjahr ausgewiesen. Den Investitionen standen planmäßige Abschreibungen (1.770 TEUR) gegenüber.

Langfristige Anlagen sind durch unser Eigenkapital, sowie langfristig dem Unternehmen zur Verfügung stehendes Fremdkapital mit 30 % übergedeckt.

Das Finanzanlagevermögen verminderte sich um rund 4 Mio. EUR durch die Anwachsung der Rheingas Handel GmbH & Co. KG. Das Kommanditkapital der Rheingas Handel GmbH & Co. KG betrug 3,2 Mio. EUR. Im Rahmen der Neuordnung der Rheingas Gruppe wurde die Beteiligung der Badischen Rheingas GmbH an die Propan Rheingas Beteiligungsgesellschaft mbH veräußert.

Das Vorratsvermögen setzt sich aus Gasbeständen, Geräten und Armaturen sowie Flaschen zum Verkauf zusammen. Zum Bilanzstichtag des Geschäftsjahres 2013/14 lag es rund 4,1 Mio. EUR über dem des Vorjahres. Grund hierfür ist die Übernahme der Bestände aus der Anwachsung der Rheingas Handel GmbH & Co. KG.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sanken gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 25 %. Hauptgrund hierfür ist insbesondere der niedrige witterungsbedingte Absatz im Zählerkundengeschäft, das überwiegend zum Bilanzstichtag abgerechnet wird.

Die ausgewiesenen Forderungen lagen innerhalb der vereinbarten Zahlungsziele.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Wir ziehen für unser Unternehmen die Kennzahlen Gesamtleistung, Rohertrag und Personalkosten je Stelle sowie Eigenabsatz in Tonnen, Personalkosten je Tonne und den Cash Flow heran.

Der Cash Flow hat sich insbesondere auf Grund des geringeren Jahresergebnisses gegenüber dem Vorjahr auf nunmehr 2,6 Mio. EUR verschlechtert. Die weiteren Kennzahlen zeigen nahezu alle einen leichten Rückgang zum Vorjahr, welcher überwiegend auf den witterungsbedingten Absatz- und Umsatzrückgang zurückzuführen ist. Sie sind jedoch alle im positiven Bereich und zufriedenstellend.

Unsere wirtschaftliche Lage kann insgesamt als gut bezeichnet werden.

Nachtragsbericht

Besondere Ereignisse nach Ablauf des Geschäftsjahres haben sich nicht ergeben.

Prognosebericht

Für die Propan Rheingas GmbH & Co. KG gehen wir davon aus, dass die Absatzmengen sowohl beim Tankgas als auch beim Flaschengas im kommenden Geschäftsjahr wieder deutlich ansteigen werden. Die Entwicklung insbesondere im Tankgasbereich wird jedoch maßgeblich vom Witterungsverlauf beeinflusst sein. Nach Absatzrückgängen im Segment Autogas durch den Wegfall von Provisionstankstellen erwarten wir für das kommende Geschäftsjahr wieder Zuwächse infolge der Inbetriebnahme neuer Tankstellen sowie der Verbesserung in

Beschaffung und Logistik. In diesem Segment erhoffen wir uns vor der langsam anlaufenden Beimischung zum Dieselkraftstoff im Transportbereich eine Weiterentwicklung des Autogasgeschäfts. Positiv für die weitere Entwicklung des Segmentes wird die politische Entscheidung zur Verlängerung der Energiesteuerreduzierung über 2018 hinaus sein.

Weiterhin gute Chancen sehen wir für unser Unternehmen auch in Zukunft im Vertrieb von Erdgas an gewerbliche Kunden. Die von uns erfolgreich angebotenen Mehrjahresverträge sichern das Absatzniveau für die folgenden Jahre ab. Auf der Einkaufsseite haben wir fristenkongruente Bezugsverträge abgeschlossen und können so Lieferfähigkeit mit Margensicherung verbinden.

Seit 2013 haben wir unser Angebotsportfolio um die Lieferung von Strom erweitert und unsere Palette weiter komplettiert. Unsere Akquisebemühungen im Strom sind gut angelaufen und wir sehen in diesem Segment erhebliche Entwicklungschancen.

Für die innerdeutschen Beteiligungsgesellschaften rechnen wir mit einer stabilen Ergebnisentwicklung.

Insgesamt rechnen wir für unser Unternehmen für das kommende Geschäftsjahr wieder mit einem deutlich verbesserten Ergebnis.

Chancen- und Risikobericht

Risikobericht

Zur Absicherung verschiedener Risiken wurden Risikohandbücher für den Vertrieb und die Beschaffung von Flüssiggas, Erdgas und Strom implementiert. Mit Hilfe dieser Risikohandbücher können Risiken besser identifiziert und somit minimiert werden.

Branchenspezifische Risiken:

Der größte Risikofaktor der Branche besteht in der Abhängigkeit von Witterungsverhältnissen. Wir begegnen dieser Tatsache mit Fokussierung auf Gewinnung von Gewerbekunden, deren Energieverbrauch nicht zwangsläufig witterungsbedingt ist, und dem Vertrieb von innovativen Produkten wie Blockheizkraftwerken.

Ertragsorientierte Risiken:

Die vorwiegend mittelständisch geprägten Unternehmen der Flüssiggasbranche stehen in einem harten Wettbewerb um die Marktanteile in den einzelnen Absatzsegmenten im Wärme- und Mobilitätsmarkt. Die Vorlieferanten der Branche sind einerseits die raffineriebetreibenden Mineralölgesellschaften im In- und Ausland und andererseits nationale sowie internationale Handelsgesellschaften.

Finanzwirtschaftliche Risiken:

Unsere Liquiditäts- und Eigenkapitallage sind angemessen. Die Gesellschaft verfügt über ein effizientes Mahnwesen.

Verbindlichkeiten werden grundsätzlich innerhalb vereinbarter Zahlungsfristen gezahlt.

Es sind keine Engpässe zu erwarten.

Spezielle Risiken:

Im April 2009 wurde Rheingas seitens des Bundeskartellamtes ein Bußgeldbescheid zugestellt. In dem Bußgeldverfahren geht es um den Verdacht von Kundenschutzabsprachen und flankierenden Preisabsprachen zwischen den im DVFG organisierten Flüssiggasversorgungsunternehmen. Insgesamt wurden elf Unternehmen mit Bußgeldbescheiden konfrontiert.

Rheingas hält die Vorwürfe für unbegründet und hat daher Widerspruch gegen den Bescheid eingelegt.

Die bereits im Abschluss des Geschäftsjahres 2009/2010 als Risikovorsorge gebildete Rückstellung, die die Kosten der juristischen Auseinandersetzung in Höhe des nicht durch die bestehende Rechtsschutzversicherung gedeckten Anteils berücksichtigt, wurde im Vorjahr erhöht und in gleicher Höhe im Berichtsjahr beibehalten.

Die Hauptverhandlung gegen acht der elf beschuldigten Unternehmen wurde am 07.06.2010 vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf eröffnet und endete nach fast drei Jahren mit der Urteilsverkündung am 15.04.2013. Die schriftliche Urteilsbegründung liegt vor. Sämtliche bebußte Unternehmen haben gegen das Urteil Einspruch eingelegt. Die Entscheidung des Bundesgerichtshofs steht noch aus.

Seit dem 01.10.2014 wird vor dem 4. Kartellsenat des Oberlandesgerichtes Düsseldorf über den Einspruch der Propan Rheingas GmbH & Co. KG gegen den Bußgeldbescheid des Bundeskartellamtes verhandelt.

In der Hauptverhandlung hat das Oberlandesgericht zu prüfen, ob die Vorwürfe des Bundeskartellamtes und die Verhängung eines Bußgeldes durch das Bundeskartellamt rechtmäßig sind.

Die Propan Rheingas GmbH & Co. KG verteidigt sich gegen die Vorwürfe und die Verhängung des Bußgeldes. Wann mit einer Entscheidung des Oberlandesgerichts zu rechnen ist, ist derzeit jedoch nicht absehbar.

Chancenbericht

Die Fortsetzung der begonnenen Energiewende und eine Ressourcenschonung und Emissionsreduzierung ausgerichtete Energiepolitik lässt uns Marktausweitungen erwarten. Durch unseren umweltschonend verbrennenden Energieträger Flüssiggas aber auch Erdgas können wir große Beiträge zum Gelingen der Energiewende durch Ablösen von Heizöl und Dieselanwendungen leisten und somit die Emissionen von CO₂, Feinstaub und Stickoxyden reduzieren. Gute Marktchancen sehen wir für unsere Angebote im Geschäftsbereich Energietechnik. Moderne Brennwerttechnik und „stromerzeugende Heizungen“ (BHKW) können insbesondere für bisherige Heizölkunden interessante Angebote sein. Der fortschreitende Trend zu dezentralen Energieversorgungen mit gleichzeitiger Erzeugung von Wärme und elektrischer

Energie wird Chancen für moderne Gasanwendungen eröffnen. Um diese Chancen bestmöglich zu nutzen und selbst umzusetzen, erwarben wir zum 01.01.2014 die Hampel GmbH, ein Heizungs- und Sanitärbetrieb mit Sitz in Sankt Augustin und Buchholz.

Die weltweite Flüssiggasproduktion ist in einem starken Anstieg. Das Angebot wird auf viele Jahre dauerhaft die Nachfrage übersteigen.

Weitere Chancen zur Kostenoptimierung ergeben sich durch weitere Automatisierung der Prozesse und effizientere Strukturen.

Gesamtaussage

Risiken der künftigen Entwicklung sehen wir weiterhin in einem schwierigen Wettbewerbsumfeld, schwankenden Rohstoffpreisen und der Abhängigkeit von der Witterung. Vor dem Hintergrund unserer finanziellen Stabilität und der weiteren Fokussierung auf witterungsunabhängige Kunden und Produkte sehen wir uns für die Bewältigung der künftigen Risiken gut gerüstet. Risiken, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden könnten, sind derzeit nicht erkennbar.

Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderungen, Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Verbindlichkeiten aus Pfandgeldern.

Die Gesellschaft verfügt über einen solventen Kundenstamm. Forderungsausfälle sind die absolute Ausnahme. Bei einem Umsatz von 71.462 TEUR beträgt der Wert der ausgebuchten Forderungen lediglich 66 TEUR. Dies ergibt einen Forderungsausfall von unter 0,1 %. Zudem besteht eine langjährige Zusammenarbeit mit einem Großteil der Kunden.

Verbindlichkeiten werden innerhalb der vereinbarten Zahlungsfristen gezahlt.

Ziel des Finanz- und Risikomanagements der Gesellschaft ist die Sicherheit des Unternehmenserfolgs gegen finanzielle Risiken jeglicher Art. Beim Management der Finanzpositionen verfolgt das Unternehmen eine konservative Risikopolitik.

Zur Absicherung gegen das Liquiditätsrisiko besteht ein Liquiditätsplan, der einen Überblick über die Geldaus- und -einzüge vermittelt.

Soweit bei finanziellen Vermögenswerten Ausfall- und Bonitätsrisiken erkennbar sind, werden entsprechende Wertberichtigungen vorgenommen. Zur Minimierung von Ausfallrisiken verfügt das Unternehmen über ein adäquates Debitorenmanagement. Darüber hinaus informieren wir uns vor Eingehung einer neuen Geschäftsbeziehung stets über die Bonität unserer Kunden.

Bericht über Zweigniederlassungen

Die Gesellschaft verfügt über folgende Niederlassungen:

Brühl, Wesel, Koblenz, Hohenwestedt, Krakow, Dresden, Leipzig

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

keine

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

keine

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2014

Auf die Angaben der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird gem. § 314 Nr. 6a und 6b HGB unter Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Der Verwaltungsrat hat in 2013/2014 Gesamtbezüge von 40 T€ (Vorjahr: 40 T€) erhalten.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Absatz 1 GemO.

**Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2015**

Rhein-Ahr-Energie GmbH & Co.KG

Rechtsform

GmbH & Co. KG

Gegründet

25. August 2014

Stammkapital am 31.12.2014

100.000,00 €

Geschäftsjahr

Rumpfgeschäftsjahr vom 25. August bis 31. Dezember 2014 aufgrund von Unternehmensgründung; danach Kalenderjahr

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens sind die Anschaffung, die Herstellung und der Betrieb von Energieversorgungsanlagen sowie der Vertrieb von Energie vorwiegend im Raum Rhein-Ahr.

Beteiligungsverhältnisse

Alleinige Kommanditistin ist die Energieversorgung Mittelrhein AG. Die KG ist alleiniger Gesellschafter ihrer Komplementärin, der Rhein-Ahr-Energie Verwaltungs GmbH.

Besetzung der Organe am 31.12.2014

Die Gesellschaft hat bisher noch keinen Aufsichtsrat eingerichtet.

Gesellschafterversammlung

Die Gesellschaft entsendet Mitglieder des Vorstandes der evm AG oder Vertreter der evm AG.

Geschäftsführer:

Die Rhein-Ahr-Energie GmbH & Co. KG hat keine Geschäftsführer. Die Geschäftsführung erfolgt durch die Verwaltungs GmbH. Geschäftsführer der Verwaltungs GmbH sind Herr Alexander Doese und Herr Jörg Schneider.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Allgemeines Umfeld

Energie ist ein Thema von wachsender politischer und gesellschaftlicher Bedeutung. Besonders ausgeprägt ist dabei der Trend zur Rekommunalisierung, in der die Privatisierung zuvor öffentlich-rechtlicher Aufgaben und Vermögen wieder rückgängig gemacht. Ziel der Kommunen ist, dass die Energieversorgungsnetze wieder in die öffentliche Trägerschaft übergehen. Viele Städte und Gemeinden verknüpfen die Neuvergabe von Erdgas- und Stromkonzessionen an die Option, sich an Energienetzen zu beteiligen oder diese selbst zu betreiben. Dabei sind diese in der Regel auf Partner mit entsprechendem energiewirtschaftlichen Kenntnissen angewiesen. Dies führt meist zur Gründung von gemeinsamen regionalen Energiegesellschaften, an denen die Kommunen mehrheitlich beteiligt sind, welche die Netze übernehmen. Die neuen kommunalen Netzgesellschaften agieren dann entweder als eine Eigentumsgesellschaft und verpachten das Netz weiter oder sie bewirtschaften - oft im Zusammenhang mit eigenen Vertriebstätigkeiten - das Netz selbst.

Die Städte Remagen, Sinzig und Bad Breisig, die Gemeinde Grafschaft sowie die Ortsgemeinden Burgbrohl, Gönnersdorf und Brohl-Lützig haben ihre Stromkonzessionen an die evm vergeben. Die Eintragung ins Handelsregister erfolgte für die Kooperationsgesellschaften Rhein-Ahr-Energie Verwaltungs-GmbH mit Wirkung zum 20.10.2014 sowie für die Rhein-Ahr-Energie GmbH & Co. KG mit Wirkung zum 21.10.2014. Bisher ist die evm alleiniger Kommanditist der Rhein-Ahr-Energie GmbH & Co. KG. Die vorgenannten Kommunen haben die Möglichkeit, sich an der Rhein-Ahr-Energie GmbH & Co. KG zu beteiligen.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs**Bilanz**

Bilanz	25.08.2014	31.12.2014
A. Ausstehende Einlagen	100.000,00	0,00
B. Umlaufvermögen	0,00	98.636,32
II. Guthaben bei Kreditinstituten	0,00	98.636,32
Bilanzsumme	100.000,00	98.636,32
A. Eigenkapital	100.000,00	96.219,65
I. Kapitalanteile d. Kommanditisten	100.000,00	100.000,00
II. Jahresfehlbetrag	0,00	-3.780,35
B. Rückstellungen	0,00	2.000,00
C. Verbindlichkeiten	0,00	416,67
Bilanzsumme	100.000,00	98.636,32

Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung	2014
sonstige betr. Aufwendungen	-3.780,35
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-3.780,35
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	0,00
sonstige Steuern	0,00
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-3.780,35

Bilanzkennzahlen**Ertragslage**

Rentabilität		2014
Eigenkapitalrentabilität	%	-3,9
Gesamtrentabilität	%	-3,8

		2014
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	--

Vermögensaufbau

		2014
Anlagenintensität	%	0,0
Intensität des Umlaufvermögens	%	100,0

Anlagenfinanzierung

		2014
Anlagendeckung I	%	--
Anlagendeckung II	%	--

Kapitalausstattung

		2014
Eigenkapitalquote	%	97,5
Fremdkapitalquote	%	2,5

Liquidität

		2014
Liquiditätsgrad	%	4.081,5

Lage des Unternehmens**Vermögenslage**

Die Bilanzsumme der Gesellschaft beträgt 98.636,32 €.

Finanzlage

Der Finanzmittelabfluss wurde durch das Eigenkapital finanziert. Am Ende des Geschäftsjahres verfügte die Gesellschaft über liquide Mittel in Höhe von 98.636,32 €.

Ertragslage

Die Gesellschaft hat erstmals für das Rumpfgeschäftsjahr vom 25. August bis 31. Dezember 2014 einen Jahresabschluss erstellt. Die Gewinn- und Verlustrechnung schließt mit einem Jahresfehlbetrag von 3.780,35 €. Dieser resultiert aus Anlaufverlusten, die im Wesentlichen aus Notar- und Bankgebühren sowie den Jahresabschlusskosten resultieren.

Chancen und Risiken

Die Gesellschaft wird zunächst nicht operativ tätig werden. Chancen ergeben sich durch die für 2015 geplante Umsetzung eines Vertriebskonzeptes auf Basis eines Provisionsmodells. Risiken sind damit nicht für die Gesellschaft verbunden. Erst

mit der geplanten Übernahme des Stromnetzes können sich Risiken ergeben. Diese werden beeinflusst durch die Rahmenbedingungen der Netzübernahme, die Gegenstand der Verhandlungen sind. Selbstverständlich werden die Übernahmeverhandlungen auch mit dem Ziel einer Risikominimierung geführt.

Ausblick

Die Vorbereitungen zur Aufnahme der Geschäftstätigkeit haben mit dem Ziel begonnen, zeitnah das Stromnetz vom Altkonzessionär durch die Rhein-Ahr-Energie GmbH & Co. KG zu übernehmen. Nach der Übernahme des Stromnetzes können die sieben Kommunen der Rhein-Ahr-Energie GmbH & Co. KG beitreten, welche dann Eigentümer der Netze ist.

Parallel wird der Vertrieb von Strom durch die Rhein-Ahr-Energie GmbH & Co. KG vorbereitet, welcher auf Basis eines Provisionsmodells durchgeführt wird. Nach jetzigen Planungen ist davon auszugehen, dass der Vertrieb Mitte 2015 beginnen wird.

In den kommenden Geschäftsjahren rechnen wir mit einem positiven Geschäftsverlauf.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

Kommanditkapital 100.000,00 €

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Keine

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2014

Gesellschafterversammlung: 0,00 €

Die Rhein-Ahr-Energie GmbH & Co. KG hat keine Geschäftsführer. Die Geschäftsführung erfolgt durch die Verwaltungs GmbH.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung im Sinne des § 85 Abs 1 GemO.

**Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2015**

Rhein-Ahr-Energie Verwaltungs GmbH

Rechtsform

GmbH

Gegründet

25. August 2014

Stammkapital am 31.12.2014

25.000,00 €

Geschäftsjahr

Rumpfgeschäftsjahr vom 25. August bis 31. Dezember 2014 aufgrund von Unternehmensgründung; danach Kalenderjahr

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Gesellschaft ist die Beteiligung als persönlich haftende, geschäftsführende Gesellschafterin an der Rhein-Ahr-Energie GmbH & Co. KG mit Sitz in Koblenz, die die Anschaffung, die Herstellung und den Betrieb von Energieversorgungsanlagen sowie den Vertrieb von Energie vorwiegend im Raum Rhein-Ahr zum Gegenstand hat.

Beteiligungsverhältnisse

Alleinige Gesellschafterin ist die Energieversorgung Mittelrhein AG.

Besetzung der Organe am 31.12.2014

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.

Gesellschafterversammlung

Die Gesellschaft entsendet Mitglieder des Vorstandes der evm AG oder Vertreter der evm AG.

Geschäftsführer:

Alexander Doese
Jörg Schneider

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Allgemeines Umfeld

Energie ist ein Thema von wachsender politischer und gesellschaftlicher Bedeutung. Besonders ausgeprägt ist dabei der Trend zur Rekommunalisierung, in der die Privatisierung zuvor öffentlich-rechtlicher Aufgaben und Vermögen wieder rückgängig gemacht. Ziel der Kommunen ist, dass die Energieversorgungsnetze wieder in die öffentliche Trägerschaft übergehen. Viele Städte und Gemeinden verknüpfen die Neuvergabe von Erdgas- und Stromkonzessionen an die Option, sich an Energienetzen zu beteiligen oder diese selbst zu betreiben. Dabei sind diese in der Regel auf Partner mit entsprechendem energiewirtschaftlichen Kenntnissen angewiesen. Dies führt meist zur Gründung von gemeinsamen regionalen Energiegesellschaften, an denen die Kommunen mehrheitlich beteiligt sind, welche die Netze übernehmen. Die neuen kommunalen Netzgesellschaften agieren dann entweder als eine Eigentumsgesellschaft und verpachten das Netz weiter oder sie bewirtschaften - oft im Zusammenhang mit eigenen Vertriebstätigkeiten - das Netz selbst.

Die Städte Remagen, Sinzig und Bad Breisig, die Gemeinde Grafschaft sowie die Ortsgemeinden Burgbrohl, Gönnersdorf und Brohl-Lützig haben ihre Stromkonzessionen an die evm vergeben. Die Eintragung ins Handelsregister erfolgte für die Kooperationsgesellschaften Rhein-Ahr-Energie Verwaltungs-GmbH mit Wirkung zum 20.10.2014 sowie für die Rhein-Ahr-Energie GmbH & Co. KG mit Wirkung zum 21.10.2014. Bisher ist die evm alleiniger Kommanditist der Rhein-Ahr-Energie GmbH & Co. KG. Die vorgenannten Kommunen haben die Möglichkeit, sich an der Rhein-Ahr-Energie GmbH & Co. KG zu beteiligen.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs**Bilanz**

Bilanz	25.08.2014	31.12.2014
A. Ausstehende Einlagen	25.000,00	0,00
B. Umlaufvermögen	0,00	24.407,81
I. Forderungen u. sonst. Vermögensgegenstände	0,00	416,67
II. Guthaben bei Kreditinstituten	0,00	23.991,14
Bilanzsumme	25.000,00	24.407,81
A. Eigenkapital	25.000,00	23.407,81
I. Gez. Kapital	25.000,00	25.000,00
II. Jahresfehlbetrag	0,00	-1.592,19
B. Rückstellungen	0,00	1.000,00
Bilanzsumme	25.000,00	24.407,81

Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung	2014
sonstige betriebliche Erträge	416,67
sonstige betr. Aufwendungen	2.008,86
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1.592,19
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	0,00
sonstige Steuern	0,00
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-1.592,19

Bilanzkennzahlen**Ertragslage**

Rentabilität		2014
Eigenkapitalrentabilität	%	-6,8
Gesamrentabilität	%	-6,5

		2014
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	--

Vermögensaufbau

		2014
Anlagenintensität	%	0,0
Intensität des Umlaufvermögens	%	100,00

Anlagenfinanzierung

		2014
Anlagendeckung I	%	--
Anlagendeckung II	%	--

Kapitalausstattung

		2014
Eigenkapitalquote	%	95,9
Fremdkapitalquote	%	4,1

Liquidität

		2014
Liquiditätsgrad	%	2.440,8

Lage des Unternehmens**Vermögenslage**

Die Bilanzsumme der Gesellschaft beträgt 24.407,81 €.

Finanzlage

Der Finanzmittelabfluss wurde durch das Eigenkapital finanziert. Am Ende des Geschäftsjahres verfügte die Gesellschaft über liquide Mittel in Höhe von 23.991,14 €.

Ertragslage

Die Gesellschaft hat erstmals für das Rumpfgeschäftsjahr vom 25. August bis 31. Dezember 2014 einen Jahresabschluss erstellt. Die Gewinn- und Verlustrechnung schließt mit einem Jahresfehlbetrag von 1.592,19 €. Dieser resultiert aus Anlaufverlusten, die im Wesentlichen aus Notar- und Bankgebühren sowie den Jahresabschlusskosten resultieren.

Chancen und Risiken

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft beschränkt sich auf die Beteiligung an der Rhein-Ahr-Energie GmbH & Co. KG und deren Geschäftsführung. Operative Chancen und Risiken bestehen daher nicht.

Ausblick

Die Vorbereitungen zur Aufnahme der Geschäftstätigkeit haben mit dem Ziel begonnen, zeitnah das Stromnetz vom Altkonzessionär durch die Rhein-Ahr-Energie GmbH & Co. KG zu übernehmen. Nach der Übernahme des Stromnetzes können die sieben Kommunen der Rhein-Ahr-Energie GmbH & Co. KG beitreten, welche dann Eigentümer der Netze ist.

Parallel wird der Vertrieb von Strom durch die Rhein-Ahr-Energie GmbH & Co. KG vorbereitet, welcher auf Basis eines Provisionsmodells durchgeführt wird. Nach jetzigen Planungen ist davon auszugehen, dass der Vertrieb Mitte 2015 beginnen wird.

In den kommenden Geschäftsjahren rechnen wir mit einem positiven Geschäftsverlauf.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

Gezeichnetes Kapital 25.000,00

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Keine

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2014

Gesellschafterversammlung: 0,00 €

Die Geschäftsführer erhalten keine Bezüge von der Rhein-Ahr-Energie Verwaltungs GmbH.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung im Sinne des § 85 Abs 1 GemO.

**Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2015**

**Solarenergie Mastershausen
Projekt GmbH & Co. KG**

Rechtsform

GmbH & Co. KG

Gegründet

17. September 2014

Kommanditkapital am 31.12.2014

2.000,00 €

Geschäftsjahr

Rumpfgeschäftsjahr vom 27. Juni bis 31.12.2014 auf Grund von Unternehmensgründung; danach Kalenderjahr

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Planung, Errichtung und der Betrieb von Photovoltaik-Freilandanlagen zur Stromerzeugung.

Beteiligungsverhältnisse

Stadtwerke Kaiserslautern Versorgungs-AG	1.000,00 €	50 %
Energieversorgung Mittelrhein AG	1.000,00 €	50 %

Besetzung der Organe am 31.12.2014

Die Geschäftsführung erfolgt durch die persönlich haftende Gesellschafterin Solarenergie Mastershausen Verwaltungs GmbH.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Grundlagen des Unternehmens

Die Gesellschaft betreibt derzeit eine Photovoltaik-Freiflächenanlage in der Ortsgemeinde Mastershausen. Die Freiflächenanlage speist Strom auf der Grundlage der Vergütungsregelung gemäß des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) 2012 in das öffentliche Netz ein.

Beteiligungen des Unternehmens

Die Gesellschaft hält alle Anteile an der Solarenergie Mastershausen Verwaltungs GmbH.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz	Eröffnungsbilanz	31.12.2014
A. Ausstehende Einlagen	2.000,00	0,00
B. Anlagevermögen	0,00	5.628.801,20
I. Sachanlagen	0,00	5.623.801,20
II. Finanzanlagen	0,00	25.000,00
C. Umlaufvermögen	0,00	576.704,36
I.. Forderungen	0,00	11.861,08
II. Finanzanlagen	0,00	564.843,28
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	1.538,78
Bilanzsumme	2.000,00	6.207.044,34
A. Eigenkapital	2.000,00	77.695,09
I. Kapitalanteile der Kommanditisten	0,00	2.000,00
II. Jahresüberschuss	0,00	75.695,09
B. Rückstellungen	0,00	21.800,00
C. Verbindlichkeiten	0,00	6.107.549,25
Bilanzsumme	0,00	6.207.044,34

Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung	2014
Umsatzerlöse	370.283,13
Materialaufwand (Aufw. f. bez. Leistungen)	12.341,35
Abschreibungen	169.849,92
sonstige betr. Aufwendungen	19.025,79
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	75.370,98
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	93.695,09
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	18.000,00
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	75.695,09

Bilanzkennzahlen

Ertragslage

<u>Rentabilität</u>		2014
Eigenkapitalrentabilität	%	97,4
Gesamtrentabilität	%	1,2

		2014
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	--

Vermögensaufbau

		2014
Anlagenintensität	%	90,7
Intensität des Umlaufvermögens	%	9,3

Anlagenfinanzierung

		2014
Anlagendeckung I	%	1,4
Anlagendeckung II	%	1,4

Kapitalausstattung

		2014
Eigenkapitalquote	%	1,3
Fremdkapitalquote	%	98,7

Liquidität

		2014
Liquiditätsgrad	%	9,4

Lage des Unternehmens

Darstellung des Geschäftsverlaufs

Im Geschäftsjahr 2014 wurde die Solarenergie Mastershausen Projekt GmbH & Co. KG gegründet und die Photovoltaik-Freiflächenanlage gekauft. Die PV-Anlage wurde bereits 2010 in Betrieb genommen und hat seit dem Strom ins öffentliche Netz eingespeist.

Im Kalenderjahr 2014 wurden insgesamt 2,9 Mio. kWh umweltfreundlicher Strom produziert, davon 1,3 Mio. kWh seit sich die Anlage im Besitz der Gesellschaft befindet.

Die monatlichen Plan-/Ist-Mengen weichen insbesondere in den Sommermonaten deutlich voneinander ab. Die Ist-Mengen lagen in den ertragsreichen Sommermonaten Juli (+8%) und August (+10%) deutlich über den Planansätzen. In den weniger ertragsreichen Monaten November (-4%) und Dezember (-55%) hingegen lagen die Erträge unter den Monatsprognosen.

Insgesamt liegen die Mengen 2014 kumuliert mit +4% über Plan, seit Erwerb der Anlage +2,8% über Plan.

Ertragslage

Die Erlössituation entwickelte sich entsprechend der erzeugten Solarenergie. Da die Gesellschaft die Anlage mit Wirkung zum 1. Juli 2014 erworben hat, fließen nur die letzten sechs Monate in die Ertragslage ein.

Die Einspeiseerlöse in diesem Zeitraum (1. Juli bis 31. Dezember 2014) beliefen sich insgesamt auf 370 T€.

Diesen Erlösen standen Materialaufwendungen in Höhe von 12 T€, Abschreibungen in Höhe von 170 T€, Zinsen und ähnliche Aufwendungen in Höhe von 75 T€ und Sonstige betriebliche Aufwendungen in Höhe von 19 T€ gegenüber.

Für das Rumpfgeschäftsjahr vom 27. Juni bis 31. Dezember 2014 ergab sich insgesamt ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von 94 T€ und nach Abzug von Steuern (18 T€) ein Jahresüberschuss von 76 T€.

Finanz- und Vermögenslage

Der Finanzmittelbestand zum 31.12.2014 lag bei 565 T€. Die Gesellschaft verfügt über ausreichend finanzielle Mittel, um ihren Verpflichtungen nachkommen zu können.

Die Bilanzsumme zum 31.12.2014 betrug insgesamt 6,2 Mio. €, das Sachanlagevermögen macht mit 5,1 Mio. € insgesamt 82% der Bilanzsumme aus. Die PV-Anlage weist eine Gesamtnennleistung 3,2 MWp auf. Insgesamt sind knapp 29.000 Module verbaut, die Gesamtfläche der Module beträgt 40.789 m².

Das Eigenkapital zum 31.12.2014 belief sich auf 78 T€. Es bestanden Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter SWK Stadtwerke Kaiserslautern Versorgungs-AG in Höhe von 6,1 Mio. €.

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft ist als geordnet und zufriedenstellend anzusehen.

Personalbericht

Die Gesellschaft beschäftigt kein eigenes Personal.

Nachtragsbericht

Nach dem Bilanzstichtag haben sich bis zum Zeitpunkt der Bilanzaufstellung keine Vorgänge von besonderer Bedeutung ereignet.

Chancen- und Risikobericht

Chancen ergeben sich insbesondere aus der technischen Optimierung der bestehenden Anlage sowie der Erweiterung des Solarparks.

Aufgrund der Pläne der Bundesregierung, das EEG zu reformieren, besteht auch ein potentiell Risiko, dass EEG-Bestandsanlagen finanziell betroffen sein können.

Im Geschäftsjahr lagen keine existenzgefährdenden Risiken vor.

Prognosebericht

Ein Blick in die Zukunft und auf die damit einhergehenden Chancen und Risiken kann nur anhand heutiger Erkenntnisse und Annahmen erfolgen und somit eine Reihe von Ungewissheiten beinhalten. Dabei liegt eine Vielzahl der Faktoren außerhalb des Einflussbereichs der Gesellschaft. So ist die Stromproduktion und damit einhergehend die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft maßgeblich abhängig vom Wetter.

In den ersten fünf Monaten 2015 lag die Stromerzeugung leicht (-1,7 %) unter Plan.

Seit Mai 2015 läuft ein Repowering-Programm zur Optimierung der Leistung der Anlage mit Unterstützung durch die WVE GmbH.

Im Geschäftsjahr 2015 werden die technische Betriebsführung der PV-Anlage Mastershausen durch die WVE GmbH und die kaufmännische Betriebsführung der Gesellschaft durch die evm AG etabliert werden.

In den kommenden Geschäftsjahren wird weiterhin mit positiven Geschäftsergebnissen gerechnet. Die Geschäftsführung geht für 2015 von einem Jahresüberschuss in Höhe von rd. 80 T€ aus.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

Einzahlung Stammkapital durch die Gesellschafter: 2.000,00 €

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Keine

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2014

Keine

Auf eine Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wird mit Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung im Sinne des § 85 Abs 1 GemO.

**Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2015**

**Solarenergie Mastershausen
Verwaltungs GmbH**

Rechtsform

GmbH

Gegründet

27.06.2014; letzte Fassung Gesellschaftsvertrag 13.11.2014

Die Beteiligung durch die evm AG erfolgte im Dezember 2014.

Stammkapital am 31.12.2014

25.000,00 €

Geschäftsjahr

Rumpfgeschäftsjahr vom 27. Juni bis 31. Dezember 2014 aufgrund von Unternehmensgründung; danach Kalenderjahr

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung als persönlich haftende, geschäftsführende Gesellschafterin an der Solarenergie Mastershausen Projekt GmbH & Co. KG mit Sitz in Mastershausen, die die Planung, Errichtung und den Betrieb von Photovoltaik-Freilandanlagen zur Stromerzeugung zum Gegenstand hat.

Beteiligungsverhältnisse

Die Solarenergie Mastershausen Projekt GmbH & Co.KG ist Alleingesellschafterin.

Besetzung der Organe am 31.12.2014

Geschäftsführung:

Roland Warner

Arne Michel (ab 12.03.2015)

Kai Kock (ab 03.2015)

Gesellschafterversammlung

Die Alleingeschafterin entsendet ihre Vertreter in die Gesellschafterversammlung.

Beteiligungen des Unternehmens

Die Gesellschaft hält keine eigenen Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks sowie künftige Aufgaben

Darstellung des Geschäftsverlaufs

Die Gesellschaft hatte mit Ausnahme der Übernahme der Geschäftsführung für die Solarenergie Mastershausen Projekt GmbH & Co. KG keine operative Geschäftstätigkeit.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz

Bilanz	Eröffnungsbilanz	31.12.2014
A. Ausstehende Einlagen	25.000,00	0,00
B. Umlaufvermögen	0,00	24.604,10
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenst.	0,00	1.149,25
II. Guthaben bei Kreditinstituten	0,00	23.4543,85
Bilanzsumme	25.000,00	24.604,10
A. Eigenkapital	25.000,00	24.604,10
I. Gez. Kapital	25.000,00	25.000,00
II. Jahresfehlbetrag	0,00	-919,40
B. Rückstellungen	0,00	500,00
C. Verbindlichkeiten	0,00	23,50
Bilanzsumme	25.000,00	24.604,10

Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung	2014
sonstige betr. Aufwendungen	1.885,15
Erträge aus Beteiligungen	965,75
Steuern v. Einkommen u. Ertrag	0,00
sonstige Steuern	0,00
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-919,40

Bilanzkennzahlen

Ertragslage

Rentabilität		2014
Eigenkapitalrentabilität	%	-3,8
Gesamtrentabilität	%	-3,8

		2014
Umsatz pro Mitarbeiter	T€	--

Vermögensaufbau

		2014
Anlagenintensität	%	--
Intensität des Umlaufvermögens	%	100,0

Anlagenfinanzierung

		2014
Anlagendeckung I	%	--
Anlagendeckung II	%	--

Kapitalausstattung

		2014
Eigenkapitalquote	%	97,9
Fremdkapitalquote	%	2,1

Liquidität

		2014
Liquiditätsgrad	%	--

Lage des Unternehmens

Ertragslage

Die Gesellschaft erzielte in der Zeit vom 27. Juni bis 31. Dezember 2014 Erträge aus der Beteiligung an der Solarenergie Mastershausen GmbH & Co. KG in Höhe von 996 €.

Diesen Erträgen standen Aufwendungen in Höhe von 1.885 € gegenüberüber. Insgesamt ergab sich daraus ein Jahresverlust in Höhe von 919 €.

Finanz- und Vermögenslage

Der Finanzmittelbestand zum 31.12.2014 lag bei 23.455 €. Die Gesellschaft verfügt über ausreichend finanzielle Mittel, um ihren Verpflichtungen nachkommen zu können. Die Bilanzsumme zum 31.12.2014 betrug insgesamt 24.604 €, das Eigenkapital belief sich auf 24.081 €.

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft ist als geordnet und zufriedenstellend anzusehen.

Personalbericht

Die Gesellschaft beschäftigt kein eigenes Personal.

Nachtragsbericht

Nach dem Bilanzstichtag haben sich bis zum Zeitpunkt der Bilanzaufstellung keine Vorgänge von besonderer Bedeutung ereignet.

Kapitalzuführungen/-entnahmen der letzten 3 Jahre

Einzahlung Stammkapital

durch die Stadtwerke Kaiserslautern Versorgungs AG: 25.000,00 €

(seit 02.12.2014 ist die Solarenergie Mastershausen Projekt GmbH & Co.KG Alleingesellschafterin)

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt

Keine

Gesamtbezüge der Organe im Jahr 2014

Keine

Die Geschäftsführer erhalten keine Bezüge von der Gesellschaft.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Betätigung im Sinne des § 85 Abs 1 GemO.

**Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2015**

Grünflächen- und Bestattungswesen

Eigenbetrieb der Stadt Koblenz

Rechtsform

Eigenbetrieb, öffentlich-rechtlich

Gegründet

01. Januar 1998; Betriebssatzung vom 29. August 2001 (zuletzt geändert 29.10.2009)

Stammkapital am 31.12.2014

<i>Betriebszweig Grünflächen:</i>	<i>200.000,00 €</i>
<i>Betriebszweig Bestattungswesen:</i>	<i>0,00 €</i>

Mitglieder des Werksausschusses bis 26.06.2014

*Beigeordneter Prümm, Martin – Vorsitzender-
Rosenbaum, Karl-Heinz
Honsdorf, Heinz
Wurzbacher, Heniz-Jörg
Gürke, Christian
Rheinstädler, Wolfram
Lehmkhler, Gerhard
Berresheim, Edgar
Schmidt, Hermann-Josef
Schneider, Walter
Krebs, Volker
Mehlbreuer, Andrea
Wilbert, Josef
Bordelle, Michael
Dr. Kneis, Joachim
Hömberger, Monika*

Beschäftigtenvertreter:

*Hug, Dieter
Mathy, Winfried
Schneider, Othmar
Busch, Petra
Leber, Peter*

Mitglieder des Werksausschusses ab 27.06.2014

Beigeordneter Prümm, Martin –Vorsitzender-
Rosenbaum, Karl-Heinz
Artz, Monika
Bocklet, Herbert
Dott, Herbert
Mettler, Dirk
Michels, Dietmar
Kirsch, Thomas
Lehmkühler, Gerhard
Schmidt, Hermann-Josef
Schneider, Walter
Mehlbreuer, Andrea
Zwiernik, Patrick
Wilbert, Josef
Bordelle, Michael
Lütke, Gerhard
(ab 13.11.2014 ersetzt durch:
Keul-Göbel, Angela)
Mohr, Nicole
Sommer, Hans-Christian

Beschäftigtenvertreter:

Conradi, Thomas
Hug, Dieter
Jäckel, Katrin
Leber, Peter
Mannheim, Erich
Mathy, Winfried

Gegenstand des Unternehmens

Zweck des Eigenbetriebes ist die Durchführung des Bestattungswesens, der Betrieb des Krematoriums, die Planung, Erstellung und Pflege von Grünflächen sowie der Betrieb der Stadtgärtnerei. Zu den vorgenannten Aufgabenbereichen gehören auch die damit verbundenen Hilfs- und Nebengeschäfte.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Der Gegenstand des Eigenbetriebes ist eine **nicht-wirtschaftliche** Betätigung gemäß § 85 Absatz 3 Nr. 7, weil der Eigenbetrieb überwiegend Zwecken des Eigenbedarfs der Gemeinde dient.

Für den Bereich des Krematoriums besteht seit dem 01. Juni 2005 die unbeschränkte Körperschaft- und Gewerbesteuerpflicht im Rahmen eines Betriebes gewerblicher Art.

Seit 01.01.2012 gilt dies auch für die in die Bewirtschaftung übernommenen Parkplätze (BlmA- und SGD-Nord) auf den Freiflächen am Kurfürstlichen Schloss.

**Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2015**

Kommunaler Servicebetrieb Koblenz

Rechtsform

Eigenbetrieb, öffentlich-rechtlich

Gegründet

*01. Januar 1996 ; Betriebssatzung vom 30. August 2001 zuletzt geändert durch
Satzung vom 18.12.2012*

Stammkapital am 31.12.2014

700.000,00 €

Besetzung des Werkausschusses bis 26.06.2014

*Hammes-Rosenstein, Marie-Theres – Vorsitzende –
Arens, Hildegard
Bastian, Manfred
Coßmann, Bernd
Diederichs-Seidel, Uwe
Hömberger, Monika
Honsdorf, Heinz
Hoffmann, Ute
Lehmkühler, Gerhard
Rosenbaum, Karl-Heinz
Scherhag, Mark
Schiel, Wolfgang
Schlemmer, Bernd
Schlich, Prof. Dr. Elmar
Schmidt, Hermann Josef
Schupp, Thorsten*

Beratende Mitglieder

*Hermann, Ingo
Koch, Michael
Koenen, Heinrich
Rütze, Mario
Weins, Hans-Peter*

Besetzung des Werkausschusses ab 27.06.2014

Hammes-Rosenstein, Marie-Theres – Vorsitzende –
Altmaier, Christian
Arens, Hildegard
Bartholomae, Rolf
Bastian, Werner
Diederichs-Seidel, Uwe
Dott, Herbert
Hömberger, Monika
Hoernchen, Edith Elisabeth
Kalenberg, Rudolf
Knopp, Ernst
Lehmkuhler, Gerhard
Rosenbaum, Karl-Heinz
Schmidt, Hermann Josef
Schneider, Thorsten
Schupp, Thorsten
Sommer, Hans-Christian
Wehran, Jens

Beratende Mitglieder

Bleyell, Uwe
Koch, Michael
Koenen, Heinrich
Plum, Mario
Rütze, Mario

Gegenstand des Unternehmens

Zweck des Eigenbetriebes ist die Wertstofffassung/-verwertung, die Restabfallbeseitigung/-entsorgung, die Reinigung der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze in der Stadt Koblenz sowie die Instandsetzung und -haltung der städtischen Fahrzeuge und Geräte. Des Weiteren obliegt dem Eigenbetrieb die Straßenunterhaltung/ -instandsetzung einschließlich der hierzu gehörenden Einrichtungen mit Ausnahme der Ingenieurbauwerke. Zu den vorgenannten Aufgabenbereichen gehören auch die damit verbundenen Hilfs- und Nebengeschäfte.

Der Landkreis Cochem-Zell hat ab dem 01.01.2012 die Erfassung, Sammlung und Transport von Rest-, Bio-, Gewerbe- und Sperrabfällen an den Eigenbetrieb übertragen.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Der Gegenstand des Eigenbetriebes ist eine **nicht-wirtschaftliche** Betätigung gemäß § 85 Absatz 4 Nr. 5 GemO, weil der Kommunale Servicebetrieb Koblenz sowohl im Bereich der Abfallwirtschaft als auch im Bereich Straßenreinigung überwiegend Zwecken des Umweltschutzes dient.

Der Bereich Straßenunterhaltung und Werkstattbetrieb dient zur Deckung des Eigenbedarfs der Stadt Koblenz nach § 85 Abs. 4 Nr. 7 GemO.

Der Betriebszweig Service wird als Betrieb gewerblicher Art geführt.

Stadtverwaltung Koblenz Beteiligungsbericht 2015



Koblenz-Touristik *Eigenbetrieb der Stadt Koblenz*

Rechtsform

Eigenbetrieb, öffentlich-rechtlich

Gegründet

01. Januar 1997 ; Betriebssatzung vom 23. August 2001

Stammkapital am 31.12.2014

2.100.000,00 €

Gegenstand des Unternehmens

Zweck des Eigenbetriebes ist die Förderung des Messe- und Congresswesens, der Touristik, des Stadtmarketings, von Campingplätzen und des Veranstaltungswesens. Zu den vorgenannten Aufgabenbereichen gehören auch die damit verbundenen Hilfs- und Nebengeschäfte.

Mitglieder des Werksausschusses bis 26.06.2014

*Hofmann-Göttig, Prof. Dr. Joachim – Vorsitzender-
Bocklet, Herbert
Diehl, Manfred
Hoernchen, Edith
Reinstädler, Wolfram
Sauer, Monika
Altmaier, Christian
Bastian, Manfred
Naumann, Fritz
Zahren, Jürgen
Bäcker, Sabine
Stölzgen, Harald*

Kühlenthal, Edgar
Dr. Kneis, Joachim
Gniffke, Manfred
Hoernchen, Birgit

Beratendes Ausschussmitglied

Bollinger, Markus
Weber, Franz-Josef
Ohlwein, Stefan
Lehmkühler, Raimund
Steinebach, Thomas

Mitglieder des Werksausschusses ab 27.06.2014

Hofmann-Göttig, Prof. Dr. Joachim – Vorsitzender-
Balmes, Peter
Bocklet, Herbert
Contento, Vito
Diehl, Manfred
Rosenbaum, Karl-Heinz
Sauer, Monika
Hoernchen, Edith
Altmaier, Christian
Bastian, Manfred
Mühlbauer, Marion
Naumann, Fritz
Ackermann, Hans-Peter
Zwiernik, Patrick
Kühlenthal, Edgar
Wilbert, Josef
Hoernchen, Birgit
Weber, Karl Ludwig

Beratendes Ausschussmitglied

Bollinger, Markus
Daum, Stefan
Lang, Isolde
Lehmkühler, Raimund
Ohlwein, Stefan
Steinebach, Thomas

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

§ 85 Abs. 1 Satz 1 GemO

Der Eigenbetrieb Koblenz Touristik fördert das Gästeaufkommen in der Stadt Koblenz – sowohl Tages- als Übernachtungstouristen. Dies geschieht durch intensive Messe- und Workshop Besuche, regionale und überregionale Vertriebsarbeit, Kooperationen sowohl im regionalen als auch deutschlandweiten Bereich. Er ist verantwortlich für die Kreation touristischer Angebote, die Erstellung von Flyern und Stadtplänen sowie die Bereitstellung eines mehrsprachigen, zeitgemäßen Internetauftrittes. Durch intensive Zusammenarbeit mit Beherbergungsbetrieben, Gaststätten, Schifffahrtsunternehmen sowie dem Einzelhandel, wird eine starke Verknüpfung zwischen Tourismus und Wirtschaftskraft hergestellt. Eine Tourismus-Information betreut an 360 Tagen im Jahr Gäste und Besucher und vermittelt Stadtführungen, Tagesausflüge sowie touristische Events. Mit dem Romanticum betreibt die Koblenz-Touristik eine besondere interaktive Ausstellung, die sowohl für Gäste als auch Bürger der Stadt einen attraktiven Mehrwert darstellt.

Im Rahmen der Daseinsvorsorge betreibt er das Rhein-Mosel-Kongresszentrum mit den Räumlichkeiten im Kurfürstlichen Schloss und führt etliche kulturelle Veranstaltungen durch.

§ 85 Abs. 1 Satz 2 GemO

Der Eigenbetrieb finanziert sich aus Einnahmen. Ein Zuschuss aus dem Kernhaushalt der Stadt wird nicht gezahlt.

§ 85 Absatz 1 Satz 3 GemO

Bei der Aufgabe des Eigenbetriebes handelt es sich um „Wirtschaftsförderung“ im weitesten Sinne. Durch die Verknüpfung der einzelnen Teilbereiche werden Synergieeffekte genutzt. Eine ebenso „gute“ Erfüllung dieses öffentlichen Zwecks durch private Unternehmen scheidet aus.

Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2015

Kommunales Gebietsrechenzentrum

Eigenbetrieb der Stadt Koblenz

Rechtsform

Eigenbetrieb, öffentlich-rechtlich

Gegründet

01. Januar 1995 (Eintrag ins Handelsregister 26. Mai 2000)

Stammkapital am 31.12.2014

800.000,00 €

Mitglieder des Werksausschusses bis 26.06.2014

Hofmann-Göttig, Prof. Dr. Joachim (OB) – Vorsitzender –

Sauer, Monika

Schmitz, Hermann

Schlemmer, Bernd-Dieter

Gürke, Christian

Coßmann, Bernd

Gniewosz, Gordon

Kumm, Holger

Hoffmann, Ute

Hoffstadt, Michael

Weis, Anita

Mitnacht, Sebastian

Mies, Bernhard Stefan

Waibel, Ingo (bis 29.01.2014)

Henchel, Paul (ab 30.01.2014)

Scherkenbach; Josef

Weis, Richard

Beratende Mitglieder

La Porte, Ralf

Schäfer, Frank

Henschel, Mathias

Fuchs, Elisabeth

Mogendorf, Alfons

Mitglieder des Werksausschusses ab 27.06.2015

Hofmann-Göttig, Prof. Dr. Joachim (OB) – Vorsitzender –
 Sauer, Monika
 Schmitz, Hermann
 Schlemmer, Bernd-Dieter
 Knopp, Ernst
 Gniewosz, Gordon
 Kumm, Holger
 Hoffmann, Ute
 Hühnerfeld, Ursula
 Weis, Anita
 Mitnacht, Sebastian
 Zwiernik, Patrick
 Klein, Andreas (bis 12.11.2014)
 Güvenc, Tamer (ab 13.11.2014)
 Mies, Bernhard Stefan
 Hennchen, David
 Weis, Richard
 Weber; Karl Ludwig

Beratende Mitglieder

La Porte, Ralf
 Schäfer, Frank
 Henschel, Mathias
 Persch, Natascha
 Dickel, Harald
 Mogendorf, Alfons

Gegenstand des Unternehmens

Zweck des Eigenbetriebes ist die Informationsverarbeitung für die Stadt Koblenz und für andere Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts und deren Einrichtungen sowie für sonstige Dritte.

Aufgaben der Informationsverarbeitung sind:

- a.) *Ausführung von Verwaltungsarbeiten und anderer Aufgaben unter Einsatz elektronischer Anlagen der Daten- und Kommunikationstechnik,*
- b.) *Entwicklung, Pflege und Bereitstellung von Datenverarbeitungsverfahren und der hierfür notwendigen Programme,*
- c.) *datenverarbeitungstechnische und verfahrensorganisatorische Beratung der Anwender,*
- d.) *Durchführung von Schulungen auf dem Gebiet der technikunterstützten Informationsverarbeitung.*

Der Eigenbetrieb kann alle seinen Betriebszweck fördernden und ihn wirtschaftlich berührenden Geschäfte betreiben.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

*Der Gegenstand des Unternehmens ist eine **nicht-wirtschaftliche** Betätigung gemäß § 85 Absatz 4 Nr. 7 GemO, weil überwiegend die Deckung des Eigenbedarfs der Stadt Koblenz erfolgt.*

Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2015

Stadtentwässerung
Eigenbetrieb der Stadt Koblenz

Rechtsform

Eigenbetrieb, öffentlich-rechtlich

Gegründet

01. Januar 1996; *Betriebssatzung vom 29. August 2001; geändert durch die „Erste Satzung zur Änderung der Betriebssatzung für den EB der Stadt Koblenz Entwässerung“ vom 05.05.2014*

Stammkapital am 31.12.2014

26.000.000,00 €

Mitglieder des Werksausschusses bis 26.06.2014

Prümm, Martin – Vorsitzender-
Honsdorf, Heinz
Rosenbaum, Karl-Heinz
Schumann-Dreyer, Anna-Maria
Coßmann, Bernd
Sauer, Monika
Lehmkühler, Gerhard
Block, Gertrud
Weis, Anita
Schmidt, Hermann-Josef
Bäcker, Sabine
Arens, Hildegard
Anspach, Heinz-W.
Hourle, Udo
Schupp, Torsten
Meid, Rudolf

Beratende Mitglieder:

Marci, Kurt
Szymczak, Manfred
Bohn, Guido
Zelter, Dieter
Marquart, Ulrich

Mitglieder des Werksausschusses ab 27.06.2014

Prümm, Martin –Vorsitzender-
Schumann-Dreyer, Anna-Maria
Diehl, Manfred
Dott, Herbert
Rosenbaum, Karl-Heinz
Sauer, Monika
Knopp, Ernst
Lehmkühler, Gerhard
Schneider, Thorsten
Weis, Anita
Mehlbreuer, Andrea
Wefelscheid, Stephan
Arens, Hildegard
Bastian, Werner
Hofmann, Gabriele
Schupp, Torsten
Weber, Karl Ludwig

Beratende Mitglieder:

Barthel, Markus
Bogler, Ralf
Bohn, Guido
Zelter, Dieter
Szymczak, Manfred
Marquart, Ulrich

Gegenstand des Unternehmens

Zweck des Eigenbetriebes ist es, Abwasser von den in der Stadt Koblenz gelegenen Grundstücken zu sammeln, weiterzuleiten und zu reinigen sowie das Einsammeln, Abfahren und Beseitigen des in zugelassenen Kleinkläranlagen anfallenden Schlamms und des in Gruben gesammelten Abwassers (Fäkalschlammabeseitigung). Der Eigenbetrieb kann alle seinen Betriebszweck fördernden und ihn wirtschaftlich berührenden Hilfs- und Nebengeschäfte betreiben.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs.1 GemO für das wirtschaftliche Unternehmen

Der Gegenstand des Eigenbetriebes ist die **nicht-wirtschaftliche** Betätigung gemäß § 85 Absatz 4 Nr. 5 GemO. Der Eigenbetrieb erfüllt nach § 52 LWG die hoheitliche Aufgabe der Abwasserbeseitigung.

Nach § 86 Absatz 2 Satz 2 sind Einrichtungen und Anlagen der Abwasserbeseitigung als Eigenbetriebe zu führen oder nach den Bestimmungen der Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung (EigAnVO) zu verwalten.

**Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2015**



Abfallzweckverband Rhein-Mosel-Eifel
(ehem. Deponiezweckverband Eiterköpfe)

Rechtsform

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Gegründet

19. Dezember 1986

Stammkapital am 31.12.2014

83.735,64 € (zu 100% beim Landkreis MYK)

Mitglieder des Zweckverbandes

*Stadt Koblenz
Landkreis Mayen-Koblenz
Landkreis Cochem-Zell*

**Vertreter der Stadt Koblenz in der Versammlung am
31.12.2014**

*Bürgermeisterin Marie-Theres Hammes-Rosenstein
Gerhard Lehmkühler
Karl-Heinz Rosenbaum*

Gegenstand des Zweckverbandes

- (1) *Der Zweckverband hat die Aufgabe, eine oder mehrere Zentraldeponien in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft zu betreiben und die dafür notwendigen Planfeststellungsbeschlüsse herbeizuführen.*

- (2) Der Zweckverband hat ferner die Aufgabe der Vorbereitung der Abfälle zur Wiederverwendung (MYK), des Recyclings, der sonstigen Verwertung und der Beseitigung der folgenden ihm von den Mitgliedskörperschaften überlassenen und der von ihm nach Abs. 3 eingesammelten Abfälle:
1. Restabfälle (COC, KO, MYK)
 2. Hausmüllähnliche Gewerbeabfälle (COC, KO, MYK)
 3. Bioabfälle (COC, KO, MYK)
 4. Sperrabfälle (COC, KO, MYK)
 5. Abfälle aus der Wertstofftonne (COC, KO, MYK)
 6. zur Beseitigung überlassene Abfälle aus sonstigen Herkunftsbereichen (COC, KO, MYK)
 7. Grünabfälle (MYK)
 8. Altpapier (MYK)
 9. in Bringsystemen getrennt erfasste Abfälle und Wertstoffe (MYK)

In den Klammern ist angegeben, für welche Mitglieder der Zweckverband diese Aufgaben übernimmt.

Bei der Verwertung der Bio- und Grünabfälle wird er eine regionale Wertschöpfung, soweit wirtschaftlich sinnvoll, in eigenen Anlagen anstreben.

- (3) Dem Zweckverband werden weiterhin vom Landkreis Mayen-Koblenz folgende Aufgaben übertragen:
1. die Sammlung und der Transport von
 - a) Siedlungsabfällen (Rest-, Bio-, Grün-, Sperrabfall und Altpapier) aus privaten Haushaltungen und
 - b) überlassene Abfälle aus anderen Herkunftsbereichensowie
 2. der Betrieb eines Wertstoffhofes, bei Bedarf auch weiterer Wertstoffhöfe (Einrichtung, Anlagenbetrieb, Logistik, Entsorgung der erfassten Abfälle und Wertstoffe).
- (4) Der Zweckverband kann auch Dritten die Benutzung seiner Anlagen gestatten, soweit dies zum wirtschaftlichen Betrieb geeignet ist. Das Landesgesetz über die kommunale Zusammenarbeit bleibt unberührt.
- (5) Der Zweckverband hat nur die Entgelthoheit für Selbstanlieferer und erlässt hierfür Gebührensatzungen.

Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2015

Abwasserzweckverband
„Industriepark A61/GVZ Koblenz“

Rechtsform

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Gegründet

01. Januar 2009

Stammkapital am 31.12.2014

keines

Mitglieder des Zweckverbandes

*Stadt Koblenz
Verbandsgemeinde Weißenthurm
Verbandsgemeinde Untermosel*

**Vertreter der Stadt Koblenz in der Verbandsversammlung am
31.12.2014**

*Beigeordneter Martin Prümm
Bernhard Mohrs*

Gegenstand des Zweckverbandes

Der Zweckverband hat die Aufgabe, innerhalb des Verbandsgebietes

- 1. die Entwässerungsanlagen nach den jeweils geltenden Regeln der Technik zu planen, zu errichten, zu betreiben, zu unterhalten, zu erneuern und zu überwachen*
- 2. von den Grundstücken Abwasser abzunehmen und*
- 3. für die unschädliche Ableitung und ordnungsgemäße Beseitigung des Abwassers Sorge zu tragen.*

Abwasserzweckverband „Industriepark A61/GVZ Koblenz“

Der Zweckverband begründet ein Entsorgungsverhältnis mit den einzelnen Anschlussberechtigten bzw. Anschlussverpflichteten. Er ist berechtigt, den Anschluss- und Benutzungszwang festzulegen.

Der Zweckverband verwaltet seine Einrichtungen nach der Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung in der jeweils geltenden Fassung.

**Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2015**

**Zweckverband
Industriepark A 61 / GVZ Koblenz**

Rechtsform

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Gegründet

01. November 1999

Stammkapital am 31.12.2013

keines

Mitglieder des Zweckverbandes

<i>Stadt Koblenz</i>	<i>34,0 %</i>
<i>Ortsgemeinde Bassenheim</i>	<i>22,0 %</i>
<i>Ortsgemeinde Kobern-Gondorf</i>	<i>22,0 %</i>
<i>Landkreis Mayen-Koblenz</i>	<i>22,0 %</i>

**Vertreter der Stadt Koblenz in der Verbandsversammlung am
31.12.2014**

*Martin Prümm -stellvertretender Verbandsvorsteher-
Anna-Maria Schuhmann-Dreyer
Monika Sauer
Detlev Pilger
Hermann-Josef Schmidt
Peter Balmes
Walter Baum
Hans-Peter Ackermann*

Gegenstand des Zweckverbandes

Der Landkreis Mayen-Koblenz, die Gemeinden Bassenheim und Kobern-Gondorf sowie die Stadt Koblenz entwickeln unmittelbar angrenzend zum bestehenden GVZ Koblenz an der A 61 im Rahmen einer städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme nach §§ 165 ff. Baugesetzbuch ein interkommunales Industriegebiet.

Mit der Durchführung der Maßnahme sollen Arbeitsplätze geschaffen werden, die regionale Wertschöpfung soll gesteigert werden und der Industriestandort Rheinland-Pfalz soll gestärkt werden.

Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2015

Zweckverband
Schiennenpersonennahverkehr
Rheinland-Pfalz Nord

Rechtsform

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Gegründet

17. November 1995

Stammkapital am 31.12.2014

keines

Mitglieder des Zweckverbandes

*Land Rheinland-Pfalz
Landkreis Ahrweiler
Landkreis Altenkirchen
Landkreis Bernkastel-Wittlich
Eifelkreis Bitburg-Prüm
Landkreis Cochem-Zell
Landkreis Vulkaneifel
Kreisfreie Stadt Koblenz
Landkreis Mayen-Koblenz
Landkreis Neuwied
Kreisfreie Stadt Trier
Landkreis Trier-Saarburg
Rhein-Hunsrück-Kreis
Landkreis Westerwaldkreis
Landkreis Rhein-Lahn*

**Vertreter der Stadt Koblenz in der Verbandsversammlung am
31.12.2014**

Beigeordneter Martin Prümm

Gegenstand des Zweckverbandes

Der Zweckverband erfüllt die ihm nach § 6 Abs. 2 NVG zugewiesenen Aufgaben unter Beteiligung des Landes gemäß § 6 Abs. 11 NVG.

Diese umfassen die Gestaltung der Verkehrsangebote im SPNV sowie die Gestaltung der von dem Zweckverband übernommenen regionalen Busverkehre nach § 6 Abs. 9 NVG, so insbesondere:

- *die Gestaltung der Fahrpläne und Tarife,*
- *Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des Schienenpersonennahverkehrs im Fahrdienst und vor Ort, wie Gestaltung der Bahnhofs- und Umsteigeanlagen,*
- *Öffentlichkeitsarbeit und Werbemaßnahmen, sowie*

für den Bereich des Schienenpersonennahverkehrs sowie für die von ihm übernommenen regionalen Busverkehre ist der Zweckverband zuständige Behörde für die Vereinbarung oder Auferlegung gemeinschaftlicher Verkehrsleistungen im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007.

**Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2015**

**Zweckverband Tierkörperbeseitigung in
Rheinland-Pfalz, im Saarland, im Rheingau-
Taunus- Kreis und dem Landkreis Limburg/
Weilburg i. L.**

Rechtsform

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Gegründet

01. Januar 1979

Stammkapital am 31.12.2014

2.200.000,00

Mitglieder des Zweckverbandes

Landkreise Ahrweiler, Altenkirchen (Westerwald), Alzey-Worms, Bad Dürkheim, Bad Kreuznach, Bernkastel-Wittlich, Birkenfeld, Eifelkreis Bitburg-Prüm, Cochem-Zell, Vulkaneifel, Donnersbergkreis, Germersheim, Kaiserslautern, Kusel, Mainz-Bingen, Mayen-Koblenz, Neuwied, Rhein-Hunsrück-Kreis, Rhein-Lahn-Kreis, Rhein-Pfalz-Kreis, Südliche Weinstraße, Südwestpfalz, Trier-Saarburg, Westerwaldkreis, Merzig-Wadern, Neunkirchen, Saarlouis, Saarpfalzkreis, St. Wendel, der Stadtverband Saarbrücken, Rheingau-Taunus-Kreis und Limburg-Weilburg

Ebenso die kreisfreien Städte Frankenthal (Pfalz), Kaiserslautern, Koblenz, Landau in der Pfalz, Ludwigshafen am Rhein, Mainz, Neustadt an der Weinstraße, Pirmasens, Speyer, Trier, Worms und Zweibrücken

**Vertreter der Stadt Koblenz in der Verbandsversammlung am
31.12.2014**

Bürgermeisterin Marie-Theres Hammes-Rosenstein

Gegenstand des Zweckverbandes

Der Zweckverband übernimmt alle Rechte und Pflichten, die den Landkreisen und kreisfreien Städten als Beseitigungspflichten nach dem Gesetz zur Durchführung gemeinschaftsrechtlicher Vorschriften über die Verarbeitung und Beseitigung von nicht für den menschlichen Verzehr bestimmten tierischen Nebenprodukte in Verbindung mit dem Rheinland-Pfälzischen Landesgesetz zur Ausführung des Tierischen Nebenprodukte-Beseitigungsgesetzes in den jeweils geltenden Fassungen obliegen.

Ebenso übernimmt er die Rechte und Pflichten, die den hessischen und saarländischen Zweckverbandsmitgliedern aus deren Rechtsgrundlagen erwachsen.

Die EU-KOM hat mit Beschluss vom 25 April 2012 die Umlagezahlungen der Verbandsmitglieder also unzulässige Beihilfe deklariert und die Rückzahlung angeordnet. Eine Rückzahlung ist dem Zweckverband TKB faktisch nicht möglich. Die EU-Kommission fordert vor dem Hintergrund der nicht erfolgten Umsetzung der Rückzahlungsverpflichtung:

- *die Liquidation des ZV TKB und*
- *die Ausschreibung und Privatisierung der originär hoheitlichen Aufgabe.*

Durch das Land Rheinland-Pfalz wurde daher am, 24. Juli 2014 ein neues Ausführungsgesetz zum tierischen Nebenprodukte–Beseitigungsgesetz beschlossen. Beseitigungspflichtige sind weiterhin die Landkreise und kreisfreien Städte. Weitere, wesentliche Regelungsinhalte, sind:

- *die Liquidation des bestehenden ZV TKB;*
- *die Einsetzung eines neutralen Liquidators;*
- *die Übertragung des erforderlichen Betriebsvermögens (Betriebe Rivenich und Sembach) auf die Gebietskörperschaften;*
- *die Verwertung des nicht erforderlichen Betriebsvermögens;*
- *die Errichtung einer neuen gemeinsamen Einrichtung zur Durchführung der Beseitigung Tierischer Nebenprodukte;*
- *sowie die Errichtung eines Altlastenzweckverbandes.*

Das neue AGTierNebG trat am 23. August 2014 in Kraft. Mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes ist der Zweckverband Tierkörperbeseitigung aufgelöst und befindet sich in Liquidation..

Zur Sanierung, Nachsorge und Verwertung des Vermögens des ZV wurde per 01.01.2015 der „Altlastenzweckverband Tierische Nebenprodukte“ errichtet.

Um Ihrer künftigen Beseitigungspflicht gem. § 1 Abs. 1 AGTierNebG nachzukommen haben die rheinland-pfälzischen Landkreise und kreisfreien Städte zum 01.01.2015 den „Zweckverband Tierische Nebenprodukte Südwest in Rheinland-Pfalz“ errichtet.

**Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2015**

**Zweckverband
Welterbe Oberes Mittelrheintal**

Rechtsform

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Gegründet

11. Mai 2005

Stammkapital am 31.12.2014

keines

Mitglieder des Zweckverbandes

- *die Stadt Koblenz*
- *der Landkreis Mayen-Koblenz*
- *die Verbandsgemeinde Rhein-Mosel*
- *die Stadt Rhens sowie die Ortsgemeinden Brey und Spay*
- *der Rhein-Hunsrück-Kreis*
- *die Stadt Boppard*
- *die Verbandsgemeinde St. Goar-Oberwesel*
- *die Städte Oberwesel und St. Goar sowie die Ortsgemeinden Damscheid, Niederburg, Perscheid, Urbar und Wiebelsheim*
- *der Rhein-Lahn-Kreis*
- *die Stadt Lahnstein*
- *die Verbandsgemeinde Loreley*
- *die Stadt Braubach sowie die Ortsgemeinden Dachsenhausen, Filsen, Kamp-Bornhofen und Osterspai*
- *die Städte St. Goarshausen und Kaub sowie die Ortsgemeinden Auel, Bornich, Dahlheim, Dörscheid, Kestert, Lierschied, Lykershausen, Nochern, Patersberg, Prath, Reichenberg, Reitzenhain, Sauerthal, Weisel und Weyer*
- *der Landkreis Mainz-Bingen*
- *die Stadt Bingen am Rhein*
- *die Verbandsgemeinde Rhein-Nahe*

- die Stadt Bacharach sowie die Ortsgemeinden Breitscheid, Manubach, Münster-Sarmsheim, Niederheimbach, Oberdiebach, Oberheimbach, Trechtingshausen, Waldalgesheim und Weiler bei Bingen
- der Rheingau-Taunus-Kreis
- die Stadt Lorch am Rhein
- die Stadt Rüdesheim am Rhein
- das Land Rheinland-Pfalz
- das Land Hessen

Vertreter der Stadt Koblenz in der Verbandsversammlung am 31.12.2014

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig
(ständig vertreten durch Werkleiter EB Koblenz-Touristik)

Gegenstand des Zweckverbandes

Gegenstand des Zweckverbandes ist es die Einzigartigkeit des Oberen Mittelrheintals zu bewahren und zu gestalten sowie die Schaffung einer einheitlichen Identität.

Der für das Tal so bedeutende Wirtschaftsfaktor „Tourismus“ ist zu stärken und auszubauen und die Einzelprojekte sind zu vernetzen.

Weiterhin hat der Zweckverband das Ziel, in den Grenzen des Verbandsgebiets die örtliche und regionale Zusammenarbeit im Bereich jener Themenfelder, die in den eigenen Zuständigkeitsbereich seiner Mitglieder fallen, zu fördern, zu unterstützen, zu koordinieren und für die Umsetzung Sorge zu tragen sowie gegebenenfalls gemeinsame Projekte durchzuführen oder deren Trägerschaft zu übernehmen.

**Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2015**

**Zweckverband für Informationstechnologie und
Datenverarbeitung der Kommunen in
Rheinland-Pfalz (ZIDKOR)**

Rechtsform

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Gegründet

28. September 2012

Stammkapital am 31.12.2014

Erhebung Kapitalumlage bei Gründung; 2 T€ je Stimmrecht

Mitglieder des Zweckverbandes

Stadt Kaiserslautern

Stadt Koblenz

Stadt Ludwigshafen

Stadt Mainz

Stadt Neustadt an der Weinstraße

Stadt Neuwied

Stadt Speyer

Stadt Trier und

KommWis, Gesellschaft für Kommunikation und Wissenstransfer mbH

**Vertreter der Stadt Koblenz in der Verbandsversammlung am
31.12.2014**

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig

Gegenstand des Zweckverbandes

- (1) *Der Zweckverband verfolgt das Ziel, die Abwicklung von Aufgaben der Informationsverarbeitung bei der Erfüllung hoheitlicher Aufgaben anstelle kommunaler Gebietskörperschaften durchzuführen. Zu diesem Zweck wird der Betrieb in Rechenzentren der Mitglieder konzentriert und soweit erforderlich redundant ausgelegt werden.*
- (2) *Die Zuordnung des Betriebes eines Verfahrens zu Betriebsstandorten erfolgt unter Berücksichtigung der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit. Ziel des ZIDKOR ist es insbesondere, einen sicheren und wirtschaftlichen Betrieb für landeseinheitliche Softwarelösungen – soweit erforderlich nach allgemein anerkannten Grundsätzen für die Informationsverarbeitung (z. B. BSI, DIN) – zu gewährleisten.*
- (3) *Dem ZIDKOR werden von den Verbandsmitgliedern folgende Aufgaben übertragen.
Dies ist der hoheitliche:*
 - a) *Betrieb des Fachverfahrens für das Personenstandswesen*
 - b) *Betrieb des elektronischen Personenstandsregisters und des Sicherheitsregisters*
 - c) *Betrieb des Nachrichtenverkehrs XPersonenstand*
 - d) *Betrieb der eGovernment-Dienste im Bereich Personenstandswesen*
 - e) *Betrieb des Fachverfahrens im Bereich Waffenwesen*
 - f) *Betrieb des Kommunenhosting*

Die vorgenannten Aufgaben werden an den Betriebsstandorten der Mitgliedsstädte Mainz, Ludwigshafen, Kaiserslautern und Koblenz sowie der KommWis erbracht.

Dem ZIDKOR können weitere ITK-Aufgaben im Sinne von Abs. 1 übertragen werden.

- (4) *Im Rahmen der jeweiligen Möglichkeiten und der satzungsmäßigen Vorgaben arbeiten die Dienststellen/Unternehmen der Mitglieder und der Zweckverband bei der Erfüllung dieser Aufgaben zusammen.
Die Konkretisierung der Leistungserbringung und der Leistungsparameter erfolgt in Anlagen zur Verbandsordnung (Leistungs- und Entgeltverzeichnis, Service-Vereinbarung) oder in gesonderten Vereinbarungen.*
- (5) *Der Zweckverband kann auch Leistungen von Dritten beziehen.*

Stadtverwaltung Koblenz
Beteiligungsbericht 2015

Planungsgemeinschaft Mittelrhein-Westerwald

Rechtsform

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Gegründet

Durch das Regionengesetz von 1967 wurden die Planungsgemeinschaften Mittelrhein und Westerwald zur jetzigen Planungsgemeinschaft Mittelrhein-Westerwald zusammengeschlossen.

Stammkapital am 31.12.2014

keins

Mitglieder der Planungsgemeinschaft

*Stadt Koblenz
Landkreis Ahrweiler
Landkreis Altenkirchen
Landkreis Cochem-Zell
Landkreis Mayen-Koblenz
Landkreis Neuwied
Landkreis Rhein-Lahn-Kreis
Landkreis Rhein-Hunsrück-Kreis
Westerwaldkreis
Stadt Andernach
Stadt Mayen
Stadt Lahnstein
Stadt Neuwied
Industrie- und Handelskammer zu Koblenz
Handwerkskammer Koblenz
Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz
Deutscher Gewerkschaftsbund
Landesvereinigung Rhld.-Pf. Unternehmerverbände*

Vertreter der Stadt Koblenz in der Regionalvertretung bis Juli 2014

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig
Schumann-Dreyer, Anna M.
Biebricher, Andreas
Lehmkühler, Gerhard
Diederichs-Seidel, Uwe
Kühlenthal, Edgar

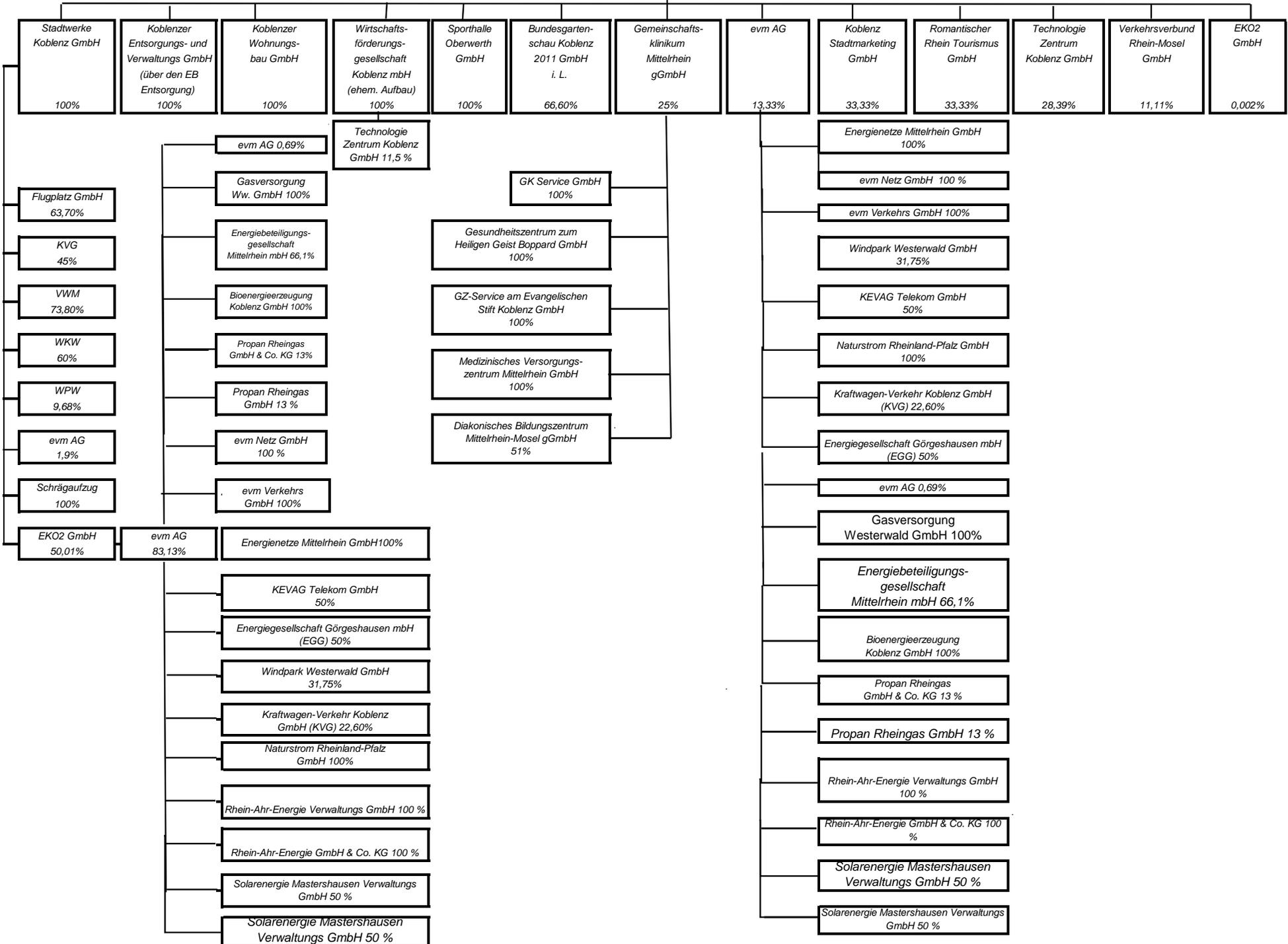
Vertreter der Stadt Koblenz in der Regionalvertretung ab Juli 2014

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig
Schumann-Dreyer, Anna M.
Biebricher, Andreas
Lehmkühler, Gerhard
Schmidt, Hermann-Josef
Diederichs-Seidel, Uwe

Gegenstand der Planungsgemeinschaft

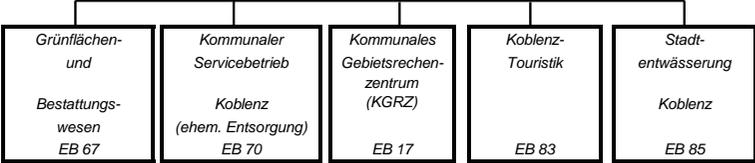
- (1) *Der Planungsgemeinschaft obliegen die in § 14 Abs. 3 LPIG genannten Aufgaben bei der überörtlichen, überfachlichen und zusammenfassenden Landesplanung (Regionalplanung) im Gebiet der Region Mittelrhein-Westerwald.*
- (2) *Aufgabe der Planungsgemeinschaft ist die Aufstellung und Fortführung des regionalen Raumordnungsplanes nach § 10 Abs. 1 LPIG. Dabei sollen die bereits vorhandenen Planungen und Gutachten für das gesamte Planungsgebiet oder einzelne Teile berücksichtigt werden.*
- (3) *Wenn es im Hinblick auf die besonderen regionalen Gegebenheiten und den Stand der Fachplanung zweckmäßig erscheint, soll der regionale Raumordnungsplan durch räumlich oder fachlich begrenzte Teilpläne vertieft werden. Soweit dies eine Koordinierung raumbedeutender Maßnahmen erleichtert, soll die Planungsgemeinschaft Vorschläge zur Abstimmung erarbeiten und den Behörden der Landesplanung zuleiten.*
- (4) *Wegen enger struktureller Verflechtungen mit den Gebietsteilen jenseits der Landesgrenzen nach Hessen und Nordrhein-Westfalen arbeitet die Planungsgemeinschaft mit den dortigen Trägern der Regionalplanung nach Maßgabe der landesrechtlichen Regelungen mit Zustimmung der obersten Landesplanungsbehörde zusammen (§ 14 Abs. 7 LPIG).*

Stadt Koblenz *



Stadt Koblenz

Eigenbetriebe



Zweckverbände



